

VERTRAG

zwischen

dem Königreich Belgien,
dem Königreich Dänemark,
der Bundesrepublik Deutschland,
der Französischen Republik,
Irland,
der Italienischen Republik,
dem Großherzogtum Luxemburg,
dem Königreich der Niederlande,
dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland
(Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften)
und
der Republik Griechenland

über den Beitritt der Republik Griechenland zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
und zur Europäischen Atomgemeinschaft

SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER BELGIER,

IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN VON DÄNEMARK,

DER PRÄSIDENT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,

DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK GRIECHENLAND,

DER PRÄSIDENT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK,

DER PRÄSIDENT IRLANDS,

DER PRÄSIDENT DER ITALIENISCHEN REPUBLIK,

SEINE KÖNIGLICHE HOHEIT DER GROSSHERZOG VON LUXEMBURG,

IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN DER NIEDERLANDE,

IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND —

EINIG in dem Willen, die Verwirklichung der Ziele des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft fortzuführen,

ENTSCHLOSSEN, im Geiste dieser Verträge auf den bereits geschaffenen Grundlagen einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker herbeizuführen,

IN DER ERWÄGUNG, daß Artikel 237 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Artikel 205 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft den europäischen Staaten die Möglichkeit eröffnen, Mitglieder dieser Gemeinschaften zu werden,

IN DER ERWÄGUNG, daß die Republik Griechenland beantragt hat, Mitglied dieser Gemeinschaften zu werden,

IN DER ERWÄGUNG, daß sich der Rat der Europäischen Gemeinschaften nach Einholung der Stellungnahme der Kommission für die Aufnahme dieses Staates ausgesprochen hat —

HABEN BESCHLOSSEN, die Aufnahmebedingungen und die erforderlichen Anpassungen der Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft im gegenseitigen Einvernehmen festzulegen; sie haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER BELGIER:

Herrn Wilfried MARTENS,
Ministerpräsident,

Herrn Henri SIMONET,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Herrn Joseph VAN DER MEULEN,
Botschafter, Ständiger Vertreter bei den Europäischen Gemeinschaften;

IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN VON DÄNEMARK:

Herrn Niels Anker KOFOED,
Minister für Landwirtschaft,

Herrn Gunnar RIBERHOLDT,
Botschafter, Ständiger Vertreter bei den Europäischen Gemeinschaften;

DER PRÄSIDENT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND:

Herrn Hans-Dietrich GENSCHER,
Bundesminister des Auswärtigen,

Herrn Helmut SIGRIST,
Botschafter, Ständiger Vertreter bei den Europäischen Gemeinschaften;

DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK GRIECHENLAND:

Herrn Konstantinos KARAMANLIS,
Ministerpräsident,

Herrn Georgios RALLIS,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Herrn Georgios KONTOGEORGIS,
Minister ohne Geschäftsbereich, beauftragt mit den Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften;

DER PRÄSIDENT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK:

Herrn Jean FRANÇOIS-PONCET,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Herrn Pierre BERNARD-REYMOND,
Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten,

Herrn Luc de La BARRE de NANTEUIL,
Botschafter, Ständiger Vertreter bei den Europäischen Gemeinschaften;

DER PRÄSIDENT IRLANDS:

Herrn John LYNCH,
Ministerpräsident,

Herrn Michael O'KENNEDY;
Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Herrn Brendan DILLON,
Botschafter, Ständiger Vertreter bei den Europäischen Gemeinschaften;

DER PRÄSIDENT DER ITALIENISCHEN REPUBLIK:

Herrn Giulio ANDREOTTI,
Präsident des Ministerrats,

Herrn Adolfo BATTAGLIA,
Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten,

Herrn Eugenio PLAJA,
Botschafter, Ständiger Vertreter bei den Europäischen Gemeinschaften;

SEINE KÖNIGLICHE HOHEIT DER GROSSHERZOG VON LUXEMBURG:

Herrn Gaston THORN,
Präsident der Regierung, Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Herrn Jean DONDELINGER,
Botschafter, Ständiger Vertreter bei den Europäischen Gemeinschaften;

IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN DER NIEDERLANDE:

Herrn Ch. A. van der KLAAUW,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Herrn J. H. LUBBERS,
Botschafter, Ständiger Vertreter bei den Europäischen Gemeinschaften;

IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS GROSSBRITANIEN UND NORDIRLAND:

Lord CARRINGTON,
Staatssekretär für Auswärtige und Commonwealth-Angelegenheiten,

Sir Donald MAITLAND,
Botschafter, Ständiger Vertreter bei den Europäischen Gemeinschaften;

DIESE SIND nach Austausch ihrer als gut und gehörig befundenen Vollmachten wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

(1) Die Republik Griechenland wird Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft und Vertragspartei der Verträge zur Gründung dieser Gemeinschaften mit den dazugehörigen Änderungen oder Ergänzungen.

(2) Die Aufnahmebedingungen und die erforderlichen Anpassungen der Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft sind in der diesem Vertrag beigefügten Akte festgelegt. Die die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft betreffenden Bestimmungen der Akte sind Bestandteil dieses Vertrages.

(3) Die Bestimmungen der in Absatz 1 genannten Verträge über die Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten sowie über die Befugnisse und Zuständigkeiten der Organe der Gemeinschaften gelten auch für diesen Vertrag.

Artikel 2

Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung durch die Hohen Vertragsparteien gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften. Die Ratifikationsurkunden werden spätestens am 31. Dezember 1980 bei der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt.

Dieser Vertrag tritt am 1. Januar 1981 in Kraft, sofern alle Ratifikationsurkunden vor diesem Tag hinterlegt worden sind und die Ratifikationsurkunde über den Beitritt der Republik Griechenland zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl an diesem Tag hinterlegt wird.

Artikel 3

Dieser Vertrag ist in einer Urschrift in dänischer, deutscher, englischer, französischer, griechischer, irischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefaßt, wobei der Wortlaut in jeder dieser Sprachen gleichermaßen verbindlich ist; er wird im Archiv der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt; dieser übermittelt der Regierung jedes anderen Unterzeichnerstaats eine beglaubigte Abschrift.

Til bekræftelse heraf har undertegnede befuldmægtigede underskrevet denne traktat.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter diesen Vertrag gesetzt.

In witness whereof the undersigned Plenipotentiaries have signed this Treaty.

Εἰς πίστωση τῶν ἀνωτέρω, οἱ ὑπογεγραμμένοι πληρεξούσιοι ὑπέγραψαν τὴν παροῦσα Συνθήκη.

En foi de quoi, les plénipotentiaires soussignés ont apposé leurs signatures au bas du présent traité.

Dá fhianú sin, chuir na Lánchumhachtaigh thíos-síithe a lámh leis an gConradh seo.

In fede di che, i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce al presente trattato.

Ten blijke waarvan de ondergetekende gevolmachtigden hun handtekening onder dit Verdrag hebben gesteld.

Udfærdiget i Athen, den otteogtyvende maj nitten hundrede og nioghalvfjerds.

Geschehen zu Athen am achtundzwanzigsten Mai neunzehnhundertneunundsiebzig.

Done at Athens on the twenty-eighth day of May in the year one thousand nine hundred and seventy-nine.

Ἐγίνε στήν Ἀθήνα, στίς εἴκοσι ὀκτώ Μαΐου χίλια ἐννιακόσια ἑβδομήντα ἐννέα.

Fait à Athènes, le vingt-huit mai mil neuf cent soixante-dix-neuf.

Arna dhéanamh san Aithin, an t-ochtú lá is fiche de Bhealtaine, míle naoi gcéad seachtó a naoi.

Fatto ad Atene, addì ventotto maggio millenovecentosettantanove.

Gedaan te Athene, de achtentwintigste mei negentienhonderd negenenzeventig.

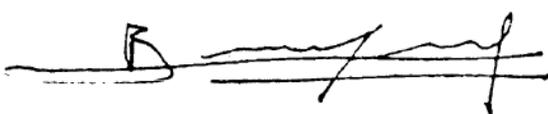
Wulfried Kauter

 J. von der Mühlen

Vicente Puig i Ferrer
 Pichard

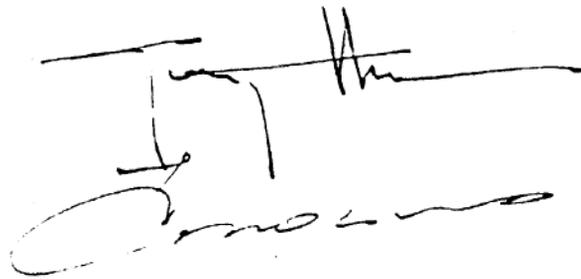
Mun. M. von
 Helmut Singer

Sean Kyrrad
 M.P.
 Sean Kyrrad, MP

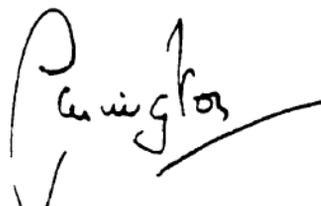
Jean François (mat)

 Luc de Saun de Neaup

Sean Ó Loinsigh
 Michael O'Connell
 Brendan Dolan.


 M. J. P. P. P.
 M. J. P. P. P.



P. A. van der Klaauw
Johnson -


 Donald Maitland.

AKTE

über die Bedingungen des Beitritts der Republik Griechenland
und die Anpassungen der Verträge

ERSTER TEIL

GRUNDSÄTZE

Artikel 1

Im Sinne dieser Akte bezieht sich

- der Ausdruck „ursprüngliche Verträge“ auf den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft mit den Änderungen oder Ergänzungen, die durch vor dem Beitritt der Republik Griechenland in Kraft getretene Verträge oder andere Rechtsakte vorgenommen worden sind; der Ausdruck „EGKS-Vertrag“, „EWG-Vertrag“ oder „EAG-Vertrag“ auf den betreffenden ursprünglichen Vertrag mit den dazugehörigen Änderungen oder Ergänzungen;
- der Ausdruck „derzeitige Mitgliedstaaten“ auf das Königreich Belgien, das Königreich Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, die Französische Republik, Irland, die Italienische Republik, das Großherzogtum Luxemburg, das Königreich der Niederlande und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland.

Artikel 2

Vom Zeitpunkt des Beitritts an sind die ursprünglichen Verträge und die Rechtsakte der Organe der Gemeinschaften für die Republik Griechenland verbindlich und gelten in diesem Staat in Übereinstimmung mit den genannten Verträgen und dieser Akte.

Artikel 3

(1) Die Republik Griechenland tritt durch diese Akte den Beschlüssen und Vereinbarungen der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten bei. Sie verpflichtet sich, unmittelbar nach dem Beitritt allen sonstigen von den derzeitigen

Mitgliedstaaten für das Funktionieren der Gemeinschaften oder in Verbindung mit deren Tätigkeit geschlossenen Übereinkünften beizutreten.

(2) Die Republik Griechenland verpflichtet sich, den in Artikel 220 des EWG-Vertrags vorgesehenen, von den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen oder derzeitigen Zusammensetzung unterzeichneten Übereinkommen und den Protokollen über die Auslegung dieser Übereinkommen durch den Gerichtshof beizutreten und zu diesem Zweck mit den derzeitigen Mitgliedstaaten Verhandlungen im Hinblick auf die erforderlichen Anpassungen aufzunehmen.

(3) Die Republik Griechenland befindet sich hinsichtlich der Erklärungen, Entschließungen und sonstigen Stellungnahmen des Rates sowie hinsichtlich der Europäischen Gemeinschaften betreffenden Erklärungen, Entschließungen und sonstigen Stellungnahmen, die von den Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen angenommen wurden, in derselben Lage wie die derzeitigen Mitgliedstaaten; sie wird demgemäß die sich daraus ergebenden Grundsätze und Leitlinien beachten und die gegebenenfalls zu ihrer Durchführung erforderlichen Maßnahmen treffen.

Artikel 4

(1) Die von einer Gemeinschaft mit einem oder mehreren dritten Staaten, mit einer internationalen Organisation oder mit einem Staatsangehörigen eines dritten Staates geschlossenen Abkommen oder Vereinbarungen sind für die Republik Griechenland in Übereinstimmung mit den ursprünglichen Verträgen und dieser Akte verbindlich.

(2) Die Republik Griechenland verpflichtet sich, in Übereinstimmung mit dieser Akte den von den derzeitigen Mitgliedstaaten zusammen mit einer Gemeinschaft geschlossenen Abkommen oder Übereinkommen sowie den von den derzeitigen Mitgliedstaaten geschlossenen Abkommen, die mit diesen Abkommen

oder Übereinkommen verbunden sind, beizutreten. Die Gemeinschaft und die derzeitigen Mitgliedstaaten leisten der Republik Griechenland hierbei Hilfe.

(3) Die Republik Griechenland tritt durch diese Akte und unter den darin vorgesehenen Bedingungen den internen Abkommen bei, die die derzeitigen Mitgliedstaaten zur Durchführung der Abkommen oder Übereinkommen im Sinne des Absatzes 2 geschlossen haben.

(4) Die Republik Griechenland ergreift geeignete Maßnahmen, um gegebenenfalls ihre Stellung in bezug auf internationale Organisationen oder internationale Übereinkommen, denen auch andere Mitgliedstaaten oder eine Gemeinschaft als Vertragspartei angehören, den Rechten und Pflichten anzupassen, die sich aus ihrem Beitritt zu den Gemeinschaften ergeben.

Artikel 5

Der Artikel 234 des EWG-Vertrags und die Artikel 105 und 106 des EAG-Vertrags sind für die Republik Griechenland auf die vor ihrem Beitritt geschlossenen Abkommen und Übereinkommen anwendbar.

Artikel 6

Die Bestimmungen dieser Akte können, soweit darin nicht etwas anderes bestimmt ist, nur nach den in den ursprünglichen Verträgen vorgesehenen Verfahren, die eine Revision dieser Verträge ermöglichen, ausgesetzt, geändert oder aufgehoben werden.

Artikel 7

Die von den Organen der Gemeinschaften erlassenen Rechtsakte, auf die sich die in dieser Akte festgelegten Übergangsbestimmungen beziehen, bewahren ihren Rechtscharakter; insbesondere bleiben die Verfahren zur Änderung dieser Rechtsakte auf sie anwendbar.

Artikel 8

Die Bestimmungen dieser Akte, die eine nicht nur vorübergehende Aufhebung oder Änderung von Rechtsakten der Organe der Gemeinschaften zum Gegenstand haben oder bewirken, haben denselben Rechtscharakter wie die durch sie aufgehoben oder geänderten Bestimmungen und unterliegen denselben Regeln wie diese.

Artikel 9

(1) Für die Anwendung der ursprünglichen Verträge und der Rechtsakte der Organe gelten vorübergehend die in dieser Akte vorgesehenen abweichenden Bestimmungen.

(2) Unbeschadet der besonderen Bestimmungen dieser Akte, die unterschiedliche Zeitpunkte oder kürzere oder längere Fristen vorsehen, endet die Anwendung der Übergangsmaßnahmen mit Ablauf des Jahres 1985.

ZWEITER TEIL

ANPASSUNGEN DER VERTRÄGE

TITEL I

VORSCHRIFTEN ÜBER DIE ORGANE

KAPITEL I

Die Versammlung

Artikel 10

Artikel 2 des Aktes zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten der Versammlung, der dem Beschluß 76/787/EGKS, EWG, Euratom beigefügt ist, erhält folgende Fassung:

„Die Zahl der in jedem Mitgliedstaat gewählten Abgeordneten wird wie folgt festgesetzt:

Belgien:	24,
Dänemark:	16,
Deutschland:	81,
Griechenland:	24,
Frankreich:	81,
Irland:	15,
Italien:	81,
Luxemburg:	6,
Niederlande:	25,
Vereinigtes Königreich:	81.“

KAPITEL 2

Der Rat

Artikel 11

Artikel 2 Absatz 2 des Vertrages zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften erhält folgende Fassung:

„Der Vorsitz wird von den Mitgliedern des Rates nacheinander für je sechs Monate wahrgenommen, und zwar in folgender Reihenfolge der Mitgliedstaaten: Belgien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Vereinigtes Königreich.“

Artikel 12

Artikel 28 Absatz 4 des EGKS-Vertrags erhält folgende Fassung:

„Mit Ausnahme der Entscheidungen, die einer qualifizierten Mehrheit oder der Einstimmigkeit bedürfen, werden die Entscheidungen des Rates mit Mehrheit der Mitglieder des Rates getroffen; diese Mehrheit gilt als erreicht, wenn sie die absolute Mehrheit der Vertreter der Mitgliedstaaten einschließlich der Stimmen der Vertreter von zwei Mitgliedstaaten enthält, die mindestens je ein Achtel des Gesamtwertes der Kohle- und Stahlproduktion in der Gemeinschaft umfassen. Die Stimmen der Mitglieder des Rates werden bei Anwendung der Artikel 78, 78b und 78d dieses Vertrages, nach denen die qualifizierte Mehrheit erforderlich ist, jedoch wie folgt gewogen:

Belgien:	5,
Dänemark:	3,
Deutschland:	10,
Griechenland:	5,
Frankreich:	10,
Irland:	3,
Italien:	10,
Luxemburg:	2,
Niederlande:	5,
Vereinigtes Königreich:	10.

Beschlüsse kommen zustande, wenn dafür mindestens 45 Stimmen, welche die Zustimmung von mindestens sechs Mitgliedern umfassen, abgegeben werden.“

Artikel 13

Artikel 95 Absatz 4 des EGKS-Vertrags erhält folgende Fassung:

„Diese Änderungen werden als Vorschläge von der Hohen Behörde und dem mit einer Mehrheit von neun Zehnteln seiner Mitglieder beschließenden Rat in gegenseitigem Einvernehmen aufgestellt und dem Gerichtshof zur Stellungnahme unterbreitet. Der Gerichtshof hat für seine Prüfung eine tatsächlich und rechtlich unbeschränkte Nachprüfungsbefugnis. Stellt der Gerichtshof aufgrund seiner Prüfung fest, daß die Vorschläge mit den Bestimmungen des vorstehenden Absatzes übereinstimmen, so werden die Vorschläge der Versammlung zugeleitet. Sie treten in Kraft, wenn sie mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen und zwei Dritteln der Mitglieder der Versammlung gebilligt werden.“

Artikel 14

Artikel 148 Absatz 2 des EWG-Vertrags und Artikel 118 Absatz 2 des EAG-Vertrags erhalten folgende Fassung:

„Ist zu einem Beschluß des Rates die qualifizierte Mehrheit erforderlich, so werden die Stimmen der Mitglieder wie folgt gewogen:

Belgien:	5,
Dänemark:	3,
Deutschland:	10,
Griechenland:	5,
Frankreich:	10,
Irland:	3,
Italien:	10,
Luxemburg:	2,
Niederlande:	5,
Vereinigtes Königreich:	10.

Beschlüsse kommen zustande, wenn dafür mindestens abgegeben werden:

- fünfundvierzig Stimmen in den Fällen, in denen die Beschlüsse nach diesem Vertrag auf Vorschlag der Kommission zu fassen sind;
- fünfundvierzig Stimmen, welche die Zustimmung von mindestens sechs Mitgliedern umfassen, in allen anderen Fällen.“

KAPITEL 3

Die Kommission*Artikel 15*

Artikel 10 Absatz 1 Unterabsatz 1 des Vertrages zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften erhält folgende Fassung:

„Die Kommission besteht aus vierzehn Mitgliedern, die aufgrund ihrer allgemeinen Befähigung ausgewählt werden und volle Gewähr für ihre Unabhängigkeit bieten müssen.“

KAPITEL 4

Der Gerichtshof*Artikel 16*

Unmittelbar nach dem Beitritt der Republik Griechenland beschließt der Rat der Europäischen Gemeinschaften einstimmig über die Anpassungen des Artikels 32 Absatz 1 des EGKS-Vertrags, des Artikels 165 Absatz 1 des EWG-Vertrags und des Artikels 137 Absatz 1 des EAG-Vertrags, um die Anzahl der den Gerichtshof bildenden Richter um einen zu erhöhen. Er beschließt ebenso über die dadurch erforderlich werdenden Anpassungen des Artikels 32b Absatz 2 des EGKS-Vertrags, des Artikels 167 Absatz 2 des EWG-Vertrags und des Artikels 139 Absatz 2 des EAG-Vertrags sowie des Artikels 18 Absatz 2 des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, des Artikels 15 des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofes der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und des Artikels 15 des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofes der Europäischen Atomgemeinschaft.

KAPITEL 5

Der Wirtschafts- und Sozialausschuß*Artikel 17*

Artikel 194 Absatz 1 des EWG-Vertrags und Artikel 166 Absatz 1 des EAG-Vertrags erhalten folgende Fassung:

„Die Zahl der Mitglieder des Ausschusses wird wie folgt festgesetzt:

Belgien:	12,
Dänemark:	9,
Deutschland:	24,
Griechenland:	12,
Frankreich:	24,
Irland:	9,
Italien:	24,
Luxemburg:	6,
Niederlande:	12,
Vereinigtes Königreich:	24.“

KAPITEL 6

Der Rechnungshof*Artikel 18*

Artikel 78e Absatz 2 des EGKS-Vertrags, Artikel 206 Absatz 2 des EWG-Vertrags und Artikel 180 Absatz 2 des EAG-Vertrags erhalten folgende Fassung:

„Der Rechnungshof besteht aus zehn Mitgliedern.“

KAPITEL 7

Der Ausschuß für Wissenschaft und Technik*Artikel 19*

Artikel 134 Absatz 2 Unterabsatz 1 des EAG-Vertrags erhält folgende Fassung:

„Der Ausschuß besteht aus achtundzwanzig Mitgliedern, die vom Rat nach Anhörung der Kommission ernannt werden.“

TITEL II

SONSTIGE ANPASSUNGEN*Artikel 20*

Artikel 227 Absatz 1 des EWG-Vertrags erhält folgende Fassung:

„(1) Dieser Vertrag gilt für das Königreich Belgien, das Königreich Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, die Republik Griechenland, die Französische Republik, Irland, die Italienische Republik, das Großherzogtum Luxemburg, das Königreich der Niederlande und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland.“

DRITTER TEIL
ANPASSUNGEN DER RECHTSAKTE DER ORGANE

Artikel 21

Die in der Liste des Anhangs I aufgeführten Rechtsakte sind Gegenstand der in diesem Anhang festgelegten Anpassungen.

Artikel 22

Die infolge des Beitritts erforderlichen Anpassungen der Rechtsakte, die in der Liste des Anhangs II aufgeführt sind, werden im Einklang mit den dort aufgestellten Leitlinien nach dem Verfahren und nach Maßgabe des Artikels 146 festgelegt.

VIERTER TEIL
ÜBERGANGSMASSNAHMEN

TITEL I
VORSCHRIFTEN ÜBER DIE ORGANE

Artikel 23

(1) Im Jahre 1981 führt die Republik Griechenland die Wahl der vierundzwanzig Abgeordneten des Volkes von Griechenland in der Versammlung in allgemeiner unmittelbarer Wahl nach Maßgabe des Aktes vom 20. September 1976 zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten der Versammlung durch.

Das Mandat dieser Abgeordneten endet zu gleicher Zeit wie das Mandat der in den derzeitigen Mitgliedstaaten gewählten Abgeordneten.

(2) Für die Zeit vom Beitritt bis zu der Wahl nach Absatz 1 werden die vierundzwanzig Abgeordneten des Volkes von Griechenland in der Versammlung durch das griechische Parlament aus seiner Mitte nach dem von der Republik Griechenland festgelegten Verfahren ernannt.

TITEL II
FREIER WARENVERKEHR

KAPITEL I

Zollbestimmungen

Artikel 24

(1) Für jede Ware gilt als Ausgangszollsatz, nach dem die in den Artikeln 25 und 64 vorgesehenen aufeinanderfolgenden Herabsetzungen vorgenommen werden, der am 1. Juli 1980 tatsächlich angewandte Zollsatz.

Für jede Ware gilt als Ausgangszollsatz für die in den Artikeln 31, 32 und 64 vorgesehenen Annäherungen an den Gemeinsamen Zolltarif und den vereinheitlichten EGKS-Tarif der von der Republik Griechenland am 1. Juli 1980 tatsächlich angewandte Zollsatz.

(2) Die Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung und die Republik Griechenland teilen einander ihre Ausgangszollsätze mit.

Artikel 25

(1) Die Einfuhrzölle werden zwischen der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung und der Republik Griechenland schrittweise wie folgt abgeschafft:

- Am 1. Januar 1981 wird jeder Zoll auf 90 v. H. des Ausgangszollsatzes herabgesetzt;
- am 1. Januar 1982 wird jeder Zoll auf 80 v. H. des Ausgangszollsatzes herabgesetzt;
- die vier weiteren Herabsetzungen um jeweils 20 v. H. erfolgen am
 - 1. Januar 1983,
 - 1. Januar 1984,
 - 1. Januar 1985,
 - 1. Januar 1986.

(2) In Abweichung von Absatz 1 wird

- a) vom Beitritt an eine Zollbefreiung bei den Einfuhren angewandt, für die die Bestimmungen über Steuerbefreiung im Rahmen des Reiseverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten gelten;
- b) vom Beitritt an eine Zollbefreiung bei den Einfuhren von Waren in Kleinsendungen ohne kommerzielle Erwägungen angewandt, für die die Bestimmungen über Steuerbefreiung zwischen den Mitgliedstaaten gelten.

Artikel 26

Innerhalb der Gemeinschaft werden in keinem Falle höhere Zollsätze als gegenüber dritten Ländern angewandt, für die die Meistbegünstigung gilt.

Bei einer Änderung oder Aussetzung von Sätzen des Gemeinsamen Zolltarifs oder bei Anwendung des Artikels 34 durch die Republik Griechenland kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission die zur Aufrechterhaltung der Gemeinschaftspräferenz erforderlichen Maßnahmen beschließen.

Artikel 27

Die Republik Griechenland kann die Anwendung ihrer Zollsätze für aus der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung eingeführte Waren ganz oder teilweise aussetzen. Sie gibt den anderen Mitgliedstaaten und der Kommission davon Kenntnis.

Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission die Anwendung der Zollsätze

für aus Griechenland eingeführte Waren ganz oder teilweise aussetzen.

Artikel 28

Jede ab 1. Januar 1979 im Handel zwischen der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung und Griechenland eingeführte Abgabe mit gleicher Wirkung wie ein Einfuhrzoll wird am 1. Januar 1981 abgeschafft.

Artikel 29

Die Abgaben mit gleicher Wirkung wie Einfuhrzölle werden zwischen der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung und Griechenland schrittweise wie folgt abgeschafft:

- Am 1. Januar 1981 wird jede Abgabe auf 90 v. H. des am 31. Dezember 1980 angewandten Satzes herabgesetzt;
- am 1. Januar 1982 wird jede Abgabe auf 80 v. H. des am 31. Dezember 1980 angewandten Satzes herabgesetzt;
- die vier weiteren Herabsetzungen um jeweils 20 v. H. erfolgen am
 - 1. Januar 1983,
 - 1. Januar 1984,
 - 1. Januar 1985,
 - 1. Januar 1986.

Artikel 30

Die Ausfuhrzölle und Abgaben gleicher Wirkung werden zwischen der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung und Griechenland am 1. Januar 1981 abgeschafft.

Artikel 31

Zur schrittweisen Einführung des Gemeinsamen Zolltarifs ändert die Republik Griechenland ihre gegenüber dritten Ländern geltenden Zollsätze wie folgt:

- Ab 1. Januar 1981 wendet die Republik Griechenland einen Zollsatz an, durch den der Abstand zwischen dem Ausgangszollsatz und dem Satz des Gemeinsamen Zolltarifs um 10 v. H. verringert wird;
- ab 1. Januar 1982
 - a) werden auf Zollpositionen, bei denen die Ausgangszollsätze um höchstens 15 v. H. von den

Sätzen des Gemeinsamen Zolltarifs abweichen, letztere Sätze angewandt;

- b) wendet in den anderen Fällen die Republik Griechenland einen Zollsatz an, durch den der Abstand zwischen dem Ausgangszollsatz und dem Satz des Gemeinsamen Zolltarifs um weitere 10 v. H. verringert wird.

Dieser Abstand wird am 1. Januar 1983, 1. Januar 1984 und 1. Januar 1985 erneut um jeweils 20 v. H. verringert.

Die Republik Griechenland wendet den Gemeinsamen Zolltarif ab 1. Januar 1986 in vollem Umfang an.

Artikel 32

(1) Zur schrittweisen Einführung des vereinheitlichten EGKS-Tarifs ändert die Republik Griechenland ihre gegenüber dritten Ländern geltenden Zollsätze wie folgt:

- a) auf Zollpositionen, bei denen die Ausgangszollsätze um höchstens 15 v. H. von den Sätzen des vereinheitlichten EGKS-Tarifs abweichen, werden letztere Sätze ab 1. Januar 1982 angewandt;
- b) in den anderen Fällen wendet die Republik Griechenland vom gleichen Zeitpunkt an einen Zollsatz an, durch den der Abstand zwischen dem Ausgangszollsatz und dem Satz des vereinheitlichten EGKS-Tarifs um 20 v. H. verringert wird.

Dieser Abstand wird am 1. Januar 1983, 1. Januar 1984 und 1. Januar 1985 erneut um jeweils 20 v. H. verringert.

Die Republik Griechenland wendet den vereinheitlichten EGKS-Tarif ab 1. Januar 1986 in vollem Umfang an.

(2) Für Braunkohle, auch agglomeriert, der Nummer 27.02 des Gemeinsamen Zolltarifs führt die Republik Griechenland die im Gemeinsamen Zolltarif für diese Waren aufgeführten Bestimmungen in derselben Stufenfolge wie in Absatz 1 ein und wendet spätestens ab 1. Januar 1986 einen Zollsatz von 5 v. H. an.

Artikel 33

(1) Wenn sich die Sätze des Zolltarifs der Republik Griechenland von den entsprechenden Sätzen des Gemeinsamen Zolltarifs oder des vereinheitlichten EGKS-Tarifs unterscheiden, so erfolgt die schrittweise Annäherung der erstgenannten Sätze an die letztgenannten durch Addieren der Teilbeträge des griechischen Ausgangszollsatzes und der Teilbeträge des Satzes des Gemeinsamen Zolltarifs oder des vereinheitlichten EGKS-Tarifs; dabei wird der

griechische Ausgangszollsatz schrittweise in der in den Artikeln 31, 32 und 64 vorgesehenen Stufenfolge auf Null gesenkt und geht der Satz des Gemeinsamen Zolltarifs oder des vereinheitlichten EGKS-Tarifs von Null aus, um schrittweise in der gleichen Stufenfolge den Endbetrag zu erreichen.

(2) Werden vom 1. Januar 1981 an bestimmte Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs oder des vereinheitlichten EGKS-Tarifs geändert oder ausgesetzt, so wird die Republik Griechenland ihren Tarif gleichzeitig in dem Verhältnis, das sich aus der Durchführung der Artikel 31, 32 und 64 ergibt, ändern oder aussetzen.

(3) Die Republik Griechenland wendet das Schema des Gemeinsamen Zolltarifs und des vereinheitlichten EGKS-Tarifs ab 1. Januar 1981 an.

Die Republik Griechenland kann in diese Schemata die im Zeitpunkt des Beitritts bestehenden innerstaatlichen Unterteilungen übernehmen, die für die nach Maßgabe dieser Akte vorzunehmende schrittweise Annäherung ihrer Zollsätze an die Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs und des vereinheitlichten EGKS-Tarifs unerlässlich sind.

(4) Um der Republik Griechenland die schrittweise Einführung des Gemeinsamen Zolltarifs und des vereinheitlichten EGKS-Tarifs zu erleichtern, legt die Kommission gegebenenfalls die Einzelheiten fest, nach denen die Republik Griechenland ihre Zollsätze ändert.

Artikel 34

Zur Angleichung ihres Tarifs an den Gemeinsamen Zolltarif und den vereinheitlichten EGKS-Tarif steht es der Republik Griechenland frei, ihre Zollsätze schneller als in den Artikeln 31, 32 und 64 vorgesehen zu ändern. Sie gibt den anderen Mitgliedstaaten und der Kommission davon Kenntnis.

KAPITEL 2

Beseitigung der mengenmäßigen Beschränkungen und der Maßnahmen mit gleicher Wirkung

Artikel 35

Die mengenmäßigen Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sowie alle Maßnahmen mit gleicher Wirkung zwischen der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung und Griechenland entfallen beim Beitritt.

Artikel 36

(1) Abweichend von Artikel 35 kann die Republik Griechenland bis zum 31. Dezember 1985 für die in Anhang III aufgeführten Waren mit Herkunft aus den derzeitigen Mitgliedstaaten mengenmäßige Beschränkungen beibehalten.

(2) Die in Absatz 1 genannten Beschränkungen sind Kontingente. Die Kontingente für das Jahr 1981 sind in Anhang III aufgeführt.

(3) Die schrittweise Erhöhung der Kontingente muß bei den in Rechnungseinheiten ausgedrückten Kontingenten zu Beginn eines jeden Jahres mindestens 25 v. H. und bei den in Mengen ausgedrückten Kontingenten zu Beginn eines jeden Jahres mindestens 20 v. H. betragen. Die Erhöhung wird zu jedem Kontingent hinzugezählt und die folgende Erhöhung aufgrund der sich daraus ergebenden Höhe berechnet.

Bezieht sich ein Kontingent gleichzeitig auf die Menge und den Wert, so wird das Mengenkontingent jährlich um mindestens 20 v. H. und das Wertkontingent jährlich um mindestens 25 v. H. erhöht, wobei die nachfolgenden Kontingente jedes Jahr aufgrund des vorangehenden Kontingents zuzüglich der Erhöhung berechnet werden.

Bei Omnibussen, Reisebussen und anderen Fahrzeugen der Tarifstelle ex 87.02 A I des Gemeinsamen Zolltarifs wird jedoch das Mengenkontingent um 15 v. H. jährlich und das Wertkontingent um 20 v. H. jährlich erhöht.

(4) Stellt die Kommission durch Entscheidung fest, daß die Einfuhren einer in Anhang III genannten Ware nach Griechenland während zweier aufeinanderfolgender Jahre weniger als 90 v. H. der Kontingentierung betragen, so läßt die Republik Griechenland die freie Einfuhr der Ware aus den derzeitigen Mitgliedstaaten zu.

(5) Die für Düngemittel der Nummern 31.02, 31.03 und 31.05 A I, II und IV des Gemeinsamen Zolltarifs eröffneten Kontingente stellen ebenfalls Übergangsmaßnahmen dar, die zur Aufhebung der ausschließlichen Einfuhrrechte erforderlich sind. Diese Kontingente sind jedem Einführer in Griechenland zugänglich, und für die im Rahmen dieser Kontingente eingeführten Waren dürfen in Griechenland keine ausschließlichen Vermarktungsrechte gelten.

Artikel 37

Abweichend von Artikel 35 können die derzeitigen Mitgliedstaaten und die Republik Griechenland im

Handel zwischen den derzeitigen Mitgliedstaaten und Griechenland Ausfuhrbeschränkungen für Bearbeitungsabfälle und Schrott, aus Eisen oder Stahl, der Nummer 73.03 des Gemeinsamen Zolltarifs zwei Jahre lang ab 1. Januar 1981 beibehalten, sofern diese Regelung nicht restriktiver ist als die auf die Ausfuhr nach dritten Ländern angewandte Regelung.

Artikel 38

Abweichend von Artikel 35 werden die am 31. Dezember 1980 in Griechenland für die Einfuhren aus den derzeitigen Mitgliedstaaten geltenden Sicherheitsleistungen und Barbeträge während eines Zeitraums von drei Jahren ab 1. Januar 1981 schrittweise beseitigt.

Die Sicherheitsleistungen und die Barbeträge werden wie folgt abgebaut:

- 1. Januar 1981: 25 v. H.,
- 1. Januar 1982: 25 v. H.,
- 1. Januar 1983: 25 v. H.,
- 1. Januar 1984: 25 v. H.

Artikel 39

(1) Abweichend von Artikel 35 wird die in Griechenland für öffentliche Aufträge geltende allgemeine Präferenz von 8 v. H. durch die Republik Griechenland schrittweise in der gleichen Stufenfolge abgeschafft, wie sie in Artikel 25 für die Abschaffung der Einfuhrzölle zwischen Griechenland und der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung festgelegt ist.

(2) Abweichend von Artikel 35 kann die Republik Griechenland während eines Zeitraums von zwei Jahren ab 1. Januar 1981 den Zugang zu ihren Listen zugelassener Lieferanten für die Lieferanten der Gemeinschaft aussetzen.

Artikel 40

(1) Unbeschadet des Absatzes 2 formt die Republik Griechenland vom 1. Januar 1981 an ihre staatlichen Handelsmonopole im Sinne des Artikels 37 Absatz 1 des EWG-Vertrags schrittweise derart um, daß zum 31. Dezember 1985 jede Diskriminierung in den Versorgungs- und Absatzbedingungen zwischen den Angehörigen der Mitgliedstaaten ausgeschlossen ist.

Die derzeitigen Mitgliedstaaten übernehmen gegenüber der Republik Griechenland gleichwertige Verpflichtungen.

Die Kommission spricht Empfehlungen über die Art und Weise und die Stufenfolge der in Unterabsatz 1 vorgesehenen Anpassung aus, wobei diese Art und Weise und diese Stufenfolge für die Republik Griechenland und für die derzeitigen Mitgliedstaaten gleich sein müssen.

(2) Die Republik Griechenland beseitigt vom 1. Januar 1981 an sämtliche ausschließlichen Ausfuhrrechte. Ebenso beseitigt sie zum selben Zeitpunkt die ausschließlichen Einfuhrrechte für Kupfersulfat der Tarifstelle ex 28.38 A II des Gemeinsamen Zolltarifs, Saccharin der Tarifstelle ex 29.26 A I des Gemeinsamen Zolltarifs und dünnes Papier der Tarifnummer ex 48.18 des Gemeinsamen Zolltarifs.

KAPITEL 3

Sonstige Bestimmungen

Artikel 41

(1) Die Kommission regelt unter gebührender Berücksichtigung der geltenden Vorschriften, insbesondere derjenigen für das gemeinschaftliche Versandverfahren, die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen, durch die die Abschaffung der Zölle und der Abgaben gleicher Wirkung sowie der mengenmäßigen Beschränkungen und der Maßnahmen gleicher Wirkung bei den Waren, die die hierfür erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, vom 1. Januar 1981 an gewährleistet werden soll.

(2) Die Kommission erläßt vom 1. Januar 1981 an Vorschriften für den innergemeinschaftlichen Handel mit Waren, die in der Gemeinschaft hergestellt sind unter Verwendung von

- Waren, für welche die in der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung oder in Griechenland anwendbaren Zölle und Abgaben gleicher Wirkung nicht erhoben oder vollständig oder teilweise rückvergütet worden sind;
- landwirtschaftlichen Erzeugnissen, welche die Voraussetzungen für die Zulassung zum freien Warenverkehr in der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung oder in Griechenland nicht erfüllen.

Bei Erlaß dieser Vorschriften berücksichtigt die Kommission die Bestimmungen dieser Akte über die Abschaffung der Zölle zwischen der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung und Griechenland

und über die schrittweise Einführung des Gemeinsamen Zolltarifs und der Vorschriften für die gemeinsame Agrarpolitik durch die Republik Griechenland.

Artikel 42

(1) Solange im innergemeinschaftlichen Handel Zölle erhoben werden, finden, soweit in dieser Akte nicht anderes bestimmt ist, die für den Handel mit dritten Ländern geltenden Zollbestimmungen in gleicher Weise auf den innergemeinschaftlichen Handel Anwendung.

Für die Ermittlung des Zollwerts im innergemeinschaftlichen Handel sowie im Handel mit dritten Ländern ist bis zum 1. Januar 1986 als Zollgebiet das Zollgebiet zugrunde zu legen, das in den am 31. Dezember 1980 in der Gemeinschaft und in der Republik Griechenland geltenden Bestimmungen festgelegt ist.

(2) Die Republik Griechenland wendet ab 1. Januar 1981 im innergemeinschaftlichen Handel das Schema des Gemeinsamen Zolltarifs und des vereinheitlichten EGKS-Tarifs an.

Die Republik Griechenland kann in diese Schemata die im Zeitpunkt des Beitritts bestehenden innerstaatlichen Unterteilungen übernehmen, die für die nach Maßgabe dieser Akte vorzunehmende schrittweise Abschaffung ihrer Zölle innerhalb der Gemeinschaft unerläßlich sind.

Artikel 43

(1) Werden Ausgleichsbeträge im Sinne des Artikels 61 im Handel zwischen der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung und Griechenland auf einzelne oder mehrere Grunderzeugnisse erhoben, bei denen davon ausgegangen wird, daß sie bei der Herstellung von Waren verwendet wurden, welche unter die Verordnungen (EWG) Nr. 1059/69 zur Festlegung der Handelsregelung für bestimmte, aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren, Nr. 2730/75 über Glukose und Laktose und Nr. 2783/75 über die gemeinsame Handelsregelung für Eieralbumin und Milchalbamin fallen, so gelten folgende Übergangsmaßnahmen:

- Bei der Einfuhr dieser Waren aus Griechenland in die Gemeinschaft wird ein Ausgleichsbetrag angewandt, der auf der Grundlage der in Artikel 61 genannten Ausgleichsbeträge nach den Regeln berechnet wird, die in der Verordnung (EWG) Nr. 1059/69 für die Berechnung des bei den Waren

dieser Verordnung geltenden beweglichen Teilbetrags vorgesehen sind;

- bei der Einfuhr von Waren der Verordnung (EWG) Nr. 1059/69 aus dritten Ländern nach Griechenland erhöht oder verringert sich der durch diese Verordnung festgelegte bewegliche Teilbetrag um den unter dem ersten Gedankenstrich genannten Ausgleichsbetrag;
- bei der Ausfuhr von Waren der Verordnung (EWG) Nr. 2682/72 zur Festlegung der allgemeinen Regeln für die Gewährung von Ausfuhrerstattungen und der Kriterien zur Festsetzung des Erstattungsbetrags für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in Form von nicht unter Anhang II des Vertrages fallenden Waren aus der Gemeinschaft nach Griechenland ausgeführt werden, wird, außer für Albumine, ein Ausgleichsbetrag angewandt, der auf der Grundlage der für die Grunderzeugnisse festgesetzten Ausgleichsbeträge nach den Regeln bestimmt wird, die in der Verordnung (EWG) Nr. 2682/72 für die Berechnung der Erstattungen vorgesehen sind;
- bei der Einfuhr von Waren der Verordnungen (EWG) Nr. 2730/75 und Nr. 2783/75 aus dritten Ländern oder aus der Gemeinschaft nach Griechenland und aus Griechenland in die Gemeinschaft wird ein Ausgleichsbetrag angewandt, der auf der Grundlage der in Artikel 61 genannten Ausgleichsbeträge nach den Regeln berechnet wird, die in diesen Verordnungen für die Berechnung der Einfuhrbelastung vorgesehen sind;
- bei der Ausfuhr von Waren der Verordnungen (EWG) Nr. 2682/72 und Nr. 2730/75 aus Griechenland nach dritten Ländern wird der unter dem dritten oder vierten Gedankenstrich genannte Ausgleichsbetrag angewandt.

(2) Treten während der Anwendung von Ausgleichsbeträgen bei den Waren der Verordnungen (EWG) Nr. 2783/75 und Nr. 2730/75 Verkehrsverlagerungen auf, so kann die Kommission geeignete Gegenmaßnahmen treffen.

(3) Der Wertzoll, der den festen Teilbetrag der Abgabe auf die Einfuhr von Waren der Verordnung (EWG) Nr. 1059/69 aus dritten Ländern nach Griechenland darstellt, wird dadurch bestimmt, daß der unter Berücksichtigung der in Absatz 1 genannten Übergangsmaßnahmen zu schaffende Agrarschutz von dem Gesamtschutz, den die Republik Griechenland im Zeitpunkt des Beitritts anwendet, getrennt wird.

Jeder nach Unterabsatz 1 ermittelte feste Teilbetrag, den die Republik Griechenland bei der Einfuhr aus dritten Ländern anwendet, wird entsprechend der in Artikel 31 festgelegten Stufenfolge dem Gemeinsamen Zolltarif angenähert. Liegt jedoch der feste Teilbetrag, den die Republik Griechenland mit dem Beitritt anzuwenden hat, unter dem festen Teilbetrag des Gemeinsamen Zolltarifs, so kann die Republik Griechenland den letzteren mit dem Beitritt unmittelbar übernehmen. Bei den nach Unterabsatz 1 ermittelten festen Teilbeträgen werden ferner möglichst alle besonderen Schwierigkeiten berücksichtigt, welche die Republik Griechenland für bestimmte Erzeugnisse vorherieht.

(4) Die Republik Griechenland wendet das Schema des Gemeinsamen Zolltarifs bei den Waren der Verordnungen (EWG) Nr. 1059/69, Nr. 2682/72 und Nr. 2730/75 mit dem Beitritt in vollem Umfang an.

(5) Die Republik Griechenland schafft bei Waren der Verordnung (EWG) Nr. 1059/69 alle Zölle oder Abgaben gleicher Wirkung mit Ausnahme der in den Absätzen 1, 2 und 3 vorgesehenen und bei Waren der Verordnungen (EWG) Nr. 2682/72 und Nr. 2730/75 alle Ausfuhrbeihilfen oder Beihilfen gleicher Wirkung mit dem Beitritt ab.

Für Einfuhren aus der Gemeinschaft schafft die Republik Griechenland bei Waren der Verordnungen (EWG) Nr. 1059/69, Nr. 2730/75 und Nr. 2783/75 alle mengenmäßigen Beschränkungen oder Maßnahmen mit gleicher Wirkung wie mengenmäßige Beschränkungen mit dem Beitritt ab.

(6) Der Rat erläßt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission Durchführungsbestimmungen zu diesem Artikel.

TITEL III

FREIZÜGIGKEIT, FREIER DIENSTLEISTUNGS- UND KAPITALVERKEHR

KAPITEL I

Die Arbeitnehmer

Artikel 44

Artikel 48 des EWG-Vertrags ist für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer zwischen den derzeitigen Mitglied-

staaten und Griechenland nur vorbehaltlich der Übergangsbestimmungen der Artikel 45, 46 und 47 dieser Akte anwendbar.

Artikel 45

(1) Die Artikel 1 bis 6 und 13 bis 23 der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft sind in den derzeitigen Mitgliedstaaten gegenüber griechischen Staatsangehörigen und in Griechenland gegenüber Staatsangehörigen der derzeitigen Mitgliedstaaten erst ab 1. Januar 1988 anwendbar.

Die derzeitigen Mitgliedstaaten und die Republik Griechenland können bis zum 1. Januar 1988 gegenüber griechischen Staatsangehörigen beziehungsweise gegenüber Staatsangehörigen der derzeitigen Mitgliedstaaten die innerstaatlichen Vorschriften beibehalten, welche die Einreise zum Zweck einer Beschäftigung im Lohn- oder Gehaltsverhältnis und/oder den Zugang zu einer solchen Beschäftigung von einer vorherigen Genehmigung abhängig machen.

(2) Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 ist in den derzeitigen Mitgliedstaaten gegenüber griechischen Staatsangehörigen und in Griechenland gegenüber Staatsangehörigen der derzeitigen Mitgliedstaaten erst ab 1. Januar 1986 anwendbar.

Jedoch haben Familienangehörige des Arbeitnehmers im Sinne des Artikels 10 der genannten Verordnung das Recht, in dem Mitgliedstaat, in dem sie mit dem Arbeitnehmer wohnen, eine Beschäftigung auszuüben, sofern sie sich seit mindestens drei Jahren in dem betreffenden Mitgliedstaat aufhalten. Die Dauer dieses Aufenthalts braucht vom 1. Januar 1984 an nur noch 18 Monate zu betragen.

Die Regelung dieses Absatzes läßt günstigere innerstaatliche Bestimmungen unberührt.

Artikel 46

Soweit Bestimmungen der Richtlinie 68/360/EWG zur Aufhebung der Reise- und Aufenthaltsbeschränkungen für Arbeitnehmer der Mitgliedstaaten und ihre Familienangehörigen innerhalb der Gemeinschaft von denjenigen Bestimmungen der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 nicht zu trennen sind, deren Anwendung durch Artikel 45 aufgeschoben wird, können die derzeitigen Mitgliedstaaten und die Republik Griechenland jeweils von diesen Bestimmungen in dem Umfang abweichen, wie es zur Durchführung der Bestimmungen des Artikels 45 notwendig ist, die eine Abweichung von der genannten Verordnung vorsehen.

Artikel 47

Die derzeitigen Mitgliedstaaten und die Republik Griechenland treffen mit Unterstützung der Kommission die erforderlichen Maßnahmen, damit spätestens vom 1. Januar 1988 an die Entscheidung der Kommission vom 8. Dezember 1972 betreffend das „SEDOC“ genannte einheitliche Verfahren gemäß Artikel 15 der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 des Rates und die Entscheidung der Kommission vom 14. Dezember 1972 über das „Gemeinschaftsschema“ für die Sammlung und Verbreitung der in Artikel 14 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 des Rates vorgesehenen Informationen auch auf Griechenland angewendet werden können.

Artikel 48

Bis zum 31. Dezember 1983 sind Artikel 73 Absätze 1 und 3, Artikel 74 Absatz 1 und Artikel 75 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- oder abwandern, sowie die Artikel 86 und 88 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 nicht für die in einem anderen Mitgliedstaat als Griechenland beschäftigten griechischen Arbeitnehmer anwendbar, deren Familienangehörige in Griechenland wohnen.

Artikel 73 Absatz 2, Artikel 74 Absatz 2 und Artikel 75 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 sowie die Artikel 87, 89 und 98 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 gelten für die genannten Arbeitnehmer entsprechend.

Jedoch bleiben Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats unberührt, nach denen der Arbeitnehmer Familienleistungen ohne Rücksicht darauf erhält, in welchem Land seine Familienangehörigen wohnen.

KAPITEL 2

Kapitalverkehr und unsichtbare Transaktionen

Abschnitt I

Der Kapitalverkehr

Artikel 49

(1) Die Republik Griechenland kann die in der ersten Richtlinie des Rates vom 11. Mai 1960 zur Durchführung des Artikels 67 des EWG-Vertrags

und in der zweiten Richtlinie des Rates vom 18. Dezember 1962 zur Ergänzung und Änderung der ersten Richtlinie zur Durchführung des Artikels 67 des EWG-Vertrags vorgesehene Liberalisierung des Kapitalverkehrs im Rahmen der in den Artikeln 50 bis 53 genannten Bedingungen und Fristen aufschieben.

(2) Zwischen den griechischen Behörden und der Kommission finden rechtzeitig geeignete Konsultationen über die Einzelheiten der Liberalisierungs- oder Lockerungsmaßnahmen statt, deren Durchführung gemäß den nachstehenden Bestimmungen aufgeschoben werden kann.

Artikel 50

(1) Die Republik Griechenland kann

- a) die Liberalisierung von Direktinvestitionen durch Devisenländer in den derzeitigen Mitgliedstaaten bis zum 31. Dezember 1985 aufschieben;
- b) die Liberalisierung des Transfers von Liquidationserlösen aus Direktinvestitionen, die vor dem 12. Juni 1975 von den in der Gemeinschaft ansässigen Personen in Griechenland getätigt wurden, bis zum 31. Dezember 1983 aufschieben. Während der Geltungsdauer dieser befristeten Ausnahmeregelung bleiben die allgemeinen oder besonderen Erleichterungen, die aufgrund griechischer Rechtsvorschriften oder aufgrund von Übereinkünften der Republik Griechenland mit einem derzeitigen Mitgliedstaat für den freien Transfer von Liquidationserlösen aus derartigen Investitionen bestehen, in Kraft und werden nichtdiskriminierend angewendet.

(2) Die Republik Griechenland erkennt an, daß es wünschenswert ist, vom 1. Januar 1981 an eine erhebliche Lockerung der Regeln für die in Absatz 1 Buchstabe a) genannten Geschäfte vorzunehmen; sie wird bestrebt sein, die hierfür erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Artikel 51

(1) Die Republik Griechenland kann bis zum 31. Dezember 1985 folgendes aufschieben:

- a) die Liberalisierung des in einem derzeitigen Mitgliedstaat getätigten Immobilienerwerbs durch Devisenländer, die nicht im Rahmen der Freizügigkeit für Arbeitnehmer und Selbständige auswandern;

b) die Liberalisierung des in einem derzeitigen Mitgliedstaat getätigten Immobilienerwerbs durch Devisenländer, die Selbständige sind und auswandern, wenn der Immobilienerwerb nicht mit ihrer Niederlassung zusammenhängt.

(2) Die Rückführung des Liquidationserlöses aus Immobilienerwerb in Griechenland, der vor dem Beitritt durch Devisenländer der derzeitigen Mitgliedstaaten getätigt wurde, wird durch die Einbeziehung der betreffenden Geschäfte in die Regelung des Artikels 52 betreffend die Freigabe in Griechenland bestehender Sperrguthaben schrittweise liberalisiert.

Artikel 52

Sperrguthaben in Griechenland, die Devisenländern der derzeitigen Mitgliedstaaten gehören, werden vom Beitritt an bis zum 31. Dezember 1985 zu gleichen Jahresraten in sechs Abschnitten, deren erster am 1. Januar 1981 beginnt, freigegeben.

Die am 1. Januar 1981 bestehenden Sperrguthaben sowie die zwischen diesem Zeitpunkt und dem 31. Dezember 1985 auf Sperrkonten eingezahlten Beträge werden zu Beginn der einzelnen Abschnitte nacheinander zu einem Sechstel, einem Fünftel, einem Viertel, einem Drittel und der Hälfte des zu Beginn der einzelnen Abschnitte auf einem Sperrkonto befindlichen Guthabens freigegeben.

Am 1. Januar 1986 werden die Sperrkonten von Devisenländern der derzeitigen Mitgliedstaaten aufgehoben.

Artikel 53

Die Republik Griechenland kann die Liberalisierung der Geschäfte, die in der Liste B im Anhang zu den in Artikel 49 genannten Richtlinien aufgeführt sind und von Devisenländern getätigt werden, bis zum 31. Dezember 1985 aufschieben.

Geschäfte von Devisenländern Griechenlands mit Anleihepapieren, die von den Gemeinschaften und der Europäischen Investitionsbank ausgegeben worden sind, werden jedoch in dieser Zeit schrittweise folgendermaßen liberalisiert:

- a) Im Jahre 1981 können diese Geschäfte auf 20 Millionen Europäische Rechnungseinheiten begrenzt werden;
- b) dieser Höchstbetrag wird dann jeweils zum Jahresanfang um 20 v. H. gegenüber dem Betrag des Jahres 1981 angehoben.

Abschnitt II

Unsichtbare Transaktionen

Artikel 54

(1) Die Republik Griechenland kann Transferbeschränkungen für den Fremdenverkehr bis zum 31. Dezember 1985 nach Maßgabe des Absatzes 2 aufrechterhalten.

(2) Am 1. Januar 1981 beträgt die Devisenzuteilung im Fremdenverkehr je Person mindestens 400 Europäische Rechnungseinheiten im Jahr.

Vom 1. Januar 1982 an wird diese Zuteilung jährlich um mindestens 20 v. H. gegenüber der Zuteilung des Jahres 1981 angehoben.

Abschnitt III

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 55

Die Republik Griechenland führt, wenn die Umstände es erlauben, die in den Artikeln 50 bis 54 vorgesehene Liberalisierung des Kapitalverkehrs und der unsichtbaren Transaktionen schon vor Ablauf der dort genannten Fristen durch.

Artikel 56

Zur Durchführung der Bestimmungen dieses Kapitels kann die Kommission den Währungsausschuß anhören und dem Rat zweckdienliche Vorschläge unterbreiten.

TITEL IV

LANDWIRTSCHAFT

KAPITEL I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 57

Soweit in diesem Titel nichts anderes bestimmt ist, finden die Vorschriften dieser Akte auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Anwendung.

Artikel 58

(1) Dieser Artikel findet auf die Preise Anwendung, hinsichtlich derer in Kapitel 2 auf diesen Artikel verwiesen wird.

(2) Bis zur ersten Preisannäherung nach Artikel 59 werden die in Griechenland anzuwendenden Preise nach den in der gemeinsamen Marktorganisation für den betreffenden Warenbereich vorgesehenen Regeln in einer Höhe festgesetzt, die den Erzeugern dieses Bereiches Marktpreise ermöglicht, welche den zuvor nach der innerstaatlichen Regelung während eines für jedes Erzeugnis festzulegenden repräsentativen Zeitraums erzielten Marktpreisen gleichkommen.

Fehlen jedoch für bestimmte Erzeugnisse auf dem griechischen Markt die zur Preisfestsetzung erforderlichen Angaben, so wird der in diesem Mitgliedstaat anzuwendende Preis auf der Grundlage der Preise gleichartiger oder konkurrierender Waren oder Warengruppen in der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung berechnet.

Artikel 59

(1) Führt die Anwendung dieses Titels zu einem von dem der gemeinsamen Preise abweichenden Preisniveau, so werden vorbehaltlich des Absatzes 4 die Preise, hinsichtlich derer in Kapitel 2 auf diesen Artikel verwiesen wird, den gemeinsamen Preisen jährlich zu Beginn des Wirtschaftsjahres gemäß den Absätzen 2 und 3 angenähert.

(2) Bei

— Tomaten und Pfirsichen, für welche die Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 über eine gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse gilt, und

— Verarbeitungserzeugnissen aus Tomaten oder Pfirsichen, für welche die Verordnung (EWG) Nr. 516/77 über die gemeinsame Marktorganisation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse gilt,

erfolgt die Annäherung in sieben Stufen wie folgt:

a) Liegt der Preis eines Erzeugnisses in Griechenland unter dem gemeinsamen Preis, so wird der Preis dieses Mitgliedstaats bei den ersten sechs Annäherungen nacheinander um ein Siebtel, ein Sechstel, ein Fünftel, ein Viertel, ein Drittel und die Hälfte des Unterschieds zwischen dem vor jeder Annäherung bestehenden Preisniveau dieses Mitgliedstaats

und dem zum gleichen Zeitpunkt bestehenden gemeinsamen Preisniveau heraufgesetzt; der sich aus dieser Berechnung ergebende Preis wird im Verhältnis zur etwaigen Erhöhung des gemeinsamen Preises für das nächste Wirtschaftsjahr erhöht; der gemeinsame Preis wird mit der siebten Annäherung angewandt;

- b) liegt der Preis eines Erzeugnisses in Griechenland über dem gemeinsamen Preis, so wird der Unterschied zwischen dem vor jeder Annäherung in diesem Mitgliedstaat bestehenden Preisniveau und dem für das nächste Wirtschaftsjahr geltenden gemeinsamen Preisniveau bei den ersten sechs Annäherungen nacheinander um ein Siebtel, ein Sechstel, ein Fünftel, ein Viertel, ein Drittel und die Hälfte verringert; der gemeinsame Preis wird mit der siebten Annäherung angewandt.

(3) Bei den anderen Erzeugnissen erfolgt die Annäherung in fünf Stufen wie folgt:

- a) Liegt der Preis eines Erzeugnisses in Griechenland unter dem gemeinsamen Preis, so wird der Preis dieses Mitgliedstaats bei den ersten vier Annäherungen nacheinander um ein Fünftel, ein Viertel, ein Drittel und die Hälfte des Unterschieds zwischen dem vor jeder Annäherung bestehenden Preisniveau dieses Mitgliedstaats und dem zum gleichen Zeitpunkt bestehenden gemeinsamen Preisniveau heraufgesetzt; der sich aus dieser Berechnung ergebende Preis wird im Verhältnis zur etwaigen Erhöhung des gemeinsamen Preises für das nächste Wirtschaftsjahr erhöht; der gemeinsame Preis wird mit der fünften Annäherung angewandt;

- b) liegt der Preis eines Erzeugnisses in Griechenland über dem gemeinsamen Preis, so wird der Unterschied zwischen dem vor jeder Annäherung in diesem Mitgliedstaat bestehenden Preisniveau und dem für das nächste Wirtschaftsjahr geltenden gemeinsamen Preisniveau bei den ersten vier Annäherungen um ein Fünftel, ein Viertel, ein Drittel und die Hälfte verringert; der gemeinsame Preis wird mit der fünften Annäherung angewandt.

(4) Im Interesse eines reibungslosen Ablaufs der Integration kann der Rat nach dem Verfahren des Artikels 43 Absatz 2 des EWG-Vertrags beschließen, daß abweichend von den Absätzen 2 und 3 in Griechenland der Preis eines oder mehrerer Erzeugnisse während eines Wirtschaftsjahres von den sich aus der Anwendung des Absatzes 2 oder 3 ergebenden Preisen abweicht.

Diese Abweichung darf höchstens 10 v. H. des Ausmaßes der durchzuführenden Preisbewegung betragen.

In diesem Fall gilt für das folgende Wirtschaftsjahr das Preisniveau, das sich aus der Anwendung des Absatzes 2 oder 3 ergeben hätte, wenn die Abweichung nicht beschlossen worden wäre. Für dieses Wirtschaftsjahr kann jedoch nach den Unterabsätzen 1 und 2 eine weitere Abweichung von diesem Niveau beschlossen werden.

Die in Unterabsatz 1 vorgesehene Abweichung gilt nicht für die letzte in Absatz 2 oder 3 vorgesehene Abweichung.

Artikel 60

Der Rat kann nach dem Verfahren des Artikels 43 Absatz 2 des EWG-Vertrags beschließen, daß in Griechenland bei einem bestimmten Erzeugnis der gemeinsame Preis angewandt wird,

- a) wenn festgestellt wird, daß der Unterschied zwischen dem Preis für das betreffende Erzeugnis in diesem Mitgliedstaat und dem gemeinsamen Preis äußerst gering ist;
- b) wenn der Preis in Griechenland oder der Weltmarktpreis für das betreffende Erzeugnis über dem gemeinsamen Preis liegt.

Artikel 61

Die Unterschiede in den Preisen, hinsichtlich derer in Kapitel 2 auf diesen Artikel verwiesen wird, werden wie folgt ausgeglichen:

1. Bei den Erzeugnissen, deren Preise nach den Artikeln 58 und 59 festgesetzt werden, sind die im Handel zwischen der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung und Griechenland sowie zwischen Griechenland und dritten Ländern anwendbaren Ausgleichsbeträge gleich dem Unterschied zwischen den für Griechenland festgesetzten Preisen und den gemeinsamen Preisen.
2. Führt die Anwendung der Nummer 1 jedoch zu einem äußerst geringen Betrag, so wird kein Ausgleichsbetrag festgesetzt.
3. a) Im Handel zwischen Griechenland und der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung werden die Ausgleichsbeträge vom einführenden Staat erhoben oder vom ausführenden Staat gewährt;
- b) im Handel zwischen Griechenland und dritten Ländern werden die im Rahmen der gemein-

samen Agrarpolitik angewandten Abschöpfungen oder sonstigen Einfuhrabgaben und die Ausfuhrerstattungen um die im Handel mit der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung anwendbaren Ausgleichsbeträge gesenkt oder erhöht. Die Zölle dürfen jedoch nicht um den Ausgleichsbetrag verringert werden.

4. Bei den Erzeugnissen, für die der Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens konsolidiert ist, wird die Konsolidierung berücksichtigt.
5. Der Ausgleichsbetrag, der von einem Mitgliedstaat nach Nummer 1 erhoben oder gewährt wird, darf den Gesamtbetrag nicht überschreiten, den dieser Mitgliedstaat bei der Einfuhr aus dritten Ländern erhebt, welche die Meistbegünstigung erhalten.

Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission Abweichungen von Unterabsatz 1 beschließen, insbesondere um Verkehrsverlagerungen und Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern.

6. Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission bei den Erzeugnissen, für die Ausgleichsbeträge gelten, von Artikel 42 Absatz 1 Unterabsatz 1 abweichen, soweit dies für das reibungslose Funktionieren der gemeinsamen Agrarpolitik erforderlich ist.

Artikel 62

Liegt bei einem Erzeugnis der Weltmarktpreis über dem für die Berechnung der Einfuhrbelastung im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik festgelegten Preis abzüglich des Ausgleichsbetrags, der nach Artikel 61 von der Einfuhrbelastung abgezogen wird, oder ist die Erstattung bei der Ausfuhr nach dritten Ländern niedriger als der Ausgleichsbetrag oder wird eine Erstattung nicht gewährt, so können Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, das reibungslose Funktionieren der gemeinsamen Marktorganisationen zu gewährleisten.

Artikel 63

Die gewährten Ausgleichsbeträge werden von der Gemeinschaft aus dem Europäischen Ausrichtungs- und

Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, finanziert.

Artikel 64

Auf Erzeugnisse, bei deren Einfuhr aus dritten Ländern in die Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung Zölle erhoben werden, finden folgende Bestimmungen Anwendung:

1. Die Einfuhrzölle werden zwischen der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung und Griechenland nach dem Zeitplan und der Stufenfolge des Artikels 25 abgeschafft.

Bei den Erzeugnissen der Verordnung (EWG) Nr. 805/68 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch werden die Ausgangszollsätze jedoch schrittweise in fünf Stufen von je 20 v. H. zu Beginn jedes der dem Beitritt folgenden fünf Wirtschaftsjahre abgeschafft.

Liegen bei Erzeugnissen der Nummer 2 Buchstabe b) die Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs unter den Ausgangszollsätzen, so werden diese für die Anwendung des vorliegenden Absatzes durch die Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs ersetzt.

2. a) Zur schrittweisen Einführung des Gemeinsamen Zolltarifs verringert die Republik Griechenland den Abstand zwischen dem Ausgangszollsatz und dem Satz des Gemeinsamen Zolltarifs nach den Bedingungen, dem Zeitplan und der Stufenfolge des Artikels 31.
- b) Abweichend von Buchstabe a) wendet die Republik Griechenland ab 1. Januar 1981 den Gemeinsamen Zolltarif in vollem Umfang auf folgende Erzeugnisse an:

— Erzeugnisse der Verordnung (EWG) Nr. 805/68;

— Erzeugnisse der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72, bei denen für das gesamte Wirtschaftsjahr oder einen Teil desselben ein Referenzpreis festgesetzt wird;

— Erzeugnisse der Verordnung (EWG) Nr. 100/76 über die gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse, für die ein Referenzpreis festgesetzt wird;

— Erzeugnisse der Verordnung (EWG) Nr. 337/79 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein, für die ein Referenzpreis festgesetzt wird.

3. Der Ausgangszollsatz im Sinne der Nummern 1 und 2 ist in Artikel 24 definiert.

Für die Erzeugnisse der Verordnung Nr.

136/66/EWG über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette sind die Ausgangszollsätze nachstehend festgelegt.

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Ausgangszollsatz, der als von der Republik Griechenland am 1. Juli 1980 tatsächlich angewandt gilt	
		gegenüber dritten Ländern	gegenüber der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung
12.01	Ölsaaten und ölhaltige Früchte, auch zerkleinert: ex B. andere, ausgenommen Leinsamen und Rizinussamen	40 v. H.	36 v. H.
12.02	Mehl von Ölsaaten oder ölhaltigen Früchten, nicht entfettet, ausgenommen Senfmehl: ex B. anderes, ausgenommen Leinsamen und Rizinussamen		
15.07	Fette pflanzliche Öle, flüssig oder fest, roh, gereinigt oder raffiniert: ex D. andere Öle, ausgenommen: — Leinöl — Kopraöl und Palmöl, zu technischen oder industriellen Zwecken, ausgenommen zum Herstellen von Lebensmitteln	130 v. H.	104 v. H.
15.12	Tierische und pflanzliche Öle und Fette, ganz oder teilweise hydriert oder durch beliebige andere Verfahren gehärtet, auch raffiniert, jedoch nicht verarbeitet: A. in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts von 1 kg oder weniger B. in anderer Aufmachung		

4. Bei den einer gemeinsamen Marktorganisation unterliegenden Erzeugnissen kann nach dem Verfahren des Artikels 38 der Verordnung Nr. 136/66/EWG oder nach den entsprechenden Artikeln der anderen Verordnungen über gemeinsame Agrarmarktorganisationen beschlossen werden, daß

a) die Republik Griechenland ermächtigt wird,

— die unter Nummer 1 genannten Zollsätze schneller abzuschaffen oder die unter Nummer 2 genannte Annäherung schneller vorzunehmen als unter diesen Nummern vorgesehen;

— die Zölle auf aus den derzeitigen Mitgliedstaaten eingeführte Erzeugnisse ganz oder teilweise auszusetzen;

— die Zölle auf aus dritten Ländern eingeführte Erzeugnisse ganz oder teilweise auszusetzen;

b) die Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung

— die unter Nummer 1 genannten Zollsätze schneller abschafft als in diesem Absatz vorgesehen;

— die Zölle auf aus Griechenland eingeführte Erzeugnisse ganz oder teilweise aussetzt.

Bei den anderen Erzeugnissen bedarf die Republik Griechenland keiner Ermächtigung für die in Unterabsatz 1 Buchstabe a) erster und zweiter Gedankenstrich vorgesehenen Maßnahmen. Die Republik Griechenland unterrichtet die anderen Mitglied-

staaten und die Kommission über die getroffenen Maßnahmen.

Die sich aus einer schnelleren Annäherung ergebenden Zollsätze dürfen nicht niedriger sein als die Zollsätze, die bei der Einfuhr der gleichen Erzeugnisse aus den anderen Mitgliedstaaten angewandt werden.

Artikel 65

(1) Die in der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung für Zölle, Abgaben gleicher Wirkung, mengenmäßige Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung geltende Regelung findet in Griechenland vom 1. Januar 1981 an, vorbehaltlich der Artikel 61, 64 und 115, auf die Erzeugnisse Anwendung, die im Zeitpunkt des Beitritts unter eine gemeinsame Marktorganisation fallen.

(2) Bei den Erzeugnissen, die im Zeitpunkt des Beitritts nicht einer gemeinsamen Marktorganisation unterliegen, finden die Bestimmungen des Titels II über die schrittweise Beseitigung der Abgaben mit gleicher Wirkung wie Zölle, der mengenmäßigen Beschränkungen und der Maßnahmen gleicher Wirkung keine Anwendung auf diese Abgaben, Beschränkungen und Maßnahmen, wenn sie im Zeitpunkt des Beitritts Bestandteil einer einzelstaatlichen Marktordnung sind.

Unterabsatz 1 gilt nur bis zur Anwendung der gemeinsamen Marktorganisation für diese Erzeugnisse, längstens aber bis zum 31. Dezember 1985, und nur insoweit, wie es zur Aufrechterhaltung der innerstaatlichen Marktorganisation unbedingt erforderlich ist.

(3) Die Republik Griechenland wendet für die Erzeugnisse des Anhangs II zum EWG-Vertrag ab 1. Januar 1981 das Schema des Gemeinsamen Zolltarifs an.

Soweit sich daraus keine Schwierigkeiten für die Anwendung der Gemeinschaftsregelung, insbesondere für das Funktionieren der gemeinsamen Marktorganisationen und der in diesem Titel vorgesehenen Übergangsmechanismen, ergeben, kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission die Republik Griechenland ermächtigen, in dieses Schema die bestehenden innerstaatlichen Unterteilungen zu übernehmen, die für die schrittweise Annäherung an den Gemeinsamen Zolltarif oder für die Abschaffung der Zölle innerhalb der Gemeinschaft in Übereinstimmung mit dieser Akte unerlässlich sind.

Artikel 66

(1) Der Bestandteil zum Schutz der Verarbeitungsindustrie, der bei Erzeugnissen, die unter die gemeinsamen Marktorganisationen für Getreide und Reis fallen, in die Berechnung der Belastung der Einfuhr aus dritten Ländern einbezogen wird, wird bei der Einfuhr aus Griechenland in die Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung erhoben.

(2) Für Einfuhren nach Griechenland wird der Betrag dieses Bestandteils dadurch bestimmt, daß der Bestandteil oder die Bestandteile zum Schutz der Verarbeitungsindustrie von dem ab 1. Januar 1979 geltenden Gesamtschutz getrennt werden.

Dieser Bestandteil oder diese Bestandteile werden bei der Einfuhr aus anderen Mitgliedstaaten erhoben und treten, was die Belastung bei der Einfuhr aus dritten Ländern anbelangt, an die Stelle des dem Gemeinschaftsschutz dienenden Bestandteils.

(3) Artikel 64 findet auf den in den Absätzen 1 und 2 genannten Bestandteil Anwendung, wobei dieser als Ausgangsbestandteil gilt. Die betreffenden Herabsetzungen oder Annäherungen werden jedoch in fünf Stufen von je 20 v. H. zu Beginn jedes der fünf dem Beitritt folgenden Wirtschaftsjahre vorgenommen, die für das betreffende Grunderzeugnis festgelegt werden.

Artikel 67

Für Griechenland werden bei der Festlegung der verschiedenen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik vorgesehenen Beträge, mit Ausnahme der in Artikel 58 genannten Preise, der angewandte Ausgleichsbetrag oder, mangels eines solchen, der festgestellte Preisunterschied und gegebenenfalls die Zollbelastung berücksichtigt, soweit dies für das reibungslose Funktionieren der gemeinsamen Agrarpolitik erforderlich ist.

Artikel 68

(1) Dieser Artikel findet auf die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik eingeführten Beihilfen, Prämien oder sonstigen gleichartigen Beträge Anwendung, hinsichtlich derer in Kapitel 2 auf diesen Artikel verwiesen wird.

(2) Für die Einführung der Gemeinschaftsbeihilfen in Griechenland gilt folgendes:

a) Die Höhe der in Griechenland für ein Erzeugnis vom 1. Januar 1981 an zu gewährenden Gemeinschaftsbeihilfe wird auf der Grundlage der Bei-

hilfen bestimmt, die in Griechenland zuvor während eines festzulegenden repräsentativen Zeitraums nach der innerstaatlichen Regelung gewährt wurden. Dieser Betrag darf jedoch nicht höher sein als die Beihilfe, die in der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung im Zeitpunkt des Beitritts gewährt wird. Würde zuvor nach der innerstaatlichen Regelung keine gleichartige Beihilfe gewährt, so wird vorbehaltlich der nachstehenden Bestimmungen in Griechenland im Zeitpunkt des Beitritts keine Gemeinschaftsbeihilfe gewährt;

b) anschließend wird entweder die Gemeinschaftsbeihilfe in Griechenland eingeführt, oder die Höhe der Gemeinschaftsbeihilfe in Griechenland wird, sofern ein Unterschied besteht, der Höhe der in der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung gewährten Beihilfe wie folgt angenähert:

- zu Beginn eines jeden der vier Wirtschaftsjahre oder — wenn kein Wirtschaftsjahr besteht — der vier Zeiträume, während derer nach dem Beitritt die Beihilfe angewandt wird, stufenweise um ein Fünftel, ein Viertel, ein Drittel und die Hälfte
 - der Gemeinschaftsbeihilfe für das folgende Wirtschaftsjahr oder den folgenden Zeitraum oder
 - des Unterschieds zwischen der Beihilfe in Griechenland und der Beihilfe in der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung für das folgende Wirtschaftsjahr oder den folgenden Zeitraum;
- die Gemeinschaftsbeihilfe findet in Griechenland mit Beginn des fünften Wirtschaftsjahres oder des fünften Zeitraums, während dessen nach dem Beitritt die Beihilfe angewandt wird, in vollem Umfang Anwendung.

Artikel 69

(1) Unbeschadet des Artikels 68 kann die Republik Griechenland innerstaatliche Beihilfen in abnehmendem Umfang übergangsweise bis zum 31. Dezember 1985 beibehalten. Von dem Grundsatz eines abnehmenden Umfangs kann jedoch bei solchen griechischen innerstaatlichen Beihilfen abgewichen werden, die nach dem Anwendungsbereich der in Anhang IV genannten Sozialstruktur-Richtlinien zu beurteilen sind.

(2) Der Rat legt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission vom Beitritt an die erforderlichen Durchführungsmaßnahmen zu diesem Artikel fest. Zu diesen Maßnahmen gehören insbesondere

das Verzeichnis und die genaue Bezeichnung der in Absatz 1 genannten Beihilfen, ihre Höhe, der Zeitplan ihres Abbaus und die für das reibungslose Funktionieren der gemeinsamen Agrarpolitik erforderlichen Modalitäten; diese Modalitäten müssen ferner auf dem griechischen Markt gleichen Zugang sowohl für die aus Griechenland als auch für die aus den derzeitigen Mitgliedstaaten stammenden Produktionsmittel gewährleisten.

Artikel 70

(1) Bis zum Inkrafttreten der von der Gemeinschaft zu erlassenden Ergänzungsbestimmungen, längstens aber bis zum

- Beginn des ersten dem Beitritt folgenden Wirtschaftsjahres für die Erzeugnisse des Absatzes 2 Buchstabe a),
- 31. Dezember 1985 für die Erzeugnisse des Absatzes 2 Buchstabe b),

kann die Republik Griechenland für diese Erzeugnisse von den Maßnahmen, die dort zuvor nach der innerstaatlichen Regelung während eines festzulegenden repräsentativen Zeitraums galten, diejenigen beibehalten, die unbedingt erforderlich sind, damit das griechische Erzeugereinkommen auf der gleichen Höhe bleibt wie zuvor nach der innerstaatlichen Regelung.

(2) Folgende Erzeugnisse fallen unter Absatz 1:

- a) getrocknete Feigen der Tarifstelle 08.03 B des Gemeinsamen Zolltarifs,
 - getrocknete Weintrauben der Tarifstelle 08.04 B des Gemeinsamen Zolltarifs;
- b) Oliven, zu anderen Zwecken als zur Ölgewinnung bestimmt, der Tarifstellen 07.01 N I, ex 07.02 A, 07.03 A I, ex 07.04 B, ex 20.01 B und ex 20.02 F des Gemeinsamen Zolltarifs.

(3) Der Rat legt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission vom Beitritt an die Maßnahmen nach Absatz 1 fest, welche die Republik Griechenland beibehalten kann.

Artikel 71

Jeder Warenbestand, der sich am 1. Januar 1981 im griechischen Hoheitsgebiet im freien Verkehr befindet und mengenmäßig einen als normal anzusehenden Übertragbestand übersteigt, muß von der Republik

Griechenland auf ihre Kosten im Rahmen festzulegender Gemeinschaftsverfahren nach festzusetzenden Fristen abgebaut werden.

Artikel 72

(1) Der Rat erläßt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission die zur Durchführung dieses Titels erforderlichen Bestimmungen.

(2) Der Rat kann einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der Versammlung die bei einer Änderung der Gemeinschaftsregelung gegebenenfalls erforderlichen Anpassungen der in diesem Titel enthaltenen Einzelheiten vornehmen.

Artikel 73

(1) Sind Übergangsmaßnahmen notwendig, um die Überleitung von der in Griechenland bestehenden Regelung zu der Regelung zu erleichtern, die sich aus der Anwendung der gemeinsamen Marktorganisation nach Maßgabe dieses Titels ergibt, insbesondere wenn die Anwendung der neuen Regelung zum vorgesehenen Zeitpunkt bei bestimmten Erzeugnissen erhebliche Schwierigkeiten verursacht, so werden diese Maßnahmen nach dem Verfahren des Artikels 38 der Verordnung Nr. 136/66/EWG oder der entsprechenden Artikel der anderen Verordnungen über gemeinsame Agrarmarktorganisationen getroffen. Diese Maßnahmen können während eines Zeitraums, der am 31. Dezember 1982 endet, getroffen werden; ihre Anwendbarkeit ist auf diese Frist begrenzt.

(2) Der Rat kann einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der Versammlung den in Absatz 1 genannten Zeitraum verlängern.

KAPITEL 2

Bestimmungen über gemeinsame Marktorganisationen

Abschnitt 1

Obst und Gemüse

Artikel 74

Bei Obst und Gemüse findet Artikel 59 auf den Grundpreis Anwendung.

Der Grundpreis wird in Griechenland im Zeitpunkt des Beitritts aufgrund des Unterschieds festgesetzt, der zwischen Griechenland und der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung bei dem Durchschnitt der Erzeugerpreise während eines festzulegenden Bezugszeitraums festgestellt wurde.

Artikel 75

(1) Für Obst und Gemüse, das aus Griechenland in die Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung eingeführt wird und für das ein institutioneller Preis festgesetzt ist, wird ein Ausgleichsmechanismus geschaffen.

(2) Für diesen Mechanismus gilt folgendes:

a) Ein nach Buchstabe b) berechneter Angebotspreis für das griechische Erzeugnis und ein jährlich berechneter Angebotspreis der Gemeinschaft werden miteinander verglichen; hierfür wird einerseits das arithmetische Mittel der Erzeugerpreise jedes Mitgliedstaats der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung unter Hinzurechnung der Kosten für Transport und Verpackung der Erzeugnisse aus den Erzeugergebieten zu den repräsentativen Verbrauchszentren der Gemeinschaft zugrundegelegt und andererseits die Entwicklung der Erzeugerkosten berücksichtigt. Die genannten Erzeugerpreise entsprechen dem Durchschnitt der Notierungen, die in den drei der Festsetzung des genannten Angebotspreises der Gemeinschaft vorausgehenden Jahren festgestellt werden. Der jährliche Gemeinschaftspreis darf den gegenüber dritten Ländern angewandten Referenzpreis nicht übersteigen. Dieser Angebotspreis der Gemeinschaft wird bei der ersten der in Artikel 59 genannten Preisannäherungen um 3 v. H. verringert, bei der zweiten Annäherung um 6 v. H., bei der dritten Annäherung um 9 v. H., bei der vierten Annäherung um 12 v. H., bei der fünften Annäherung um 15 v. H. und für Pfirsiche und Tomaten bei der sechsten Annäherung um 18 v. H. und bei der siebten Annäherung um 21 v. H.

b) Der Angebotspreis für das griechische Erzeugnis wird an jedem Markttag anhand der repräsentativen Notierungen berechnet, die in der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung festgestellt oder auf die Einfuhrgroßhandelsstufe festgesetzt werden. Der Preis für Waren griechischer Herkunft entspricht dem niedrigsten repräsentativen Kurs oder dem Durchschnitt der niedrigsten repräsentativen Kurse für mindestens 30 v. H. der Mengen der betreffenden Herkunft, welche auf allen repräsentativen Märkten angeboten werden, für die Kurse zur Verfügung stehen. Von diesem

Kurs oder diesen Kursen wird der Berichtigungsbetrag abgezogen, falls ein solcher gemäß Buchstabe c) festgesetzt ist.

- c) Liegt der so berechnete griechische Preis unter dem Gemeinschaftspreis nach Buchstabe a), so erhebt bei der Einfuhr in die Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung der einführende Mitgliedstaat einen Berichtigungsbetrag in Höhe des Unterschieds zwischen diesen beiden Preisen. Liegt der Tagesangebotspreis für das Gemeinschaftserzeugnis auf den Märkten der Verbrauchszentren unter dem Gemeinschaftspreis nach Buchstabe a), so darf der Berichtigungsbetrag jedenfalls nicht den Unterschied zwischen dem arithmetischen Mittel dieser beiden Preise und dem Preis des griechischen Erzeugnisses übersteigen.
- d) Der Berichtigungsbetrag wird so lange erhoben, bis die Feststellungen ergeben, daß der Preis für das griechische Erzeugnis mindestens ebenso hoch ist wie der Gemeinschaftspreis nach Buchstabe a) oder gegebenenfalls das arithmetische Mittel der Gemeinschaftspreise nach Buchstabe c).

(3) Der Ausgleichsmechanismus dieses Artikels gilt bis zum

- 31. Dezember 1987 für die Erzeugnisse des Artikels 59 Absatz 2,
- 31. Dezember 1985 für die Erzeugnisse des Artikels 59 Absatz 3.

(4) Wird der griechische Markt durch Einfuhren aus den derzeitigen Mitgliedstaaten gestört, so können im Hinblick auf Obst und Gemüse, das aus der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung nach Griechenland eingeführt wird und für das ein institutioneller Preis festgesetzt ist, geeignete Maßnahmen beschlossen werden; diese können einen Ausgleichsmechanismus vorsehen, der demjenigen der vorstehenden Absätze gleicht.

Artikel 76

Artikel 68 findet auf den finanziellen Ausgleich nach Artikel 6 der Verordnung (EWG) Nr. 2511/69 über Sondermaßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Zitrusfrüchten der Gemeinschaft Anwendung.

Dieser finanzielle Ausgleich gilt als Beihilfe, die in Griechenland zuvor nach der innerstaatlichen Regelung nicht gewährt wurde.

Artikel 77

Der Mindestpreis und der finanzielle Ausgleich nach den Artikeln 2 und 3 der Verordnung (EWG) Nr.

2601/69 über Sondermaßnahmen zur Förderung der Verarbeitung bestimmter Apfelsinensorten und den Artikeln 1 und 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/77 über Sondermaßnahmen zur Förderung der Vermarktung von Verarbeitungserzeugnissen aus Zitronen werden für Griechenland wie folgt festgesetzt:

1. Bis zur ersten Preisangleichung nach Artikel 59 wird der anwendbare Mindestpreis anhand der Preise bestimmt, die in Griechenland den Erzeugern von zur Verarbeitung bestimmten Zitrusfrüchten zuvor nach der innerstaatlichen Regelung aufgrund der Feststellungen während eines festzulegenden Zeitraums gezahlt wurden. Der finanzielle Ausgleich ist derjenige der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung, der gegebenenfalls um den Unterschied zwischen dem gemeinsamen Mindestpreis und dem in Griechenland geltenden Mindestpreis verringert wird.
2. Bei den folgenden Festsetzungen wird der in Griechenland geltende Mindestpreis dem gemeinsamen Mindestpreis gemäß Artikel 59 angenähert. Der finanzielle Ausgleich in Griechenland ist bei jeder Angleichungsstufe derjenige der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung, der gegebenenfalls um den Unterschied zwischen dem gemeinsamen Mindestpreis und dem in Griechenland geltenden Mindestpreis verringert wird.
3. Liegt jedoch der Mindestpreis nach Absatz 1 oder 2 über dem gemeinsamen Mindestpreis, so kann letzterer endgültig für Griechenland festgesetzt werden.

Artikel 78

Die Republik Griechenland kann bis zum 31. Dezember 1987 für alle Erzeuger von Obst und Gemüse die Verpflichtung vorsehen, ihre gesamte gemeinsamen Qualitätsnormen unterliegende Erzeugung an Obst und Gemüse über inländische Märkte zu vermarkten.

Abschnitt 2

Fette

Artikel 79

- (1) Bei Olivenöl finden die Artikel 58, 59 und 61 auf den Interventionspreis Anwendung.

Der Ausgleichsbetrag aufgrund des Artikels 61 wird jedoch gegebenenfalls entsprechend der Auswirkung des Unterschieds korrigiert, der bei den Verbraucherbeihilfen der Gemeinschaft zwischen der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung und Griechenland besteht.

(2) Bei Ölsaaten werden die Richtpreise oder Zielpreise entsprechend dem Abstand festgesetzt, der während eines festzulegenden Bezugszeitraums in den Preisen für Erzeugnisse, die in der Fruchtfolge in Wettbewerb treten, zwischen Griechenland und der Gemeinschaft besteht. Liegen die Preise für diese konkurrierenden Erzeugnisse nahe beieinander, so gilt in Griechenland der gemeinsame Preis vom Beitritt an. Anderenfalls findet Artikel 59 auf den Richtpreis oder Zielpreis für diese Erzeugnisse Anwendung. Jedoch dürfen die Richtpreise oder Zielpreise in Griechenland die gemeinsamen Richtpreise oder Zielpreise nicht übersteigen.

Artikel 80

Bei der Festsetzung der verschiedenen im Ölsaaten-sektor vorgesehenen Beträge mit Ausnahme der in Artikel 79 Absatz 2 genannten Preise wird für Griechenland in Abweichung von Artikel 67 der Abstand aufgrund des Artikels 79 Absatz 2 berücksichtigt, soweit dies für das reibungslose Funktionieren der gemeinsamen Marktorganisation für diese Erzeugnisse erforderlich ist.

Artikel 81

(1) Artikel 68 findet auf die Beihilfen für Olivenöl Anwendung. Jedoch erfolgt die erste Annäherung bei der Erzeugerbeihilfe für dieses Erzeugnis am 1. Januar 1981.

Hierbei ist zur Berechnung der Erzeugerbeihilfe für Griechenland die Erzeugerbeihilfe der Gemeinschaft in der Höhe zugrunde zu legen, die für das im Zeitpunkt des Beitritts laufende Wirtschaftsjahr festgelegt wurde.

Die zweite Annäherung erfolgt zu Beginn des zweiten Wirtschaftsjahres nach dem Beitritt; zu Beginn des ersten Wirtschaftsjahres ist eine Anpassung ausschließlich aufgrund einer Änderung der Gemeinschaftsbeihilfe möglich, die in der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung gilt.

(2) Die Beihilfe für in Griechenland geerntete Raps- und Rübsensamen, Sonnenblumenkerne und

Rizinussamen wird in Höhe des Unterschieds berichtigt, der gegebenenfalls beim Richtpreis oder Zielpreis zwischen Griechenland und der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung besteht.

Unbeschadet des Unterabsatzes 1 wird die Beihilfe für in Griechenland verarbeitete Raps- und Rübsensamen, Sonnenblumenkerne und Rizinussamen um die Belastung mit Zöllen verringert, die Griechenland bei der Einfuhr dieser Erzeugnisse aus dritten Ländern erhebt.

(3) Die Beihilfe für in Griechenland geerntete Sojabohnen und Leinsamen wird in Höhe des Unterschieds berichtigt, der gegebenenfalls beim Zielpreis zwischen Griechenland und der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung besteht, und um die Belastung mit Zöllen verringert, die Griechenland bei der Einfuhr dieser Erzeugnisse aus dritten Ländern erhebt.

Artikel 82

Die Republik Griechenland kann das Kontrollsystem für die Einfuhr von Ölsaaten und pflanzlichen Ölen und Fetten, das sie am 1. Januar 1979 anwendet, unter festzulegenden Bedingungen bis zum 31. Dezember 1983 anwenden.

Abschnitt 3

Milch und Milcherzeugnisse

Artikel 83

Die Artikel 58, 59 und 61 finden auf die Interventionspreise für Butter und Magermilchpulver Anwendung.

Artikel 84

Der Ausgleichsbetrag für Milcherzeugnisse mit Ausnahme von Butter und Magermilchpulver wird mit Hilfe von festzulegenden Koeffizienten festgesetzt.

Abschnitt 4

Rindfleisch

Artikel 85

Die Artikel 58, 59 und 61 finden auf die Preise für ausgewachsene Rinder in Griechenland und in der

Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung Anwendung.

Artikel 86

Der Ausgleichsbetrag für die Erzeugnisse des Anhangs zu der Verordnung (EWG) Nr. 805/68 wird mit Hilfe von festzulegenden Koeffizienten festgesetzt.

Abschnitt 5

Tabak

Artikel 87

(1) Artikel 58 findet auf den Interventionspreis für jede Sorte oder Sortengruppe Anwendung.

(2) Der dem in Absatz 1 genannten Interventionspreis entsprechende Zielpreis wird in Griechenland für die erste Ernte nach dem Beitritt in einer Höhe festgesetzt, die das Verhältnis zwischen dem Zielpreis und dem Interventionspreis gemäß Artikel 2 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 727/70 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Rohtabak wiedergibt.

(3) Dieser Zielpreis wird für die folgenden vier Ernten

a) gemäß den Merkmalen des Artikels 2 Absatz 2 Unterabsatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 727/70 festgesetzt; dabei werden jedoch die Beihilfen berücksichtigt, welche die Republik Griechenland nach Artikel 69 für Tabak beibehalten kann;

b) entsprechend der Auswirkung der Verringerung der innerstaatlichen Beihilfen, welche die Republik Griechenland nach Artikel 69 für Tabak in abnehmendem Umfang beibehalten kann, in vier Stufen erhöht, und zwar erstmals für die zweite Ernte nach dem Beitritt.

Artikel 88

Jeder Tabakbestand in Griechenland aus Ernten vor dem Beitritt muß in Abweichung von Artikel 71 von der Republik Griechenland auf ihre Kosten im Rahmen festzulegender Gemeinschaftsverfahren nach festzusetzenden Fristen abgebaut werden.

Abschnitt 6

Flachs und Hanf

Artikel 89

Artikel 68 findet auf die Beihilfe für Flachs und Hanf Anwendung.

Abschnitt 7

Hopfen

Artikel 90

Artikel 68 findet auf die Beihilfe für Hopfen Anwendung.

Abschnitt 8

Saatgut

Artikel 91

Artikel 68 findet auf die Beihilfe für Saatgut Anwendung.

Abschnitt 9

Seidenraupen

Artikel 92

Artikel 68 findet auf die Beihilfe für Seidenraupen Anwendung.

Abschnitt 10

Zucker

Artikel 93

Die Artikel 58, 59 und 61 finden auf den Interventionspreis für Weißzucker und auf den Mindestpreis für Zuckerrüben Anwendung.

Artikel 94

Die Ausgleichsbeträge bei den in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 3330/74 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker aufgeführten Erzeugnissen mit Ausnahme frischer Zuckerrüben und den in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d) derselben Verordnung aufgeführten Erzeugnissen werden von dem auf das betreffende Ausgangserzeugnis anwendbaren Ausgleichsbetrag nach festzulegenden Koeffizienten abgeleitet.

Artikel 95

Der Betrag nach Artikel 26 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 3330/74 wird in Griechenland um den Ausgleichsbetrag berichtigt.

Abschnitt 11

Getreide

Artikel 96

Auf dem Getreidesektor finden die Artikel 58, 59 und 61 auf die Interventionspreise und bei Weichweizen auf den Referenzpreis Anwendung.

Artikel 97

Die Ausgleichsbeträge werden wie folgt festgesetzt:

1. Bei Getreidearten, für die kein Interventionspreis festgesetzt ist, wird der bis zur ersten Annäherung anwendbare Ausgleichsbetrag von demjenigen für die konkurrierende Getreideart, für die ein Interventionspreis festgesetzt ist, abgeleitet; dabei wird
 - das Verhältnis der Preise auf dem griechischen Markt oder
 - das Verhältnis zwischen den Schwellenpreisen der betreffenden Getreidearten

berücksichtigt.

Bei den nachfolgenden Festsetzungen wird der Betrag nach den in Artikel 59 für die Preisannäherung aufgestellten Regeln ausgehend von dem in Unterabsatz 1 genannten Betrag festgesetzt.

Jedoch muß im Fall des Unterabsatzes 1 erster Gedankenstrich das berücksichtigte Verhältnis dem Verhältnis zwischen den Schwellenpreisen nach den Regeln des Artikels 59 angenähert werden.

2. Bei den Erzeugnissen des Artikels 1 Buchstaben c) und d) der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide wird der Ausgleichsbetrag von dem Ausgleichsbetrag für die Getreidearten, denen die Erzeugnisse zugeordnet sind, mit Hilfe von festzulegenden Koeffizienten abgeleitet.

3. Unbeschadet des Absatzes 2 wird bei Verarbeitungserzeugnissen aus Weichweizen oder Hartweizen der Ausgleichsbetrag in einer Höhe festgesetzt, mit der auch eine etwaige innerstaatliche Beihilfe berücksichtigt wird, welche die Republik Griechenland aufgrund des Artikels 69 für Weizen zur Mehlherstellung gegebenenfalls beibehält.

Artikel 98

Artikel 68 findet auf die in Artikel 10 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 genannte Beihilfe für Hartweizen Anwendung.

Abschnitt 12

Schweinefleisch

Artikel 99

(1) Auf dem Schweinefleischsektor finden die Artikel 58, 59 und 61 auf den Preis für dieses Erzeugnis in Griechenland und in der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung Anwendung.

(2) Um die Gefahr von Störungen im Handel zwischen der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung und Griechenland auszuschließen, kann der Ausgleichsbetrag jedoch auf der Grundlage der Ausgleichsbeträge für Futtergetreide berechnet werden. Hierfür wird der Ausgleichsbetrag für ein Kilogramm geschlachtete Schweine ausgehend von den Ausgleichsbeträgen für die Futtergetreidemenge berechnet, die in der Gemeinschaft zur Erzeugung eines Kilogramms Schweinefleisch erforderlich ist.

Unbeschadet des Unterabsatzes 1 kann der Ausgleichsbetrag in einer Höhe festgesetzt werden, mit der auch die innerstaatliche Beihilfe berücksichtigt wird, welche die Republik Griechenland aufgrund des Artikels 69 für Getreide zur Schweinezucht beibehält.

(3) Bei den in Artikel 1 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2759/75 über die gemeinsame Marktorganisation für Schweinefleisch genannten Erzeugnissen, ausgenommen geschlachtete Schweine, wird der Ausgleichsbetrag von dem sich aus Absatz 1 oder 2 ergebenden Ausgleichsbetrag mit Hilfe von festzulegenden Koeffizienten abgeleitet.

Abschnitt 13

Eier

Artikel 100

(1) Auf dem Eiersektor finden die Artikel 58, 59 und 61 auf die Preise für diese Erzeugnisse in Griechenland und in der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung Anwendung.

(2) Um die Gefahr von Störungen im Handel zwischen der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung und Griechenland auszuschließen, kann der Ausgleichsbetrag jedoch auf der Grundlage der Ausgleichsbeträge für Futtergetreide berechnet werden. Hierfür gilt folgendes:

- a) Bei Eiern in der Schale wird der Ausgleichsbetrag für ein Kilogramm dieses Erzeugnisses ausgehend von den Ausgleichsbeträgen für die Futtergetreidemenge berechnet, die in der Gemeinschaft zur Erzeugung eines Kilogramms Eier in der Schale erforderlich ist;
- b) bei Bruteiern wird der Ausgleichsbetrag je Brutei ausgehend von den Ausgleichsbeträgen für die Futtergetreidemenge berechnet, die in der Gemeinschaft zur Erzeugung eines Bruteis erforderlich ist.

Unbeschadet des Unterabsatzes 1 kann der Ausgleichsbetrag in einer Höhe festgesetzt werden, mit der auch die innerstaatliche Beihilfe berücksichtigt wird, welche die Republik Griechenland aufgrund des Artikels 69 für von der Geflügelzuchtindustrie verwendetes Getreide beibehält.

(3) Bei den Erzeugnissen des Artikels 1 Absatz 1 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 2771/75 über die gemeinsame Marktorganisation für Eier wird der Ausgleichsbetrag von dem sich aus Absatz 1 oder 2 ergebenden Ausgleichsbetrag mit Hilfe von festzulegenden Koeffizienten abgeleitet.

Abschnitt 14

Geflügelfleisch

Artikel 101

(1) Auf dem Geflügelfleischsektor finden die Artikel 58, 59 und 61 auf die Preise für diese Erzeugnisse in Griechenland und in der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung Anwendung.

(2) Um die Gefahr von Störungen im Handel zwischen der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung und Griechenland auszuschließen, kann der Ausgleichsbetrag jedoch auf der Grundlage der Ausgleichsbeträge für Futtergetreide berechnet werden. Hierfür gilt folgendes:

- a) Bei geschlachtetem Geflügel wird der Ausgleichsbetrag für ein Kilogramm dieses Erzeugnisses ausgehend von den Ausgleichsbeträgen für die Futtergetreidemenge berechnet, die in der Gemeinschaft zur Erzeugung eines Kilogramms geschlachtetes Geflügel der jeweiligen Art erforderlich ist;
- b) bei Küken wird der Ausgleichsbetrag je Küken ausgehend von den Ausgleichsbeträgen für die Futtergetreidemenge berechnet, die in der Gemeinschaft zur Erzeugung eines Kükens erforderlich ist.

Unbeschadet des Unterabsatzes 1 kann der Ausgleichsbetrag in einer Höhe festgesetzt werden, mit der auch die innerstaatliche Beihilfe berücksichtigt wird, welche die Republik Griechenland aufgrund des Artikels 69 für von der Geflügelzuchtindustrie verwendetes Getreide beibehält.

(3) Bei den Erzeugnissen des Artikels 1 Absatz 2 Buchstabe d) der Verordnung (EWG) Nr. 2777/75 über die gemeinsame Marktorganisation für Geflügelfleisch wird der Ausgleichsbetrag von dem sich aus Absatz 1 oder 2 ergebenden Ausgleichsbetrag mit Hilfe von festzulegenden Koeffizienten abgeleitet.

Abschnitt 15

Reis

Artikel 102

(1) Auf dem Reissektor finden die Artikel 58, 59 und 61 auf den Interventionspreis für Rohreis Anwendung.

- (2) Bei geschältem Reis entspricht der Ausgleichsbetrag demjenigen für Rohreis nach Umrechnung unter Verwendung des in Artikel 1 der Verordnung Nr. 467/67/EWG genannten Umrechnungssatzes.
- (3) Bei vollständig geschliffenem Reis entspricht der Ausgleichsbetrag demjenigen für geschälten Reis nach Umrechnung unter Verwendung des in Artikel 1 der Verordnung Nr. 467/67/EWG genannten Umrechnungssatzes.
- (4) Bei halbgeschliffenem Reis entspricht der Ausgleichsbetrag demjenigen für vollständig geschliffenen Reis nach Umrechnung unter Verwendung des in Artikel 1 der Verordnung Nr. 467/67/EWG genannten Umrechnungssatzes.
- (5) Bei den Erzeugnissen des Artikels 1 Absatz 1 Buchstabe c) der Verordnung (EWG) Nr. 1418/76 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis wird der Ausgleichsbetrag von dem Ausgleichsbetrag für die Erzeugnisse, denen sie zugeordnet sind, mit Hilfe von festzulegenden Koeffizienten abgeleitet.
- (6) Bei Bruchreis wird der Ausgleichsbetrag in einer Höhe festgesetzt, mit welcher der Unterschied zwischen dem Beschaffungspreis in Griechenland und dem Schwellenpreis berücksichtigt wird.

Abschnitt 16

Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse

Artikel 103

Auf die Erzeugnisse, für welche die Beihilferegelung des Artikels 3a der Verordnung (EWG) Nr. 516/77 über die gemeinsame Marktorganisation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse gilt, finden in Griechenland die nachstehenden Bestimmungen Anwendung:

1. Bis zur ersten Preisannäherung nach Artikel 59 wird der in Artikel 3a Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 516/77 genannte Mindestpreis auf der Grundlage der den Erzeugern für das zur Verarbeitung bestimmte Erzeugnis in Griechenland gezahlten Preise festgesetzt, die zuvor nach der innerstaatlichen Regelung während eines festzulegenden repräsentativen Zeitraums festgestellt wurden.
2. Weicht der in Absatz 1 bezeichnete Mindestpreis von dem gemeinsamen Preis ab, so wird der Preis in Griechenland zu Beginn eines jeden dem Beitritt

folgenden Wirtschaftsjahres gemäß Artikel 59 geändert.

3. Der Betrag der in Griechenland gewährten Gemeinschaftsbeihilfe wird so festgesetzt, daß der Unterschied zwischen den nach Artikel 3b Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 516/77 ermittelten Preisen der Erzeugnisse der dritten Länder und den Preisen für griechische Erzeugnisse ausgeglichen wird; die letzteren Preise werden unter Berücksichtigung des in Absatz 2 genannten Mindestpreises und der in Griechenland entstehenden Verarbeitungskosten ermittelt, wobei die Unternehmen mit den höchsten Kosten nicht in Betracht gezogen werden. Diese Beihilfe darf jedoch nicht die Beihilfe übersteigen, die in der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung gewährt wird.
4. Die Gemeinschaftsbeihilfe findet in Griechenland für Tomatenkonzentrate, geschälte Tomaten, Tomatensaft und Pfirsichkonserven vom Beginn des siebten auf den Beitritt folgenden Wirtschaftsjahres an und für „prunes d'Ente“ genannte Pflaumen vom Beginn des fünften auf den Beitritt folgenden Wirtschaftsjahres in vollem Umfang Anwendung.
5. Liegt jedoch der sich nach Absatz 1 oder 2 ergebende Mindestpreis über dem gemeinsamen Mindestpreis, so kann dieser endgültig für Griechenland berücksichtigt werden.

Abschnitt 17

Trockenfutter

Artikel 104

(1) Der Zielpreis nach Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1117/78 über die gemeinsame Marktorganisation für Trockenfutter wird für Griechenland am 1. Januar 1981 in Höhe des Weltmarktpreises festgesetzt, dem die in Griechenland zuvor nach der innerstaatlichen Regelung während eines festzulegenden Bezugszeitraums etwa gewährte Beihilfe, soweit sie nicht aufgrund des Artikels 69 beibehalten wird, und die von Griechenland am 1. Juli 1980 gegenüber dritten Ländern erhobenen Zölle hinzuzurechnen sind. Der sich ergebende Zielpreis darf jedoch den gemeinsamen Zielpreis nicht übersteigen.

(2) Artikel 59 findet auf den nach Absatz 1 berechneten Zielpreis Anwendung, wenn dieser unter dem gemeinsamen Zielpreis liegt.

(3) Die ergänzende Beihilfe in Griechenland wird um den Betrag

- des gegebenenfalls bestehenden Unterschieds zwischen dem Zielpreis in Griechenland und dem gemeinsamen Zielpreis und
- der Zollbelastung bei der Einfuhr dieser Erzeugnisse aus dritten Ländern nach Griechenland

verringert; auf diesen Betrag wird der Prozentsatz des Artikels 5 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1117/78 angewandt.

(4) Artikel 68 findet auf die in Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1117/78 genannte Pauschalbeihilfe Anwendung.

Abschnitt 18

Erbsen, Puffbohnen und Ackerbohnen

Artikel 105

(1) Bei Erbsen, Puffbohnen und Ackerbohnen wird der Auslösungspreis in Griechenland am 1. Januar 1981 entsprechend dem Unterschied festgesetzt, der während eines festzulegenden Bezugszeitraums bei den Preisen von in der Fruchtfolge konkurrierenden Erzeugnissen zwischen Griechenland und der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung besteht.

Liegen die Preise dieser konkurrierenden Erzeugnisse nahe beieinander, so gilt der gemeinsame Preis in Griechenland vom Beitritt an. Anderenfalls findet Artikel 59 auf den Auslösungspreis für diese Erzeugnisse Anwendung. Der Auslösungspreis in Griechenland darf jedoch den gemeinsamen Auslösungspreis nicht übersteigen.

(2) Die Beihilfe nach Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1119/78 über besondere Maßnahmen für zu Futterzwecken verwendete Erbsen, Puffbohnen und Ackerbohnen wird bei diesen in Griechenland geernteten Erzeugnissen um einen Betrag in Höhe des gegebenenfalls bestehenden Unterschieds zwischen dem Auslösungspreis in Griechenland und dem gemeinsamen Auslösungspreis verringert.

Unbeschadet des Unterabsatzes 1 wird die betreffende Beihilfe für ein in Griechenland verarbeitetes Erzeugnis um die Zollbelastung bei der Einfuhr von Sojakuchen aus dritten Ländern nach Griechenland verringert.

Auf die sich nach den Unterabsätzen 1 und 2 ergebenden Beträge wird der Vomhundertsatz des Artikels 2 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1119/78 angewandt.

Artikel 106

Bei der Festsetzung der verschiedenen im Sektor Erbsen, Puffbohnen und Ackerbohnen vorgesehenen Beträge mit Ausnahme der Preise nach Artikel 105 Absatz 1 wird in Abweichung von Artikel 67 für Griechenland der sich nach Artikel 105 Absatz 1 ergebende Preisunterschied berücksichtigt, soweit dies für das reibungslose Funktionieren der gemeinsamen Marktorganisation für diese Erzeugnisse erforderlich ist.

Abschnitt 19

Wein

Artikel 107

(1) Die Artikel 58 und 59 finden auf die Orientierungspreise für Tafelwein Anwendung. Artikel 61 findet auf dasselbe Erzeugnis vorbehaltlich des Absatzes 3 Anwendung.

(2) Der Ausgleichsbetrag für die anderen Erzeugnisse, für die ein Referenzpreis festgesetzt wird, wird entsprechend dem für Tafelwein festgesetzten Ausgleichsbetrag bestimmt, soweit dies für das reibungslose Funktionieren der gemeinsamen Marktorganisation für Wein erforderlich ist. Bei Likörweinen entspricht der Ausgleichsbetrag am 1. Januar 1981 jedoch der zu diesem Zeitpunkt geltenden Ausgleichsabgabe gegenüber dritten Ländern. Dieser Ausgleichsbetrag wird in der Stufenfolge des Artikels 59 abgeschafft.

(3) Bei Erzeugnissen, für die ein Referenzpreis gilt, wird bei der Einfuhr aus dritten Ländern nach Griechenland kein Ausgleichsbetrag angewandt.

Artikel 108

In Abweichung von Artikel 67 wird der in Griechenland geltende Auslösungspreis des Artikels 3 der Verordnung (EWG) Nr. 337/79 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein nicht um den Ausgleichsbetrag korrigiert. Dieser Betrag wird jedoch dem Durchschnittspreis für jeden repräsentativen griechischen Markt hinzugerechnet.

Artikel 109

Solange die Republik Griechenland Artikel 70 auf getrocknete Weintrauben anwendet, darf bei Alkohol aus getrockneten Weintrauben, der in Griechenland aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 351/79 über den Zusatz von Alkohol zu Erzeugnissen des Weinssektors bestimmten Weinen zugesetzt werden darf, die Jahresmenge nicht die durchschnittliche Jahresmenge des 1978, 1979 und 1980 in Griechenland dafür verwendeten Alkohols übersteigen.

KAPITEL 3

Bestimmungen über Fischereierzeugnisse*Artikel 110*

(1) Abweichend von Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 101/76 über die Einführung einer gemeinsamen Strukturpolitik für die Fischwirtschaft und von Artikel 100 der Beitrittsakte von 1972 werden die Italienische Republik und die Republik Griechenland ermächtigt, gegenseitig in den ihrer Hoheitsgewalt oder ihrer Gerichtsbarkeit unterliegenden Gewässern innerhalb der in Artikel 111 angegebenen Zonen die Ausübung des Fischfangs bis zum 31. Dezember 1985 nur solchen Schiffen zu gestatten, die herkömmlicherweise von den Häfen der betreffenden Küste aus in diesen Gewässern Fischfang betreiben.

(2) Absatz 1 und Artikel 111 berühren nicht die besonderen Fischereirechte, welche die Republik Griechenland und die Italienische Republik am 1. Januar 1981 gegeneinander geltend machen können.

Artikel 111

Die in Artikel 110 Absatz 1 genannten Zonen werden wie folgt abgegrenzt:

1. *Griechenland*

Gewässer diesseits einer von den Basislinien aus berechneten Grenze von sechs Seemeilen.

2. *Italien*

Gewässer diesseits einer von den Basislinien aus berechneten Grenze von sechs Seemeilen. Diese Grenze wird für folgende Zonen auf zwölf Seemeilen erweitert:

- a) Adriatisches Meer südlich der Mündung des Po di Goro;

- b) Ionisches Meer;

- c) Meer und Meerenge von Sizilien einschließlich der Inseln;

- d) Gewässer Sardinien.

KAPITEL 4

Sonstige Bestimmungen

Abschnitt 1

Veterinärrechtliche Maßnahmen*Artikel 112*

(1) Die Republik Griechenland verbringt keine Rinder und Schweine und kein frisches Rind-, Schweine-, Ziegen- und Schaffleisch aus denjenigen ihrer Gebiete, die nach dem Verfahren des Ständigen Veterinärausschusses entsprechend den gebotenen Garantien festgelegt werden, nach den anderen Mitgliedstaaten, bevor nicht zwölf Monate seit dem Auftreten des letzten Herdes von exotischer Maul- und Klauen-seuche oder seit der letzten Impfung gegen diese Krankheit in den betreffenden Gebieten verstrichen sind.

(2) Die Lage in bezug auf die exotische Maul- und Klauen-seuche wird vor dem 31. Dezember 1985 geprüft.

Die Kommission unterbreitet dem Rat spätestens am 1. Juli 1984 einen Bericht mit Vorschlägen für die Annahme von Gemeinschaftsmaßnahmen in diesem Bereich.

Abschnitt 2

Maßnahmen zum Saat- und Pflanzgutrecht*Artikel 113*

(1) Bis zum 31. Dezember 1985 kann die Republik Griechenland ihre eigenen Regeln für die landwirtschaftliche oder gartenbauliche Sortenzulassung oder für die Zulassung forstlichen Ausgangsmaterials sowie für die Zertifizierung und Prüfung ihrer Erzeugung an landwirtschaftlichem, gartenbaulichem und forstlichem Saat- und Pflanzgut anwenden.

(2) Die Republik Griechenland

- a) trifft die erforderlichen Maßnahmen, um vor Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist den Gemeinschaftsvorschriften über die Sortenzulassung und die Zulassung von Ausgangsmaterial sowie die Vermarktung landwirtschaftlichen, gartenbaulichen und forstlichen Saat- und Pflanzguts schrittweise nachzukommen;
- b) kann vor Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist die Vermarktung landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Saat- und Pflanzguts ganz oder teilweise auf das in ihrem Hoheitsgebiet zugelassene Saat- und Pflanzgut beschränken; dies gilt auch für Ausgangsmaterial bei forstlichem Vermehrungsgut;
- c) führt nach den derzeitigen Mitgliedstaaten nur Saat- und Pflanzgut aus, das den Gemeinschaftsvorschriften entspricht.

(3) Nach dem Verfahren des Ständigen Ausschusses für das landwirtschaftliche, gartenbauliche und forstliche Saat- und Pflanzgutwesen kann vor dem 31. Dezember 1985 beschlossen werden, den Handel mit Saat- und Pflanzgut bestimmter Arten zwischen Griechenland und der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung schrittweise zu liberalisieren, sobald die Voraussetzungen dafür vorzuliegen scheinen.

Abschnitt 3

Sonstige Maßnahmen

Artikel 114

Die in der Liste in Anhang IV enthaltenen Rechtsakte finden gegenüber Griechenland in Übereinstimmung mit diesem Anhang Anwendung.

TITEL V

AUSWÄRTIGE BEZIEHUNGEN

KAPITEL I

Gemeinsame Handelspolitik

Artikel 115

(1) Die Republik Griechenland kann bis zum 31. Dezember 1985 mengenmäßige Beschränkungen in Form von Globalkontingenten für die in Anhang V

aufgeführten Waren und Mengen als vorübergehende Abweichungen von den gemeinsamen Liberalisierungslisten der Verordnungen (EWG) Nr. 109/70, Nr. 1439/74 und Nr. 2532/78 beibehalten. Diese Waren werden am 1. Januar 1986 vollständig liberalisiert, und die Kontingente werden bis zu diesem Zeitpunkt schrittweise erhöht. Die Erhöhung der Kontingente erfolgt nach Maßgabe des Artikels 36.

Betragen die Einfuhren in zwei aufeinanderfolgenden Jahren weniger als 90 v. H. des eröffneten jährlichen Kontingents, so schafft die Republik Griechenland die geltenden mengenmäßigen Beschränkungen ab, falls die betreffende Ware gegenüber den derzeitigen Mitgliedstaaten liberalisiert ist.

(2) Bis zum 31. Dezember 1985 liberalisiert die Republik Griechenland gegenüber dritten Ländern weder Waren, die gegenüber der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung noch nicht liberalisiert sind, noch räumt sie dritten Ländern bezüglich der Kontingente für diese Waren einen Vorteil ein, den sie der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung nicht einräumt. Die Republik Griechenland liberalisiert gegenüber in den Verordnungen (EWG) Nr. 109/70 und Nr. 2532/78 genannten Staatshandelsländern weder Waren, die gegenüber der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung oder gegenüber unter die Verordnung (EWG) Nr. 1439/74 fallenden Ländern noch nicht liberalisiert sind, noch räumt sie diesen Ländern bezüglich der Kontingente für diese Waren einen Vorteil ein, den sie der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung oder unter die Verordnung (EWG) Nr. 1439/74 fallenden Ländern nicht einräumt.

(3) Bis zum 31. Dezember 1985 behält die Republik Griechenland mengenmäßige Beschränkungen in Form von Kontingenten gegenüber allen dritten Ländern für die in Anhang VI aufgeführten Waren bei, die von der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung noch nicht liberalisiert wurden und welche die Republik Griechenland gegenüber der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung noch nicht liberalisiert hat. Die Kontingente für unter die Verordnung (EWG) Nr. 1439/74 fallende Länder, die nicht in Artikel 120 aufgeführt sind, sowie für in den Verordnungen (EWG) Nr. 109/70 und Nr. 2532/78 genannte Staatshandelsländer sind für das Jahr 1981 in Anhang VI festgesetzt.

Diese Kontingente dürfen nur entsprechend den Gemeinschaftsverfahren geändert werden.

Artikel 116

Die Republik Griechenland schafft gegenüber dritten Ländern ihr im Zeitpunkt des Beitritts bestehendes

System der Sicherheitsleistung bei der Einfuhr und der Barzahlungspflicht nach dem gleichen Zeitplan und zu den gleichen Bedingungen ab, wie sie in Artikel 38 bezüglich der derzeitigen Mitgliedstaaten festgesetzt sind.

Artikel 117

(1) Mit dem 1. Januar 1981 wendet die Republik Griechenland das allgemeine Präferenzsystem der Gemeinschaft auf alle nicht im Anhang II des EWG-Vertrags aufgeführten Waren an; jedoch führt die Republik Griechenland bei den in Anhang VII aufgeführten Waren bis zum 31. Dezember 1985 eine schrittweise Angleichung an die Sätze des allgemeinen Präferenzsystems durch. Für diese Angleichung gelten der Zeitplan und die Zeitfolge, die in Artikel 31 festgesetzt sind.

(2) Bei den in Anhang II des EWG-Vertrags aufgeführten Waren werden die vorgesehenen oder berechneten präferenziellen Sätze auf Zölle angewendet, welche die Republik Griechenland gemäß Artikel 64 tatsächlich gegenüber dritten Ländern erhebt.

In keinem Fall dürfen auf Einfuhren aus dritten Ländern nach Griechenland günstigere Zollsätze angewendet werden als auf Waren aus der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung.

KAPITEL 2

Abkommen der Gemeinschaften mit bestimmten dritten Ländern

Artikel 118

(1) Vom 1. Januar 1981 an wendet die Republik Griechenland die Bestimmungen der in Artikel 120 genannten Abkommen an.

Die Übergangsmaßnahmen und Anpassungen sind in Protokollen niedergelegt, die mit den an diesen Abkommen als Vertragsparteien beteiligten Ländern geschlossen und den Abkommen beigelegt werden.

(2) Diese Übergangsmaßnahmen tragen den in der Gemeinschaft geltenden entsprechenden Maßnahmen Rechnung und dürfen deren Geltungsdauer nicht überschreiten; sie sollen sicherstellen, daß in der Gemeinschaft eine einheitliche Regelung ihrer Beziehungen zu den an diesen Abkommen als Vertragsparteien

beteiligten dritten Ländern Anwendung findet und daß die Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten gleich sind.

(3) Diese für die in Artikel 120 aufgeführten Länder geltenden Übergangsmaßnahmen dürfen auf keinem Gebiet dazu führen, daß die Republik Griechenland diesen Ländern eine günstigere Behandlung einräumt als der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung.

Insbesondere werden bei allen Waren, für die in bezug auf die mengenmäßigen Beschränkungen Übergangsmaßnahmen gegenüber der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung gelten, derartige Maßnahmen während eines gleichen Zeitraums gegenüber allen in Artikel 120 aufgeführten Ländern angewendet.

(4) Diese für die in Artikel 120 aufgeführten Länder geltenden Übergangsmaßnahmen dürfen nicht dazu führen, daß die Republik Griechenland diesen Ländern eine weniger günstige Behandlung einräumt als anderen dritten Ländern. Insbesondere dürfen in bezug auf mengenmäßige Beschränkungen keine Übergangsmaßnahmen gegenüber den in Artikel 120 aufgeführten Ländern für Waren in Betracht gezogen werden, für die bei der Einfuhr nach Griechenland aus anderen dritten Ländern keine derartigen Beschränkungen bestehen.

Artikel 119

Werden die in Artikel 118 genannten Protokolle aus Gründen, auf welche die Gemeinschaft oder die Republik Griechenland keinen Einfluß hat, nicht bis zum 1. Januar 1981 geschlossen, so trifft die Gemeinschaft die erforderlichen Maßnahmen, um nach dem Beitritt Abhilfe zu schaffen.

In jedem Fall wird von der Republik Griechenland gegenüber den in Artikel 120 aufgeführten Ländern vom 1. Januar 1981 an die Meistbegünstigung angewandt.

Artikel 120

Die Artikel 118 und 119 gelten für die Abkommen mit Ägypten, Algerien, Finnland, Island, Israel, Jordanien, Libanon, Malta, Marokko, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, der Schweiz, Spanien, Syrien, der Türkei, Tunesien und Zypern.

Die Artikel 118 und 119 gelten auch für Abkommen, welche die Gemeinschaft mit anderen dritten Ländern des Mittelmeerraums vor Inkrafttreten dieser Akte schließt.

KAPITEL 3

**Beziehungen zu den Staaten in Afrika,
im karibischen Raum
und im Pazifischen Ozean**

Artikel 121

Die Regelungen aufgrund des am 28. Februar 1975 unterzeichneten AKP—EWG-Abkommens von Lome sowie aufgrund des am gleichen Tag unterzeichneten Abkommens über die Waren, die unter die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallen, finden mit Ausnahme des Protokolls Nr. 3 betreffend Zucker auf die Beziehungen zwischen der Republik Griechenland und den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean keine Anwendung.

Artikel 122

Die Artikel 118 und 119 gelten für alle neuen Abkommen, welche die Gemeinschaft vor Inkrafttreten dieser Akte mit den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean schließt.

KAPITEL 4

Textilien*Artikel 123*

(1) Vom 1. Januar 1981 an wendet die Republik Griechenland die Vereinbarung über den internationalen Handel mit Textilien vom 20. Dezember 1973 sowie die von der Gemeinschaft im Rahmen dieser Vereinbarung geschlossenen zweiseitigen Abkommen an. Die Protokolle zur Anpassung dieser Abkommen werden von der Gemeinschaft mit den dritten Ländern, die Vertragsparteien dieser Abkommen sind, ausgehandelt, um eine freiwillige Beschränkung der Ausfuhren nach Griechenland bei Waren aus Ursprungsländern vorzusehen, für die bei der Ausfuhr in die Gemeinschaft Beschränkungen bestehen.

(2) Werden diese Protokolle nicht bis zum 1. Januar 1981 geschlossen, so trifft die Gemeinschaft, um Abhilfe zu schaffen, die erforderlichen Übergangsmaßnahmen, welche die Durchführung der Abkommen durch die Gemeinschaft sicherstellen sollen.

TITEL VI

FINANZVORSCHRIFTEN*Artikel 124*

Der Beschluß vom 21. April 1970 über die Ersetzung der Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten durch eigene Mittel der Gemeinschaften, im folgenden „Beschluß vom 21. April 1970“ genannt, wird gemäß den Artikeln 125, 126 und 127 angewandt.

Artikel 125

Als „Agrarabschöpfungen“ bezeichnete Einnahmen im Sinne des Artikels 2 Buchstabe a) des Beschlusses vom 21. April 1970 sind auch die Einnahmen aus allen Ausgleichsbeträgen, die bei der Einfuhr nach den Artikeln 43, 61 und 75 erhoben werden, und die festen Teilbeträge, die im Handel zwischen der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung und Griechenland sowie im Handel zwischen Griechenland und dritten Ländern nach Artikel 66 angewendet werden.

Artikel 126

Als „Zölle“ bezeichnete Einnahmen im Sinne von Artikel 2 Buchstabe b) des Beschlusses vom 21. April 1970 sind bis zum 31. Dezember 1985 auch die Zölle, die sich ergäben, wenn die Republik Griechenland im Handel mit dritten Ländern die Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs und die verminderten Sätze aller von der Gemeinschaft angewandten Zollpräferenzen vom Beitritt an anwenden würde.

Die Republik Griechenland berechnet diese Zölle monatlich anhand der Zollerklärungen des betreffenden Monats und stellt sie der Kommission spätestens am 20. Tag des zweiten auf die Erklärungen folgenden Monats zur Verfügung.

Ab 1. Januar 1986 sind alle erhobenen Zölle in voller Höhe zu leisten.

Artikel 127

Die als eigene Mittel festgestellten Abgaben aus der Mehrwertsteuer oder die Finanzbeiträge gemäß dem Bruttosozialprodukt in Anwendung des Artikels 4

Absätze 1 bis 5 des Beschlusses vom 21. April 1970 sind vom 1. Januar 1981 an in voller Höhe zu leisten.

Die Gemeinschaft erstattet der Republik Griechenland jedoch während des auf den Monat, in dem der Kommission die Mittel zur Verfügung gestellt wurden, folgenden Monats einen Teil des Betrages nach Absatz 1 wie folgt:

- 70 v. H. im Jahre 1981,
- 50 v. H. im Jahre 1982,
- 30 v. H. im Jahre 1983,
- 20 v. H. im Jahre 1984,
- 10 v. H. im Jahre 1985.

TITEL VII

SONSTIGE BESTIMMUNGEN

Artikel 128

Die in der Liste des Anhangs VIII aufgeführten Rechtsakte gelten für die Republik Griechenland nach Maßgabe dieses Anhangs.

Artikel 129

(1) Bis zum 31. Dezember 1985 sind die griechischen Eisen- und Stahlunternehmen befugt, das System multipler Paritätspunkte anzuwenden.

(2) Bis zum 31. Dezember 1985 dürfen die von Unternehmen der derzeitigen Mitgliedstaaten für Verkäufe von Eisen- und Stahlerzeugnissen auf dem griechischen Markt angewandten Preise, umgerechnet auf ihr Äquivalent an dem Ort, der für die Aufstellung ihrer Preistafel gewählt wurde, nur dann unter den Preisen ihrer Preistafel für vergleichbare Geschäfte liegen, wenn die Kommission dies im Einvernehmen mit der griechischen Regierung genehmigt hat; Artikel 60 Absatz 2 Buchstabe b) letzter Unterabsatz des EGKS-Vertrags bleibt unberührt. Für die Unternehmen der derzeitigen Mitgliedstaaten besteht weiterhin die Möglichkeit, ihre Preise frei Lieferort in Griechenland an die Preise anzugleichen, die von dritten Ländern für die gleichen Erzeugnisse angewandt werden.

Unterabsatz 1 betrifft nur die Angleichung an die Preistafel der Hersteller der derzeitigen Mitgliedstaaten und Griechenlands für diejenigen Erzeugnisse, die

am 1. Januar 1981 tatsächlich in Griechenland hergestellt werden. Die Liste der betreffenden Erzeugnisse wird von der Kommission zu diesem Zeitpunkt veröffentlicht.

Artikel 130

(1) Bis zum 31. Dezember 1985 kann die Republik Griechenland bei Schwierigkeiten, welche einen Wirtschaftszweig erheblich und voraussichtlich anhaltend treffen oder welche die wirtschaftliche Lage eines bestimmten Gebietes beträchtlich verschlechtern können, die Genehmigung zur Anwendung von Schutzmaßnahmen beantragen, um die Lage wieder auszugleichen und den betreffenden Wirtschaftszweig an die Wirtschaft des Gemeinsamen Marktes anzupassen.

Unter den gleichen Bedingungen kann ein derzeitiger Mitgliedstaat die Genehmigung zur Anwendung von Schutzmaßnahmen gegenüber der Republik Griechenland beantragen.

Diese Bestimmung gilt für die Erzeugnisse und Wirtschaftszweige, für die nach dieser Akte vorübergehende abweichende Maßnahmen mit entsprechender Geltungsdauer vorgesehen sind, bis zum 31. Dezember 1987.

(2) Auf Antrag des betreffenden Staates bestimmt die Kommission in einem Dringlichkeitsverfahren die ihres Erachtens erforderlichen Schutzmaßnahmen und legt gleichzeitig die Bedingungen und Einzelheiten ihrer Anwendung fest.

Im Falle erheblicher wirtschaftlicher Schwierigkeiten entscheidet die Kommission binnen fünf Arbeitstagen. Die beschlossenen Maßnahmen sind sofort anwendbar.

Wenn im Agrarbereich auf dem Markt eines Mitgliedstaats aufgrund des Warenverkehrs zwischen der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung und Griechenland erhebliche Störungen auftreten oder aufzutreten drohen, entscheidet die Kommission über den Antrag eines Mitgliedstaats auf Anwendung geeigneter Maßnahmen binnen vierundzwanzig Stunden nach Eingang des Antrags. Die beschlossenen Maßnahmen sind sofort anwendbar; sie tragen den Interessen aller Beteiligten und insbesondere den Beförderungsproblemen Rechnung.

(3) Die nach Absatz 2 genehmigten Maßnahmen können von den Vorschriften des EWG-Vertrags und dieser Akte abweichen, soweit und solange dies unbedingt erforderlich ist, um die in Absatz 1 genannten Ziele zu erreichen. Es sind mit Vorrang solche Maßnahmen zu wählen, die das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes am wenigsten stören.

Artikel 131

(1) Stellt die Kommission bis zum Ablauf der Geltungsdauer der Übergangsmaßnahmen, die nach dieser Akte von Fall zu Fall festgelegt worden sind, auf Antrag eines Mitgliedstaats oder eines anderen Betroffenen Dumping-Praktiken zwischen der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung und Griechenland fest, so richtet sie Empfehlungen an den oder die Urheber, um diese Praktiken abzustellen.

Werden die Dumping-Praktiken trotzdem fortgesetzt, so ermächtigt die Kommission den geschädigten Mit-

gliedstaat oder die geschädigten Mitgliedstaaten, Schutzmaßnahmen zu treffen, deren Bedingungen und Einzelheiten sie festlegt.

(2) Zur Anwendung dieses Artikels auf die in Anhang II des EWG-Vertrags aufgeführten Waren prüft die Kommission alle Ursachen, insbesondere die Höhe der Preise, zu denen die Einfuhren anderer Herkunft auf den betreffenden Markt getätigt werden; sie berücksichtigt dabei die Bestimmungen des EWG-Vertrags über die Landwirtschaft, insbesondere Artikel 39.

FÜNFTER TEIL

BESTIMMUNGEN ÜBER DIE DURCHFÜHRUNG DIESER AKTE

TITEL I

EINSETZUNG DER ORGANE

Artikel 132

Die Versammlung tritt binnen einem Monat nach dem Beitritt der Republik Griechenland zusammen. Sie nimmt die infolge des Beitritts erforderlichen Anpassungen ihrer Geschäftsordnung vor.

Artikel 133

(1) Vom Beitritt der Republik Griechenland an hat das Mitglied des Rates den Vorsitz im Rat, das nach Artikel 2 des Vertrages zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften in seiner ursprünglichen Fassung den Vorsitz wahrzunehmen hat. Nach Ablauf dieser Amtszeit wird der Vorsitz in der Reihenfolge der Mitgliedstaaten wahrgenommen, die in Artikel 2 des genannten Vertrages in der durch Artikel 11 geänderten Fassung vorgesehen ist.

(2) Der Rat nimmt die infolge des Beitritts der Republik Griechenland erforderlichen Anpassung seiner Geschäftsordnung vor.

Artikel 134

(1) Der Präsident, die Vizepräsidenten und die Mitglieder der Kommission werden unmittelbar nach

dem Beitritt der Republik Griechenland ernannt. Die Kommission nimmt ihre Tätigkeit am fünften Tag nach der Ernennung ihrer Mitglieder auf. Die Amtszeit der zum Zeitpunkt des Beitritts im Amt befindlichen Mitglieder endet zur gleichen Zeit.

(2) Die Kommission nimmt die infolge des Beitritts der Republik Griechenland erforderlichen Anpassungen ihrer Geschäftsordnung vor.

Artikel 135

(1) Der Gerichtshof wird unmittelbar nach dem Beitritt der Republik Griechenland durch die Ernennung eines neuen Richters ergänzt.

(2) Die Amtszeit dieses Richters endet am 6. Oktober 1985.

(3) Der Gerichtshof nimmt die infolge des Beitritts der Republik Griechenland erforderlichen Anpassungen seiner Verfahrensordnung vor. Die angepaßte Verfahrensordnung bedarf der einstimmigen Genehmigung des Rates.

(4) Bei der Entscheidung der am 1. Januar 1981 abhängigen Rechtssachen, in denen das mündliche Verfahren vor diesem Zeitpunkt eröffnet wurde, tagen der Gerichtshof bei Vollsitzungen und die Kammern in der Zusammensetzung, die sie vor dem Beitritt der Republik Griechenland hatten; sie wenden dabei die am 31. Dezember 1980 geltende Verfahrensordnung an.

Artikel 136

Der Wirtschafts- und Sozialausschuß wird unmittelbar nach dem Beitritt der Republik Griechenland durch die Ernennung von zwölf Mitgliedern, welche die verschiedenen Gruppen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens Griechenlands vertreten, ergänzt. Die Amtszeit dieser Mitglieder endet zur gleichen Zeit wie die Amtszeit der zum Zeitpunkt des Beitritts im Amt befindlichen Mitglieder.

Artikel 137

Der Rechnungshof wird unmittelbar nach dem Beitritt der Republik Griechenland durch die Ernennung eines weiteren Mitglieds ergänzt. Die Amtszeit dieses Mitglieds endet zur gleichen Zeit wie die Amtszeit der zum Zeitpunkt des Beitritts im Amt befindlichen Mitglieder.

Artikel 138

Der Beratende Ausschuß der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wird unmittelbar nach dem Beitritt der Republik Griechenland durch die Ernennung von drei weiteren Mitgliedern ergänzt. Die Amtszeit dieser Mitglieder endet zur gleichen Zeit wie die Amtszeit der zum Zeitpunkt des Beitritts im Amt befindlichen Mitglieder.

Artikel 139

Der Ausschuß für Wissenschaft und Technik wird unmittelbar nach dem Beitritt der Republik Griechenland durch die Ernennung eines weiteren Mitglieds ergänzt. Die Amtszeit dieses Mitglieds endet zur gleichen Zeit wie die Amtszeit der zum Zeitpunkt des Beitritts im Amt befindlichen Mitglieder.

Artikel 140

Der Währungsausschuß wird unmittelbar nach dem Beitritt der Republik Griechenland durch die Ernennung der Mitglieder ergänzt, die diesen neuen Mitgliedstaat vertreten. Die Amtszeit dieser Mitglieder endet zur gleichen Zeit wie die Amtszeit der zum Zeitpunkt des Beitritts im Amt befindlichen Mitglieder.

Artikel 141

Die infolge des Beitritts der Republik Griechenland erforderlichen Anpassungen der Satzungen und

Geschäftsordnungen der durch die ursprünglichen Verträge eingesetzten Ausschüsse werden so bald wie möglich nach diesem Beitritt vorgenommen.

Artikel 142

(1) Die Amtszeit der neuen Mitglieder der in Anhang IX genannten Ausschüsse endet zur gleichen Zeit wie die Amtszeit der zum Zeitpunkt des Beitritts im Amt befindlichen Mitglieder.

(2) Die in Anhang X genannten Ausschüsse werden mit dem Beitritt vollständig neu besetzt.

TITEL II

ANWENDBARKEIT DER RECHTSAKTE DER ORGANE

Artikel 143

Die Richtlinien und Entscheidungen im Sinne des Artikels 189 des EWG-Vertrags und des Artikels 161 des EAG-Vertrags sowie die Empfehlungen und Entscheidungen im Sinne des Artikels 14 des EGKS-Vertrags gelten vom Zeitpunkt des Beitritts an als an die Republik Griechenland gerichtet und dieser notifiziert, soweit diese Richtlinien, Empfehlungen und Entscheidungen allen derzeitigen Mitgliedstaaten notifiziert wurden.

Artikel 144

Die Anwendung der in der Liste des Anhangs XI aufgeführten Rechtsakte wird in Griechenland bis zu den in dieser Liste vorgesehenen Zeitpunkten aufgeschoben.

Artikel 145

Sofern in der Liste des Anhangs XII oder in anderen Bestimmungen dieser Akte nicht eine Frist vorgesehen ist, setzt die Republik Griechenland die erforderlichen Maßnahmen in Kraft, um den Richtlinien und Entscheidungen im Sinne des Artikels 189 des EWG-Vertrags und des Artikels 161 des EAG-Vertrags sowie den Empfehlungen und Entscheidungen im Sinne des Artikels 14 des EGKS-Vertrags vom Beitritt an nachzukommen.

Artikel 146

(1) Die nicht in dieser Akte oder ihren Anhängen enthaltenen Anpassungen der Rechtsakte der Organe der Gemeinschaft, die von den Organen vor dem Beitritt der Republik Griechenland nach dem in Absatz 2 vorgesehenen Verfahren vorgenommen wurden, um die Rechtsakte mit den Bestimmungen dieser Akte, insbesondere im Vierten Teil, in Einklang zu bringen, treten mit dem Beitritt in Kraft.

(2) Der Rat oder die Kommission, je nachdem, welches Organ die ursprünglichen Rechtsakte erlassen hat, legt zu diesem Zweck die erforderlichen Texte fest; der Rat beschließt dabei mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission.

Artikel 147

Die vor dem Beitritt der Republik Griechenland erlassenen Rechtsakte der Organe der Gemeinschaften in den vom Rat oder von der Kommission in griechischer Sprache abgefaßten Wortlauten sind vom Beitritt an unter den gleichen Bedingungen wie die Wortlaute in den sechs derzeitigen Sprachen verbindlich. Sie werden im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* veröffentlicht, soweit die Wortlaute in den derzeitigen Sprachen dort veröffentlicht worden sind.

Artikel 148

Die zum Zeitpunkt des Beitritts der Republik Griechenland bestehenden Vereinbarungen, Beschlüsse und verabredeten Praktiken, die aufgrund des Beitritts in den Anwendungsbereich des Artikels 65 des EGKS-Vertrags fallen, sind der Kommission binnen drei Monaten nach dem Beitritt mitzuteilen. Nur die mitgeteilten Vereinbarungen und Beschlüsse bleiben bis zur Entscheidung der Kommission vorläufig wirksam.

Artikel 149

Die Republik Griechenland teilt der Kommission nach Artikel 33 des EAG-Vertrags binnen drei Monaten nach dem Beitritt die Rechts- und Verwaltungsvorschriften mit, die in ihrem Hoheitsgebiet den Gesundheitsschutz der Bevölkerung und der Arbeitskräfte gegen die Gefahren ionisierender Strahlungen sicherstellen sollen.

TITEL III

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 150

Die beigefügten Anhänge I bis XII und die Protokolle Nr. 1 bis 7 sind Bestandteil dieser Akte.

Artikel 151

Die Regierung der Französischen Republik übermittelt der Regierung der Republik Griechenland eine beglaubigte Abschrift des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Verträge, durch die er geändert wurde.

Artikel 152

Die Regierung der Italienischen Republik übermittelt der Regierung der Republik Griechenland eine beglaubigte Abschrift des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft und der Verträge, durch die sie geändert oder ergänzt wurden, sowie des Vertrages über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft in dänischer, deutscher, englischer, französischer, irischer, italienischer und niederländischer Sprache.

Die in griechischer Sprache abgefaßten Texte dieser Verträge sind dieser Akte beigefügt. Diese Texte sind gleichermaßen verbindlich wie die Texte der in Absatz 1 genannten Verträge in den derzeitigen Sprachen.

Artikel 153

Eine beglaubigte Abschrift der im Archiv des Generalsekretariats des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegten internationalen Übereinkünfte wird der Regierung der Republik Griechenland vom Generalsekretär übermittelt.

ANHANG I

Liste zu Artikel 21 der Beitrittsakte

I. ZOLLRECHT

1. Verordnung (EWG) Nr. 1496/68 des Rates vom 27. September 1968 (ABl. Nr. L 238 vom 28. 9. 1968, S. 1),

in der Fassung der Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).

Artikel 1 erhält folgende Fassung:

„Das Zollgebiet der Gemeinschaft umfaßt die folgenden Gebiete:

- das Gebiet des Königreichs Belgien;
- das Gebiet des Königreichs Dänemark mit Ausnahme der Färöer;
- die deutschen Gebiete, in denen der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gilt, mit Ausnahme der Insel Helgoland sowie des Gebietes von Büsingen (Vertrag vom 23. November 1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft);
- das Gebiet der Republik Griechenland;
- das Gebiet der Französischen Republik mit Ausnahme der überseeischen Gebiete;
- das Gebiet Irlands;
- das Gebiet der Italienischen Republik mit Ausnahme der Gemeinden Livigno und Campione d'Italia sowie des zum italienischen Hoheitsgebiet gehörenden Teils des Luganer Sees zwischen dem Ufer und der politischen Grenze der zwischen Ponte Tresa und Porto Ceresio gelegenen Zone;
- das Gebiet des Großherzogtums Luxemburg;
- das Gebiet des Königreichs der Niederlande in Europa;
- das Gebiet des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland sowie die Kanalinseln und die Insel Man.“

2. Richtlinie 68/312/EWG des Rates vom 30. Juli 1968 (ABl. Nr. L 194 vom 6. 8. 1968, S. 13),

in der Fassung der Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).

Der Anhang wird wie folgt ergänzt:

„*Republik Griechenland*

— ΧΩΡΟΙ ΠΡΟΣΩΡΙΝΗΣ ΕΝΑΠΙΟΘΕΣΕΩΣ
(Τελωνειακός Κώδικς, άρθρα 22, 23 καί 67)“.

3. Verordnung (EWG) Nr. 2945/76 der Kommission vom 26. November 1976 (ABl. Nr. L 335 vom 4. 12. 1976, S. 1).

In Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b) Unterabsatz 2 werden nach dem niederländischen Wortlaut folgende Worte hinzugefügt:

„ΕΜΠΟΡΕΥΜΑΤΑ ΥΠΟΚΕΙΜΕΝΑ ΣΤΟ ΕΥΕΡΓΕΤΗΜΑ ΤΟΥ ΚΑΘΕΣΤΩΤΟΣ ΤΩΝ ΕΠΑΝΕΙΣΑΓΟΜΕΝΩΝ ΚΑΤ' ΕΦΑΡΜΟΓΗΝ ΤΟΥ ΑΡΘΡΟΥ 2 ΠΑΡ. 2 ΤΟΥ ΚΑΝΟΝΙΣΜΟΥ 754/76 ΤΗΣ ΕΟΚ“.

In Artikel 7 Absatz 2 werden nach dem niederländischen Wortlaut folgende Worte hinzugefügt:

„ΔΕΝ ΕΤΥΧΑΝ ΕΠΙΔΟΤΗΣΕΩΝ Ή ΑΛΛΩΝ ΧΟΡΗΓΗΣΕΩΝ ΚΑΤΑ ΤΗΝ ΕΞΑΓΩΓΗ“.

In Artikel 7 Absatz 3 werden nach dem ersten niederländischen Wortlaut folgende Worte hinzugefügt:

„ΕΠΙΔΟΤΗΣΕΙΣ ΚΑΙ ΑΛΛΕΣ ΧΟΡΗΓΗΣΕΙΣ ΚΑΤΑ ΤΗΝ ΕΞΑΓΩΓΗ ΕΠΕΣΤΡΑΦΗΣΑΝ ΓΙΑ ... (ποσότης)“;

nach dem zweiten niederländischen Wortlaut werden folgende Worte hinzugefügt:

„ΑΠΟΔΕΙΚΤΙΚΟ ΠΛΗΡΩΜΗΣ ΕΠΙΔΟΤΗΣΕΩΝ Ή ΑΛΛΩΝ ΧΟΡΗΓΗΣΕΩΝ ΚΑΤΑ ΤΗΝ ΕΞΑΓΩΓΗ ΑΚΥΡΩΜΕΝΟ ΓΙΑ ... (ποσότης)“.

In Artikel 13 Absatz 1 wird nach dem Wort „dupli- caat“ das Wort „Αντίγραφο“ hinzugefügt.

4. Richtlinie 76/308/EWG des Rates vom 15. März 1976 (ABl. Nr. L 73 vom 19. 3. 1976, S. 18).
In Artikel 22 Absatz 2 wird das Wort „einundvierzig“ durch das Wort „fünfundvierzig“ ersetzt.
5. Verordnung (EWG) Nr. 1798/75 des Rates vom 10. Juli 1975 (ABl. Nr. L 184 vom 15. 7. 1975, S. 1).
In Artikel 9 Absatz 2 wird das Wort „einundvierzig“ durch das Wort „fünfundvierzig“ ersetzt.
6. Verordnung (EWG) Nr. 802/68 des Rates vom 27. Juni 1968 (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 1),
geändert durch:
— Verordnung (EWG) Nr. 1318/71 vom 21. Juni 1971 (ABl. Nr. L 139 vom 25. 6. 1971, S. 6),
— Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).
In Artikel 14 Absatz 2 wird das Wort „einundvierzig“ durch das Wort „fünfundvierzig“ ersetzt.
7. Verordnung (EWG) Nr. 3184/74 der Kommission vom 6. Dezember 1974 (ABl. Nr. L 344 vom 23. 12. 1974, S. 1).
In Artikel 29 Absatz 2 Unterabsatz 2 werden nach den Worten „UDSTEDT EFTERFØLGENDE“ folgende Worte hinzugefügt:
„ΕΚΔΟΘΕΝ ΕΚ ΤΩΝ ΥΣΤΕΡΩΝ“.
In Artikel 30 Absatz 1 wird nach dem Wort „DUPLICATE“ das Wort „ΑΝΤΙΓΡΑΦΟ“ hinzugefügt.
In Artikel 30 Absatz 2 Unterabsatz 2 werden nach den Worten „Vereenvoudigde procedure“ folgende Worte hinzugefügt:
„Απλουστευμένη διαδικασία“.
8. Verordnung (EWG) Nr. 528/79 des Rates vom 19. März 1979 (ABl. Nr. L 71 vom 22. 3. 1979, S. 2).
In Artikel 3 werden nach den Worten „UND-TAGELSESBESTEMMELSER FOR TEKSTILSTOF“ folgende Worte hinzugefügt:
„ΕΞΑΙΡΕΣΗ ΓΙΑ ΤΑ ΥΦΑΝΤΟΥΡΓΙΚΑ“.
9. Beschluß 76/568/EWG des Rates vom 29. Juni 1976 (ABl. Nr. L 176 vom 1. 7. 1976, S. 8).
In Anhang II werden in Artikel 18 Absatz 2 Unterabsatz 2 nach den Worten „UDSTEDT EFTERFØLGENDE“ folgende Worte hinzugefügt:
„ΕΚΔΟΘΕΝ ΕΚ ΤΩΝ ΥΣΤΕΡΩΝ“.
In Anhang II wird in Artikel 19 nach dem Wort „DUPLICATE“ das Wort „ΑΝΤΙΓΡΑΦΟ“ hinzugefügt.
10. Richtlinie 69/73/EWG des Rates vom 4. März 1969 (ABl. Nr. L 58 vom 8. 3. 1969, S. 1),
geändert durch:
— Richtlinie 72/242/EWG des Rates vom 27. Juni 1972 (ABl. Nr. L 151 vom 5. 7. 1972, S. 16),
— Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).
In Artikel 28 Absatz 2 wird das Wort „einundvierzig“ durch das Wort „fünfundvierzig“ ersetzt.
11. Richtlinie 73/95/EWG der Kommission vom 26. März 1973 (ABl. Nr. L 120 vom 7. 5. 1973, S. 17),
in der Fassung der Richtlinie 75/681/EWG vom 23. September 1975 (ABl. Nr. L 301 vom 20. 11. 1975, S. 1).
In Artikel 2 wird nach den Worten „ΑV-goederen“ folgendes hinzugefügt:
„έμπορεύματα Ε. 1“.
In der Anlage werden in der Bemerkung B.14 nach den Worten „£ für Pfund Sterling“ die Worte „DR für griechische Drachmen“ hinzugefügt.
12. Richtlinie 76/447/EWG der Kommission vom 4. Mai 1976 (ABl. Nr. L 121 vom 8. 5. 1976, S. 52),
in der Fassung der Richtlinie 78/765/EWG vom 7. September 1978 (ABl. Nr. L 257 vom 20. 9. 1978, S. 7).
In Artikel 6 Absatz 2 wird das Wort „Αντίγραφο“ hinzugefügt.
Im Anhang wird die Bemerkung B.18 durch die Worte „DR für griechische Drachmen“ ergänzt.
13. Richtlinie 69/74/EWG des Rates vom 4. März 1969 (ABl. Nr. L 58 vom 8. 3. 1969, S. 7),
geändert durch:
— Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14),
— Richtlinie 76/634/EWG vom 22. Juli 1976 (ABl. Nr. L 223 vom 16. 8. 1976, S. 17).
Der Anhang wird wie folgt ergänzt:
„9. Republik Griechenland
— ΔΗΜΟΣΙΕΣ ΑΠΟΘΗΚΕΣ (Τελωνειακός Κώδιξ, κεφ. ΣΤ),
— ΙΔΙΩΤΙΚΕΣ ΑΠΟΘΗΚΕΣ (Τελωνειακός Κώδιξ, κεφ. ΣΤ),
— ΓΕΝΙΚΕΣ ΑΠΟΘΗΚΕΣ (Τελωνειακός Κώδιξ, κεφ. ΣΤ)“.

14. Richtlinie 69/75/EWG des Rates vom 4. März 1969 (ABl. Nr. L 58 vom 8. 3. 1969, S. 11),

in der Fassung

- der Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14),
- der Richtlinie 76/634/EWG vom 22. Juli 1976 (ABl. Nr. L 223 vom 16. 8. 1976, S. 17).

Der Anhang wird wie folgt ergänzt:

„8. Republik Griechenland

- ΕΛΕΥΘΕΡΑ ΖΩΝΗ ΠΕΙΡΑΙΩΣ (Τελωνειακός Κώδικς, κεφ. ΣΤ, καί ΑΝ 1559/1950),
- ΕΛΕΥΘΕΡΑ ΖΩΝΗ ΘΕΣΣΑΛΟΝΙΚΗΣ (Τελωνειακός Κώδικς, κεφ. ΣΤ, καί Ν 390/1914)“.

15. Verordnung (EWG) Nr. 803/68 des Rates vom 27. Juni 1968 (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 6),

geändert durch:

- Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14),
- Verordnung (EWG) Nr. 338/75 vom 10. Februar 1975 (ABl. Nr. L 39 vom 13. 2. 1975, S. 5),
- Verordnung (EWG) Nr. 1028/75 vom 14. April 1975 (ABl. Nr. L 102 vom 22. 4. 1975, S. 1),
- Verordnung (EWG) Nr. 1735/75 vom 24. Juni 1975 (ABl. Nr. L 183 vom 14. 7. 1975, S. 1).

In Artikel 17 Absatz 2 wird das Wort „einundvierzig“ durch das Wort „fünfundvierzig“ ersetzt.

16. Verordnung (EWG) Nr. 1570/70 der Kommission vom 3. August 1970 (ABl. Nr. L 171 vom 4. 8. 1970, S. 10),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 2465/70 vom 4. Dezember 1970 (ABl. Nr. L 264 vom 5. 12. 1970, S. 25),
- Verordnung (EWG) Nr. 1659/71 vom 28. Juli 1971 (ABl. Nr. L 172 vom 31. 7. 1971, S. 13),
- Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14),
- Verordnung (EWG) Nr. 1937/74 vom 24. Juli 1974 (ABl. Nr. L 203 vom 25. 7. 1974, S. 25),
- Verordnung (EWG) Nr. 1490/75 vom 11. Juni 1975 (ABl. Nr. L 151 vom 12. 6. 1975, S. 7),
- Verordnung (EWG) Nr. 223/78 vom 2. Februar 1978 (ABl. Nr. L 32 vom 3. 2. 1978, S. 7).

In Artikel 1 erhält Buchstabe b) folgende Fassung:

„b) unter Handelszentrum: eines der nachstehend bezeichneten Zentren:

- für Deutschland: Frankfurt, Hamburg, Köln und München,
- für Dänemark: Kopenhagen,
- für Frankreich: Dieppe, Le Havre, Marseille, Paris-Rungis, Perpignan und Rouen,
- für Irland: Dublin,
- für Italien: Mailand,
- für die Niederlande: Rotterdam,
- für das Vereinigte Königreich: London, Liverpool, Hull und Glasgow,
- für die Belgisch-Luxemburgische Wirtschaftsunion: Antwerpen und Brüssel,
- für Griechenland: Athen und Saloniki“.

In Artikel 4 erhält Absatz 2 folgende Fassung:

„(2) Der mittlere Frei-Grenze-Preis, unverzollt, wird aus den Bruttoerlösen aus Kaufgeschäften zwischen den Einführern und Großhändlern ermittelt. Bei den in den Handelszentren Paris-Rungis und Mailand festgestellten Bruttoerlösen jedoch ist es angebracht, sich auf die Handelsstufe zu beziehen, an die die Waren am häufigsten in diesen Handelszentren verkauft werden.

Jede der so erhaltenen Zahlen ist zu vermindern um:

- eine Beteiligungsmarge von 15 v. H. für Paris-Rungis und Mailand und von 6 v. H. für die anderen Handelszentren;
- die Beförderungskosten innerhalb des Zollgebiets;
- ein Pauschale von 125 belgischen Francs, 22 dänischen Kronen, 8,50 Deutsche Mark, 18 französischen Francs, 3 000 italienischen Lire, 8,60 Gulden, 2 Pfund Sterling oder 150 Drachmen je nach Mitgliedstaat für die übrigen Kosten, die nicht in den Zollwert einzubeziehen sind;
- die Zölle und Steuern, die nicht in den Zollwert einzubeziehen sind.“

17. Verordnung (EWG) Nr. 1641/75 der Kommission vom 27. Juni 1975 (ABl. Nr. L 165 vom 28. 6. 1975, S. 45),

in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 224/78 vom 2. Februar 1978 (ABl. Nr. L 32 vom 3. 2. 1978, S. 10).

In Artikel 1 erhält Buchstabe b) folgende Fassung:

„b) unter Handelszentrum: eines der nachstehend bezeichneten Zentren:

- für Deutschland: Frankfurt, Hamburg und München,
- für Dänemark: Kopenhagen,
- für Frankreich: Dieppe, Le Havre, Marseille, Paris-Rungis, Perpignan und Rouen,
- für Irland: Dublin,
- für Italien: Mailand,
- für die Niederlande: Rotterdam,
- für das Vereinigte Königreich: London und Liverpool,
- für die Belgisch-Luxemburgische Wirtschaftsunion: Antwerpen,
- für Griechenland: Athen und Saloniki“.

In Artikel 4 erhält Absatz 2 folgende Fassung:

„(2) Der mittlere Frei-Grenze-Preis, unverzollt, wird aus den Bruttoerlösen aus Kaufgeschäften zwischen Einführern und Großhändlern ermittelt. Im Handelszentrum Paris-Rungis wird der Bruttoerlös jedoch unter Bezug auf die Handelsstufe berechnet, an welche die Waren in diesem Handelszentrum am häufigsten verkauft werden.

Jede der so erhaltenen Zahlen ist zu vermindern um:

- eine Beteiligungsmarge von 15 v. H. für Paris-Rungis und von 6 v. H. für die anderen Handelszentren,
- die Beförderungskosten innerhalb des Zollgebiets,
- eine Pauschale von 125 belgischen Francs, 22 dänischen Kronen, 8,50 Deutsche Mark, 18 französischen Francs, 3 000 italienischen Lire, 8,60 Gulden, 2 Pfund Sterling oder 150 Drachmen je nach Mitgliedstaat für die

übrigen Kosten, die nicht in den Zollwert einzubeziehen sind,

- die Zölle und Steuern, die nicht in den Zollwert einzubeziehen sind.“

18. Verordnung (EWG) Nr. 375/69 der Kommission vom 27. Februar 1969 (ABl. Nr. L 52 vom 3. 3. 1969, S. 1),

in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 2530/77 vom 17. November 1977 (ABl. Nr. L 294 vom 18. 11. 1977, S. 9).

In Artikel 5 erhält der erste Gedankenstrich folgende Fassung:

„— wenn der Wert der eingeführten Waren 45 000 belgische Francs, 7 500 dänische Kronen, 3 000 Deutsche Mark, 6 000 französische Francs, 1 Million italienische Lire, 3 000 Gulden, 750 Pfund Sterling oder 50 000 Drachmen je Sendung nicht übersteigt, sofern es sich nicht um mehrfache Sendungen oder um eine Teilsendung von demselben Absender an denselben Empfänger handelt“.

19. Verordnung (EWG) Nr. 97/69 des Rates vom 16. Januar 1969 (ABl. Nr. L 14 vom 21. 1. 1969, S. 1),

geändert durch:

- Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14),
- Verordnung (EWG) Nr. 280/77 vom 8. Februar 1977 (ABl. Nr. L 40 vom 11. 2. 1977, S. 1).

In Artikel 3 Absatz 2 wird das Wort „einundvierzig“ durch das Wort „fünfundvierzig“ ersetzt.

20. Verordnung (EWG) Nr. 1062/69 der Kommission vom 6. Juni 1969 (ABl. Nr. L 141 vom 12. 6. 1969, S. 31),

in der Fassung der Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).

Im Anhang erhält das Formblatt der „Bescheinigung“, deren Form von der Kommission festgelegt wird, folgende Fassung:

„CERTIFICAT/BESCHEINIGUNG/CERTIFICATO/CERTIFICAAT/CERTIFICATE/
CERTIFIKAT/ΠΙΣΤΟΠΟΙΗΤΙΚΟ

N° /Nr./N./No./άφ.

pour les préparations dites «fondues» présentées en emballages immédiats d'un contenu net inférieur ou égal à 1 kilogramme

für „Käsefondue“ genannte Zubereitungen in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts von 1 kg oder weniger

per le preparazioni dette «fondute» presentate in imballaggi immediati di un contenuto netto inferiore o uguale a 1 kg

voor de preparaten „fondues“ genaamd, in onmiddellijke verpakking, met een netto-inhoud van 1 kg of minder

for preparations known as “cheese fondues” put up in immediate packings of a net capacity of one kilogram or less

for tilberedte produkter betegnet »Oste-fondue« i engangsemballage med et nettoindhold på mindre end eller lig med 1 kg

για τὰ παρασκευάσματα υπό τήν ὀνομασία „Τετηγμένοι τυροί“ παρουσιαζόμενα σέ ἄμεσες συσκευασίες καθαροῦ περιεχομένου κατωτέρου ἢ ἴσου πρὸς 1 kg

L'autorité compétente / Die zuständige Stelle / L'autorità competente / De bevoegde autoriteit / The competent authority / Vedkommende myndighed / Ἡ ἀρμοδία ἀρχή

certifie que le lot de

bescheinigt, daß die Sendung von

certifica che la partita di

bevestigt dat de partij van

certifies that the parcel of

bekræfter, at sendingen på

πιστοποιεί ὅτι ἡ ἀποστολή

kilogrammes de produit faisant l'objet de la facture n° ... du

Kilogramm, für welche die Rechnung Nr. ... vom

chilogrammi di prodotto, oggetto della fattura n. ... del

kilogram van het produkt, waarvoor factuur nr. ... van

kilograms of product covered by invoice No ... of

kilogram af produktet, omhandlet i faktura nr. ... af

χιλιογράμμων προϊόντος, περιλαμβανομένου στο τιμολόγιο άφ ... τής

délivrée par / ausgestellt wurde durch / emessa da / afgegeven door / issued by / udstedt af / ἐκδοθέν ἀπό:

pays d'origine / Ursprungsland / paese d'origine / land van oorsprong / country of origin / oprindelsesland / χώρα καταγωγής:

pays de destination / Bestimmungsland / paese destinatario / land van bestemming / country of destination / bestemmelsesland / χώρα προορισμού:

.....

répond aux caractéristiques suivantes:

folgende Merkmale aufweist:

risponde alle seguenti caratteristiche:

de volgende kenmerken vertoont:

has the following characteristics:

svarer til følgende karakteristika:

ἀνταποκρίνεται στά ἀκόλουθα χαρακτηριστικά:

Ce produit a une teneur en poids en matières grasses provenant du lait égale ou supérieure à 12 % et inférieure à 18 %.

Dieses Erzeugnis hat einen Gehalt an Milchfett von 12 oder mehr, jedoch weniger als 18 Gewichts-hundertteilen.

Tale prodotto ha un tenore in peso di materie grasse provenienti dal latte uguale o superiore a 12 % e inferiore a 18 %.

Dit produkt heeft een gehalte aan van melk afkomstige vetstoffen gelijk aan of hoger dan 12 %, doch lager dan 18 %.

This product has a milkfat content equal to or exceeding 12 % and less than 18 % by weight.

Dette produkt har et vægtindhold af mælkfedt på mindst 12 og højst 18 procent.

Τό προϊόν αυτό περιέχει κατά βάρος λιπαρές ουσίες προερχόμενες από τό γάλα ίσες ή ανώτερες του 12 % και κατώτερες του 18 %.

Il a été obtenu à partir de fromages fondus dans la fabrication desquels ne sont entrés d'autres fromages que l'emmental ou le gruyère,

Es ist hergestellt aus Schmelzkäse, zu dessen Erzeugung keine anderen Käsesorten als Emmentaler oder Greyerzer verwendet wurden,

È stato ottenuto con formaggi fusi per la cui fabbricazione sono stati utilizzati solamente Emmental o Gruviera,

Het werd verkregen uit gesmolten kaas, waarin bij de fabricatie ervan geen andere kaassoorten dan Emmental of Gruyère werden verwerkt,

It is prepared with processed cheeses made exclusively from Emmental or Gruyère cheese,

Fremstillet af smelteost, ved hvis fabrikation der ikke er anvendt andre ostesorter end Emmentaler eller Gruyère,

Παρασκευάστηκε με βάση τετηγμένους τυρούς στην παρασκευή των οποίων δέν χρησιμοποιήθηκαν άλλα τυριά παρά μόνο Emmental και Γραβιέρα,

avec adjonction de vin blanc, d'eau-de-vie de cerises (kirsch), de fécule et d'épices.

mit Zusätzen von Weißwein, Kirschwasser, Stärke und Gewürzen.

con l'aggiunta di vino bianco, acquavite di ciliege (kirsch), fecola e spezie.

met toevoeging van witte wijn, brandewijn van kersen (kirsch), zetmeel en specerijen.

with added white wine, kirsch, starch and spices.

med tilsætning af hvidvin, kirsebærbrændevin (kirsch), stivelse og krydderier.

μέ προσθήκη λευκού οίνου, αποστάγματος κερασιών, άμύλου και μπαχαρικών.

Les fromages Emmental ou Gruyère utilisés à sa fabrication ont été fabriqués dans le pays exportateur.

Die zu seiner Herstellung verwendeten Käsesorten Emmentaler oder Greyerzer sind im Ausfuhrland erzeugt worden.

I formaggi Emmental o Gruviera utilizzati per la sua fabbricazione sono stati fabbricati nel paese esportatore.

De voor de bereiding ervan verwerkte Emmentaler of Gruyère kaassoorten werden in het uitvoerland bereid.

The Emmental and Gruyère cheeses used in its manufacture were made in the exporting country.

De ved fabrikationen anvendte Emmentaler- eller Gruyère-oste er fremstillet i eksportlandet.

Τά τυριά Emmental ή Γραβιέρα που χρησιμοποιήθηκαν κατά την παρασκευή παρήχθησαν στην εξαγούσα χώρα.

Lieu et date d'émission:

Ausstellungsort und -datum:

Luogo e data d'emissione:

Plaats en datum van afgifte:

Place and date of issue:

Sted og dato for udstedelsen:

Τόπος και ήμερομηνία έκδόσεως:

Cachet de l'organisme émetteur:

Stempel der ausstellenden Stelle:

Timbro dell'organismo emittente

Stempel van het met de afgifte belaste bureau:

Stamp of issuing body:

Den udstedende myndigheds stempel:

Σφραγίδα του εκδίδοντος οργανισμού:

Signature(s):

Unterschrift(en):

Firma(e):

Handtekening(en):

Signature(s):

Underskrift(er):

Υπογραφή (ές):

21. Verordnung (EWG) Nr. 2552/69 der Kommission vom 17. Dezember 1969 (ABl. Nr. L 320 vom 20. 12. 1969, S. 19),

geändert durch:

— Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14),

— Verordnung (EWG) Nr. 768/73 vom 26. Februar 1973 (ABl. Nr. L 77 vom 26. 3. 1973, S. 25).

In Anhang I erhält das „Echtheitszeugnis“, dessen Form von der Kommission festgelegt wird, folgende Fassung:



The Bureau of Alcohol, Tobacco and Firearms bekræfter, at forannævnte Bourbon-whisky med en styrke på højst 160° proof (80° Gay-Lussac) er fremstillet i USA i en arbejdsgang udelukkende ved destillering af gæret urt af en kornblanding indeholdende mindst 51 % majs, og at den er lagret i mindst 2 år i nye, indvendigt forkullede egetræsfade.

Das Bureau of Alcohol, Tobacco and Firearms bestätigt, daß der obengenannte Bourbon-Whiskey in den USA unmittelbar mit einer Stärke von höchstens 160° proof (80° Gay-Lussac) durch Destillation aus vergorener Getreidemaische mit einem Anteil an Mais von mindestens 51 Gewichtshundertteilen hergestellt wurde und daß er mindestens 2 Jahre in neuen, innen angekohlten Eichenfässern gelagert hat.

The Bureau of Alcohol, Tobacco and Firearms certifies that the above Bourbon whiskey was distilled in the United States at not exceeding 160° proof (80° Gay-Lussac) from a fermented mash of grain of which not less than 51% was corn grain (maize) and aged for not less than two years in charred new oak containers.

Le Bureau of Alcohol, Tobacco and Firearms certifie que le whisky Bourbon décrit ci-dessus a été obtenu aux États-Unis directement à 160° proof (80° Gay-Lussac) au maximum, exclusivement par distillation de moûts fermentés d'un mélange de céréales contenant au moins 51 % de grains de maïs et qu'il a vieilli pendant au moins deux ans en fûts de chêne neufs superficiellement carbonisés.

Il Bureau of Alcohol, Tobacco and Firearms, certifica che il whiskey Bourbon sopra descritto è stato ottenuto negli USA direttamente a non più di 160° proof (80° Gay-Lussac) esclusivamente per distillazione di mosti fermentati di una miscela di cereali contenente almeno 51 % di granturco e che è stato invecchiato per almeno due anni in fusti nuovi di quercia carbonizzati superficialmente.

Het Bureau of Alcohol, Tobacco and Firearms verklaart dat de hierboven omschreven Bourbon whiskey met een sterkte van niet meer dan 160° proof (80° Gay-Lussac) in de Verenigde Staten van Noord-Amerika in één produktiegang is verkregen uitsluitend door distillatie van gegist beslag van gemengde granen bestaande uit ten minste 51 gewichtspercenten (%) maïs en dat deze whiskey gedurende ten minste twee jaar is gelagerd in nieuwe, aan de binnenzijde verkoolden, eikehouten vaten.

Τό Bureau of Alcohol, Tobacco and Firearms πιστοποιεί ότι τό ούσκου Bourbon πού περιγράφεται άνωτέρω παρήχθη στις Η.Π.Α. κατ' εὐθείαν σέ 160° proof (80° Gay-Lussac) κατά μέγιστο ὄριο άποκλειστικά άπό άπόσταξη γλευκῶν ζυμωθέντων άπό μίγμα δημητριακῶν πού περιέχει τουλάχιστον 51 % σπόρους άραβοσίτου καί ἔχει ώριμάσει επί δύο ἔτη τουλάχιστον μέσα σέ καινούργια βάρελλα δρυῖνα, τά όποία ἔξωτερικῶς ἔχουν επανθρακοθεῖ.

Sted og dato for udstedelsen

Ort und Datum der Ausstellung

Place and date of issue

Lieu et date d'émission

Luogo e data di emissione

Plaats en datum van afgifte

Τόπος καί ἡμερομηνία έκδόσεως

United States Department of the Treasury

Bureau of Alcohol, Tobacco and Firearms

(Underskrift af autoriseret embedsmand)
(Unterschrift des Zeichnungsberechtigten)
(Signature of authorized Bureau Officer)
(Signature du fonctionnaire habilité)
(Firma del funzionario abilitato)
(Handtekening van de gemachtigde ambtenaar)
(Υπογραφή του εξουσιοδοτημένου υπαλλήλου)

Department of the Treasury's stempel
Stempel des Department of the Treasury
Seal of the Department of the Treasury
Sceau du Department of the Treasury
Timbro del Department of the Treasury
Stempel van het Department of the Treasury
Σφραγίδα του Department of the Treasury“



22. Verordnung (EWG) Nr. 1120/75 der Kommission vom 17. April 1975 (ABl. Nr. L 111 vom 30. 4. 1975, S. 19),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 3277/75 vom 15. Dezember 1975 (ABl. Nr. L 325 vom 17. 12. 1975, S. 16),
- Verordnung (EWG) Nr. 1379/76 vom 16. Juni 1976 (ABl. Nr. L 156 vom 17. 6. 1976, S. 13),
- Verordnung (EWG) Nr. 1216/77 vom 7. Juni 1977 (ABl. Nr. L 140 vom 8. 6. 1977, S. 16).

Anhang I wird wie folgt ergänzt:

„ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ Ι

1. Έξαγωγέας
2. Άριθμός
4. Παραλήπτης
5. ΠΙΣΤΟΠΟΙΗΤΙΚΟ ΟΝΟΜΑΣΙΑΣ ΠΡΟΕΛΕΥΣΕΩΣ
6. Μεταφορικό μέσο
7. Οίνος PORTO
8. Τόπος έκφορτώσεως
9. Σημεία και αριθμοί, αριθμός και είδος κόλλων
10. Βάρος μικτό
11. Λίτρα
12. Λίτρα (όλογράφως)
13. Θεώρηση της έκδιδούσης αρχής (βλέπε μετάφραση στον αριθ. 15)
14. Θεώρηση του Τελωνείου
15. Πιστοποιείται ότι ο οίνος που περιγράφεται στο παρόν πιστοποιητικό είναι οίνος που παρήχθη στην καθορισμένη περιοχή του οίνου „Generoso“ του Δούρου και θεωρείται, σύμφωνα με τον πορτογαλικό νόμο, ως γνήσιος οίνος PORTO.
Ο οίνος αυτός ανταποκρίνεται στον δρισμό του „VIN DE LIQUEUR“ που προβλέπεται από την συμπληρωματική σημείωση 4 γ) του κεφαλαίου 22 του κοινού δασμολογίου της Ευρωπαϊκής Οικονομικής Κοινότητας.
16. (1) Χώρος προοριζόμενος για άλλες ενδείξεις της χώρας εξαγωγής.“

Anhang II wird wie folgt ergänzt:

„ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ ΙΙ

1. Έξαγωγέας
2. Άριθμός

4. Παραλήπτης
5. ΠΙΣΤΟΠΟΙΗΤΙΚΟ ΟΝΟΜΑΣΙΑΣ ΠΡΟΕΛΕΥΣΕΩΣ
6. Μεταφορικό μέσο
7. Οίνος MADEIRA
8. Τόπος έκφορτώσεως
9. Σημεία και αριθμοί, αριθμός και είδος κόλλων
10. Βάρος μικτό
11. Λίτρα
12. Λίτρα (όλογράφως)
13. Θεώρηση της έκδιδούσης αρχής (βλέπε μετάφραση στον αριθ. 15)
14. Θεώρηση Τελωνείου
15. Πιστοποιείται ότι ο οίνος που περιγράφεται στο παρόν πιστοποιητικό είναι οίνος „GENEROSO“ που παρήχθη στην καθορισμένη περιοχή του οίνου MADEIRA και θεωρείται, σύμφωνα με τον πορτογαλικό νόμο, ως γνήσιος οίνος MADEIRA.
Ο οίνος αυτός ανταποκρίνεται στον δρισμό του „VIN DE LIQUEUR“ που προβλέπεται από την συμπληρωματική σημείωση 4 γ) του κεφαλαίου 22 του κοινού δασμολογίου της Ευρωπαϊκής Οικονομικής Κοινότητας.
16. (1) Χώρος προοριζόμενος για άλλες ενδείξεις της χώρας εξαγωγής.“

Anhang III wird wie folgt ergänzt:

„ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ ΙΙΙ

1. Έξαγωγέας
2. Άριθμός
4. Παραλήπτης
5. ΠΙΣΤΟΠΟΙΗΤΙΚΟ ΟΝΟΜΑΣΙΑΣ ΠΡΟΕΛΕΥΣΕΩΣ
6. Μεταφορικό μέσο
7. Οίνος XERES
8. Τόπος έκφορτώσεως
9. Σημεία και αριθμοί, αριθμός και είδος κόλλων
10. Βάρος μικτό
11. Λίτρα
12. Λίτρα (όλογράφως)
13. Θεώρηση της έκδιδούσης αρχής (βλέπε μετάφραση στον αριθ. 15)

14. Θεώρηση του Τελωνείου
15. Πιστοποιείται ότι ο οίνος που περιγράφεται στο παρόν πιστοποιητικό παρήχθη στη ζώνη JEREZ (Xerès) και αναγνωρίζεται, σύμφωνα με τον ισπανικό νόμο, ως έχων δικαίωμα της ονομασίας προελεύσεως
„JEREZ – XERES – SHERRY“.
Τό οινόπνευμα που προστέθηκε στον οίνο αυτό είναι οινόπνευμα οίνικης προελεύσεως.
16. (1) Χώρος προοριζόμενος για άλλες ένδειξεις της χώρας εξαγωγής“.

Anhang IV wird wie folgt ergänzt:

„ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ IV

1. Έξαγωγέας
2. Άριθμός
4. Παραλήπτης
5. ΠΙΣΤΟΠΟΙΗΤΙΚΟ ΟΝΟΜΑΣΙΑΣ ΠΡΟΕΛΕΥΣΕΩΣ
6. Μεταφορικό μέσο
7. Οίνος MOSCATEL DE SETUBAL
8. Τόπος έκφορτώσεως
9. Σημεία και αριθμοί, αριθμός και είδος κολώνων
10. Βάρος μικτό
11. Λίτρα
12. Λίτρα (όλογράφως)
13. Θεώρηση της έκδιδούσης αρχής (βλέπε μετάφραση στον αριθ. 15)
14. Θεώρηση του Τελωνείου
15. Πιστοποιείται ότι ο οίνος που περιγράφεται στο παρόν πιστοποιητικό είναι οίνος που παρήχθη στην καθορισμένη περιοχή του MOSCATEL DE SETUBAL και θεωρείται, σύμφωνα με τον πορτογαλικό νόμο, ως γνήσιος MOSCATEL DE SETUBAL.
Ο οίνος αυτός ανταποκρίνεται στον όρισμό του „VIN DE LIQUEUR“ που προβλέπεται από την συμπληρωματική σημείωση 4γ) του κεφαλαίου 22 του κοινού δασμολογίου της Ευρωπαϊκής Οικονομικής Κοινότητας.
16. (1) Χώρος προοριζόμενος για άλλες ένδειξεις της χώρας εξαγωγής“.

Anhang V wird wie folgt ergänzt:

„ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ V

1. Έξαγωγέας
2. Άριθμός
4. Παραλήπτης

5. ΠΙΣΤΟΠΟΙΗΤΙΚΟ ΟΝΟΜΑΣΙΑΣ ΠΡΟΕΛΕΥΣΕΩΣ

6. Μεταφορικό μέσο
7. Οίνος TOKAY (ASZU, SZAMORODNI)
8. Τόπος έκφορτώσεως
9. Σημεία και αριθμοί, αριθμός και είδος κολώνων
10. Βάρος μικτό
11. Λίτρα
12. Λίτρα (όλογράφως)
13. Θεώρηση της έκδιδούσης αρχής (βλέπε μετάφραση στον αριθ. 14)

14. Πιστοποιείται ότι ο οίνος που περιγράφεται στο παρόν πιστοποιητικό είναι οίνος που παρήχθη στην καθορισμένη περιοχή οίνου TOKAY και θεωρείται, σύμφωνα με τον ουγγρικό νόμο, ως γνήσιος οίνος TOKAY (ASZU, SZAMORODNI).

Ο οίνος αυτός ανταποκρίνεται στον όρισμό του „VIN DE LIQUEUR“ που προβλέπεται από τη συμπληρωματική σημείωση 4 γ) του κεφαλαίου 22 του κοινού δασμολογίου της Ευρωπαϊκής Οικονομικής Κοινότητας.

15. (1) Χώρος προοριζόμενος για άλλες ένδειξεις της χώρας εξαγωγής“.
23. Verordnung (EWG) Nr. 1535/77 der Kommission vom 4. Juli 1977 (ABl. Nr. L 171 vom 9. 7. 1977, S. 1),
in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 2697/77 vom 7. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 314 vom 8. 12. 1977, S. 21).

Artikel 9 wird wie folgt ergänzt:

— in Absatz 2 werden nach den Worten „bijzondere bestemming“ folgende Worte hinzugefügt:

„ΕΙΔΙΚΟΣ ΠΡΟΟΡΙΣΜΟΣ“,

— in Absatz 3 Unterabsatz 2 zweiter Gedankenstrich wird nach der Angabe „bijzondere bestemming: Verordening (EEG) nr. 1535/77“ folgende Angabe hinzugefügt:

„ΕΙΔΙΚΟΣ ΠΡΟΟΡΙΣΜΟΣ: ΚΑΝΟΝΙΣΜΟΣ (ΕΟΚ) αριθ. 1535/77“,

— in Absatz 6 wird nach der Angabe „goederen ter beschikking gesteld van degene die overneemt op ... (?)“ folgende Angabe hinzugefügt:

„ΕΜΠΟΡΕΥΜΑΤΑ ΤΕΘΕΝΤΑ ΣΤΗ ΔΙΑΘΕΣΗ ΕΚΕΙΝΟΥ ΠΡΟΣ ΤΟΝ ΟΠΟΙΟ ΕΚΧΩΡΗΘΗΚΑΝ ΤΗΝ ... (2)“.

24. Verordnung (EWG) Nr. 2695/77 der Kommission vom 7. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 314 vom 8. 12. 1977, S. 14),
in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 2788/78 vom 29. November 1978 (ABl. Nr. L 333 vom 30. 11. 1978, S. 25).

In Artikel 4 Absatz 3 wird nach der Angabe „— T2 — bijzondere bestemming“ die Angabe „— T2 — Ειδικός προορισμός“ hinzugefügt.

25. Verordnung (EWG) Nr. 222/77 des Rates vom 13. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 38 vom 9. 2. 1977, S. 1),
in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 983/79 vom 14. Mai 1979 (ABl. Nr. L 123 vom 19. 5. 1979, S. 1).

In Artikel 57 Absatz 2 wird das Wort „einundvierzig“ durch das Wort „fünfundvierzig“ ersetzt.

Im Anhang

- erhält Abschnitt I Nummer 1 des Musters I folgende Fassung:

„Der (Die) Unterzeichnete ... (¹) mit Wohnsitz (Sitz) in ... (²) leistet hiermit bei der Zollstelle der Bürgschaftsleistung ... bis zum Höchstbetrag von ... selbstschuldnerische Bürgschaft gegenüber dem Königreich Belgien, dem Königreich Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Griechenland, der Französischen Republik, Irland, der Italienischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (³) für die Beträge, die der Hauptverpflichtete ... (⁴) den genannten Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften aufgrund von Zuwiderhandlungen, die im Verlauf eines von ihm durchgeführten gemeinschaftlichen Versandverfahrens begangen worden sind, insgesamt an Zöllen, Steuern, Abschöpfungen und anderen Abgaben — mit Ausnahme von Geldstrafen oder Bußgeldern — schuldet oder schulden wird, und zwar bezüglich der Haupt- und Nebenverbindlichkeiten, der Unkosten und der Zuschläge.“;

- erhält Abschnitt I Nummer 1 des Musters II folgende Fassung:

„Der (Die) Unterzeichnete ... (¹) mit Wohnsitz (Sitz) in ... (²) leistet hiermit bei der Abgangszollstelle ... selbstschuldnerische Bürgschaft gegenüber dem Königreich Belgien, dem Königreich Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Griechenland, der Französischen Republik, Irland, der Italienischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (³)

für die Beträge, die der Hauptverpflichtete ... (⁴) den genannten Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften aufgrund von Zuwiderhandlungen, die im Verlauf eines von ihm mit den unten bezeichneten Waren von der Abgangszollstelle ... zur Bestimmungszollstelle ... durchgeführten gemeinschaftlichen Versandverfahrens begangen worden sind, insgesamt an Zöllen, Steuern, Abschöpfungen und anderen Abgaben — mit Ausnahme von Geldstrafen oder Bußgeldern — schuldet oder schulden wird, und zwar bezüglich der Haupt- und Nebenverbindlichkeiten, der Unkosten und der Zuschläge.“;

- erhält Abschnitt I Nummer 1 des Musters III folgende Fassung:

„Der (Die) Unterzeichnete ... (¹) mit Wohnsitz (Sitz) in ... (²) leistet hiermit bei der Zollstelle der Bürgschaftsleistung ... selbstschuldnerische Bürgschaft gegenüber dem Königreich Belgien, dem Königreich Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Griechenland, der Französischen Republik, Irland, der Italienischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (³) für die Beträge, die ein Hauptverpflichteter den genannten Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften aufgrund von Zuwiderhandlungen, die im Verlaufe von gemeinschaftlichen Versandverfahren begangen worden sind, für die der (die) Unterzeichnete durch Ausstellung eines Sicherheitstitels eine Bürgschaft übernommen hat, insgesamt an Zöllen, Steuern, Abschöpfungen und anderen Abgaben — mit Ausnahme von Geldstrafen oder Bußgeldern — schuldet oder schulden wird, und zwar bezüglich der Haupt- und Nebenverbindlichkeiten, der Unkosten und der Zuschläge — bis zu einem Höchstbetrag von 7 000 Europäischen Rechnungseinheiten je Sicherheitstitel.“.

26. Verordnung (EWG) Nr. 223/77 der Kommission vom 22. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 38 vom 9. 2. 1977, S. 20),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 1601/77 vom 11. Juli 1977 (ABl. Nr. L 182 vom 22. 7. 1977, S. 1),
— Verordnung (EWG) Nr. 526/79 vom 20. März 1979 (ABl. Nr. L 74 vom 24. 3. 1979, S. 1).

Artikel 28 wird wie folgt ergänzt:

- im ersten Gedankenstrich werden nach den Worten „Verlaten van de Gemeenschap aan beperkingen onderworpen“ die Worte „έξοδος από την Κοινότητα ύποκειμένη σε περιορισμούς“ hinzugefügt,

— im zweiten Gedankenstrich werden nach den Worten „Verlaten van de Gemeenschap aan belastingheffing onderworpen“ die Worte „ἔξοδος ἀπό τήν Κοινότητα ὑποκειμένη σέ ἐπιβάρυνση“ hinzugefügt.

Artikel 40 wird wie folgt ergänzt: nach dem Wort „told“ wird das Wort „Τελωνεῖο“ hinzugefügt.

Artikel 71 wird wie folgt ergänzt: in Absatz 3 werden nach den Worten „achteraf afgegeven“ die Worte „ἐκδοθέν ἐκ τῶν ὑστέρων“ hinzugefügt.

In den Anhängen I und III wird das Exemplar Nr. 3 der Anmeldung zum gemeinschaftlichen Versandverfahren T auf der Rückseite durch die Angabe „ἐπιστρεπτεο εἰς“ ergänzt.

In Anhang VI wird das Original des Kontrollexemplars T Nr. 5 auf der Rückseite durch die Angabe „ἐπιστρεπτεο εἰς“ ergänzt.

In Anhang VII wird der Kopf des Grenzübergangsscheins durch die Abkürzung „EK“ und durch die Worte „δελτίο διελεύσεως“ ergänzt.

In Anhang VIII wird der Kopf der Eingangsbescheinigung durch die Abkürzung „EK“ und durch die Worte „ἀπόδειξη παραλαβῆς“ ergänzt.

In Anhang IX wird die Rubrik 7 der Bürgschaftsbescheinigung durch das Wort „Griechenland“ ergänzt.

In Anhang X wird der Kopf des Sicherheitstitels (Pauschalsicherheit) durch die Abkürzung „EK“ ergänzt.

In Anhang XII wird der Kopf des gelben Klebzettels durch die Abkürzung „EK“ ergänzt.

27. Entscheidung 70/41/EWG der Kommission vom 19. Dezember 1969 (ABl. Nr. L 13 vom 19. 1. 1970, S. 13),

geändert durch:

— Entscheidung 71/14/EWG vom 7. Dezember 1970 (ABl. Nr. L 6 vom 8. 1. 1971, S. 35),

— Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).

Im Anhang wird die erste Seite des Formblatts D.D.3 durch die Abkürzung „EK“ ergänzt.

Auf der ersten Seite desselben Formblatts werden die Worte „Πιστοποιητικό κυκλοφορίας ἐμπορευμάτων“ hinzugefügt.

28. Verordnung (EWG) Nr. 2826/77 der Kommission vom 5. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 333 vom 24. 12. 1977, S. 1),

in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 607/78 vom 29. März 1978 (ABl. Nr. L 83 vom 30. 3. 1978, S. 17).

Im Anhang ist das Exemplar Nr. 3 auf der Rückseite durch die Angabe „Ἐπιστρεπτεο εἰς“ zu ergänzen.

II. LANDWIRTSCHAFT

A. ALLGEMEINES

a) In den genannten Artikeln der nachstehenden Rechtsakte wird das Wort „einunvierzig“ durch das Wort „fünfundvierzig“ ersetzt.

1. Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 (ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 590/79 vom 26. März 1979 (ABl. Nr. L 78 vom 30. 3. 1979):

Artikel 38 Absatz 2.

2. Verordnung Nr. 79/65/EWG des Rates vom 15. Juni 1965 (ABl. Nr. 109 vom 23. 6. 1965), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2910/73 vom 23. Oktober 1973 (ABl. Nr. L 299 vom 27. 10. 1973):

Artikel 19 Absatz 2.

3. Verordnung (EWG) Nr. 234/68 des Rates vom 27. Februar 1968 (ABl. Nr. L 55 vom 2. 3. 1968), zuletzt geändert durch den Beschluß des Rates vom 1. Januar 1973 (ABl. Nr. L 2 vom 1. 1. 1973):

Artikel 14 Absatz 2.

4. Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates vom 27. Juni 1968 (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1761/78 vom 25. Juli 1978 (ABl. Nr. L 204 vom 28. 7. 1978):

Artikel 30 Absatz 2.

5. Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates vom 27. Juni 1968 (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 425/77 vom 14. Februar 1977 (ABl. Nr. L 61 vom 5. 3. 1977):

Artikel 27 Absatz 2.

6. Verordnung (EWG) Nr. 727/70 des Rates vom 21. April 1970 (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970), zuletzt geändert durch den Beschluß des Rates vom 1. Januar 1973 (ABl. Nr. L 2 vom 1. 1. 1973):
Artikel 17 Absatz 2.
7. Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970), zuletzt geändert durch den Beschluß des Rates vom 1. Januar 1973 (ABl. Nr. L 2 vom 1. 1. 1973):
Artikel 13 Absatz 2.
8. Verordnung (EWG) Nr. 1308/70 des Rates vom 29. Juni 1970 (ABl. Nr. L 146 vom 4. 7. 1970), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 814/76 vom 6. April 1976 (ABl. Nr. L 94 vom 9. 4. 1976):
Artikel 12 Absatz 2.
9. Verordnung (EWG) Nr. 1696/71 des Rates vom 27. Juli 1971 (ABl. Nr. L 175 vom 4. 8. 1971), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 235/79 vom 5. Februar 1979 (ABl. Nr. L 34 vom 9. 2. 1979):
Artikel 20 Absatz 2.
10. Verordnung (EWG) Nr. 2358/71 des Rates vom 26. Oktober 1971 (ABl. Nr. L 246 vom 5. 11. 1971),
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 234/79 vom 5. Februar 1979 (ABl. Nr. L 34 vom 9. 2. 1979):
Artikel 11 Absatz 2.
11. Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates vom 18. Mai 1972 (ABl. Nr. L 118 vom 20. 5. 1972), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 912/79 vom 8. Mai 1979 (ABl. Nr. L 116 vom 11. 5. 1979):
Artikel 33 Absatz 2.
12. Verordnung (EWG) Nr. 1728/74 vom 27. Juni 1974 (ABl. Nr. L 182 vom 5. 7. 1974):
Artikel 8 Absatz 3.
13. Verordnung (EWG) Nr. 3330/74 des Rates vom 19. Dezember 1974 (ABl. Nr. L 359 vom 31. 12. 1974),
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1487/76 vom 22. Juni 1976 (ABl. Nr. L 167 vom 26. 6. 1976):
Artikel 36 Absatz 2.
14. Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 (ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975),
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1254/78 vom 12. Juni 1978 (ABl. Nr. L 156 vom 14. 6. 1978):
Artikel 26 Absatz 2.
15. Verordnung (EWG) Nr. 2759/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 (ABl. Nr. L 282 vom 1. 11. 1975),
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1423/78 vom 20. Juni 1978 (ABl. Nr. L 171 vom 28. 6. 1978):
Artikel 24 Absatz 2.
16. Verordnung (EWG) Nr. 2771/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 (ABl. Nr. L 282 vom 1. 11. 1975),
in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 368/76 vom 16. Februar 1976 (ABl. Nr. L 45 vom 21. 2. 1976):
Artikel 17 Absatz 2.
17. Verordnung (EWG) Nr. 2777/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 (ABl. Nr. L 282 vom 1. 11. 1975),
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 369/76 vom 16. Februar 1976 (ABl. Nr. L 45 vom 21. 2. 1976):
Artikel 17 Absatz 2.
18. Verordnung (EWG) Nr. 1418/76 des Rates vom 21. Juni 1976 (ABl. Nr. L 166 vom 25. 6. 1976),
in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 1260/78 vom 12. Juni 1978 (ABl. Nr. L 154 vom 14. 6. 1978):
Artikel 27 Absatz 2.
19. Verordnung (EWG) Nr. 3228/76 des Rates vom 21. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 366 vom 31. 12. 1976):
Artikel 8 Absatz 2.
20. Verordnung (EWG) Nr. 355/77 des Rates vom 15. Februar 1977 (ABl. Nr. L 51 vom 23. 2. 1977),
in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 1361/78 vom 19. Juni 1978 (ABl. Nr. L 166 vom 23. 6. 1978):
Artikel 22 Absatz 2.

21. Verordnung (EWG) Nr. 516/77 des Rates vom 14. März 1977 (ABl. Nr. L 73 vom 21. 3. 1977),
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1152/78 vom 30. Mai 1978 (ABl. Nr. L 144 vom 31. 5. 1978):
Artikel 20 Absatz 2.
22. Verordnung (EWG) Nr. 1111/77 des Rates vom 17. Mai 1977 (ABl. Nr. L 134 vom 28. 5. 1977),
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1298/78 vom 6. Juni 1978 (ABl. Nr. L 160 vom 17. 6. 1978):
Artikel 12 Absatz 2.
23. Verordnung (EWG) Nr. 218/78 des Rates vom 19. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 35 vom 4. 2. 1978):
Artikel 12 Absatz 2.
24. Verordnung (EWG) Nr. 978/78 des Rates vom 10. Mai 1978 (ABl. Nr. L 128 vom 17. 5. 1978):
Artikel 8 Absatz 2.
25. Verordnung (EWG) Nr. 1117/78 des Rates vom 22. Mai 1978 (ABl. Nr. L 142 vom 30. 5. 1978):
Artikel 11 Absatz 2.
26. Verordnung (EWG) Nr. 1360/78 des Rates vom 19. Juni 1978 (ABl. Nr. L 166 vom 23. 6. 1978):
Artikel 16 Absatz 2.
27. Verordnung (EWG) Nr. 1362/78 des Rates vom 19. Juni 1978 (ABl. Nr. L 166 vom 23. 6. 1978):
Artikel 15 Absatz 2.
28. Verordnung (EWG) Nr. 1760/78 des Rates vom 25. Juli 1978 (ABl. Nr. L 204 vom 28. 7. 1978):
Artikel 16 Absatz 2.
29. Verordnung (EWG) Nr. 337/79 des Rates vom 5. Februar 1979 (ABl. Nr. L 54 vom 5. 3. 1979):
Artikel 67 Absatz 2.
30. Richtlinie 76/895/EWG des Rates vom 23. November 1976 (ABl. Nr. L 340 vom 9. 12. 1976):
Artikel 7 Absatz 3.
31. Entscheidung 77/97/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977):
Artikel 5 Absatz 3.
32. Richtlinie 64/432/EWG des Rates vom 26. Juni 1964 (ABl. Nr. 121 vom 29. 7. 1964),
zuletzt geändert durch die Richtlinie 79/111/EWG vom 24. Januar 1979 (ABl. Nr. L 28 vom 3. 2. 1979):
Artikel 12 Absatz 3.
33. Richtlinie 64/433/EWG des Rates vom 26. Juni 1964 (ABl. Nr. 121 vom 29. 7. 1964),
zuletzt geändert durch die Richtlinie 75/379/EWG vom 24. Juni 1975 (ABl. Nr. L 172 vom 3. 7. 1975):
Artikel 9a Absatz 3.
34. Richtlinie 66/400/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 (ABl. Nr. 125 vom 11. 7. 1966),
zuletzt geändert durch die Richtlinie 78/692/EWG vom 25. Juli 1978 (ABl. Nr. L 236 vom 26. 8. 1978):
Artikel 21 Absatz 3.
35. Richtlinie 66/401/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 (ABl. Nr. 125 vom 11. 7. 1966),
zuletzt geändert durch die Richtlinie 78/1020/EWG vom 5. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 350 vom 14. 12. 1978):
Artikel 21 Absatz 3.
36. Richtlinie 66/402/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 (ABl. Nr. 125 vom 11. 7. 1966),
zuletzt geändert durch die Richtlinie 78/1020/EWG vom 5. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 350 vom 14. 12. 1978):
Artikel 21 Absatz 3.
37. Richtlinie 66/403/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 (ABl. Nr. 125 vom 11. 7. 1966),
zuletzt geändert durch die Richtlinie 78/816/EWG vom 26. September 1978 (ABl. Nr. L 281 vom 6. 10. 1978):
Artikel 19 Absatz 3.
38. Richtlinie 66/404/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 (ABl. Nr. 125 vom 11. 7. 1966),
zuletzt geändert durch die Richtlinie 75/445/EWG vom 26. Juni 1975 (ABl. Nr. L 196 vom 26. 7. 1975):
Artikel 17 Absatz 3.

39. Richtlinie 68/193/EWG des Rates vom 9. April 1968 (ABl. Nr. L 93 vom 9. 4. 1968),
zuletzt geändert durch die Richtlinie 78/692/EWG vom 25. Juli 1978 (ABl. Nr. L 236 vom 26. 8. 1978):
Artikel 17 Absatz 3.
40. Richtlinie 69/208/EWG des Rates vom 30. Juni 1969 (ABl. Nr. L 169 vom 10. 7. 1969),
zuletzt geändert durch die Richtlinie 78/1020/EWG vom 5. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 350 vom 14. 12. 1978):
Artikel 20 Absatz 3.
41. Richtlinie 70/373/EWG des Rates vom 20. Juli 1970 (ABl. Nr. L 170 vom 3. 8. 1970),
zuletzt geändert durch den Beschluß des Rates vom 1. Januar 1973 (ABl. Nr. L 2 vom 1. 1. 1973):
Artikel 3 Absatz 2.
42. Richtlinie 70/457/EWG des Rates vom 29. September 1970 (ABl. Nr. L 225 vom 12. 10. 1970),
zuletzt geändert durch die Richtlinie 79/55/EWG vom 19. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 16 vom 20. 1. 1979):
Artikel 23 Absatz 3.
43. Richtlinie 70/458/EWG des Rates vom 29. September 1970 (ABl. Nr. L 225 vom 12. 10. 1970),
zuletzt geändert durch die Richtlinie 78/692/EWG vom 25. Juli 1978 (ABl. Nr. L 236 vom 26. 8. 1978):
Artikel 40 Absatz 3.
44. Richtlinie 70/524/EWG des Rates vom 23. November 1970 (ABl. Nr. L 270 vom 14. 12. 1970),
zuletzt geändert durch die Richtlinie 79/139/EWG vom 18. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 39 vom 14. 2. 1979):
— Artikel 16a Absatz 3,
— Artikel 16b Absatz 3.
45. Richtlinie 71/118/EWG des Rates vom 15. Februar 1971 (ABl. Nr. L 55 vom 8. 3. 1971),
zuletzt geändert durch die Richtlinie 78/50/EWG vom 13. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 15 vom 19. 1. 1978):
— Artikel 12 Absatz 3,
— Artikel 12a Absatz 3.
46. Richtlinie 71/161/EWG des Rates vom 30. März 1971 (ABl. Nr. L 87 vom 17. 4. 1971),
zuletzt geändert durch den Beschluß des Rates vom 1. Januar 1973 (ABl. Nr. L 2 vom 1. 1. 1973):
Artikel 18 Absatz 3.
47. Richtlinie 72/159/EWG des Rates vom 17. April 1972 (ABl. Nr. L 96 vom 23. 4. 1972),
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1054/78 vom 19. Mai 1978 (ABl. Nr. L 134 vom 22. 5. 1978):
Artikel 18 Absatz 2.
48. Richtlinie 72/160/EWG des Rates vom 17. April 1972 (ABl. Nr. L 96 vom 23. 4. 1972),
zuletzt geändert durch die Richtlinie 73/358/EWG vom 19. November 1973 (ABl. Nr. L 326 vom 27. 11. 1973):
Artikel 9 Absatz 2.
49. Richtlinie 72/161/EWG des Rates vom 17. April 1972 (ABl. Nr. L 96 vom 23. 4. 1972),
zuletzt geändert durch die Richtlinie 73/358/EWG vom 19. November 1973 (ABl. Nr. L 326 vom 27. 11. 1973):
Artikel 11 Absatz 2.
50. Richtlinie 72/280/EWG des Rates vom 31. Juli 1972 (ABl. Nr. L 179 vom 7. 8. 1972),
zuletzt geändert durch die Richtlinie 78/320/EWG vom 20. März 1978 (ABl. Nr. L 84 vom 31. 3. 1978):
Artikel 7 Absatz 2.
51. Richtlinie 72/461/EWG des Rates vom 12. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 302 vom 31. 12. 1972),
zuletzt geändert durch die Richtlinie 78/54/EWG vom 19. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 16 vom 20. 1. 1978):
Artikel 9 Absatz 3.
52. Richtlinie 72/462/EWG des Rates vom 12. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 302 vom 31. 12. 1972),
zuletzt geändert durch die Richtlinie 78/98/EWG vom 21. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 16 vom 20. 1. 1978):
— Artikel 29 Absatz 3,
— Artikel 30 Absatz 3.

53. Richtlinie 73/88/EWG des Rates vom 26. März 1973 (ABl. Nr. L 106 vom 20. 4. 1973),
zuletzt geändert durch die Entscheidung Nr. 75/380/EWG vom 24. Juni 1975 (ABl. Nr. L 172 vom 3. 7. 1975):
Artikel 7 Absatz 3.
54. Richtlinie 73/132/EWG des Rates vom 15. Mai 1973 (ABl. Nr. L 153 vom 9. 6. 1973):
Artikel 9 Absatz 2.
55. Richtlinie 74/63/EWG des Rates vom 17. Dezember 1973 (ABl. Nr. L 38 vom 11. 2. 1974),
zuletzt geändert durch die Richtlinie 76/934/EWG vom 1. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 364 vom 31. 12. 1976):
— Artikel 9 Absatz 3,
— Artikel 10 Absatz 3.
56. Richtlinie 76/625/EWG des Rates vom 20. Juli 1976 (ABl. Nr. L 218 vom 11. 8. 1976),
in der Fassung der Richtlinie 77/159/EWG vom 14. Februar 1977 (ABl. Nr. L 48 vom 19. 2. 1977):
Artikel 9 Absatz 2.
57. Richtlinie 76/630/EWG des Rates vom 20. Juli 1976 (ABl. Nr. L 223 vom 16. 8. 1976):
Artikel 11 Absatz 2.
58. Richtlinie 76/895/EWG des Rates vom 23. November 1976 (ABl. Nr. L 340 vom 9. 12. 1976):
— Artikel 7 Absatz 3,
— Artikel 8 Absatz 3.
59. Richtlinie 77/93/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977):
— Artikel 16 Absatz 3,
— Artikel 17 Absatz 3.
60. Richtlinie 77/96/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977):
Artikel 9 Absatz 3.
61. Richtlinie 77/97/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977):
Artikel 5 Absatz 3.
62. Richtlinie 77/99/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977):
— Artikel 18 Absatz 3,
— Artikel 19 Absatz 3.
63. Richtlinie 77/101/EWG des Rates vom 23. November 1976 (ABl. Nr. L 32 vom 3. 2. 1977),
zuletzt geändert durch die Richtlinie 79/372/EWG vom 2. April 1979 (ABl. Nr. L 86 vom 6. 4. 1979):
Artikel 13 Absatz 3.
64. Richtlinie 77/391/EWG des Rates vom 17. Mai 1977 (ABl. Nr. L 145 vom 13. 6. 1977):
Artikel 11 Absatz 3.
65. Richtlinie 77/504/EWG des Rates vom 25. Juli 1977 (ABl. Nr. L 206 vom 12. 8. 1977):
Artikel 8 Absatz 3.
66. Richtlinie 79/117/EWG des Rates vom 21. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 33 vom 8. 2. 1979):
Artikel 8 Absatz 3.
67. Richtlinie 79/373/EWG des Rates vom 2. April 1979 (ABl. Nr. L 86 vom 6. 4. 1979):
Artikel 13 Absatz 3.
- b) In dem angegebenen Artikel der nachstehenden Richtlinie wird das Wort „zwölf“ durch das Wort „fünfundvierzig“ ersetzt.
- Richtlinie 64/432/EWG des Rates vom 26. Juni 1964 (ABl. Nr. 121 vom 29. 7. 1964):
Artikel 13 Absatz 3.

B. GEMEINSAME MARKTORGANISATIONEN

a) Obst und Gemüse

1. Verordnung Nr. 58 der Kommission vom 15. Juni 1962 (ABl. Nr. 56 vom 7. 7. 1962),
geändert durch:
— Verordnung Nr. 51/65/EWG vom 1. April 1965 (ABl. Nr. 55 vom 3. 4. 1965),
— Verordnung (EWG) Nr. 534/72 vom 15. März 1972 (ABl. Nr. L 64 vom 16. 3. 1972),
— Verordnung (EWG) Nr. 844/76 vom 9. April 1976 (ABl. Nr. L 96 vom 10. 4. 1976),
— Verordnung (EWG) Nr. 847/76 vom 9. April 1976 (ABl. Nr. L 96 vom 10. 4. 1976).
Anhang I/7 Anlage 1 erhält folgende Fassung:

„Liste der Sorten

Sorten	Erzeugerländer				
	Italien	Frankreich	Belgien	Niederlande	Griechenland
Im Gewächshaus erzeugte Trauben					
Alphonse Lavallée (— Ribier)			×		
Black Alicante (— Granacke — Granaxa)			×	×	
Canon Hall			×		
Colman			×		
Frankenthal (— Groß Vernatsch)			×	×	
Golden Champion				×	
Gradisca			×		
Gros Maroc				×	
Léopold III			×		
Muscat d'Alexandrie			×	×	
Muscat d'Hambourg (— Hambro — Black Hamburg)			×	×	
Prof. Aberson				×	
Royal			×	×	
Im Freien erzeugte Trauben					
a) <i>Großkernige Arten</i>					
Alphonse Lavallée	×	×			×
Angela	×				
Baresana (— Turchesca — Lattuario)					
Bianco (— Uva di Bisceglie)	×				
Cardinal	×	×			×
Dabouki (— Malaga)		×			
Danam		×			
Danlas		×			
Datal		×			
Dattier de Beyrouth (— Regina — Menavacca Bianca)	×	×			
Ignea		×			
Italia (— ideal)	×	×			×
Lival		×			
Muscat d'Alexandrie (— Zibibbo)	×	×			×
Chanez (— Uva di Almeria)	×				×
Olivette blanche		×			
Olivette noire (— Olivetta Vibanese)	×	×			
Perlona	×				
Red Empereur	×				
Regina nera (— Menavacca nera — Lattuario nero)	×				
Ribol		×			
Schiava grossa (— Frankenthal — Groß Vernatsch)	×				
b) <i>Kleinkernige Sorten</i>					
Admirables de Courtiller		×			
Angelo Pirovano	×				
Anna Maria	×				
Catalanesca	×				
Chasselas (Doré, Muscat, Rosé)	×	×			
Cimminita	×				
Clairettes		×			
Colombana bianca (— Verdea)	×				
Delizia di Vapio	×				
Gros Vert	×	×			
Jaoumet (— St-Jacques ou Madeleine de Jacques)		×			
Madeleines	×	×			

Sorten	Erzeugerländer				
	Italien	Frankreich	Belgien	Niederlande	Griechenland
Mireille		×			
Moscato di Terracina	×	×			
Moscato d'Adda	×				
Moscato d'Amburgo	×	×			×
Cellade		×			
Panse précoce	×	×			
Pizzatello	×				
Perla di Csaba	×	×			
Perlant		×			
Perlette	×	×			×
Primus	×				
Prunesta	×				
Regina dei Vigneti	×	×			×
Servant (— St Jeannet)	×	×			
Sultanines	×	×			×
Valensi		×			
Rosaki grec (blanc, noir)					×
Sideritis					×

2. Verordnung (EWG) Nr. 2638/69 der Kommission vom 24. Dezember 1969 (ABl. Nr. L 327 vom 30. 12. 1969),

in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 2846/72 vom 29. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 299 vom 31. 12. 1972).

Anhang I wird durch folgende Angaben ergänzt:

- „Republik Griechenland
 — Peleponnes und westliches Sterea Hellas,
 — Attika und Inseln,
 — Ostmakedonien und Thrazien,
 — Mittel- und Westmakedonien,
 — Epirus,
 — Thessalien und östliches Sterea Hellas,
 — Kreta.“

3. Verordnung (EWG) Nr. 604/71 der Kommission vom 3. März 1971 (ABl. Nr. L 70 vom 24. 3. 1971),

berichtigt (ABl. Nr. L 87 vom 30. 4. 1971),
 geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 2846/72 vom 29. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 299 vom 31. 12. 1972),
 — Verordnung (EWG) Nr. 376/75 vom 14. Februar 1975 (ABl. Nr. L 41 vom 15. 2. 1975),
 — Verordnung (EWG) Nr. 1212/77 vom 7. Juni 1977 (ABl. Nr. L 140 vom 8. 6. 1977).

Anhang I wird durch folgende Angabe ergänzt:

- „Republik Griechenland
 Athen
 Saloniki
 Chalkis“.

Anhang II wird durch folgende Angabe ergänzt:

- „Republik Griechenland
 Ierapetra
 Pyrgos“.

Anhang III wird durch folgende Angabe ergänzt:

- „Republik Griechenland
 Skydra
 Verria“.

Anhang IV wird durch folgende Angabe ergänzt:

- „Republik Griechenland
 Kavala
 Heraklion
 Tyrnavos“.

Anhang V wird durch folgende Angabe ergänzt:

- „Republik Griechenland
 Verria
 Volos“.

Anhang VI wird durch folgende Angabe ergänzt:

- „Republik Griechenland
 Naoussa
 Skydra
 Volos
 Tripolis“.

Anhang VII wird durch folgende Angabe ergänzt:

- „Republik Griechenland
 Argos
 Arta
 Sparti“.

Anhang VIII wird durch folgende Angabe ergänzt:

„Republik Griechenland
Argos
Chios“.

Anhang IX wird durch folgende Angabe ergänzt:

„Republik Griechenland
Xylokastro
Aegion“.

4. Verordnung (EWG) Nr. 1641/71 des Rates vom 27. Juli 1971 (ABl. Nr. L 172 vom 31. 7. 1971),

in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 1833/73 vom 5. Juli 1973 (ABl. Nr. L 185 vom 7. 7. 1973).

In Tabelle A wird die Liste der Sorten unter Gruppe B durch folgende Angabe ergänzt:

„Delicious Pilafa“.

In Tabelle C wird die Liste der Sorten unter „1. Äpfel“ durch folgende Angabe ergänzt:

„Delicious Pilafa“.

In Tabelle C wird die Liste der Sorten unter „2. Birnen“ durch folgende Angabe ergänzt:

„Crystalli“.

Tabelle D wird durch folgende Angabe ergänzt:

„Condoula“.

5. Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates vom 18. Mai 1972 (ABl. Nr. L 118 vom 20. 5. 1972),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 2454/72 vom 21. November 1972 (ABl. Nr. L 266 vom 25. 11. 1972),
- Verordnung (EWG) Nr. 2745/72 vom 19. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 291 vom 28. 12. 1972),
- Verordnung (EWG) Nr. 2482/75 vom 29. September 1975 (ABl. Nr. L 254 vom 1. 10. 1975),
- Verordnung (EWG) Nr. 793/76 vom 6. April 1976 (ABl. Nr. L 93 vom 8. 4. 1976),
- Verordnung (EWG) Nr. 795/76 vom 6. April 1976 (ABl. Nr. L 93 vom 8. 4. 1976),
- Verordnung (EWG) Nr. 1034/77 vom 17. Mai 1977 (ABl. Nr. L 125 vom 19. 5. 1977),
- Verordnung (EWG) Nr. 2764/77 vom 5. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 320 vom 15. 12. 1977),
- Verordnung (EWG) Nr. 1122/78 vom 22. Mai 1978 (ABl. Nr. L 142 vom 3. 5. 1978),
- Verordnung (EWG) Nr. 1154/78 vom 30. Mai 1978 (ABl. Nr. L 144 vom 31. 5. 1978),
- Verordnung (EWG) Nr. 1766/78 vom 25. Juli 1978 (ABl. Nr. L 204 vom 28. 7. 1978),

— Verordnung (EWG) Nr. 234/79 vom 5. Februar 1979 (ABl. Nr. L 34 vom 9. 2. 1979),

— Verordnung (EWG) Nr. 325/79 vom 19. Februar 1979 (ABl. Nr. L 45 vom 22. 2. 1979),

— Verordnung (EWG) Nr. 912/79 vom 8. Mai 1979 (ABl. Nr. L 116 vom 11. 5. 1979).

Mit Wirkung vom 1. Januar 1981 erhält der Text des Artikels 1 Absatz 2 folgende Fassung:

„(2) Diese Organisation betrifft die Erzeugnisse

— der Tarifnummer 07.01, ausgenommen die Tarifstellen 07.01 A und 07.01 N, und

— der Tarifnummern 08.02 bis 08.09, ausgenommen die Tarifstellen 08.03 B, 08.04 A II, 08.04 B und 08.05 F

des Gemeinsamen Zolltarifs.“

6. Verordnung (EWG) Nr. 1203/73 der Kommission vom 4. Mai 1973 (ABl. Nr. L 123 vom 10. 5. 1973),

geändert durch:

— Verordnung (EWG) Nr. 3173/73 vom 22. November 1973 (ABl. Nr. L 322 vom 23. 11. 1973),

— Verordnung (EWG) Nr. 1697/74 vom 1. Juli 1974 (ABl. Nr. L 179 vom 2. 7. 1974),

— Verordnung (EWG) Nr. 1936/74 vom 24. Juli 1974 (ABl. Nr. L 203 vom 25. 7. 1974),

— Verordnung (EWG) Nr. 2571/75 vom 9. Oktober 1975 (ABl. Nr. L 262 vom 10. 10. 1975),

— Verordnung (EWG) Nr. 1249/76 vom 26. Mai 1976 (ABl. Nr. L 139 vom 27. 5. 1976),

— Verordnung (EWG) Nr. 2398/76 vom 1. Oktober 1976 (ABl. Nr. L 270 vom 2. 10. 1976),

— Verordnung (EWG) Nr. 250/78 vom 7. Februar 1978 (ABl. Nr. L 38 vom 8. 2. 1978),

— Verordnung (EWG) Nr. 1326/78 vom 16. Juni 1978 (ABl. Nr. L 159 vom 17. 6. 1978),

— Verordnung (EWG) Nr. 1667/78 vom 14. Juli 1978 (ABl. Nr. L 192 vom 15. 7. 1978),

— Verordnung (EWG) Nr. 2646/78 vom 10. November 1978 (ABl. Nr. L 318 vom 11. 11. 1978) (englische Fassung).

Anhang V „Anpassungskoeffizient ‚Sorte‘“ wird durch folgende Angaben ergänzt:

„Condoula“, in der Liste der Sorten, die mit „Empereur Alexandre“ beginnt, und

„Crystalli“ in der Liste der Sorten, die mit „Spina Capri“ beginnt.

Anhang V „Liste der Sorten großfrüchtiger Tafelbirnen“ wird durch folgende Angabe ergänzt:

„Crystalli“.

Anhang VII „Anpassungskoeffizient ‚Sorte‘“ wird durch folgende Angabe ergänzt:

„Delicious Pilafa“ in der Liste der Sorten, die mit „Golden Delicious“ beginnt.

Anhang VII „Liste der Sorten großfrüchtiger Tafeläpfel“ wird durch folgende Angabe ergänzt:

„Delicious Pilafa“.

Anhang IX „Anpassungskoeffizient ‚Sorte‘“ wird durch folgende Angabe ergänzt:

„Navel“ und „Navelina“ in der Liste der Sorten, die mit „Groupe des Sanguinello“ beginnt.

Anhang IX „Liste der Sorten von Süßorangen des Buchstaben b) der Tabelle ‚Größensortierung‘“ wird durch folgende Angabe ergänzt:

„— Navelina
— Navel“.

7. Verordnung (EWG) Nr. 2118/74 der Kommission vom 9. August 1974 (ABl. Nr. L 220 vom 10. 8. 1974),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 385/75 vom 17. Februar 1975 (ABl. Nr. L 44 vom 18. 2. 1975) (englische Fassung),
- Verordnung (EWG) Nr. 668/78 vom 4. April 1978 (ABl. Nr. L 90 vom 5. 4. 1978).

Artikel 4 wird durch folgende Angabe ergänzt:

„*Republik Griechenland*
Athen
Saloniki“.

b) Fette

1. Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 (ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966),

berichtigt (ABl. Nr. 33 vom 24. 2. 1967),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 2146/68 vom 20. Dezember 1968 (ABl. Nr. L 314 vom 31. 12. 1968),
- Verordnung (EWG) Nr. 1547/72 vom 18. Juli 1972 (ABl. Nr. L 165 vom 21. 7. 1972) (nur deutsche Fassung),
- Beschluß des Rates vom 1. Januar 1973 (ABl. Nr. L 2 vom 1. 1. 1973),
- Verordnung (EWG) Nr. 1562/78 vom 29. Juni 1978 (ABl. Nr. L 185 vom 7. 7. 1978),
- Verordnung (EWG) Nr. 590/79 vom 26. März 1979 (ABl. Nr. L 78 vom 30. 3. 1979).

Artikel 5 Absatz 2 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Beihilfe wird jedoch nur für die bis zum 31. Oktober 1978 mit Olivenbäumen bepflanz-

ten Flächen gewährt; für Griechenland gilt hierfür der 1. Januar 1981.“

Es wird ein neuer Artikel 42b folgenden Wortlauts eingefügt:

„Artikel 42b

(1) Spätestens am 30. Juni 1985 übermittelt die Kommission dem Rat einen Bericht, anhand dessen er die Sondermaßnahmen prüfen kann, die gegebenenfalls für Tafeloliven der Tarifstellen 07.01 N I, ex 07.02 A, 07.03 I, ex 07.04 B, ex 20.01 B und ex 20.02 F zu treffen sind.

(2) Der Rat legt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission spätestens am 31. Dezember 1985 die Sondermaßnahmen im Sinne von Absatz 1 fest.“

2. Verordnung Nr. 172/66/EWG der Kommission vom 5. November 1966 (ABl. Nr. 202 vom 7. 11. 1966),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 1744/68 vom 31. Oktober 1968 (ABl. Nr. L 268 vom 1. 11. 1968),
- Verordnung (EWG) Nr. 992/72 vom 15. Mai 1972 (ABl. Nr. L 115 vom 17. 5. 1972).

Artikel 1 erhält folgende Fassung:

„Die in Artikel 14 Absatz 2 letzter Unterabsatz der Verordnung Nr. 136/66/EWG genannten Berichtigungen erfolgen durch Anwendung der im Anhang zu der vorliegenden Verordnung festgesetzten Ausgleichskoeffizienten.“

In Artikel 1a Absatz 2 werden die Worte „oder auf dem griechischen Markt“ gestrichen.

3. Verordnung Nr. 142/67/EWG des Rates vom 21. Juni 1967 (ABl. Nr. 125 vom 26. 6. 1967),

geändert durch:

- Verordnung Nr. 767/67/EWG vom 26. Oktober 1967 (ABl. Nr. 261 vom 28. 10. 1967),
- Verordnung (EWG) Nr. 845/68 vom 28. Juni 1968 (ABl. Nr. L 152 vom 1. 7. 1968),
- Verordnung (EWG) Nr. 2556/70 vom 15. Dezember 1970 (ABl. Nr. L 275 vom 19. 12. 1970),
- Verordnung (EWG) Nr. 2429/72 vom 21. November 1972 (ABl. Nr. L 264 vom 23. 11. 1972).

In Artikel 1 werden die Worte „und nach Griechenland“ gestrichen.

In Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b) werden die Worte „und Griechenlands“ gestrichen.

4. Verordnung Nr. 171/67/EWG des Rates vom 27. Juni 1967 (ABl. Nr. 130 vom 28. 6. 1967), geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 1031/68 vom 23. Juli 1968 (ABl. Nr. L 177 vom 24. 7. 1968),
- Verordnung (EWG) Nr. 18/69 vom 20. Dezember 1968 (ABl. Nr. L 3 vom 7. 1. 1969),
- Verordnung (EWG) Nr. 2118/69 vom 28. Oktober 1969 (ABl. Nr. L 271 vom 29. 10. 1969),
- Verordnung (EWG) Nr. 442/72 vom 29. Februar 1972 (ABl. Nr. L 54 vom 3. 3. 1972),
- Verordnung (EWG) Nr. 2429/72 vom 21. November 1972 (ABl. Nr. L 264 vom 21. 11. 1972).

In Artikel 1 werden die Worte „Griechenland und“ gestrichen.

In Artikel 4 Buchstabe b) werden die Worte „und Griechenlands“ gestrichen.

In Artikel 10 Absatz 1 werden die Worte „Griechenland und“ gestrichen.

5. Verordnung (EWG) Nr. 2596/69 des Rates vom 18. Dezember 1969 (ABl. Nr. L 324 vom 27. 12. 1969).

In Artikel 2 Absatz 2 werden die Worte „sowie auf die in Artikel 9 der Verordnung Nr. 162/66/EWG genannten Erzeugnisse“ gestrichen.

6. Verordnung (EWG) Nr. 1004/71 der Kommission vom 14. Mai 1971 (ABl. Nr. L 109 vom 15. 5. 1971),

in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 486/73 vom 13. Februar 1973 (ABl. Nr. L 48 vom 21. 2. 1973).

In Artikel 1 werden die Worte „und des in Artikel 3 der Verordnung Nr. 162/66/EWG genannten Frei-Grenze-Preises“ gestrichen.

In Artikel 2 Absatz 1 werden die Worte „jeweils“ und „und dem griechischen Markt“ gestrichen.

In Artikel 3 Absatz 1 werden die Worte „und vom griechischen Markt“ gestrichen.

In Artikel 3 Absatz 2 werden die Worte „und des Frei-Grenze-“ und „sowie auf dem griechischen Markt“ gestrichen.

In Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 4 werden die Worte „oder Frei-Grenze-“ gestrichen.

In Artikel 5 Absatz 2 werden die Worte „und in Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung Nr. 162/66/EWG“ gestrichen.

In Artikel 7 werden die Worte „und des Frei-Grenze-Preises“ gestrichen.

Artikel 8 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Der in Artikel 13 der Verordnung Nr. 136/66/EWG genannte Abschöpfungsbetrag wird so oft festgesetzt, wie die Stabilität des Marktes der Gemeinschaft es erfordert, und in

der Weise, daß er mindestens einmal in der Woche in Kraft treten kann.“

7. Verordnung (EWG) Nr. 1516/71 des Rates vom 12. Juli 1971 (ABl. Nr. L 160 vom 17. 7. 1971).

Artikel 1 Absatz 1 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Für in der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung erzeugte Baumwollsaat der Nummer 12.01 des Gemeinsamen Zolltarifs wird vom Wirtschaftsjahr 1971/72 an bis zum Wirtschaftsjahr 1980/81 eine Beihilfe eingeführt.“

8. Verordnung (EWG) Nr. 443/72 des Rates vom 29. Februar 1972 (ABl. Nr. L 54 vom 3. 3. 1972),

in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 2560/77 vom 7. November 1977 (ABl. Nr. L 303 vom 28. 11. 1977).

Artikel 1 erhält folgende Fassung:

„Bei den raffinierten Olivenölen der Tarifstelle 15.07 A I des Gemeinsamen Zolltarifs werden die Abschöpfungsbeträge bei der Einfuhr gemäß den Artikeln 2 und 3 festgesetzt.“

Artikel 4 wird gestrichen.

In Artikel 5 Absatz 1 werden die Worte „bei der Einfuhr aus dritten Ländern und — sofern es sich um Erzeugnisse handelt, die nicht vollständig in Griechenland gewonnen oder nicht unmittelbar von dort in die Gemeinschaft befördert worden sind — bei der Einfuhr“ gestrichen.

In Artikel 5 wird Absatz 2 gestrichen.

Die Artikel 6 und 7 werden gestrichen.

In Artikel 9 werden die Hinweise auf die Artikel 4, 6 und 7 gestrichen.

9. Verordnung (EWG) Nr. 1204/72 der Kommission vom 7. Juni 1972 (ABl. Nr. L 133 vom 10. 6. 1972),

geändert durch:

— Verordnung (EWG) Nr. 196/73 vom 29. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 23 vom 29. 1. 1973),

— Verordnung (EWG) Nr. 688/73 vom 8. März 1973 (ABl. Nr. L 66 vom 13. 3. 1973),

— Verordnung (EWG) Nr. 1678/73 vom 7. Juni 1973 (ABl. Nr. L 172 vom 28. 6. 1973),

— Verordnung (EWG) Nr. 1280/75 vom 21. Mai 1975 (ABl. Nr. L 131 vom 22. 5. 1975),

- Verordnung (EWG) Nr. 2616/75 vom 15. Oktober 1975 (ABl. Nr. L 267 vom 16. 10. 1975),
- Verordnung (EWG) Nr. 676/76 vom 26. März 1976 (ABl. Nr. L 81 vom 27. 3. 1976),
- Verordnung (EWG) Nr. 2036/77 vom 14. September 1977 (ABl. Nr. L 236 vom 15. 9. 1977),
- Verordnung (EWG) Nr. 156/78 vom 27. Januar 1978 (ABl. Nr. L 23 vom 28. 1. 1978),
- Verordnung (EWG) Nr. 1270/78 vom 13. Juni 1978 (ABl. Nr. L 156 vom 14. 6. 1978),
- Verordnung (EWG) Nr. 1856/78 vom 31. Juli 1978 (ABl. Nr. L 212 vom 2. 8. 1978),
- Verordnung (EWG) Nr. 2980/78 vom 18. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 355 vom 19. 12. 1978).

In Artikel 18 Absatz 5 Unterabsatz 3 werden die Worte „E für Griechenland“ hinzugefügt.

In Artikel 31 dritter Gedankenstrich werden die Worte „oder Griechenland“ gestrichen.

10. Verordnung (EWG) Nr. 205/73 der Kommission vom 25. Januar 1973 (ABl. Nr. L 23 vom 29. 1. 1973),
geändert durch:
- Verordnung (EWG) Nr. 1994/73 vom 24. Juli 1973 (ABl. Nr. L 204 vom 25. 7. 1973),
 - Verordnung (EWG) Nr. 1279/75 vom 21. Mai 1975 (ABl. Nr. L 131 vom 22. 5. 1975),
 - Verordnung (EWG) Nr. 1003/77 vom 12. Mai 1977 (ABl. Nr. L 120 vom 13. 5. 1977),
 - Verordnung (EWG) Nr. 1188/77 vom 3. Juni 1977 (ABl. Nr. L 138 vom 4. 6. 1977),
 - Verordnung (EWG) Nr. 3136/78 vom 28. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1978).

In Artikel 3 werden die Worte „und des in Artikel 3 der Verordnung Nr. 162/66/EWG genannten Frei-Grenze-Preises“ gestrichen.

In Artikel 4 Absatz 1 wird das Wort „Griechenland“ gestrichen.

11. Verordnung (EWG) Nr. 3131/78 der Kommission vom 28. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1978).
In Artikel 1 werden die Worte „und aus Griechenland“ gestrichen.
12. Verordnung (EWG) Nr. 3135/78 der Kommission vom 28. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1978).
In Artikel 2 Absatz 1 werden die Worte „und bei der Einfuhr von Erzeugnissen, die nicht vollständig in Griechenland erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert worden sind“ gestrichen.

In Artikel 2 wird Absatz 2 gestrichen.

In Artikel 3 wird Absatz 2 gestrichen.

Artikel 4 wird gestrichen.

13. Verordnung (EWG) Nr. 3136/78 der Kommission vom 28. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1978).

In Artikel 1 Absatz 2 Unterabsatz 1 werden die Worte „im Falle Griechenlands muß diese Angabe jedoch in dem Lizenzantrag enthalten sein“ gestrichen.

In Artikel 1 Absatz 3 Buchstabe a) werden die Worte im Falle eines gänzlich in Griechenland gewonnenen und aus diesem Land unmittelbar in die Gemeinschaft beförderten Erzeugnisses außerdem die Angabe „Griechenland“ gestrichen.

In Artikel 5 wird Absatz 1 gestrichen.

In Artikel 5 Absatz 2 werden die Worte „anderen ... als Griechenland“ gestrichen.

14. Verordnung (EWG) Nr. 557/79 der Kommission vom 23. März 1979 (ABl. Nr. L 73 vom 24. 3. 1979).

In Artikel 4 Absatz 1 wird folgender Gedankenstrich hinzugefügt:

„— (EOK)-E bei Betrieben in Griechenland“.

In Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe a) werden die Worte „Griechenlands und“ gestrichen.

Im Anhang wird das Zeichen „EK“ hinzugefügt.

c) Milch und Milcherzeugnisse

Verordnung (EWG) Nr. 985/68 des Rates vom 15. Juli 1968 (ABl. Nr. L 169 vom 18. 7. 1968),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 750/69 vom 22. April 1969 (ABl. Nr. L 98 vom 25. 4. 1969),
- Verordnung (EWG) Nr. 1211/69 vom 26. Juni 1969 (ABl. Nr. L 155 vom 28. 6. 1969),
- Verordnung (EWG) Nr. 1075/71 vom 25. Mai 1971 (ABl. Nr. L 116 vom 28. 5. 1971),
- Verordnung (EWG) Nr. 2714/72 vom 19. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 291 vom 28. 12. 1972).

Artikel 1 Absatz 3 Buchstabe b) wird durch folgenden Gedankenstrich ergänzt:

„— Erzeugnis, das ausschließlich von Milchsahe produziert worden ist, die bei griechischer Butter einer Zentrifugierungs- und Pasteurierungsbehandlung unterzogen worden ist.“

d) Tabak

1. Verordnung (EWG) Nr. 1728/70 der Kommission vom 25. August 1970 (ABl. Nr. L 191 vom 27. 8. 1970),

geändert durch:

— Verordnung (EWG) Nr. 716/73 vom 6. März 1973 (ABl. Nr. L 68 vom 15. 3. 1973),

— Verordnung (EWG) Nr. 784/77 vom 18. April 1977 (ABl. Nr. L 95 vom 19. 4. 1977).

In Anhang I:

— wird folgende Nummer gestrichen:

„19 a) Brasile Selvaggio
b) andere Sorten } 100 (1) 85“,

— werden die folgenden Nummern hinzugefügt:

„Laufende Nummer	Sorten	Blattlage	Klassen, Qualitäten oder Kategorien und Indexzahlen im Verhältnis zu den Bezugsqualitäten		
			Kategorie A	Kategorie B	Kategorie C
19	Basma Xanthi		135	100 (1)	60
20	Zichna		135	100 (1)	60
21	a) Samsun Katerini b) Bashi Bagli }		130	100 (1)	50
22	Tsebelia Agrinion		130	100 (1)	50
23	Mavra		130	100 (1)	50
24	a) Kabakoulak b) Phi 1 }		118	100 (1)	55
25	Myrodata Agrinion		118	100 (1)	55
26	Myrodata Smyrne		118	100 (1)	55
27	Zichnomyrodata		118	100 (1)	55
28	Elasson		118	100 (1)	55
29	Burley E		100 (1)	65	48
30	Virginia		100 (1)	65	50
31	a) Brasile Selvaggio b) andere Sorten }		—	100 (1)	85“

In Anhang II werden folgende Nummern hinzugefügt:

„Laufende Nummer	Sorten	Kategorien und Indexzahlen im Verhältnis zu den Bezugsqualitäten		
		Kategorie A	Kategorie B	Kategorie C
19	Basma Xanthi	135	100 (1)	60
20	Zichna	135	100 (1)	60
21	a) Samsun Katerini b) Bashi Bagli }	130	100 (1)	50
22	Tsebelia Agrinion	130	100 (1)	50
23	Mavra	130	100 (1)	50
24	a) Kabakoulak b) Phi 1 }	118	100 (1)	55
25	Myrodata Agrinion	118	100 (1)	55
26	Myrodata Smyrne	118	100 (1)	55
27	Zichnomyrodata	118	100 (1)	55
28	Elasson	118	100 (1)	55
29	Burley E	100 (1)	65	48
30	Virginia	100 (1)	65	50“

2. Verordnung (EWG) Nr. 2468/72 der Kommission vom 24. November 1972 (ABl. Nr. L 267 vom 28. 11. 1972),

in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 772/75 vom 24. März 1975 (ABl. Nr. L 77 vom 26. 3. 1975).

Im Anhang werden folgende Angaben hinzugefügt:

„GRIECHENLAND

a) *Sammelzentren*

Alexandroupolis	Langadas	Karditsomagoula
Protoklissi-Evros	Zagliveri	Lamia
Sapai	Kilkis	Almiros
Komotini	Sohos	Amfiklia
Xanthi	Axioupolis	Atalanti
Echinos	Yannitsa	Livadia
Stavroupolis	Kria Vrissi-Yannitsa	Thiva
Chryssoupolis	Veria	Agrinion
Kavala	Aridea	Messolongi
Eleftheroupolis	Ptolemaida	Gavalou
Drama	Florina	Thermo
Prossotsani	Kastoria	Astakos
Nevrokopi	Neapolis	Katouna
Doxato	Grevena	Amfilochia
Nikiforos	Kozani	Arta
Serres	Kolindros	Ioannina
Nigrita	Eginio	Nauplia
Sidirokastro	Katerini	Mytilini
Porroia	Elassona	Samos
N. Zichni	Larissa	Kos
Rodolivos oder Proti	Trikala	Pyrgos-Heraklion
Thessaloniki		

b) *Bearbeitungs- und Lagerzentren*

Anzahl der in den Dörfern gelegenen
Bearbeitungs- und Lagerbetriebe

Komotini	1
Xanthi	5
Kavala	13
Eleftheroupolis	1
Drama	3
Serres	2
Thessaloniki	50
Yannitsa	1
Alexandria	2
Katerini	2
Volos	5
Agrinion	3
Messolongi	1
Nauplia	2
Piräus	5"

e) Hopfen

1. Verordnung (EWG) Nr. 1696/71 des Rates vom 26. Juli 1971 (ABl. Nr. L 175 vom 4. 8. 1971), geändert durch:
 - Beschluß des Rates vom 1. Januar 1973 (ABl. Nr. L 2 vom 1. 1. 1973),
 - Verordnung (EWG) Nr. 1170/77 vom 17. Mai 1977 (ABl. Nr. L 137 vom 3. 6. 1977),
 - Verordnung (EWG) Nr. 235/79 vom 5. Februar 1979 (ABl. Nr. L 34 vom 9. 2. 1979).

In Artikel 17 erhält Absatz 6 folgende Fassung:

„(6) Die Dauer der Abwicklung der in Artikel 8 genannten Maßnahme ist auf einen Zeitraum von zehn Jahren, vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung an gerechnet, und für Griechenland auf einen Zeitraum von fünf Jahren, vom Zeitpunkt des Beitritts an gerechnet, begrenzt.“

2. Verordnung (EWG) Nr. 1351/72 der Kommission vom 28. Juni 1972 (ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1972), geändert durch:
 - Verordnung (EWG) Nr. 1375/75 vom 29. Mai 1975 (ABl. Nr. L 139 vom 30. 5. 1975),
 - Verordnung (EWG) Nr. 2564/77 vom 22. November 1977 (ABl. Nr. L 299 vom 23. 11. 1977).

Artikel 2 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„Um anerkannt zu werden, muß eine Erzeugergemeinschaft mindestens 60 ha eingetragene Anbauflächen und mindestens sieben Erzeuger umfassen; im Falle Griechenlands beträgt die Mindesthektarzahl 30.“

3. Verordnung (EWG) Nr. 890/78 der Kommission vom 28. April 1978 (ABl. Nr. L 117 vom 29. 4. 1978).

In Artikel 6 Absatz 3 Unterabsatz 1 und in Artikel 11 wird folgender Satz hinzugefügt:

„Im Falle Griechenlands müssen diese Mitteilungen vor dem Ende des dritten Monats nach dem Zeitpunkt des Beitritts erfolgen.“

In Anhang III Nummer 2 wird folgendes hinzugefügt:

„E für Griechenland“.

f) Zucker

1. Verordnung (EWG) Nr. 206/68 des Rates vom 20. Februar 1968 (ABl. Nr. L 47 vom 23. 2. 1968), geändert durch:
 - Verordnung (EWG) Nr. 225/72 vom 31. Januar 1972 (ABl. Nr. L 28 vom 1. 2. 1972), berichtigt (ABl. Nr. L 17 vom 22. 1. 1974),
 - Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972).

Artikel 5 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„Für den Fall jedoch, daß die Zuckerrüben in Dänemark, in Irland, in Griechenland und im Vereinigten Königreich frei Zuckerfabrik geliefert werden, sieht der Vertrag eine Beteiligung des Herstellers an den Beförderungskosten vor und legt hierfür den Hundertsatz oder die Beträge fest.“

Artikel 8a wird durch folgenden Absatz ergänzt:

„Für Griechenland werden die Worte

— ‚des Wirtschaftsjahres 1967/68‘ in Artikel 4 Absatz 2 und in Artikel 10 Absatz 2 bzw. ‚das Wirtschaftsjahr 1967/68‘ in Artikel 5 Absatz 2 und in Artikel 6 Absatz 2 ersetzt durch:

‚des Wirtschaftsjahres 1980/81‘ bzw. ‚das Wirtschaftsjahr 1980/81‘;

— ‚vor dem Zuckerwirtschaftsjahr 1968/69‘ in Artikel 5 Absatz 3 und in Artikel 8 Buchstabe d) ersetzt durch:

‚vor dem Wirtschaftsjahr 1981/82‘.“

2. Verordnung (EWG) Nr. 246/68 der Kommission vom 29. Februar 1968 (ABl. Nr. L 53 vom 1. 3. 1968).

In Artikel 3 erhält der erste Gedankenstrich folgende Fassung:

„— vor dem 1. April in Italien und in Griechenland“.

3. Verordnung (EWG) Nr. 2103/77 der Kommission vom 23. September 1977 (ABl. Nr. L 246 vom 27. 9. 1977),

berichtigt (ABl. Nr. L 254 vom 5. 10. 1977).

In Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe a) erhält der Einleitungssatz folgende Fassung:

„a) für alle Gebiete Griechenlands, Italiens und für das französische Departement Réunion“.

g) Getreide

1. Verordnung Nr. 158/67/EWG der Kommission vom 23. Juni 1967 (ABl. Nr. 128 vom 27. 6. 1967), geändert durch:

— Verordnung (EWG) Nr. 213/68 vom 22. Februar 1968 (ABl. Nr. L 47 vom 23. 2. 1968),

— Verordnung (EWG) Nr. 2204/69 vom 5. November 1969 (ABl. Nr. L 279 vom 6. 11. 1969),

— Verordnung (EWG) Nr. 1637/71 vom 28. Juli 1971 (ABl. Nr. L 170 vom 29. 7. 1971),

— Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972).

Im Anhang werden in der Rubrik „Hartweizen“ das Wort „Griechenland“ sowie die damit zusammenhängenden Angaben gestrichen.

2. Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 (ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 832/76 vom 6. April 1976 (ABl. Nr. L 100 vom 14. 4. 1976),
- Verordnung (EWG) Nr. 1146/76 vom 17. Mai 1976 (ABl. Nr. L 130 vom 19. 5. 1976),
- Verordnung (EWG) Nr. 3138/76 vom 21. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 354 vom 24. 12. 1976),
- Verordnung (EWG) Nr. 1151/77 vom 17. Mai 1977 (ABl. Nr. L 136 vom 2. 6. 1977),
- Verordnung (EWG) Nr. 1386/77 vom 21. Juni 1977 (ABl. Nr. L 158 vom 29. 6. 1977),
- Verordnung (EWG) Nr. 2560/77 vom 7. November 1977 (ABl. Nr. L 303 vom 28. 11. 1977),
- Verordnung (EWG) Nr. 709/78 vom 4. April 1978 (ABl. Nr. L 94 vom 8. 4. 1978),
- Verordnung (EWG) Nr. 1125/78 vom 22. Mai 1978 (ABl. Nr. L 142 vom 30. 5. 1978),
- Verordnung (EWG) Nr. 1254/78 vom 12. Juni 1978 (ABl. Nr. L 156 vom 14. 6. 1978),

berichtigt (ABl. Nr. L 117 vom 29. 4. 1978 und ABl. Nr. L 296 vom 21. 10. 1978).

In Artikel 3 Absatz 3 wird Unterabsatz 2 durch folgenden Unterabsatz ersetzt:

„Unbeschadet des Unterabsatzes 3 gelten die einheitlichen Interventionspreise vom 1. August bis zum 31. Mai des folgenden Jahres. Vom 1. Juni bis zum 31. Juli finden die für den Monat August des laufenden Wirtschaftsjahres geltenden Interventionspreise Anwendung. Betreffend Griechenland gelten die Interventionspreise für Gerste vom 1. August bis zum 15. Mai des folgenden Jahres. Vom 16. Mai bis zum 31. Juli finden die für den Monat August des laufenden Wirtschaftsjahres geltenden Interventionspreise Anwendung.“

3. Verordnung (EWG) Nr. 1124/77 der Kommission vom 27. Mai 1977 (ABl. Nr. L 134 vom 28. 5. 1977),

berichtigt (ABl. Nr. L 141 vom 9. 6. 1977).

In Anhang I, Zone I, Buchstabe d) und in Anhang II, Zone A wird das Wort „Griechenland“ gestrichen.

h) Eier und Geflügel

1. Verordnung (EWG) Nr. 95/69 der Kommission vom 17. Januar 1969 (ABl. Nr. L 13 vom 18. 1. 1969),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 927/69 vom 20. Mai 1969 (nur niederländische Fassung) (ABl. Nr. L 120 vom 21. 5. 1969),

- Verordnung (EWG) Nr. 2502/71 vom 22. November 1971 (ABl. Nr. L 258 vom 23. 11. 1971),

— Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972),

— Beschluß des Rates vom 1. Januar 1973 (ABl. Nr. L 2 vom 1. 1. 1973).

In Artikel 2 Absatz 2 wird folgendes hinzugefügt:

„Griechenland 10“.

2. Verordnung (EWG) Nr. 1868/77 der Kommission vom 29. Juli 1977 (ABl. Nr. L 209 vom 17. 8. 1977).

In Artikel 1 wird folgendes hinzugefügt:

„E für Griechenland“.

In Anhang II wird die Fußnote 1 wie folgt ergänzt:

„Griechenland: ein Staatsgebiet“.

i) Fischereierzeugnisse

1. Verordnung (EWG) Nr. 104/76 des Rates vom 19. Januar 1976 (ABl. Nr. L 20 vom 28. 1. 1976).

In Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe b) wird der zweite Gedankenstrich durch folgende Worte ergänzt:

„Γαρίδες γκριζες“.

2. Entscheidung 64/503/EWG der Kommission vom 30. Juli 1964 (ABl. Nr. L 137 vom 28. 8. 1964),

in der Fassung der Entscheidung 74/476/EWG vom 10. September 1974 (ABl. Nr. L 259 vom 25. 9. 1974).

Artikel 4 Absatz 3 wird durch folgende Worte ergänzt:

„προϊόντα μεταφορτωνόμενα στην θάλασσα“.

Der Anhang mit dem Muster der Bescheinigung D.D.5 A 000.000 wird durch folgende Worte ergänzt:

„Προπονητικό κυκλοφορίας εμπορευμάτων“.

j) Reis

Verordnung (EWG) Nr. 1613/71 der Kommission vom 26. Juli 1971 (ABl. Nr. L 168 vom 27. 7. 1971),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 3320/75 vom 19. Dezember 1975 (ABl. Nr. L 328 vom 20. 12. 1975),

— Verordnung (EWG) Nr. 1204/77 vom 6. Juni 1977 (ABl. Nr. L 139 vom 7. 6. 1977),

— Verordnung (EWG) Nr. 59/78 vom 12. Januar 1978 (ABl. Nr. L 10 vom 13. 1. 1978),

— Verordnung (EWG) Nr. 2309/78 vom 2. Oktober 1978 (ABl. Nr. L 278 vom 2. 10. 1978).

In Anhang I werden in Rubrik 1 der Tabelle die Worte „aus Griechenland“ gestrichen.

k) Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse

Verordnung (EWG) Nr. 516/77 des Rates vom 14. März 1977 (ABl. Nr. L 73 vom 21. 3. 1977).

Mit Wirkung vom 1. Januar 1981:

— wird die Tabelle in Artikel 1, in der die Erzeugnisse aufgeführt sind, für die die gemeinsame Marktorganisation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse gilt, durch folgende Erzeugnisse ergänzt:

„Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
08.03 B	Feigen, getrocknet
08.04 B	Weintrauben, getrocknet“

— wird folgender Artikel 3d eingefügt:

„Artikel 3d

Artikel 3a Absätze 2 bis 5 und Artikel 3b sind nicht auf getrocknete Feigen und getrocknete Weintrauben anwendbar.

Für diese beiden Erzeugnisse erläßt der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission spätestens am 31. Mai 1981 die Einzelheiten der Erzeugerbeihilferegelung, die den Einzelheiten des Artikels 3a Absätze 2 bis 5 und des Artikels 3b entsprechen oder verschieden von ihnen sein können.“

— wird Anhang Ia durch folgende Erzeugnisse ergänzt:

„Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
08.03 B	Feigen, getrocknet
08.04 B	Weintrauben, getrocknet“

l) Futtermittel

Verordnung (EWG) Nr. 1528/78 der Kommission vom 30. Juni 1978 (ABl. Nr. L 179 vom 1. 7. 1978).

In Artikel 9d Absatz 4 Unterabsatz 3 wird folgendes hinzugefügt:

„E für Griechenland“.

m) Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen

Verordnung (EWG) Nr. 3075/78 der Kommission vom 20. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 367 vom 28. 12. 1978).

In Artikel 10 Absatz 3 wird folgendes hinzugefügt:
„E für Griechenland“.

n) Wein

1. Verordnung Nr. 134 der Kommission vom 25. Oktober 1962 (ABl. Nr. 111 vom 6. 11. 1962), in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 1136/70 vom 17. Juni 1970 (ABl. Nr. L 134 vom 19. 6. 1970).

Artikel 6 Absatz 1 wird durch folgenden Gedankenstrich ergänzt:

„— bis zum 30. November in der Republik Griechenland“.

Artikel 7 Absatz 3 wird durch folgenden Gedankenstrich ergänzt:

„— bis zum 31. Januar von der Republik Griechenland“.

2. Verordnung (EWG) Nr. 1135/70 der Kommission vom 17. Juni 1970 (ABl. Nr. L 134 vom 19. 6. 1970).

In Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe f) wird folgender Gedankenstrich zwischen dem dritten und dem vierten Gedankenstrich eingefügt:

„— Weintrauben, getrocknet“.

In Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe a) wird folgender Gedankenstrich zwischen dem dritten und dem vierten Gedankenstrich eingefügt:

„— Weintrauben, getrocknet“.

3. Verordnung (EWG) Nr. 1594/70 der Kommission vom 5. August 1970 (ABl. Nr. L 173 vom 6. 8. 1970),

geändert durch:

— Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972),

— Verordnung (EWG) Nr. 2531/77 vom 17. November 1977 (ABl. Nr. L 294 vom 18. 11. 1977).

Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c) erhält folgende Fassung:

„c) Weinbauzonen C I und C II und C III, mit Ausnahme der Rebflächen in der Italienischen Republik, in der Republik Griechenland und in den französischen Departements, für die die folgenden Appellationsgerichte zuständig sind: ...“

4. Verordnung (EWG) Nr. 2247/73 der Kommission vom 16. August 1973 (ABl. Nr. L 230 vom 18. 8. 1973).

In Artikel 3 Absatz 1 wird Unterabsatz 1 durch folgenden Satz ergänzt:

„Im Falle Griechenland muß die vorerwähnte Mitteilung bereits zum Beitritt erfolgen.“

5. Verordnung (EWG) Nr. 2082/74 der Kommission vom 7. August 1974 (ABl. Nr. L 217 vom 8. 8. 1974).

Artikel 2 erhält folgende Fassung:

„Qualitätslikörweine bestimmter Anbauggebiete gemäß Nummer 12 letzter Absatz des Anhangs II der Verordnung (EWG) Nr. 337/79 sind:

- pineau des Charentes bzw. pineau charentais,
- Σάμος (Samos),
- Μοσχάτος Πατρών (muscat de Patras),
- Μοσχάτος Ρίου-Πατρών (muscat rion de Patras),
- Μοσχάτος Κεφαλληνίας (muscat de Céphalonie),
- Μοσχάτος Ρόδου (muscat de Rhodes),
- Μοσχάτος Λήμνου (muscat de Lemnos),
- Σητεία (Sitia),
- Νεμέα (Némée),
- Σαντορίνη (Santorin),
- Δαφνές (Dafnes).“

6. Verordnung (EWG) Nr. 1153/75 der Kommission vom 30. April 1975 (ABl. Nr. L 113 vom 1. 5. 1975),

in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 2617/77 vom 28. November 1977 (ABl. Nr. L 304 vom 29. 11. 1977).

Artikel 2 Absatz 4 Unterabsatz 3 Satz 1 wird wie folgt ergänzt:

„E für Griechenland“.

7. Verordnung (EWG) Nr. 398/76 der Kommission vom 24. Februar 1976 (ABl. Nr. L 49 vom 25. 2. 1976).

Im Anhang werden in der Rubrik „Warenbezeichnung“ die Worte „und Griechenlands“ in den drei Unterteilungen gestrichen.

8. Verordnung (EWG) Nr. 1608/76 der Kommission vom 4. Juni 1976 (ABl. Nr. L 183 vom 8. 7. 1976),

berichtigt (ABl. Nr. L 157 vom 28. 6. 1977), geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 1054/77 vom 13. Mai 1977 (ABl. Nr. L 130 vom 25. 5. 1977),
- Verordnung (EWG) Nr. 1802/77 vom 4. August 1977 (ABl. Nr. L 198 vom 5. 8. 1977),
- Verordnung (EWG) Nr. 793/78 vom 18. April 1978 (ABl. Nr. L 109 vom 22. 4. 1978),

- Verordnung (EWG) Nr. 1730/78 vom 24. Juli 1978 (ABl. Nr. L 201 vom 25. 7. 1978).

In Artikel 1 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich werden nach den Worten „vino tipico“ folgende Worte eingefügt:

„ὄνομασία κατά παράδοση (appellation traditionnelle), οἶνος τοπικός (vin de pays)“.

In Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz 1 wird folgender Gedankenstrich eingefügt:

„— ὄνομασία προελεύσεως ἐλεγχόμενη (appellation d'origine contrôlée), ὄνομασία προελεύσεως ἀνωτέρας ποιότητος (appellation d'origine de qualité supérieure)“.

In Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz 2 werden nach den Worten „denominazione di origine controllata e garantita“ folgende Worte eingefügt:

„ὄνομασία προελεύσεως ἐλεγχόμενη (appellation d'origine contrôlée), ὄνομασία προελεύσεως ἀνωτέρας ποιότητος (appellation d'origine de qualité supérieure)“.

In Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz 3 wird folgender Gedankenstrich zwischen dem dritten und dem vierten Gedankenstrich eingefügt:

„— Ο.Π.Ε. und Ο.Π.Α.Π.“

In Artikel 2 Absatz 3 wird folgender Buchstabe e) hinzugefügt:

„e) betreffend die griechischen Qualitätsweine b.A.:

- die Angabe „οἶνος γλυκὺς φυσικός“ (vin doux naturel) für die Qualitätsweine b.A. mit Anspruch auf die Bezeichnung „Samos“, „Mavrodaphne de Patras“, „Mavrodaphne de Céphalonie“, „Muscat de Patras“, „Muscat Rion de Patras“, „Muscat de Céphalonie“, „Muscat de Rhodes“, „Muscat de Lemnos“, „Sitia“, „Santorin“ und „Dafnes“;

- die Angabe „οἶνος φυσικῶς γλυκὺς“ (vin naturellement doux) für die Qualitätsweine b.A. mit Anspruch auf die Bezeichnung „Samos“, „Muscat de Patras“, „Muscat Rion de Patras“, „Muscat de Céphalonie“, „Muscat de Rhodes“, „Muscat de Lemnos“, „Sitia“, „Santorin“ und „Dafnes“.

Der Wortlaut des Artikels 2 Absatz 3 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Die in den Buchstaben a), b), d) und e) dieses Absatzes vorgesehenen Angaben erfolgen in Buchstaben, die ebenso groß oder kleiner als die Buchstaben zur Angabe des bestimmten Anbaugebiets sind.“

In Artikel 2 Absatz 4 wird Unterabsatz 2 gestrichen.

In Artikel 4 Absatz 3 wird folgender Gedankenstrich hinzugefügt:

„— ἀμπελουργός-οίνοποιός (viticulteur-producteur), παραγωγή-εμφιάλωση (production-embouteillage)“.

In Artikel 5 Absatz 1 wird folgender Gedankenstrich hinzugefügt:

„— πύργος (château), μοναστήρι (abbaye), κάστρο (castel)“.

In Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe a) werden nach den Worten „vino tipico“ die folgenden Worte hinzugefügt:

„— πύργος (château), μοναστήρι (abbaye), κάστρο (castel)“.

In Artikel 10 Absatz 1 wird folgender Unterabsatz in Buchstabe a) nach dem zweiten Gedankenstrich und in Buchstabe b) nach dem zweiten Gedankenstrich hinzugefügt:

„Im Falle Griechenlands müssen diese Mitteilungen im Zeitpunkt des Beitritts erfolgen.“

In Artikel 10 Absatz 1 Buchstaben a) und b) werden nach den Worten „vino tipico“ die folgenden Worte hinzugefügt:

„ονομασία κατά παράδοση (appellation traditionnelle), οίνος τοπικός (vin de pays)“.

In Artikel 13 Absatz 1 wird folgender Buchstabe d) hinzugefügt:

„d) die Bezeichnung eines griechischen Tafelweins kann ergänzt werden:

i) bei Weißweinen durch folgende Worte:

— λευκός από λευκά σταφυλάς (blanc de blancs),

— χρυσοκίτρινος (doré),

— άχυρόχρους (pâle),

— κεχοιμαπρένιος (ambré);

ii) bei Rotweinen durch folgende Worte:

— ρουμπινί (rubis),

— κερσομόχρους (tuilé);

iii) bei Roséweinen durch folgende Worte:

— κοκκινέλι (rosé).“

In Artikel 13 Absatz 6 Unterabsatz 1 werden die drei Gedankenstriche jeweils durch folgende Worte ergänzt:

— „ήμίξηρος“,

— „ήμίγλυκος“,

— „γλυκός“, „γλυκός“.

In Unterabsatz 2 wird nach „dry“ folgendes Wort eingefügt:

— „ξηρός“.

In Artikel 14 Absatz 2 Unterabsatz 1 werden nach „31. Dezember 1976“ folgende Worte eingefügt:

„,und im Falle Griechenlands im Zeitpunkt des Beitritts“.

In Artikel 16 Absatz 3 wird folgender Buchstabe d) hinzugefügt:

„d) eines griechischen Weines nur unter Verwendung des Begriffes ‚cave‘, sofern die griechischen Bestimmungen zur Verwendung dieses Begriffes eingehalten werden“.

In Artikel 17 Absatz 1 wird folgender Buchstabe f) hinzugefügt:

„f) für griechische Weine: εμφιάλωση από τον παραγωγό (mis en bouteille par le producteur), εμφιάλωση στην ἀμπελουργική εκμετάλλευση (mis en bouteille à la propriété), εμφιάλωση στον τόπο της παραγωγής (mis en bouteille d'origine), εμφιάλωση από ομάδα παραγωγών (mis en bouteille par les producteurs réunis)“.

In Artikel 19 zweiter Gedankenstrich wird folgender Untergedankenstrich hinzugefügt:

„— κατάλληλο για τήν μεταφορά υγρών ἀμπελοοινικής προελεύσεως“.

Es wird folgender Artikel 21a hinzugefügt:

„Artikel 21a

Bis zur Erschöpfung der Lagervorräte kann die Republik Griechenland zulassen, daß auf seinem Hoheitsgebiet zum Verkauf und Inverkehrbringen Weine vorrätig gehalten werden, deren Aufmachung nicht den Vorschriften dieser Verordnung für vor dem Beitritt in den Verkehr gebrachten Wein entspricht.“

In Anhang I wird die Nummer „12. Griechenland“ gestrichen.

In Anhang II wird die Ziffer „IX. Griechenland“ gestrichen.

9. Verordnung (EWG) Nr. 2115/76 der Kommission vom 20. August 1976 (ABl. Nr. L 237 vom 28. 8. 1976),
geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 2417/76 vom 5. Oktober 1976 (ABl. Nr. L 273 vom 6. 10. 1976),

— Verordnung (EWG) Nr. 2951/76 vom 3. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 335 vom 4. 12. 1976),

— Verordnung (EWG) Nr. 124/78 vom 24. Januar 1978 (ABl. Nr. L 20 vom 25. 1. 1978).

Artikel 9 Absatz 2 Unterabsätze 1 und 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Das Muster der Bescheinigung der Herkunftsbezeichnung für Boberg ist in Anhang V enthalten.“

Anhang VI wird gestrichen.

10. Verordnung (EWG) Nr. 607/77 der Kommission vom 23. März 1977 (ABl. Nr. L 76 vom 24. 3. 1977).

Im Anhang wird die Angabe „050 Griechenland“ gestrichen.

11. Verordnung (EWG) Nr. 2682/77 der Kommission vom 5. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 312 vom 6. 12. 1977).

Folgender Artikel 2a wird eingefügt:

„Artikel 2a

Die repräsentativen Märkte der Republik Griechenland sind:

- a) für Tafelweine der Art R I:
Ἡράκλειο, Χανιά, Πάτρα, Κόρινθος, Λάρισα, Πύργος, Καλαμάτα;
- b) für Tafelweine der Art R II:
Ἡράκλειο, Χανιά, Πάτρα, Κόρινθος, Πύργος, Καλαμάτα;
- c) für Tafelweine der Art A I:
Ἡράκλειο, Χανιά, Πάτρα, Κόρινθος, Πύργος, Ἀθήνα, Χαλκίς, Θήβα.“

12. Verordnung (EWG) Nr. 896/78 der Kommission vom 28. April 1978 (ABl. Nr. L 117 vom 29. 4. 1978),

berichtigt (ABl. Nr. L 138 vom 25. 5. 1978).

Im Anhang werden die Fußnote 1 und der entsprechende Hinweis im Text gestrichen.

13. Verordnung (EWG) Nr. 337/79 des Rates vom 5. Februar 1979 (ABl. Nr. L 54 vom 5. 3. 1979).

In Artikel 30 Absatz 3 Buchstabe a) wird folgender Satz hinzugefügt:

„— für Griechenland werden die obengenannten Termine auf den 31. Dezember 1984 verschoben;“.

In Artikel 40 Absatz 2 erhält der erste Gedankenstrich folgende Fassung:

„— Erzeuger, deren Rebflächen in den italienischen und griechischen Teilen der Weinbauzone C liegen,“.

In Anhang II Nummer 4 dritter Gedankenstrich erster Untergedankenstrich sowie Nummer 12 dritter Gedankenstrich Ziffer i) werden nach dem Wort „Alkohol“ bzw. „Alkohols“ jeweils folgende Worte eingefügt:

„einschließlich Alkohol, der aus der Destillation getrockneter Trauben gewonnen wurde“.

14. Verordnung (EWG) Nr. 338/79 des Rates vom 5. Februar 1979 (ABl. Nr. L 54 vom 5. 3. 1979).

In Artikel 16 Absatz 2 wird folgender Buchstabe e) eingefügt:

„e) für Griechenland:

Ἵνομασία προελεύσεως ἐλεγχόμενη (appellation d'origine contrôlée) und

Ἵνομασία προελεύσεως ἀνωτέρας ποιότητος (appellation d'origine de qualité supérieure)“.

15. Verordnung (EWG) Nr. 347/79 des Rates vom 5. Februar 1979 (ABl. Nr. L 54 vom 5. 3. 1979).

In Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe c) wird folgender Gedankenstrich hinzugefügt:

„— zur Erzeugung von Trauben, die zum Trocknen bestimmt sind“.

In Artikel 3 Absatz 1 wird folgender Gedankenstrich hinzugefügt:

„— für die Republik Griechenland: Nomos“.

In Artikel 4 Absatz 3 wird folgender Gedankenstrich hinzugefügt:

„— getrockneten Trauben“.

16. Verordnung (EWG) Nr. 351/79 des Rates vom 5. Februar 1979 (ABl. Nr. L 54 vom 5. 3. 1979).

Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Der den Erzeugnissen von Artikel 1 Nummern 1 und 2 zugesetzte Alkohol muß entweder neutraler, aus Erzeugnissen der Weinrebe gewonnener Alkohol einschließlich aus getrockneten Trauben gewonnener Alkohol mit einem vorhandenen Alkoholgehalt von mindestens 95 % vol oder ein nicht rektifiziertes, aus der Destillation von Wein hervorgegangenes Erzeugnis mit einem vorhandenen Alkoholgehalt von mindestens 52 % vol und höchstens 80 % vol sein.“

17. Verordnung (EWG) Nr. 354/79 des Rates vom 5. Februar 1979 (ABl. Nr. L 54 vom 5. 3. 1979).

In Artikel 2 Absatz 3 werden die Worte „und Samos-Likörwein, für den ein Ursprungszeugnis vorgelegt wird“ gestrichen.

18. Verordnung (EWG) Nr. 355/79 des Rates vom 5. Februar 1979 (ABl. Nr. L 54 vom 5. 3. 1979).

In Artikel 2 Absatz 3 Ziffer i) wird nach dem dritten Gedankenstrich folgender Gedankenstrich eingefügt:

„— ὄνομασία κατά παράδοση (appellation traditionnelle), οἶνος τοπικός (vin de pays)“.

In Artikel 4 Absatz 3 erster Gedankenstrich wird folgendes hinzugefügt:

„ὄνομασία κατά παράδοση (appellation traditionnelle), οἶνος τοπικός (vin de pays)“.

Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe e) erhält folgende Fassung:

„e) je nach Fall den Begriff „Landwein“, „vin de pays“, „vino tipico“, „ὄνομασία κατά παρά-“

δοση (appellation traditionnelle)“, „οίνος τοπικός (vin de pays)“ oder einen entsprechenden Begriff in einer Amtssprache der Gemeinschaft“.

19. Verordnung (EWG) Nr. 358/79 des Rates vom 5. Februar 1979 (ABl. Nr. L 54 vom 5. 3. 1979).

Im Anhang wird folgende griechische Sorte eingefügt:

„Μοσχοφιλέρο (Moscofilero)“.

20. Verordnung (EWG) Nr. 460/79 des Rates vom 5. März 1979 (ABl. Nr. L 58 vom 9. 3. 1979).

Artikel 3 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Jeder Mitgliedstaat teilt spätestens bis zum 30. April 1979 und Griechenland zum Zeitpunkt seines Beitritts der Kommission die zuständigen Stellen mit, die zur Herabstufung eines Qualitätsweins b.A. befugt sind.“

21. Liste der in der Gemeinschaft erzeugten Qualitätsweine bestimmter Anbauggebiete [veröffentlicht nach Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2247/73] (ABl. Nr. C 73 vom 29. 3. 1976).

Die Liste wird wie folgt ergänzt:

GRIECHENLAND

Herkunftsbezeichnung	Abgrenzungsverordnung oder -beschluss	Amtsblatt
I. Όνομασία Προελεύσεως Έλεγχόμενη (appellation d'origine contrôlée)		
A. VINS DE LIQUEUR		
1. Οίνος γλυκός (vin doux)		
Σάμος (Samos)	D.680/1970	229/A/29. 10. 1970
Μοσχάτος Πατρών (Muscat de Patras)	D.386/1971	115/A/ 9. 6. 1971
Μοσχάτος Ρίου Πατρών (Muscat Rion de Patras)	D.386/1971	115/A/ 9. 6. 1971
Μοσχάτος Κεφαλληνίας (Muscat de Céphalonie)	D.386/1971	115/A/ 9. 6. 1971
Μοσχάτος Ρόδου (Muscat de Rhodes)	D.386/1971	115/A/ 9. 6. 1971
Σητεία (Sitia)	D.502/1971	150/A/26. 7. 1971
Μοσχάτος Λήμνου (Muscat de Lemnos)	D.502/1971	150/A/26. 7. 1971
Νεμέα (Némée)	D.539/1971	159/A/14. 8. 1971
Σαντορίνη (Santorin)	D.539/1971	159/A/14. 8. 1971
Δαφνές (Dafnes)	D.539/1971	159/A/14. 8. 1971
2. Οίνος γλυκός φυσικός (vin doux naturel)		
Σάμος (Samos)	D.680/1970	229/A/29. 10. 1970
Μαυροδάφνη Πατρών (Mavrodaphne de Patras)	D.386/1971	115/A/ 9. 6. 1971
Μαυροδάφνη Κεφαλληνίας (Mavrodaphne de Céphalonie)	D.386/1971	115/A/ 9. 6. 1971
Μοσχάτος Πατρών (Muscat de Patras)	D.386/1971	115/A/ 9. 6. 1971
Μοσχάτος Ρίου Πατρών (Muscat Rion de Patras)	D.386/1971	115/A/ 9. 6. 1971
Μοσχάτος Κεφαλληνίας (Muscat de Céphalonie)	D.386/1971	115/A/ 9. 6. 1971
Μοσχάτος Ρόδου (Muscat de Rhodes)	D.386/1971	115/A/ 9. 6. 1971
Σητεία (Sitia)	D.502/1971	150/A/26. 7. 1971
Μοσχάτος Λήμνου (Muscat de Lemnos)	D.502/1971	150/A/26. 7. 1971
Σαντορίνη (Santorin)	D.539/1971	150/A/14. 8. 1971
Δαφνές (Dafnes)	D.539/1971	150/A/14. 8. 1971
3. Οίνος φυσικώς γλυκός (vin naturellement doux)		
Σάμος (Samos)	D.680/1970	229/A/29. 10. 1970
Μοσχάτος Πατρών (Muscat de Patras)	D.386/1971	115/A/ 9. 6. 1971
Μοσχάτος Ρίου Πατρών (Muscat Rion de Patras)	D.386/1971	115/A/ 9. 6. 1971

Herkunftsbezeichnung	Abgrenzungsverordnung oder -beschluß	Amtsblatt
Μοσχάτος Κεφαλληνίας (Muscat de Céhalonie)	D.386/1971	115/A/ 9. 6. 1971
Μοσχάτος Ρόδου (Muscat de Rhodes)	D.386/1971	115/A/ 9. 6. 1971
Σητεία (Sitia)	D.502/1971	150/A/26. 7. 1971
Μοσχάτος Λήμνου (Muscat de Lemnos)	D.502/1971	150/A/26. 7. 1971
Σαντορίνη (Santorin)	D.539/1971	159/A/14. 8. 1971
Δαφνές (Dafnes)	D.539/1971	159/A/14. 8. 1971
4. Οίνος Ξηρός (vin sec)		
Λήμνος (Lemnos)	D.502/1971	150/A/26. 7. 1971
II. Όνομασία Προέλευσης Άνωτέρας Ποιότητας (appellation d'origine de qualité supérieure)		
Σητεία (Sitia)	D.502/1971	150/A/26. 7. 1971
Ρόδος (Rhodes)	d.358417/1971	689/B/24. 8. 1971
Νάουσα (Naoussa)	D.502/1971	150/A/26. 7. 1971
Νεμέα (Némée)	d.358417/1971	689/B/24. 8. 1971
Ρομπόλα Κεφαλληνίας (Robola de Céhalonie)	D.539/1971	159/A/14. 8. 1971
Ραψάνη (Rapsani)	d.378022/1971	773/B/27. 9. 1971
Κάντζα (Kantza)	D.539/1971	159/A/14. 8. 1971
Μαντινεία (Mantinée)	d.378022/1971	773/B/27. 9. 1971
Πεζά (Peza)	D.539/1971	159/A/14. 8. 1971
Άρχάνες (Archanes)	d.213850/1972	169/B/24. 2. 1972
Δαφνές (Dafnes)	D.539/1971	159/A/14. 8. 1971
Σαντορίνη (Santorin)	d.213850/1972	169/B/24. 2. 1972
Πάτραι (Patras)	D.539/1971	159/A/14. 8. 1971
Ζίτσα (Zitsa)	d.228173/1972	287/B/27. 4. 1972
Άμύνταιον (Amyntéon)	D.183/1972	40/A/17. 3. 1972
	d.228173/1972	287/B/27. 4. 1972"

C. ALLGEMEINE RECHTSSACHE

Bescheinigungen

Verordnung (EWG) Nr. 193/75 der Kommission vom 17. Januar 1975 (ABl. Nr. L 25 vom 31. 1. 1975), geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 2104/75 vom 31. Juli 1975 (ABl. Nr. L 214 vom 12. 8. 1975),
- Verordnung (EWG) Nr. 499/76 vom 5. März 1976 (ABl. Nr. L 59 vom 6. 3. 1976),
- Verordnung (EWG) Nr. 2219/76 vom 13. September 1976 (ABl. Nr. L 250 vom 14. 9. 1976),

- Verordnung (EWG) Nr. 3093/76 vom 17. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 348 vom 18. 12. 1976),
- Verordnung (EWG) Nr. 773/77 vom 15. April 1977 (ABl. Nr. L 94 vom 16. 4. 1977),
- Verordnung (EWG) Nr. 1234/77 vom 9. Juni 1977 (ABl. Nr. L 143 vom 10. 6. 1977),
- Verordnung (EWG) Nr. 1470/77 vom 30. Juni 1977 (ABl. Nr. L 162 vom 1. 7. 1977),
- Verordnung (EWG) Nr. 858/78 vom 27. April 1978 (ABl. Nr. L 116 vom 28. 4. 1978),
- Verordnung (EWG) Nr. 1624/78 vom 12. Juli 1978 (ABl. Nr. L 190 vom 13. 7. 1978).

In Artikel 13 Absatz 4 Unterabsatz 2 wird folgendes hinzugefügt: „E für Griechenland“.

D. EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT (EAGFL)

1. Entscheidung 74/581/EWG der Kommission vom 16. Oktober 1974 (ABl. Nr. L 320 vom 29. 11. 1974).

Auf den Seiten 8, 19, 23, 27, 30, 36, 49 und 52 des Anhangs wird folgender Gedankenstrich hinzugefügt:

„— in Griechenland: ‚Nomos‘“.

2. Entscheidung 76/627/EWG der Kommission vom 25. Juni 1976 (ABl. Nr. L 222 vom 14. 8. 1976).

In den Anhängen I 1 und I 2 wird folgender Gedankenstrich eingefügt:

„— jedes nomos in Griechenland“.

3. Entscheidung 77/491/EWG der Kommission vom 24. Juni 1977 (ABl. Nr. L 200 vom 8. 8. 1977).

Artikel 1 Absatz 2 wird ergänzt durch:

„in Griechenland ‚nomos‘“.

E. ANGLEICHUNG DER RECHTSVORSCHRIFTEN

a) Veterinärrecht

1. Richtlinie 64/432/EWG des Rates vom 26. Juni 1964 (ABl. Nr. 121 vom 29. 7. 1964),
berichtigt (ABl. Nr. 176 vom 5. 11. 1964, ABl. Nr. 32 vom 24. 2. 1966, ABl. Nr. L 72 vom 25. 3. 1972 und ABl. Nr. L 64 vom 10. 3. 1977),

geändert durch:

- Richtlinie 66/600/EWG vom 25. Oktober 1966 (ABl. Nr. 192 vom 27. 10. 1966),
- Richtlinie 71/285/EWG vom 19. Juli 1971 (ABl. Nr. L 179 vom 9. 8. 1971),
- Richtlinie 72/97/EWG vom 7. Februar 1972 (ABl. Nr. L 38 vom 12. 2. 1972),
- Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972),
- Richtlinie 72/445/EWG vom 28. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 298 vom 31. 12. 1972),
- Beschluß des Rates vom 1. Januar 1973 (ABl. Nr. L 2 vom 1. 1. 1973),
- Richtlinie 73/150/EWG vom 5. Juni 1973 (ABl. Nr. L 172 vom 28. 6. 1973),
- Richtlinie 75/379/EWG vom 24. Juni 1975 (ABl. Nr. L 172 vom 3. 7. 1975),
- Richtlinie 77/98/EWG vom 21. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977),
- Richtlinie 79/109/EWG vom 24. Januar 1979 (ABl. Nr. L 29 vom 3. 2. 1979),
- Richtlinie 79/111/EWG vom 24. Januar 1979 (ABl. Nr. L 29 vom 3. 3. 1979).

In Artikel 2 wird unter Buchstabe o) folgender Gedankenstrich eingefügt:

„— für Griechenland: nomos“.

2. Richtlinie 64/433/EWG des Rates vom 26. Juni 1964 (ABl. Nr. 121 vom 29. 7. 1964),
berichtigt (ABl. Nr. 176 vom 5. 11. 1964 und ABl. Nr. 32 vom 24. 2. 1966),
geändert durch:

- Richtlinie 65/276/EWG vom 13. Mai 1965 (ABl. Nr. 93 vom 29. 5. 1965),
- Richtlinie 66/601/EWG vom 25. Oktober 1966 (ABl. Nr. 192 vom 27. 10. 1966),
- Richtlinie 69/349/EWG vom 6. Oktober 1969 (ABl. Nr. L 256 vom 11. 10. 1969),
- Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972),
- Richtlinie 72/461/EWG vom 12. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 302 vom 31. 12. 1972),
- Beschluß des Rates vom 1. Januar 1973 (ABl. Nr. L 2 vom 1. 1. 1973),
- Richtlinie 75/379/EWG vom 24. Juni 1975 (ABl. Nr. L 172 vom 3. 7. 1975).

In Anhang I wird in Absatz 40 dritter Gedankenstrich und Absatz 43 Unterabsatz 3 dritter Gedankenstrich die Abkürzungen „EOK“ hinzugefügt.

3. Richtlinie 71/118/EWG des Rates vom 15. Februar 1971 (ABl. Nr. L 55 vom 8. 3. 1971),
geändert durch:

- Beschluß des Rates vom 1. Januar 1973 (ABl. Nr. L 2 vom 1. 1. 1973),
- Richtlinie 75/379/EWG vom 24. Juni 1975 (ABl. Nr. L 172 vom 3. 7. 1975),
- Richtlinie 75/431/EWG vom 10. Juli 1975 (ABl. Nr. L 192 vom 24. 7. 1975),
- Richtlinie 78/50/EWG vom 13. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 15 vom 19. 1. 1978).

Ein Artikel 15c mit folgendem Wortlaut wird eingefügt:

„Artikel 15c

(1) Die Bestimmungen der Anhänge gelten nicht für Betriebe, die sich auf bestimmten Inseln der Republik Griechenland befinden, sofern die Erzeugung dieser Betriebe ausschließlich für den lokalen Verbrauch bestimmt ist.

(2) Die Modalitäten für die Anwendung von Absatz 1 werden nach dem Verfahren des Artikels 12 festgelegt. Nach dem gleichen Verfahren kann beschlossen werden, Absatz 1 im Hinblick auf eine schrittweise Ausdehnung der Gemeinschaftsnormen auf sämtliche Betriebe, die sich auf den obengenannten Inseln befinden, anzupassen.“

In Anhang I Kapitel X wird unter Nummer 44.1 Buchstabe a) dritter Gedankenstrich die Abkürzung „EOK“ hinzugefügt.

4. Richtlinie 77/96/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977).

In Anhang III wird unter Nummer 2 zweiter Gedankenstrich und Nummer 5 zweiter Gedankenstrich die Abkürzung „EOK“ hinzugefügt.

5. Richtlinie 77/99/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977), berichtigt (ABl. Nr. L 76 vom 24. 3. 1977).

In Anhang A wird in Kapitel VII Nummer 33 Buchstabe a):

- erster Gedankenstrich die Abkürzung „E“ für Griechenland hinzugefügt;
- zweiter Gedankenstrich die Abkürzung „EOK“ hinzugefügt.

6. Richtlinie 77/504/EWG des Rates vom 25. Juli 1977 (ABl. Nr. L 206 vom 12. 8. 1977), berichtigt (ABl. Nr. L 259 vom 12. 10. 1977),

in der Fassung der Richtlinie 79/268/EWG vom 5. März 1979 (ABl. Nr. L 62 vom 13. 3. 1979).

Artikel 1 Buchstabe b) erster Gedankenstrich erhält folgende Fassung:

- „— der entweder durch eine Züchterorganisation oder -vereinigung, die in dem Mitgliedstaat offiziell anerkannt ist, in dem sie gebildet wurde, oder durch eine amtliche Stelle des betreffenden Mitgliedstaats gehalten wird“.

b) Pflanzenschutzrecht

Richtlinie 77/93/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977).

In Anhang III wird unter Buchstabe B Nummer 1 „Zitruspflanzen“ in der Spalte „Mitgliedstaat“ das Wort „Griechenland“ hinzugefügt.

c) Recht der Wald- und Forstwirtschaft

Richtlinie 66/404/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 (ABl. Nr. 125 vom 11. 7. 1966),

geändert durch:

- Richtlinie 69/64/EWG vom 18. Februar 1969 (ABl. Nr. L 48 vom 26. 2. 1969),
- Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972),
- Beschluß des Rates vom 1. Januar 1973 (ABl. Nr. L 2 vom 1. 1. 1973),
- Richtlinie 75/445/EWG vom 26. Juni 1975 (ABl. Nr. L 196 vom 26. 7. 1975).

Artikel 5e erhält folgende Fassung:

„Die Mitgliedstaaten können während einer Übergangszeit von höchstens zehn Jahren ab 1. Juli

1977 für die Zulassung von Ausgangsmaterial, das zur Erzeugung von ‚Geprüftem Vermehrungsgut‘ bestimmt ist, den Anforderungen der Anlage II nicht entsprechende Ergebnisse von Vergleichsprüfungen verwenden, sofern diese vor dem 1. Juli 1977 und im Falle Griechenlands vor dem Zeitpunkt des Beitritts begonnen worden sind und den Beweis dafür erbringen, daß das vom Ausgangsmaterial stammende Vermehrungsgut einen verbesserten Kulturwert besitzt. Sie können nach dem Verfahren des Artikels 17 ermächtigt werden, die Ergebnisse von Vergleichsprüfungen nach Ablauf der oben genannten Übergangszeit zu verwenden.“

F. AGRARSTRUKTUREN

1. Richtlinie 72/159/EWG des Rates vom 17. April 1972 (ABl. Nr. L 96 vom 23. 4. 1972), geändert durch:

- Richtlinie 73/210/EWG vom 24. Juli 1973 (ABl. Nr. L 207 vom 28. 7. 1973),
- Richtlinie 73/358/EWG vom 19. November 1973 (ABl. Nr. L 326 vom 27. 11. 1973),
- Richtlinie 76/837/EWG vom 25. Oktober 1976 (ABl. Nr. L 302 vom 4. 11. 1976),
- Richtlinie 77/390/EWG vom 17. Mai 1977 (ABl. Nr. L 145 vom 13. 6. 1977),
- Verordnung (EWG) Nr. 1054/78 vom 19. Mai 1978 (ABl. Nr. L 134 vom 22. 5. 1978).

Artikel 14 Absatz 2 Unterabsatz 2 Buchstabe a) wird durch folgenden Satz ergänzt:

„Im Falle Griechenlands kann dieses Recht drei Jahre lang, vom Zeitpunkt des Beitritts an gerechnet, ausgeübt werden.“

2. Verordnung (EWG) Nr. 355/77 des Rates vom 15. Februar 1977 (ABl. Nr. L 51 vom 23. 2. 1977), in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 1361/78 vom 19. Juni 1978 (ABl. Nr. L 166 vom 23. 6. 1978).

Artikel 12 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„Abweichend von Artikel 10 Buchstabe a) kann für Vorhaben in den Sektoren und geographischen Gebieten, für die noch keine Programme genehmigt worden sind, bis zum 31. Dezember 1980 und im Falle Griechenlands bis zum 31. Dezember 1981 ein Zuschuß aus dem Fonds gewährt werden.“

Artikel 13 Absatz 2 wird durch folgenden Unterabsatz ergänzt:

„Im Falle Griechenlands entscheidet die Kommission jedoch im ersten Halbjahr 1981 über die Anträge auf Zuschüsse, die dieser Mitgliedstaat vor dem 1. Februar 1981 eingereicht hat.“

Artikel 17 Absatz 3 zweiter Gedankenstrich erhält folgende Fassung:

„— 15 v. H. bei Vorhaben, die aus den Mitteln des Haushalts 1980 und im Falle Griechenlands des Haushalts 1981 finanziert werden“.

3. Verordnung (EWG) Nr. 1360/78 des Rates vom 19. Juni 1978 (ABl. Nr. L 166 vom 23. 6. 1978).

Artikel 2 wird durch folgenden Gedankenstrich ergänzt:

„— das gesamte griechische Hoheitsgebiet“.

In Artikel 11 Absatz 1 zweiter Gedankenstrich erster Untergedankenstrich werden folgende Worte hinzugefügt:

„und im Falle Griechenlands am Tage des Beitritts“.

In Artikel 19 zweiter Gedankenstrich werden folgende Worte hinzugefügt:

„und im Falle Griechenlands vor dem 31. März 1982“.

G. INFORMATIONSNETZ LANDWIRTSCHAFTLICHER BUCHFÜHRUNGEN

1. Verordnung Nr. 79/65/EWG vom 15. Juni 1965 (ABl. Nr. 109 vom 23. 6. 1965),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 2835/72 vom 29. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 298 vom 31. 12. 1972),
- Beschluß des Rates vom 1. Januar 1973 (ABl. Nr. L 2 vom 1. 1. 1973),
- Verordnung (EWG) Nr. 2910/73 vom 23. Oktober 1973 (ABl. Nr. L 299 vom 27. 10. 1973).

Artikel 4 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„2. Am Tage des Beitritts der Republik Griechenland beträgt die Zahl der Buchführungsbe-

triebe 31 000; diese Zahl wird im Laufe der fünf folgenden Jahre allmählich bis zu der endgültigen Zahl von 35 200 erhöht.“

Der Anhang wird durch folgendes Verzeichnis der griechischen Gebiete ergänzt:

„Griechenland

1. Μακεδονία — Θράκη
2. Ήπειρος — Πελοπόννησος — Νήσοι Ίονίου — Αιτωλοακαρνανία
3. Θεσσαλία — Φθιώτιδα — Εύρωτανία
4. Στερεά Έλλάς (πλὴν Αιτωλοακαρνανίας, Φθιώτιδος, Εύρωτανίας) — Νήσοι Αιγαίου — Κρήτη“.

2. Verordnung Nr. 91/66/EWG der Kommission vom 29. Juni 1966 (ABl. Nr. 121 vom 4. 7. 1966), geändert durch:

- Verordnung Nr. 349/67/EWG vom 25. Juli 1967 (ABl. Nr. 171 vom 28. 7. 1967),
- Verordnung (EWG) Nr. 1696/68 vom 28. Oktober 1968 (ABl. Nr. L 266 vom 30. 10. 1968),
- Verordnung (EWG) Nr. 1697/68 vom 28. Oktober 1968 (ABl. Nr. L 266 vom 30. 10. 1968),
- Verordnung (EWG) Nr. 702/76 vom 29. März 1976 (ABl. Nr. L 83 vom 30. 3. 1976),
- Verordnung (EWG) Nr. 2855/77 vom 21. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 329 vom 22. 12. 1977),
- Verordnung (EWG) Nr. 3019/78 vom 21. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 359 vom 22. 12. 1978).

In Anhang I „Liste der Erzeugnisse“ wird unter Buchstabe i) folgende Angabe hinzugefügt:

„46 a getrocknete Weintrauben“.

Anhang III wird durch folgende Rubrik ergänzt:

„Ordnungsnummer	Bezeichnung der Gebiete	Anzahl der Buchführungsbetriebe				
		Rechnungsjahre				
		1981	1982	1983	1984	1985
	GRIECHENLAND					
450	Μακεδονία — Θράκη	930				
460	Ήπειρος — Πελοπόννησος — Νήσοι Ίονίου — Αιτωλοακαρνανία	440				
470	Θεσσαλία — Φθιώτιδα — Εύρωτανία	920				
480	Στερεά Έλλάς (πλὴν Αιτωλοακαρνανίας — Φθιώτιδος — Εύρωτανίας) — Νήσοι Αιγαίου — Κρήτη	710				
	Insgesamt	3 000	4 400	6 000	6 900	7 200*

3. Verordnung (EWG) Nr. 2237/77 der Kommission vom 23. September 1977 (ABl. Nr. L 263 vom 17. 10. 1977).

Artikel 2 wird durch folgenden Absatz ergänzt:

„Diese Bestimmungen finden in Griechenland erstmals auf die Buchführungsdaten des Haushaltsjahres 1981 Anwendung, das in der Zeit vom 1. Januar bis 1. Juli 1981 beginnt.“

H. AGRARSTATISTIK

1. Richtlinie 72/280/EWG des Rates vom 31. Juli 1972 (ABl. Nr. L 179 vom 7. 8. 1972),

geändert durch:

- Richtlinie 73/358/EWG vom 19. November 1973 (ABl. Nr. L 326 vom 27. 11. 1973),
- Richtlinie 78/320/EWG vom 20. März 1978 (ABl. Nr. L 84 vom 31. 3. 1978).

Artikel 4 Nummer 3 Buchstabe a) wird durch die Worte

„Griechenland: ein Gebiet“

und durch folgenden Unterabsatz ergänzt:

„Hinsichtlich Griechenlands kann jedoch nach dem Verfahren des Artikels 7 vorgesehen werden, daß die Angaben gesondert nach bestimmten Gebieten zu übermitteln sind.“

2. Entscheidung 72/356/EWG der Kommission vom 18. Oktober 1972 (ABl. Nr. L 246 vom 30. 10. 1972),

geändert durch:

- Entscheidung 76/430/EWG vom 29. April 1976 (ABl. Nr. L 114 vom 30. 4. 1976),
- Entscheidung 78/808/EWG vom 20. September 1978 (ABl. Nr. L 279 vom 4. 10. 1978).

Die Fußnote 1 der Tabelle 4 des Anhangs II wird durch die Worte

„Griechenland: ein Gebiet“

sowie durch folgenden Unterabsatz ergänzt:

„Hinsichtlich Griechenlands kann jedoch nach dem Verfahren des Artikels 7 vorgesehen werden, daß die Tabelle für bestimmte Gebiete auszufüllen ist.“

In der Tabelle 6 wird unter den Nummern II.1.11, II.2.21, 341 und 41 die Abkürzung „EUR 9“ durch das Wort „Mitgliedstaaten“ ersetzt.

3. Richtlinie 73/132/EWG des Rates vom 15. Mai 1973 (ABl. Nr. L 153 vom 9. 6. 1973),

in der Fassung der Richtlinie 78/53/EWG vom 19. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 16 vom 20. 1. 1978).

Artikel 4 Absatz 3 Unterabsatz 2 wird durch folgenden Satz ergänzt:

„Hinsichtlich Griechenlands gilt diese Abweichung drei Jahre lang vom Zeitpunkt des Beitritts an.“

Artikel 5 Absatz 2 wird durch die Worte

„Griechenland: ein Gebiet“

und durch folgenden Unterabsatz ergänzt:

„Hinsichtlich Griechenlands kann jedoch nach dem Verfahren des Artikels 9 vorgesehen werden, daß die Ergebnisse nach noch festzulegenden Untereinteilungen mitzuteilen sind.“

4. Richtlinie 76/625/EWG des Rates vom 20. Juli 1976 (ABl. Nr. L 218 vom 11. 8. 1976),

in der Fassung der Richtlinie 77/159/EWG vom 14. Februar 1977 (ABl. Nr. L 48 vom 19. 2. 1977).

Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe A Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Pfersichbäume sind nur in Italien, Frankreich, Griechenland und Deutschland zu erheben, in Deutschland ohne Unterteilung nach Sorten. Apfelsinenbäume sind nur in Italien und Griechenland zu erheben.“

Der Anhang wird durch folgende Rubrik ergänzt, die nach der Rubrik Bundesrepublik Deutschland einzufügen ist:

„GRIECHENLAND:

1. Zentralgriechenland und Euböa
2. Peloponnes
3. Epirus
4. Thessalien
5. Zentral- und West-Makedonien
6. Ost-Makedonien
7. Ägäische Inseln
8. Kreta“.

5. Entscheidung 76/805/EWG der Kommission vom 1. Oktober 1976 (ABl. Nr. L 285 vom 16. 10. 1976).

Artikel 2 wird durch die Angabe „Griechenland: —“ ergänzt.

6. Verordnung (EWG) Nr. 1868/77 der Kommission vom 29. Juli 1977 (ABl. Nr. L 209 vom 17. 8. 1977).

Artikel 1 Absatz 1 wird durch die Angabe

„E für Griechenland“ ergänzt.

Die Fußnote 1 des Anhangs II wird durch die Worte

„Griechenland: ein Staatsgebiet“

ergänzt.

7. Verordnung (EWG) Nr. 357/79 des Rates vom 5. Februar 1979 (ABl. Nr. L 54 vom 5. 3. 1979).

Folgender Artikel 1a wird eingefügt:

„Artikel 1a

Die Republik Griechenland nimmt die erste Grunderhebung nach dieser Verordnung ab 1982 vor.

Für 1981 verpflichtet sich die Republik Griechenland jedoch, die in Artikel 5 verlangten Angaben zu liefern.“

Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe B Unterabsatz 1 wird durch folgenden Buchstaben e) ergänzt:

„e) mit Sorten für zur Trocknung bestimmte Trauben bestockte Fläche“.

Artikel 5 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Die betroffenen Mitgliedstaaten teilen vor dem 30. Juni 1980 und die Republik Griechenland im Zeitpunkt ihres Beitritts der Kommission anhand einer eingehenden Beschreibung die Methoden mit, die bei den Zwischenerhebungen angewendet werden sollen; jede Änderung in den Methoden muß zuvor mitgeteilt werden.“

III. NIEDERLASSUNGSRECHT UND FREIER DIENSTLEISTUNGSVERKEHR

a) Handels- und Vermittlertätigkeiten

Richtlinie 64/224/EWG des Rates vom 25. Februar 1964 (ABl. Nr. 56 vom 4. 4. 1964).

Am Ende von Artikel 3 wird folgendes angefügt:

<i>Für Selbständige</i>	<i>Für Unselbständige</i>
„In Griechenland:	Ουδέν“.
ἐμπορικός αντιπρόσωπος	
εισαγωγών και εξαγωγών	

b) Dienstleistungsunternehmen

Richtlinie 67/43/EWG des Rates vom 12. Januar 1967 (ABl. Nr. 10 vom 19. 1. 1967).

Am Ende von Artikel 2 Absatz 3 wird folgendes angefügt:

„In Griechenland: μεσίτες αστικών συμβάσεων“.

c) Gesellschaftsrecht

1. Erste Richtlinie 68/151/EWG des Rates vom 9. März 1968 (ABl. Nr. L 65 vom 14. 3. 1968, S. 8).

Am Ende von Artikel 1 wird folgendes angefügt:

„— für Griechenland:

άνωνυμη εταιρία, εταιρία περιορισμένης ευθύνης, έτερορρυθμη κατά μετοχές εταιρία.“

Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe f) erhält folgende Fassung:

„f) die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung für jedes Geschäftsjahr. In das Dokument, das die Bilanz enthält, sind die Personalien derjenigen aufzunehmen, die aufgrund gesetzlicher Vorschriften einen Bestä-

tigungsvermerk zu der Bilanz zu erteilen haben. Für die in Artikel 1 genannten Gesellschaften mit beschränkter Haftung des deutschen, des belgischen, des französischen, des griechischen, des italienischen oder des luxemburgischen Rechts sowie für geschlossene Aktiengesellschaften des niederländischen Rechts und für die „private companies“ des irischen Rechts und die „private companies“ des nordirischen Rechts wird die Pflicht zur Anwendung dieser Bestimmung jedoch bis zum Zeitpunkt der Anwendung einer Richtlinie aufgeschoben, die sowohl Vorschriften über die Koordinierung des Inhalts der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen enthält als auch diejenigen dieser Gesellschaften, deren Bilanzsumme einen in der Richtlinie festzusetzenden Betrag nicht erreicht, von der Pflicht zur Offenlegung aller oder eines Teils dieser Schriftstücke befreit. Der Rat erläßt die genannte Richtlinie innerhalb von zwei Jahren nach der Annahme der vorliegenden Richtlinie.“

2. Zweite Richtlinie 77/91/EWG des Rates vom 13. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977, S. 1).

Am Ende von Artikel 1 wird folgendes angefügt:

„— für Griechenland: ή άνωνυμη έταιρία“.

3. Dritte Richtlinie 78/855/EWG des Rates vom 9. Oktober 1978 (ABl. Nr. L 295 vom 20. 10. 1978, S. 36).

Am Ende von Artikel 1 wird folgendes angefügt:

„— für Griechenland: ή άνωνυμη έταιρία“.

4. Vierte Richtlinie 78/660/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 (ABl. Nr. L 222 vom 14. 8. 1978, S. 11).

Am Ende von Artikel 1 wird folgendes angefügt:

- „— in Griechenland:
 ή ανώνυμη εταιρία
 ή εταιρία περιορισμένης ευθύνης
 ή έτερορρυθμη κατά μετοχές εταιρία.“

d) Öffentliche Bauaufträge

Richtlinie 71/305/EWG des Rates vom 26. Juli 1971 (ABl. Nr. L 185 vom 16. 8. 1971, S. 5).

Am Ende von Artikel 24 wird der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgender Text angefügt:

- „für Griechenland:
 es kann eine vor einem Notar abzugebende eidesstattliche Erklärung über die Ausübung des Berufs eines Bauunternehmers verlangt werden.“

In Anhang I wird folgendes angefügt:

- „VIII. Griechenland:
 andere juristische Personen des öffentlichen Rechts, deren öffentliche Bauaufträge staatlicher Kontrolle unterliegen.“

e) Bank-, Finanz- und Versicherungswesen

1. Erste Richtlinie 73/239/EWG des Rates vom 24. Juli 1973 (ABl. Nr. L 228 vom 16. 8. 1973, S. 3).

In Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a) wird folgendes angefügt:

- „In der Republik Griechenland:
 — ανώνυμη εταιρία
 — άλληλασφαλιστικός συνεταιρισμός.“

2. Richtlinie 77/92/EWG des Rates vom 13. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977, S. 14).

In Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b) wird folgendes angefügt:

- „— in Griechenland:
 Γενικός πράκτωρ
 Πράκτωρ.“

3. Erste Richtlinie 77/780/EWG des Rates vom 12. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 322 vom 17. 12. 1977, S. 30).

In Artikel 2 Absatz 2 wird zwischen den Deutschland und Frankreich betreffenden Gedankenstrichen folgender Gedankenstrich eingefügt:

- „— in Griechenland:
 της Έλληνικής Τραπεζής Βιομηχανικής Ανάπτυξης, του Ταμείου Παρακαταθηκών

καί Δανείων, της Τραπεζής Ύποθηκών, του Ταχυδρομικού Ταμειουτηρίου καί της “Ελληνικά Έξαγωγικά Α.Ε.”.“

4. Erste Richtlinie 79/267/EWG des Rates vom 5. März 1979 (ABl. Nr. L 63 vom 13. 3. 1979, S. 1).

In Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a) wird nach dem dritten Gedankenstrich folgender Gedankenstrich hinzugefügt:

- „— in der Republik Griechenland:
 ανώνυμη εταιρία.“

5. Richtlinie 79/279/EWG des Rates vom 5. März 1979 (ABl. Nr. L 66 vom 16. 3. 1979, S. 21).

In Artikel 21 Absatz 1 wird das Wort „einundvierzig“ durch das Wort „fünfundvierzig“ ersetzt.

f) Ärzte

Richtlinie 75/362/EWG des Rates vom 16. Juni 1975 (ABl. Nr. L 167 vom 30. 6. 1975, S. 1).

a) Am Ende von Artikel 3 wird folgendes angefügt:

- „j) in Griechenland:
 — πτυχίο ιατρικής σχολής (Diplom der medizinischen Fakultät), ausgestellt von der medizinischen Fakultät einer Universität sowie
 — πιστοποιητικό πρακτικής άσκησης (Bescheinigung über praktische Ausbildung), ausgestellt vom Ministerium für soziale Dienste.“

b) Artikel 5 Absatz 2.

Am Ende von Absatz 2 wird folgender Unterabsatz angefügt:

- „in Griechenland:
 τίτλος ιατρικής ειδικότητας (Facharzt Diplom), ausgestellt vom Ministerium für soziale Dienste.“

c) Artikel 5 Absatz 3.

Die nachstehenden Gedankenstriche von Absatz 3 werden wie folgt ergänzt:

- Anästhesie — Wiederbelebung:
 „Griechenland: αναισθησιολογία“,
 — Chirurgie:
 „Griechenland: χειρουργική“,
 — Neurochirurgie:
 „Griechenland: νευροχειρουργική“,
 — Frauenheilkunde und Geburtshilfe:
 „Griechenland: μααιευτική — γυναικολογία“,
 — Innere Medizin:
 „Griechenland: παθολογία“,

- Ophthalmologie:
„Griechenland: ὀφθαλμολογία“.
- Otorhinolaryngologie:
„Griechenland: ὠτορινολαρυγγολογία“.
- Pädiatrie:
„Griechenland: παιδιατρική“.
- Lungen- und Bronchialheilkunde:
„Griechenland: φυματιολογία — πνευμονολογία“.
- Urologie:
„Griechenland: οὐρολογία“.
- Orthopädie:
„Griechenland: ὀρθοπαιδική“.

d) Artikel 7 Absatz 2.

Die nachstehenden Gedankenstriche von Absatz 2 werden wie folgt ergänzt:

- Mikrobiologie — Bakteriologie:
„Griechenland: μικροβιολογία“.
- Pathologische Anatomie:
„Griechenland: παθολογική ἀνατομία“.
- Plastische Chirurgie:
„Griechenland: πλαστική χειρουργική“.
- Thoraxchirurgie:
„Griechenland: χειρουργική θώρακος“.
- Pädiatrische Chirurgie:
„Griechenland: χειρουργική παιδίων“.
- Kardiologie:
„Griechenland: καρδιολογία“.
- Gastro-Enterologie:
„Griechenland: γαστροεντερολογία“.
- Rheumatologie:
„Griechenland: ρευματολογία“.
- Allgemeine Hämatologie:
„Griechenland: αίματολογία“.
- Endokrinologie:
„Griechenland: ἔνδοκρινολογία“.
- Physiotherapie:
„Griechenland: φυσική ἰατρική ἀποκατάσταση“.
- Neuro-Psychiatrie:
„Griechenland: νευρολογία-ψυχιατρική“.
- Dermatologie und Venerologie:
„Griechenland: δερματολογία — ἀφροδισιολογία“.

- Radiologie:
„Griechenland: ἀκτινολογία — ραδιολογία“.
- Radiotherapie:
„Griechenland: ἀκτινοθεραπευτική“.
- Kinderpsychiatrie:
„Griechenland: παιδοψυχιατρική“.
- Nierenkrankheiten:
„Griechenland: νεφρολογία“.
- Allergologie:
„Griechenland: ἀλλεργιολογία“.

g) Rechtsanwälte

Richtlinie 77/249/EWG des Rates vom 22. März 1977 (ABl. Nr. L 78 vom 26. 3. 1977, S. 17).

Am Ende von Artikel 1 Absatz 2 wird folgendes angefügt:

„Griechenland: δικηγόρος“.

h) Krankenschwester und Krankenpfleger, die für die allgemeine Pflege verantwortlich sind

Richtlinie 77/452/EWG des Rates vom 27. Juni 1977 (ABl. Nr. L 176 vom 15. 7. 1977, S. 1).

a) Am Ende von Artikel 1 Absatz 2 wird folgendes angefügt:

„In Griechenland:

διπλωματούχος ἀδελφή νοσοκόμος“.

b) Am Ende von Artikel 3 wird folgendes angefügt:

„j) in Griechenland:

1. das Diplom einer Ἀνωτέρας Σχολῆς Ἀδελφῶν Νοσοκόμων (höhere Fachschule für Krankenschwestern/Krankenpfleger), bestätigt vom Ministerium für soziale Dienste, oder das Diplom der τῶν παραϊατρικῶν σχολῶν τῶν Κέντρων Ἀνωτέρας Τεχνικῆς καὶ Ἐπαγγελματικῆς Ἐκπαίδευσης (paramedizinische Schulen der Stellen für höhere technische Berufsausbildung), ausgestellt vom Ministerium für Unterricht und Kult

2. das πιστοποιητικό πρακτικῆς ἀσκῆσεως τοῦ ἐπαγγέλματος τῆς ἀδελφῆς νοσοκόμου (Bescheinigung über die praktische Ausbildung einer Krankenschwester/eines Krankenpflegers), ausgestellt vom Ministerium für soziale Dienste.“

i) Zahnheilkunde

Richtlinie 78/686/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 (ABl. Nr. L 233 vom 24. 8. 1978, S. 1).

a) Am Ende von Artikel 1 wird folgendes angefügt:

„in Griechenland:
 ὀδοντίατρος ἢ χειρουργὸς ὀδοντίατρος“.

b) Am Ende von Artikel 3 wird folgendes angefügt:

„j) in Griechenland:
 πτυχίο ὀδοντιατρικῆς τοῦ Πανεπιστημίου“.

j) **Tierärzte**

Richtlinie 78/1026/EWG des Rates vom 18. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 362 vom 23. 12. 1978, S. 1).

Am Ende von Artikel 3 wird folgendes angefügt:

„j) in Griechenland:
 Δίπλωμα Κτηνιατρικῆς Σχολῆς τοῦ Πανεπιστημίου
 Θεσσαλονίκης“.

IV. VERKEHR

1. Verordnung (EWG) Nr. 1017/68 des Rates vom 19. Juli 1968 (ABl. Nr. L 175 vom 23. 7. 1968, S. 1),

in der Fassung der Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).

In Artikel 21 Absatz 6 wird folgender Satz hinzugefügt:

„Zu diesem Zweck trifft die Republik Griechenland vor Ablauf der Frist von sechs Monaten nach dem Beitritt nach Anhörung der Kommission die erforderlichen Maßnahmen.“

2. Verordnung (EWG) Nr. 1191/69 des Rates vom 26. Juni 1969 (ABl. Nr. L 156 vom 28. 6. 1969, S. 1),

in der Fassung der Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).

In Artikel 19 Absatz 1 wird nach „Deutsche Bundesbahn (DB)“ folgende Angabe eingefügt:

„— Ὅργανισμὸς Σιδηροδρόμων Ἑλλάδος Α.Ε. (ΟΣΕ)“.

3. Verordnung (EWG) Nr. 1192/69 des Rates vom 26. Juni 1969 (ABl. Nr. L 156 vom 28. 6. 1969, S. 8),

in der Fassung der Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).

In Artikel 3 Absatz 1 wird nach „Deutsche Bundesbahn (DB)“ folgende Angabe eingefügt:

„— Ὅργανισμὸς Σιδηροδρόμων Ἑλλάδος Α.Ε. (ΟΣΕ)“.

4. Verordnung (EWG) Nr. 1108/70 des Rates vom 4. Juni 1970 (ABl. Nr. L 130 vom 15. 6. 1970, S. 4),

in der Fassung der Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).

Anhang II wird wie folgt ergänzt:

— Die Liste unter Buchstabe A „Eisenbahn“ wird durch folgende Angabe ergänzt:

„*Republik Griechenland:*

— Ὅργανισμὸς Σιδηροδρόμων Ἑλλάδος Α.Ε. (ΟΣΕ)“.

— die Liste unter Buchstabe B „Straße“ wird durch folgende Angabe ergänzt:

„*Republik Griechenland:*

1. Ἐθνικὸ ὁδικὸ δίκτυο

2. Ἐπαρχιακὸ ὁδικὸ δίκτυο

3. Δημοτικὸ ἢ κοινοτικὸ ὁδικὸ δίκτυο“.

5. Verordnung (EWG) Nr. 1463/70 des Rates vom 20. Juli 1970 (ABl. Nr. L 164 vom 27. 7. 1970, S. 1),

geändert durch:

— Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14),

— Verordnung (EWG) Nr. 1787/73 des Rates vom 25. Juni 1973 (ABl. Nr. L 181 vom 4. 7. 1973, S. 1),

— Verordnung (EWG) Nr. 2828/77 des Rates vom 12. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 334 vom 24. 12. 1977, S. 5).

In Artikel 22 Absatz 4 werden die Worte „einundvierzig Stimmen“ durch die Worte „fünfundvierzig Stimmen“ ersetzt.

In Anhang II werden unter Abschnitt I Nummer 1 die Angaben in Klammern durch die Angabe „GR für Griechenland“ ergänzt.

6. Verordnung (EWG) Nr. 2778/72 der Kommission vom 20. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 292 vom 29. 12. 1972, S. 22).

In Artikel 1 wird in den Fußnoten der Anlagen 1 und 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1172/72 der

Kommission vom 26. Mai 1972 zur Festlegung der Dokumente gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 517/72 des Rates und der Verordnung (EWG) Nr. 516/72 des Rates nach der Angabe „Deutschland (D)“ die Angabe „Griechenland (GR)“ eingefügt.

7. Verordnung (EWG) Nr. 3164/76 des Rates vom 16. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 357 vom 29. 12. 1976, S. 1),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 3024/77 vom 21. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 358 vom 31. 12. 1977, S. 4),
- Verordnung (EWG) Nr. 3062/78 vom 19. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 366 vom 28. 12. 1978, S. 5).

In Anhang I (a) und in Anhang II (a) wird in der jeweiligen Fußnote 1 zwischen Deutschland und Frankreich die Angabe „Griechenland (GR)“ eingefügt.

In Anhang II (c) wird unter Spalte 5 die Angabe „Griechenland (GR)“ eingefügt.

In Anhang III wird bei jedem der derzeitigen Mitgliedstaaten in der zweiten Spalte das Kennzeichen „GR“ sowie eine zusätzliche waagerechte Zeile „GR“ (in der ersten Spalte) eingefügt, die in der zweiten Spalte die Kennzeichen aller neun derzeitigen Mitgliedstaaten enthält.

8. Verordnung (EWG) Nr. 2830/77 des Rates vom 12. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 334 vom 24. 12. 1977, S. 13).

In Artikel 2 wird nach der Angabe „Deutsche Bundesbahn (DB)“ folgende Angabe eingefügt:

„— Ὅργανισμός Σιδηροδρόμων Ἑλλάδος Α.Ε. (ΟΣΕ)“.

9. Verordnung (EWG) Nr. 2183/78 des Rates vom 19. September 1978 (ABl. Nr. L 258 vom 21. 9. 1978, S. 1).

In Artikel 2 wird nach der Angabe „Deutsche Bundesbahn (DB)“ folgende Angabe eingefügt:

„— Ὅργανισμός Σιδηροδρόμων Ἑλλάδος Α.Ε. (ΟΣΕ)“.

10. Richtlinie 65/269/EWG des Rates vom 13. Mai 1965 (ABl. Nr. 88 vom 24. 5. 1965, S. 1469/65),

geändert durch:

- Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14),
- Richtlinie 73/169/EWG vom 25. Juni 1973 (ABl. Nr. L 181 vom 4. 7. 1973, S. 20).

Im Anhang wird das Wort „sechs“ jeweils durch das Wort „sieben“ ersetzt.

11. Entscheidung 75/327/EWG des Rates vom 20. Mai 1975 (ABl. Nr. L 152 vom 12. 6. 1975, S. 3).

In Artikel 1 Absatz 1 wird nach der Angabe „Deutsche Bundesbahn (DB)“ folgende Angabe eingefügt:

„— Ὅργανισμός Σιδηροδρόμων Ἑλλάδος Α.Ε. (ΟΣΕ)“.

12. Richtlinie 78/546/EWG des Rates vom 12. Juni 1978 (ABl. Nr. L 168 vom 26. 6. 1978, S. 29).

In Anhang II wird folgendes eingefügt:

„Griechenland:

Περιφέρεια Πρωτευούσης
Λοιπή Στερεά Ἑλλάς καί Εὐβοία
Πελοπόννησος
Ἰόνιοι νῆσοι
Θεσσαλία
Μακεδονία
Θράκη
Νῆσοι Αἰγαίου
Κρήτη“.

In Anhang III

- wird nach der Bundesrepublik Deutschland das Wort „Griechenland“ eingefügt,
- wird nach Jugoslawien das Wort „Griechenland“ gestrichen.

V. WETTBEWERB

EWG-Rechtsakte

1. Verordnung Nr. 17 des Rates vom 6. Februar 1962 (ABl. Nr. 13 vom 21. 2. 1962, S. 204/62),

geändert durch:

- Verordnung Nr. 59 vom 3. Juli 1962 (ABl. Nr. 58 vom 10. 7. 1962, S. 1655/62),

- Verordnung Nr. 118/63/EWG vom 5. November 1963 (ABl. Nr. 162 vom 7. 11. 1963, S. 2696/63),
- Verordnung (EWG) Nr. 2822/71 vom 20. Dezember 1971 (ABl. Nr. L 285 vom 29. 12. 1971, S. 49),
- Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).

In Artikel 25 wird folgender Absatz hinzugefügt:

„(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten in gleicher Weise im Falle des Beitritts der Republik Griechenland.“

2. Verordnung Nr. 27 der Kommission vom 3. Mai 1962 (ABl. Nr. 35 vom 10. 5. 1962, S. 1118/62),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 1133/68 vom 26. Juli 1968 (ABl. Nr. L 189 vom 1. 8. 1968, S. 1),
- Verordnung (EWG) Nr. 1699/75 vom 2. Juli 1975 (ABl. Nr. L 172 vom 3. 7. 1975, S. 11).

In Artikel 2 Absatz 1 wird das Wort „zehn“ durch das Wort „elf“ ersetzt.

3. Verordnung Nr. 19/65/EWG des Rates vom 2. März 1965 (ABl. Nr. 36 vom 6. 3. 1965, S. 533/65),

in der Fassung der Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).

In Artikel 4 wird

— Absatz 1 wie folgt ergänzt:

„Der vorstehende Unterabsatz gilt in gleicher Weise im Falle des Beitritts der Republik Griechenland.“

— Absatz 2 wie folgt ergänzt:

„Absatz 1 gilt für Vereinbarungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die infolge des Beitritts der Republik Griechenland in den Anwendungsbereich von Artikel 85 Absatz 1 des Vertrages fallen und die gemäß den Artikeln 5 und 25 der Verordnung Nr. 17 vor dem 1. Juli 1981 angemeldet werden müssen, nur dann, wenn dies vor diesem Zeitpunkt geschehen ist.“

4. Verordnung Nr. 67/67/EWG der Kommission vom 22. März 1967 (ABl. Nr. 57 vom 25. 3. 1967, S. 849/67),

geändert durch:

- Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14),
- Verordnung (EWG) Nr. 2591/72 vom 8. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 276 vom 9. 12. 1972, S. 15).

Artikel 5 wird durch folgenden Satz ergänzt:

„Diese Bestimmung gilt in gleicher Weise im Falle des Beitritts der Republik Griechenland.“

5. Verordnung (EWG) Nr. 2821/71 des Rates vom 20. Dezember 1971 (ABl. Nr. L 285 vom 20. 12. 1971, S. 46),

in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 2743/72 vom 19. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 291 vom 28. 12. 1972, S. 144).

In Artikel 4 wird

— Absatz 1 wie folgt ergänzt:

„Der vorstehende Unterabsatz gilt in gleicher Weise im Falle des Beitritts der Republik Griechenland.“

— Absatz 2 wie folgt ergänzt:

„Absatz 1 gilt für Vereinbarungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die infolge des Beitritts der Republik Griechenland in den Anwendungsbereich von Artikel 85 Absatz 1 des Vertrages fallen und die gemäß den Artikeln 5 und 25 der Verordnung Nr. 17 vor dem 1. Juli 1981 angemeldet werden müssen, nur dann, wenn dies vor diesem Zeitpunkt geschehen ist.“

6. Verordnung (EWG) Nr. 2779/72 der Kommission vom 21. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 292 vom 29. 12. 1972, S. 23),

in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 2903/77 vom 23. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 338 vom 28. 12. 1977, S. 14).

Artikel 6 wird durch folgenden Absatz 3 ergänzt:

„(3) Das Verbot des Artikels 85 Absatz 1 des Vertrages gilt nicht für Spezialisierungsvereinbarungen, die zum Zeitpunkt des Beitritts der Republik Griechenland bestehen und infolge dieses Beitritts in den Anwendungsbereich von Artikel 85 Absatz 1 fallen und innerhalb von sechs Monaten nach dem Beitritt derart abgeändert worden sind, daß sie die in dieser Verordnung genannten Voraussetzungen erfüllen.“

EGKS-Rechtsakte

7. Entscheidung 72/443/EGKS der Kommission vom 22. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 297 vom 30. 12. 1972, S. 45).

In Artikel 3 Absatz 1 wird folgender Buchstabe hinzugefügt:

„i) Griechenland“.

8. Entscheidung 3001/77/EGKS der Kommission vom 28. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 352 vom 31. 12. 1977, S. 4),

in der Fassung der Entscheidung 960/78/EGKS vom 11. Mai 1978 (ABl. Nr. L 126 vom 13. 5. 1978, S. 1).

In Anhang I wird Griechenland in das Verzeichnis der Mitgliedstaaten in Fußnote 2 aufgenommen.

In Anhang II wird Griechenland in das Verzeichnis der Mitgliedstaaten in Spalte 1 der zweiten Tabelle aufgenommen.

VI. STEUERRECHT

1. Richtlinie 69/335/EWG des Rates vom 17. Juli 1969 (ABl. Nr. L 249 vom 3. 10. 1969, S. 25).

In Artikel 3 Absatz 1 wird unter Buchstabe a) folgendes eingefügt:

— im Eingangstext: die Angabe der Gesellschaften „griechischen“ Rechts,

— unter dem ersten Gedankenstrich:

„Ανώνυμος Έταιρία“,

— unter dem zweiten Gedankenstrich:

„Έτερόρρυθμος κατά μετοχές Έταιρία“,

— unter dem dritten Gedankenstrich:

„Έταιρία Περιορισμένης Εϋθύνης“.

2. Richtlinie 77/799/EWG des Rates vom 19. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 336 vom 27. 12. 1977, S. 15).

In Artikel 1 Absatz 3 wird folgendes eingefügt:

„in Griechenland:

Φόρος Ισοδύναμος φυσικών προσώπων,

Φόρος Ισοδύναμος νομικών προσώπων,

Φόρος ακινήτου περιουσία“.

In Artikel 1 Absatz 5 wird folgendes eingefügt:

„in Griechenland:

ό Υπουργός Οικονομικών ή ό ύπ'αυτοϋ όριζόμενος εκπρόσωπος“.

3. Sechste Richtlinie 77/388/EWG des Rates vom 17. Mai 1977 (ABl. Nr. L 145 vom 13. 6. 1977, S. 1).

In Artikel 3 Absatz 2 wird nach dem letzten Gedankenstrich folgendes eingefügt:

„— Griechenland:

“Αγιο Όρος“.

4. Richtlinie 68/221/EWG des Rates vom 30. April 1968 (ABl. Nr. L 115 vom 18. 5. 1968, S. 14).

In Artikel 1 Absatz 2 wird folgender Gedankenstrich eingefügt:

„— auf die in Griechenland im Zeitpunkt seines Beitritts geltenden Durchschnittssätze; die Richtlinie wird jedoch herangezogen, um festzustellen, ob diese Sätze mit Artikel 97 des Vertrages im Einklang stehen“.

VII. WIRTSCHAFTSPOLITIK

1. Beschluß Nr. 13/79 vom 13. März 1979 des Verwaltungsrats des Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit.

Die Höhe der „Schuldneranteile“ und ihre Aufteilung in Vomhundertsätzen werden wie folgt geändert:

	Mill. ECU	v.H.
Banque nationale de Belgique	580	7,20
Danmarks Nationalbank	260	3,23
Deutsche Bundesbank	1740	21,62
Τράπεζα της Ελλάδος	150	1,86
Banque de France	1740	21,62
Central Bank of Ireland	100	1,24
Banca d'Italia	1160	14,41
Nederlandsche Bank	580	7,20
Bank of England	1740	21,62
EWG insgesamt	8050	100,00.

Die Höhe der „Gläubigeranteile“ und ihre Aufteilung in Vomhundertsätzen werden wie folgt geändert:

	Mill. ECU	v.H.
Banque nationale de Belgique	1160	7,20
Danmarks Nationalbank	520	3,23
Deutsche Bundesbank	3480	21,62
Τράπεζα της Ελλάδος	300	1,86
Banque de France	3480	21,62
Central Bank of Ireland	200	1,24
Banca d'Italia	2320	14,41
Nederlandsche Bank	1160	7,20
Bank of England	3480	21,62
EWG insgesamt	16 100	100,00.

2. Beschluß 71/143/EWG des Rates vom 22. März 1971 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1971, S. 15),

geändert durch:

- Beschluß 78/49/EWG vom 19. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 14 vom 18. 1. 1978, S. 14),
- Beschluß 78/1041/EWG vom 21. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 379 vom 30. 12. 1978, S. 3).

Deutschland	43,24
Griechenland	3,72
Frankreich	43,24
Irland	2,48
Italien	28,82
Niederlande	14,40
Vereinigtes Königreich	43,24 ⁴ .

Der Anhang erhält folgende Fassung:

„ANHANG

	Mill. ECU	v.H.
Belgien	1 000	6,96
Dänemark	465	3,24
Deutschland	3 105	21,61
Griechenland	270	1,88
Frankreich	3 105	21,61
Irland	180	1,25
Italien	2 070	14,40
Luxemburg	35	0,24
Niederlande	1 035	7,20
Vereinigtes Königreich	3 105	21,61
Insgesamt	14 370	100,00 ⁴ .

3. Verordnung (EWG) Nr. 397/75 des Rates vom 17. Februar 1975 (ABl. Nr. L 46 vom 20. 2. 1975, S. 1).

In Artikel 6 erhält die Liste der Vomhundertsätze folgende Fassung:

„Belgien/Luxemburg	14,40
Dänemark	6,46

4. Verordnung (EWG) Nr. 398/75 des Rates vom 17. Februar 1975 (ABl. Nr. L 46 vom 20. 2. 1975, S. 3).

In Artikel 2 erhält die Liste der Vomhundertsätze folgende Fassung:

„Belgien/Luxemburg	7,20
Dänemark	3,23
Deutschland	21,62
Griechenland	1,86
Frankreich	21,62
Irland	1,24
Italien	14,41
Niederlande	7,20
Vereinigtes Königreich	21,62 ⁴ .

5. Beschluß des Rates vom 18. März 1958 (ABl. Nr. 17 vom 6. 10. 1958, S. 390/58),

in der Fassung der Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14),

In Artikel 7 wird das Wort „elf“ durch das Wort „zwölf“ ersetzt.

In Artikel 10 Absatz 1 wird das Wort „elf“ durch das Wort „zwölf“ ersetzt.

VIII. AUSSENBEZIEHUNGEN

1. Verordnung (EWG) Nr. 1023/70 des Rates vom 25. Mai 1970 (ABl. Nr. L 124 vom 8. 6. 1970, S. 1),

in der Fassung der Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).

In Artikel 11 Absatz 2 wird das Wort „einundvierzig“ durch das Wort „fünfundvierzig“ ersetzt.

2. Verordnung (EWG) Nr. 1439/74 des Rates vom 4. Juni 1974 (ABl. Nr. L 159 vom 15. 6. 1974, S. 1),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 959/75 vom 27. März 1975 (ABl. Nr. L 99 vom 21. 4. 1975, S. 5),
- Verordnung (EWG) Nr. 1540/75 vom 16. Juni 1975 (ABl. Nr. L 157 vom 19. 6. 1975, S. 2),
- Verordnung (EWG) Nr. 1927/75 vom 22. Juli 1975 (ABl. Nr. L 198 vom 29. 7. 1975, S. 9),

- Verordnung (EWG) Nr. 2967/74 vom 25. November 1974 (ABl. Nr. L 316 vom 26. 11. 1974, S. 7),

- Verordnung (EWG) Nr. 1680/75 vom 30. Juni 1975 (ABl. Nr. L 168 vom 1. 7. 1975, S. 72),

- Verordnung (EWG) Nr. 646/75 vom 13. März 1975 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1975, S. 21),

- Verordnung (EWG) Nr. 2561/74 vom 8. Oktober 1974 (ABl. Nr. L 274 vom 9. 10. 1974, S. 17),

- Bekanntmachung der gegenwärtigen Fassung von Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 1439/74 des Rates vom 4. Juni 1974 (ABl. Nr. C 287 vom 15. 12. 1975, S. 1).

a) In Anhang I wird folgendes hinzugefügt:

- im Kopf beziehungsweise in der Überschrift (ABl. Nr. C 287, S. 3):

„ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ Ι

Κοινός Πίνακας Έλευθερώσεως“.

- in den Überschriften jeder der 4 Spalten (auf jeder der Seiten 3 bis 47 des ABl. Nr. C 287):
 - „Είδος εμπορεύματος Κλάση ΚΔ“
 - „Ελευθέρωση εξαρτούμενη αποκλειστικά από την καταγωγή“
 - „Κοινοτική επίδραση“
 - „Εθνική επίδραση“.
- in der Fußnote 1 auf den Seiten 5, 8, 10, 25 und 40 des ABl. Nr. C 287:

„Γιά την ακριβή περιγραφή του εμπορεύματος βλέπε σημείωση στο τέλος του παρατήματος“.
- in der „Anmerkung“ am Ende des genannten Anhangs (ABl. Nr. C 287, S. 48), im Kopf, in der Überschrift jeder der beiden Spalten und in der jeweiligen Bezeichnung der einzelnen aufgeführten Waren:

„Σημείωση

Κλάση του ΚΔ	Είδος Εμπορεύματος
07.02 ex B	Έτερα, εξαιρέσει των γεωμήλων
07.04 ex B	Έτερα, εξαιρέσει των γεωμήλων
13.03 ex B	Πηκτικά ύλα και πηκτικά ένωσησις
20.02 ex H	Λοιπά, εξαιρέσει των παρασκευασμάτων περιεχόντων γεώμηλα
ex 20.07	Εξαιρέσει των χυμών των λοιπών εσπεριδοειδών εκτός των γκρέιπ φρουίτ
29.35 ex Q	Καρβαζόλιον και άλατα αυτού. Άμινοακριδίνες και τά παράγωγα αντών
ex 44.13	Ξυλεία πλανισμένη φέρουσα αλλακας, εξοχας, εγκοπας, με κοιλαναιν τετραγωνικης ή ορθογωνιον τομης κατά τό πάχος αυτής άνευ γωνιών ή παρόμοια, εξαιρέσει των σανίδων ή τεμαχίων διά δάπεδα μή συνηρημολογημένα
84.35 ex A III	Έτερα μηχαναί και συσκευαί τυπογραφίας και γραφικόν τεχνών, εξαιρέσει των τυπογραφικόν μηχανών των καλουμένων „πιεστήρια διά πλατίνης“ μετά ή άνευ διατάξεως μελανώσεως.“

- b) in Anhang II werden in der Liste der dritten Länder die Worte „Griechenland (einschließlich Euböa, Sporaden, ... Kreta)“ gestrichen.

3. Verordnung (EWG) Nr. 109/70 des Rates vom 19. Dezember 1969 (ABl. Nr. L 19 vom 26. 1. 1970, S. 1),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 1492/70 vom 20. Juli 1970 (ABl. Nr. L 166 vom 29. 7. 1970, S. 1),
- Verordnung (EWG) Nr. 2172/70 vom 27. Oktober 1970 (ABl. Nr. L 239 vom 30. 10. 1970, S. 1),
- Verordnung (EWG) Nr. 2567/70 vom 14. Dezember 1970 (ABl. Nr. L 276 vom 21. 12. 1970, S. 1),
- Verordnung (EWG) Nr. 432/71 vom 26. Februar 1971 (ABl. Nr. L 48 vom 27. 2. 1971, S. 68),
- Verordnung (EWG) Nr. 725/71 vom 30. März 1971 (ABl. Nr. L 80 vom 5. 4. 1971, S. 4),
- Verordnung (EWG) Nr. 1073/71 vom 25. Mai 1971 (ABl. Nr. L 119 vom 1. 6. 1971, S. 1),
- Verordnung (EWG) Nr. 1074/71 vom 25. Mai 1971 (ABl. Nr. L 119 vom 1. 6. 1971, S. 35),
- Verordnung (EWG) Nr. 2385/71 vom 8. November 1971 (ABl. Nr. L 249 vom 10. 11. 1971, S. 3),
- Verordnung (EWG) Nr. 2386/71 vom 8. November 1971 (ABl. Nr. L 249 vom 10. 11. 1971, S. 12),
- Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14),
- Verordnung (EWG) Nr. 2406/71 vom 9. November 1971 (ABl. Nr. L 250 vom 11. 11. 1971, S. 1),
- Verordnung (EWG) Nr. 2407/71 vom 9. November 1971 (ABl. Nr. L 250 vom 11. 11. 1971, S. 7),
- Verordnung (EWG) Nr. 1414/72 vom 27. Juni 1972 (ABl. Nr. L 151 vom 5. 7. 1972, S. 1),
- Verordnung (EWG) Nr. 1751/72 vom 2. August 1972 (ABl. Nr. L 184 vom 12. 8. 1972, S. 1),
- Verordnung (EWG) Nr. 955/73 vom 26. März 1973 (ABl. Nr. L 98 vom 12. 4. 1973, S. 14),
- Verordnung (EWG) Nr. 956/73 vom 26. März 1973 (ABl. Nr. L 98 vom 12. 4. 1973, S. 21),
- Verordnung (EWG) Nr. 957/73 vom 26. März 1973 (ABl. Nr. L 98 vom 12. 4. 1973, S. 26),
- Verordnung (EWG) Nr. 238/74 vom 21. Januar 1974 (ABl. Nr. L 27 vom 31. 1. 1974, S. 1),
- Verordnung (EWG) Nr. 958/75 vom 27. März 1975 (ABl. Nr. L 99 vom 21. 4. 1975, S. 1),
- Verordnung (EWG) Nr. 1119/75 vom 14. April 1975 (ABl. Nr. L 111 vom 30. 4. 1975, S. 1),

- Verordnung (EWG) Nr. 1212/75 vom 28. April 1975 (ABl. Nr. L 124 vom 15. 5. 1975, S. 1),
- Verordnung (EWG) Nr. 1927/75 vom 22. Juli 1975 (ABl. Nr. L 198 vom 29. 7. 1975, S. 7),
- Verordnung (EWG) Nr. 469/76 vom 24. Februar 1976 (ABl. Nr. L 58 vom 5. 3. 1976, S. 1),
- Verordnung (EWG) Nr. 2896/77 vom 20. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 338 vom 28. 12. 1977, S. 1),
- Bekanntmachung der geltenden Fassung des Anhangs der genannten Verordnung unter Berücksichtigung der verschiedenen Änderungen, die daran vorgenommen worden sind (ABl. Nr. C 287 vom 15. 12. 1975, S. 55).

Im Anhang wird folgendes hinzugefügt:

- im Kopf und in der Überschrift (ABl. Nr. C 287, S. 56):

„ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ

ΠΡΟΒΛΕΠΟΜΕΝΑΙ ΕΙΣΑΓΩΓΑΙ

Τό παράρτημα αφορά εισαγωγές στην Κοινότητα, των προϊόντων τρίτων χωρών που αναφέρονται κατωτέρω και σημειούνται με ένα „X“.

- in der Zusammenstellung der „Abkürzungen“ eine zusätzliche Spalte folgenden Inhalts:

„Συντμήσεις

BG = Βουλγαρία

H = Ουγγαρία

PL = Πολωνία

R = Ρουμανία

CS = Τσεχοσλοβακία

DDR = Λαϊκή Δημοκρατία της Γερμανίας

SU = ΕΣΣΔ

AL = Άλβανία

RPC = Λαϊκή Δημοκρατία της Κίνας

VN = Βόρειο Βιετνάμ

COR = Βόρειος Κορέα

MO = Μογγολία“.

- in der Überschrift der linken Spalte (Warenbezeichnung, Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs) auf jeder der Seiten 57 bis 79 des ABl. Nr. C 287:

„Περιγραφή εμπορευμάτων
Κλάση ΚΔ“.

- in der Fußnote 1 auf den Seiten 58, 60, 61, 66 und 69 des ABl. Nr. C 287:

„Γιά την ακριβή περιγραφή του εμπορεύματος βλέπε σημείωση στο τέλος του παραρτήματος“.

- in der „Anmerkung“ am Ende des genannten Anhangs (ABl. Nr. C 287, S. 79) im Kopf bzw. in der Überschrift jeder der beiden Spalten sowie in der jeweiligen Bezeichnung der einzelnen aufgeführten Waren:

„Σημείωση	
Κλάση	Είδος Εμπορεύματος
07.02 ex B	Λοιπά, εξαιρέσει τών γεωμήλων
07.04 ex B	Λοιπά, εξαιρέσει τών γεωμήλων
13.03 ex B	Πηκτικά έλαια καί πηκτικά ένωσεις
20.02 ex H	Λοιπά, εξαιρέσει τών παρασκευασμάτων περιεχόντων γεώμηλα
ex 20.07	Έξαιρέσει τών χυμών τών λοιπών έσπεριδοειδών εκτός τών γκρέιπ φρούτ
29.35 ex Q	Καρβαζόλιον καί άλατα αυτού, άμινοακρινίνες καί τά παράγωγα αυτών
ex 44.13	Ξυλεία πλανισμένη, φέρονσα άβλακας, έξοχάς, έγκοπίας, φέρονσα κοιλανσιν τετραγωνικής ή ορθογωνιον τομής κατά τό πάχος αυτής, χωρίς γωνίας ή παρόμοια, εξαιρέσει τών σανίδων ή τεμαχίων διά δάπεδα, μή συνημερολογημένων.“

4. Entscheidung Nr. 75/210/EWG des Rates vom 27. März 1975 (ABl. Nr. L 99 vom 21. 4. 1975, S. 7),

geändert durch:

- Entscheidung 76/971/EWG vom 13. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 365 vom 31. 12. 1976, S. 1),
- Entscheidung 79/253/EWG vom 21. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 60 vom 12. 3. 1979, S. 1).

In Anhang I wird folgendes hinzugefügt:

„ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ Ι

Πίνακας χωρών κρατικού εμπορίου που αναφέρονται στο άρθρο 1

Άλβανία

Βουλγαρία

Ουγγαρία

Πολωνία

Ρουμανία

Τσεχοσλοβακία

ΕΣΣΔ

Λαϊκή Δημοκρατία της Γερμανίας

Λαϊκή Δημοκρατία της Κίνας

Βόρειος Κορέα

Βόρειο Βιετνάμ

Μογγολία“.

In jedem der Anhänge II bis XI wird folgendes hinzugefügt:

— im Kopf und in der Überschrift:

— (in Anhang II):

„ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ ΙΙ

Ποσοτώσεις παραχωρούμενες από τα Κράτη μέλη για εισαγωγές από Ἀλβανία για την περίοδο από 1 Ἰανουαρίου ἕως 31 Δεκεμβρίου 1975.“

— (in Anhang III):

„ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ ΙΙΙ

Ποσοτώσεις . . . ἐκ Βουλγαρίας . . .“

— (in Anhang IV):

„ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ ΙV

Ποσοτώσεις . . . ἐξ Οὐγγαρίας . . .“

und so weiter,

— in der Anmerkung „N.B.“ unter der Überschrift jeder dieser Anhänge:

„Οἱ ἀριθμοὶ τῶν κλάσεων τοῦ κοινοῦ δασμολογίου στή δεῦτερη στήλη ἀναφέρονται ἐνδεικτικά.“

— in der Anmerkung vor den einzelnen Listen der Kontingente (Seiten 16, 31, 49, 69, 88, 107 und 117 des ABl. Nr. L 99):

„Οἱ ποσοτώσεις πού σημειοῦνται μέ ἀστερίσκο (*) καλύπτουν μόνο προϊόντα ὑπαγόμενα στήν συνθήκη ΕΚΑΧ. Συνεπῶς δέν ὑπόκεινται στίς διατάξεις τῆς παρούσης ἀποφάσεως. Οἱ ποσοτώσεις αὐτές ἀναφέρονται στοὺς καταλόγους χάριν ἀπλῆς ὑπομνήσεως.“

5. Richtlinie 70/509/EWG des Rates vom 27. Oktober 1970 (ABl. Nr. L 254 vom 23. 11. 1970, S. 1),

geändert durch die Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).

Die Fußnote auf der ersten Seite des Anhangs A wird wie folgt ergänzt:

„Griechenland:

Κεφάλαιο Ἀσφαλίσεως Πιστώσεων Ἐξαγωγῶν“.

6. Richtlinie 70/510/EWG des Rates vom 27. Oktober 1970 (ABl. Nr. L 254 vom 23. 11. 1970, S. 26),

in der Fassung der Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).

Die Fußnote auf der ersten Seite des Anhangs A wird wie folgt ergänzt:

„Griechenland:

Κεφάλαιο Ἀσφαλίσεως Πιστώσεων Ἐξαγωγῶν“.

7. Entscheidung des Rates vom 4. April 1978 über die Anwendung bestimmter Leitlinien auf dem Gebiet staatlich unterstützter Exportkredite (nicht veröffentlicht),

verlängert durch die Entscheidung des Rates vom 16. November 1978 (nicht veröffentlicht).

In Anhang C („Verzeichnis der Parteien“) wird Griechenland in der Fußnote, in der die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft aufgeführt sind, hinzugefügt und in der Liste der genannten Drittländer gestrichen.

IX. SOZIALPOLITIK

1. Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 (ABl. Nr. L 149 vom 5. 7. 1971, S. 2),

geändert durch:

— Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14),

— Verordnung (EWG) Nr. 2864/72 vom 19. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 306 vom 31. 12. 1972, S. 1),

— Verordnung (EWG) Nr. 1392/74 vom 4. Juni 1974 (ABl. Nr. L 152 vom 8. 6. 1974, S. 1),

— Verordnung (EWG) Nr. 1209/76 vom 30. April 1976 (ABl. Nr. L 138 vom 26. 5. 1976, S. 1),

— Verordnung (EWG) Nr. 2595/77 vom 21. November 1977 (ABl. Nr. L 302 vom 26. 11. 1977, S. 1).

In Artikel 1 Buchstabe a)

— erhält Ziffer ii) Gedankenstrich 2 folgende Fassung:

„wenn sie bei Fehlen solcher Kriterien im Rahmen eines für Arbeitnehmer errichteten Systems oder eines unter Ziffer iii) genannten Systems gegen ein anderes in Anhang V bestimmtes Risiko pflichtversichert oder freiwillig weiterversichert ist;“,

— wird nach Ziffer ii) folgender Text eingefügt:

„iii) die gegen mehrere Risiken, die von den unter diese Verordnung fallenden Zweigen erfaßt werden, im Rahmen eines für die gesamte Landbevölkerung nach den Kriterien des Anhangs V geschaffenen einheitlichen Systems der sozialen Sicherheit pflichtversichert ist;“,

— Ziffer iii) wird Ziffer iv).

In Artikel 82 Absatz 1 wird das Wort „vierundfünfzig“ durch das Wort „sechzig“ ersetzt.

In Anhang I wird folgender Buchstabe eingefügt:

„E. Griechenland

Keine.“

Die Buchstaben „E. Irland“, „F. Italien“, „G. Luxemburg“, „H. Niederlande“ und „I. Vereinigtes Königreich“ werden „F. Irland“, „G. Italien“, „H. Luxemburg“, „I. Niederlande“ und „J. Vereinigtes Königreich“.

In Anhang II werden die Teile A und B wie folgt geändert:

Teil A

— Nach der Rubrik Belgien-Frankreich wird folgende Rubrik eingefügt:

„4. *Belgien-Griechenland*

Artikel 15 Absatz 2, Artikel 35 Absatz 2 und Artikel 37 des Allgemeinen Abkommens vom 1. April 1958.“

— Nach der Rubrik Dänemark-Frankreich wird folgende Rubrik eingefügt:

„12. *Dänemark-Griechenland*

Gegenstandslos.“

— Nach der Rubrik Deutschland-Frankreich wird folgende Rubrik eingefügt:

„19. *Deutschland-Griechenland*

Artikel 5 Absatz 2 des Allgemeinen Abkommens vom 25. April 1961.“

— Nach der Rubrik Deutschland-Vereinigtes Königreich wird folgende Rubrik eingefügt:

„25. *Frankreich-Griechenland*

Artikel 16 Absatz 4 und Artikel 30 des Allgemeinen Abkommens vom 19. April 1958.“

— Nach der Rubrik Frankreich-Vereinigtes Königreich werden folgende Rubriken eingefügt:

„31. *Griechenland-Irland*

Gegenstandslos.

32. *Griechenland-Italien*

Gegenstandslos.

33. *Griechenland-Luxemburg*

Gegenstandslos.

34. *Griechenland-Niederlande*

Artikel 4 Absatz 2 des Allgemeinen Abkommens vom 13. September 1966.

35. *Griechenland-Vereinigtes Königreich*

Gegenstandslos.“

— Nach der neuen Rubrik Belgien-Griechenland werden alle derzeitigen Rubriken entsprechend umnummeriert.

Teil B

— Nach der Rubrik Belgien-Frankreich wird folgende Rubrik eingefügt:

„4. *Belgien-Griechenland*

Keine.“

— Nach der Rubrik Dänemark-Frankreich wird folgende Rubrik eingefügt:

„12. *Dänemark-Griechenland*

Gegenstandslos.“

— Nach der Rubrik Deutschland-Frankreich wird folgende Rubrik eingefügt:

„19. *Deutschland-Griechenland*

Keine.“

— Nach der Rubrik Deutschland-Vereinigtes Königreich wird folgende Rubrik eingefügt:

„25. *Frankreich-Griechenland*

Keine.“

— Nach der Rubrik Frankreich-Vereinigtes Königreich werden folgende Rubriken eingefügt:

„31. *Griechenland-Irland*

Gegenstandslos.

32. *Griechenland-Italien*

Gegenstandslos.

33. *Griechenland-Luxemburg*

Gegenstandslos.

34. *Griechenland-Niederlande*

Keine.

35. *Griechenland-Vereinigtes Königreich*

Gegenstandslos.“

— Nach der neuen Rubrik Belgien-Griechenland werden alle derzeitigen Rubriken entsprechend umnummeriert.

In Anhang III wird folgender Buchstabe eingefügt:

„E. Griechenland:

Die Rechtsvorschriften des Systems der landwirtschaftlichen Versicherung.“

Die Buchstaben „E. Irland“, „F. Italien“, „G. Luxemburg“, „H. Niederlande“ und „I. Vereinigtes Königreich“ werden „F. Irland“, „G. Italien“, „H. Luxemburg“, „I. Niederlande“ und „J. Vereinigtes Königreich“.

In Anhang V wird folgender Buchstabe eingefügt:

„E. Griechenland

1. Als Arbeitnehmer im Sinne des Artikels 1 Buchstabe a) Ziffer iii) der Verordnung gelten im Rahmen des OGA-Systems versicherte Personen, die ausschließlich eine Tätigkeit im Lohn- und Gehaltsverhältnis ausüben oder die den Rechtsvorschriften eines anderen Mitgliedstaats unterliegen oder unterlagen und daher die Eigenschaft eines Arbeitnehmers im Sinne des Artikels 1 Buchstabe a) der Verordnung besitzen oder besaßen.
2. Hinsichtlich der Gewährung von Familienbeihilfen des einzelstaatlichen Systems gelten als Arbeitnehmer im Sinne des Artikels 1 Buchstabe a) Ziffer ii) der Verordnung die in Artikel 1 Buchstabe a) Ziffern i) und iii) der Verordnung genannten Personen.
3. Ungeachtet der Bestimmungen der Nummer 1 ist Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe a) der Verordnung auf einen OGA-Versicherten anwendbar, dessen Gesundheitszustand vor Antritt der Tätigkeit, zu deren Aufnahme er in einen anderen Mitgliedstaat als Griechenland gekommen ist, eine sofortige Behandlung erfordert.
4. Artikel 10 Absatz 1 der Verordnung berührt nicht Artikel 2 Absatz 4 des Gesetzesdekrets Nr. 4577/66, wonach die Auszahlung von IKA-Renten an aus Ägypten oder der Türkei stammenden Personen griechischer Staatsangehörigkeit oder griechischen Ursprungs ruht, wenn der Berechtigte sich ohne stichhaltige Gründe länger als drei Monate im Ausland aufhält.“

Die Buchstaben „E. Irland“, „F. Italien“, „G. Luxemburg“, „H. Niederlande“ und „I. Vereinigtes Königreich“ werden „F. Irland“, „G. Italien“, „H. Luxemburg“, „I. Niederlande“ und „J. Vereinigtes Königreich“.

2. Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 (ABl. Nr. L 74 vom 27. 3. 1972, S. 1),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 2059/72 vom 26. September 1972 (ABl. Nr. L 222 vom 29. 9. 1972, S. 18),
- Verordnung (EWG) Nr. 878/73 vom 26. März 1973 (ABl. Nr. L 86 vom 31. 3. 1973, S. 1),
- Verordnung (EWG) Nr. 1392/74 vom 4. Juni 1974 (ABl. Nr. L 152 vom 8. 6. 1974, S. 1),

— Verordnung (EWG) Nr. 2639/74 vom 15. Oktober 1974 (ABl. Nr. L 283 vom 19. 10. 1974, S. 1),

— Verordnung (EWG) Nr. 1209/76 vom 30. April 1976 (ABl. Nr. L 138 vom 26. 5. 1976, S. 1),

— Verordnung (EWG) Nr. 2595/77 vom 21. November 1977 (ABl. Nr. L 302 vom 26. 11. 1977, S. 1).

Nach Artikel 8 wird folgender Artikel 8a eingefügt:

„Artikel 8a

Vorschriften für das Zusammentreffen von Ansprüchen auf Leistungen bei Krankheit, Arbeitsunfall oder Berufskrankheit nach den griechischen Rechtsvorschriften und den Rechtsvorschriften eines oder mehrerer anderer Mitgliedstaaten

Hat ein Arbeitnehmer oder einer seiner Familienangehörigen nach den griechischen Rechtsvorschriften und nach den Rechtsvorschriften eines oder mehrerer anderer Mitgliedstaaten für ein und denselben Zeitraum Anspruch auf Leistungen bei Krankheit, Arbeitsunfall oder Berufskrankheit, so werden diese Leistungen ausschließlich nach den Rechtsvorschriften zuerkannt, denen der Arbeitnehmer zuletzt unterlag.“

Nach Artikel 9 wird folgender Artikel 9a eingefügt:

„Artikel 9a

Vorschriften für das Zusammentreffen von Ansprüchen auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit

Begibt sich ein Arbeitnehmer, der nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats, denen er während seiner letzten Beschäftigung gemäß Artikel 69 der Verordnung unterlag, Anspruch auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit hat, nach Griechenland, wo er aufgrund einer früher nach griechischem Recht zurückgelegten Versicherungs- oder Beschäftigungszeit ebenfalls Anspruch auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit hat, so ruht der Anspruch auf Leistungen nach griechischem Recht während des in Artikel 69 Absatz 1 Buchstabe c) der Verordnung vorgesehenen Zeitraums.“

In Artikel 10 wird nach Absatz 1 folgender Absatz 1a eingefügt:

„1a. Hat ein den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats unterliegender Arbeitnehmer Anspruch auf Familienbeihilfen aufgrund früher nach griechischem Recht zurückgelegter Versicherungs- oder Beschäftigungszeiten, so ruht dieser Anspruch, wenn während ein und desselben Zeitraums für ein und denselben Familienangehörigen Familienleistungen oder Familienbeihilfen aufgrund der Rechtsvorschriften des er-

sten Mitgliedstaats gemäß den Artikeln 73 und 74 der Verordnung zu zahlen sind.“

In Artikel 107 wird Absatz 1 durch folgenden Unterabsatz ergänzt:

„Zur Anwendung dieser Bestimmung wird für den Umrechnungskurs für die griechische Drachme bis zu einem späteren Beschluß des Rates der Devisenmarkt von Athen zugrunde gelegt.“

In Artikel 107 Absatz 3 wird folgender Buchstabe eingefügt:

„d) für die griechische Drachme: die amtlichen Durchschnittskurse, die an jedem Arbeitstag von der Bank von Griechenland festgelegt werden;“

Die Buchstaben d), e), f) und g) werden Buchstaben e), f), g) und h).

Anhang 1 wird wie folgt ergänzt:

— Nach D. Frankreich wird folgender Buchstabe eingefügt:

„E. Griechenland

- | | |
|--|----------|
| 1. ΥΠΟΥΡΓΟΣ ΚΟΙΝΩΝΙΚΩΝ ΥΠΗΡΕΣΙΩΝ | ΑΘΗΝΑ |
| (Minister für soziale Angelegenheiten) | Athen |
| 2. ΥΠΟΥΡΓΟΣ ΕΡΓΑΣΙΑΣ | ΑΘΗΝΑ |
| (Minister für Arbeit) | Athen |
| 3. ΥΠΟΥΡΓΟΣ ΕΜΠΟΡΙΚΗΣ ΝΑΥΤΙΑΙΑΣ | ΠΕΙΡΑΙΑΣ |
| (Minister für die Handelsmarine) | Piräus“. |

— Die Buchstaben „E. Irland“, „F. Italien“, „G. Luxemburg“, „H. Niederlande“ und „I. Vereinigtes Königreich“ werden „F. Irland“, „G. Italien“, „H. Luxemburg“, „I. Niederlande“ und „J. Vereinigtes Königreich“.

Anhang 2 wird wie folgt ergänzt:

— Unter Buchstabe „C. Deutschland“ Nummer 2 Buchstabe a) Ziffer i) wird folgender siebter Gedankenstrich hinzugefügt:

„— falls die betreffende Person in Griechenland oder als griechischer Staatsangehöriger im Gebiet eines Nichtmitgliedstaats wohnt:

Landesversicherungsanstalt
Stuttgart“ Württemberg,

— Unter Buchstabe „C. Deutschland“ Nummer 2 Buchstabe b) Ziffer i) wird folgender siebter Gedankenstrich hinzugefügt:

„— falls der letzte nach den Rechtsvorschriften eines anderen Mitgliedstaats entrichtete Beitrag an einen griechischen Rentenversicherungsträger entrichtet worden ist:

Landesversicherungsanstalt
Stuttgart“ Württemberg,

— Nach Buchstabe „D. Frankreich“ wird folgender Buchstabe eingefügt:

„E. GRIECHENLAND

1. Krankheit, Mutterschaft

i) im allgemeinen:

ΙΔΡΥΜΑ ΚΟΙΝΩΝΙΚΩΝ
ΑΣΦΑΛΙΣΕΩΝ (ΙΚΑ) ΑΘΗΝΑ
(Institut für Sozialversicherung) oder die
Versicherungseinrichtung, der der Arbeit-
nehmer angehört oder angehörte Athen

ii) für Seecleute:

ΟΙΚΟΣ ΝΑΥΤΟΥ ΠΕΙΡΑΙΑΣ
(Haus der Seecleute) Piräus

iii) für die Landwirtschaft:

ΟΡΓΑΝΙΣΜΟΣ ΓΕΩΡΓΙΚΩΝ
ΑΣΦΑΛΙΣΕΩΝ (ΟΓΑ) ΑΘΗΝΑ
(Nationales Versicherungsinstitut für die
Landwirtschaft) Athen

2. Invalidität, Alter, Tod (Renten)

- | | | |
|------------------------------|--|--------------------|
| i) im allgemeinen: | ΙΔΡΥΜΑ ΚΟΙΝΩΝΙΚΩΝ
ΑΣΦΑΛΙΣΕΩΝ (ΙΚΑ)
(Institut für Sozialversicherung) oder die
Versicherungseinrichtung, der der Arbeit-
nehmer angehört oder angehörte | ΑΘΗΝΑ

Athen |
| ii) für Seeleute: | ΝΑΥΤΙΚΟΝ ΑΠΟΜΑΧΙΚΟΝ
ΤΑΜΕΙΟΝ (ΝΑΤ)
(Pensionskasse für Seeleute) | ΠΕΙΡΑΙΑΣ
Piräus |
| iii) für die Landwirtschaft: | ΟΡΓΑΝΙΣΜΟΣ ΓΕΩΡΓΙΚΩΝ
ΑΣΦΑΛΙΣΕΩΝ (ΟΓΑ)
(Nationales Versicherungsinstitut für die
Landwirtschaft) | ΑΘΗΝΑ
Athen |

3. Arbeitsunfall, Berufskrankheit

- | | | |
|------------------------------|--|--------------------|
| i) im allgemeinen: | ΙΔΡΥΜΑ ΚΟΙΝΩΝΙΚΩΝ
ΑΣΦΑΛΙΣΕΩΝ (ΙΚΑ)
(Institut für Sozialversicherung) oder die
Versicherungseinrichtung, der der Arbeit-
nehmer angehört oder angehörte | ΑΘΗΝΑ

Athen |
| ii) für Seeleute: | ΝΑΥΤΙΚΟΝ ΑΠΟΜΑΧΙΚΟΝ
ΤΑΜΕΙΟΝ (ΝΑΤ)
(Pensionskasse für Seeleute) | ΠΕΙΡΑΙΑΣ
Piräus |
| iii) für die Landwirtschaft: | ΟΡΓΑΝΙΣΜΟΣ ΓΕΩΡΓΙΚΩΝ
ΑΣΦΑΛΙΣΕΩΝ (ΟΓΑ)
(Nationales Versicherungsinstitut für die
Landwirtschaft) | ΑΘΗΝΑ
Athen |

4. Sterbegeld (Begräbniskosten)

- | | | |
|------------------------------|--|--------------------|
| i) im allgemeinen: | ΙΔΡΥΜΑ ΚΟΙΝΩΝΙΚΩΝ
ΑΣΦΑΛΙΣΕΩΝ (ΙΚΑ)
(Institut für Sozialversicherung) oder die
Versicherungseinrichtung, der der Arbeit-
nehmer angehört oder angehörte | ΑΘΗΝΑ

Athen |
| ii) für Seeleute: | ΟΙΚΟΣ ΝΑΥΤΟΥ
(Haus der Seeleute) | ΠΕΙΡΑΙΑΣ
Piräus |
| iii) für die Landwirtschaft: | ΟΡΓΑΝΙΣΜΟΣ ΓΕΩΡΓΙΚΩΝ
ΑΣΦΑΛΙΣΕΩΝ (ΟΓΑ)
(Nationales Versicherungsinstitut für die
Landwirtschaft) | ΑΘΗΝΑ
Athen |

5. Familienbeihilfen

- | | | |
|--|---|--------------------|
| i) Systeme für Arbeitnehmer im
Lohn- oder Gehaltsverhältnis
einschließlich Systeme auf be-
trieblicher Basis: | ΟΡΓΑΝΙΣΜΟΣ ΑΠΑΣΧΟΛΗΣΕΩΣ
ΕΡΓΑΤΙΚΟΥ ΔΥΝΑΜΙΚΟΥ (ΟΑΕΔ)
(Amt für Beschäftigung der Arbeits-
kräfte) | ΑΘΗΝΑ

Athen |
| ii) allgemeines System: | ΟΡΓΑΝΙΣΜΟΣ ΓΕΩΡΓΙΚΩΝ
ΑΣΦΑΛΙΣΕΩΝ (ΟΓΑ)
(Nationales Versicherungssystem für die
Landwirtschaft) | ΑΘΗΝΑ
Athen |

6. Arbeitslosigkeit

- i) im allgemeinen: ΟΡΓΑΝΙΣΜΟΣ ΑΠΑΣΧΟΛΗΣΕΩΣ
ΕΡΓΑΤΙΚΟΥ ΔΥΝΑΜΙΚΟΥ (ΟΑΕΔ) ΑΘΗΝΑ
(Amt für Beschäftigung der Arbeitskräfte) Athen
- ii) für Seeleute: ΟΙΚΟΣ ΝΑΥΤΟΥ ΠΕΙΡΑΙΑΣ
(Haus der Seeleute) Piräus
- iii) für die Arbeitnehmer im Pressebereich, für die zuständig sind:
1. ΤΑΜΕΙΟΝ ΑΣΦΑΛΙΣΕΩΣ ΕΡΓΑΤΩΝ ΤΥΠΟΥ ΑΘΗΝΑ
(Versicherungskasse der Arbeitnehmer des Pressebereichs) Athen
 2. ΤΑΜΕΙΟΝ ΣΥΝΤΑΞΕΩΣ ΠΡΟΣΩΠΙΚΟΥ ΕΦΗΜΕΡΙΔΩΝ ΑΘΗΝΩΝ — ΘΕΣΣΑΛΟΝΙΚΗΣ ΑΘΗΝΑ
(Pensionskasse des Personals der Presse von Athen und Saloniki) Athen

— Die Buchstaben „E. Irland“, „F. Italien“, „G. Luxemburg“, „H. Niederlande“ und „I. Vereinigtes Königreich“ werden „F. Irland“, „G. Italien“, „H. Luxemburg“, „I. Niederlande“ und „J. Vereinigtes Königreich“.

Anhang 3 wird wie folgt ergänzt:

— Unter Buchstabe „C. Deutschland“ wird Nummer 3 Buchstabe a) wie folgt ergänzt:

„viii) im Verhältnis zu Griechenland: Landesversicherungsanstalt Württemberg, Stuttgart“

— Nach Buchstabe „D. Frankreich“ wird folgender Buchstabe eingefügt:

„E. GRIECHENLAND

1. Arbeitslosigkeit, Familienbeihilfen: ΟΡΓΑΝΙΣΜΟΣ ΑΠΑΣΧΟΛΗΣΕΩΣ ΕΡΓΑΤΙΚΟΥ ΔΥΝΑΜΙΚΟΥ (ΟΑΕΔ) ΑΘΗΝΑ
(Amt für Beschäftigung der Arbeitskräfte) Athen
2. Sonstige Leistungen: ΙΔΡΥΜΑ ΚΟΙΝΩΝΙΚΩΝ ΑΣΦΑΛΙΣΕΩΝ (ΙΚΑ) ΑΘΗΝΑ
(Institut für Sozialversicherung) Athen
3. für Seeleute: ΝΑΥΤΙΚΟΝ ΑΠΟΜΑΧΙΚΟΝ ΤΑΜΕΙΟΝ (ΝΑΤ) ή ΟΙΚΟΣ ΝΑΥΤΟΥ κατά περίπτωση ΠΕΙΡΑΙΑΣ
(Pensionskasse für Seeleute oder Haus der Seeleute, je nach Fall) Piräus.

— Die Buchstaben „E. Irland“, „F. Italien“, „G. Luxemburg“, „H. Niederlande“ und „I. Vereinigtes Königreich“ werden „F. Irland“, „G. Italien“, „H. Luxemburg“, „I. Niederlande“ und „J. Vereinigtes Königreich“.

Anhang 4 wird wie folgt ergänzt:

— Unter Buchstabe „C. Deutschland“ wird Nummer 3 Buchstabe b) wie folgt ergänzt:

„viii) im Verhältnis zu Griechenland: Landesversicherungsanstalt Württemberg, Stuttgart“

— Nach Buchstabe „D. Frankreich“ wird folgender Buchstabe eingefügt:

„E. GRIECHENLAND

- | | | |
|---|--|--------------------|
| 1. im allgemeinen: | ΙΔΡΥΜΑ ΚΟΙΝΩΝΙΚΩΝ
ΑΣΦΑΛΙΣΕΩΝ (ΙΚΑ)
(Institut für Sozialversicherung) | ΑΘΗΝΑ
Athen |
| 2. Arbeitslosigkeit, Familienbeihilfen: | ΟΡΓΑΝΙΣΜΟΣ ΑΠΑΣΧΟΛΗΣΕΩΣ
ΕΡΓΑΤΙΚΟΥ ΔΥΝΑΜΙΚΟΥ (ΟΑΕΔ)
(Amt für Beschäftigung der Arbeitskräfte) | ΑΘΗΝΑ
Athen |
| 3. für Seeleute: | ΝΑΥΤΙΚΟΝ ΑΠΟΜΑΧΙΚΟΝ
ΤΑΜΕΙΟΝ (ΝΑΤ)
(Pensionskasse für Seeleute) | ΠΕΙΡΑΙΑΣ
Piräus |

— Die Buchstaben „E. Irland“, „F. Italien“, „G. Luxemburg“, „H. Niederlande“ und „I. Vereinigtes Königreich“ werden „F. Irland“, „G. Italien“, „H. Luxemburg“, „I. Niederlande“ und „J. Vereinigtes Königreich“.

Anhang 5 wird wie folgt ergänzt:

— Nach der Rubrik 3. Belgien-Frankreich wird folgende Rubrik eingefügt:

„4. *Belgien-Griechenland*

Keine.“

— Nach der Rubrik Dänemark-Frankreich wird folgende Rubrik eingefügt:

„12. *Dänemark-Griechenland*

Gegenstandslos.“

— Nach der Rubrik Deutschland-Frankreich wird folgende Rubrik eingefügt:

„19. *Deutschland-Griechenland*

Keine.“

— Nach der Rubrik Deutschland-Vereinigtes Königreich wird folgende Rubrik eingefügt:

„25. *Frankreich-Griechenland*

Keine.“

Anhang 6 wird wie folgt ergänzt:

— Der Buchstabe „C. Deutschland“ wird wie folgt ergänzt:

Unter Nummer 1 Buchstabe a) und unter Nummer 2 Buchstabe a) wird nach dem Wort „Frankreich“ das Wort „Griechenland“ eingefügt.

— Nach dem Buchstaben „D. Frankreich“ wird folgender Buchstabe eingefügt:

„E. GRIECHENLAND

Rentenversicherung der Arbeitnehmer im Lohn- oder Gehaltsverhältnis (Invalidität, Alter, Tod)

- | | |
|---|-------------------------------------|
| a) im Verhältnis zu Frankreich | Zahlung über die Verbindungsstellen |
| b) im Verhältnis zu Belgien, Dänemark, Deutschland, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich | unmittelbare Zahlung.“ |

— Die Buchstaben „E. Irland“, „F. Italien“, „G. Luxemburg“, „H. Niederlande“ und „I. Vereinigtes Königreich“ werden „F. Irland“, „G. Italien“, „H. Luxemburg“, „I. Niederlande“ und „J. Vereinigtes Königreich“.

— Nach der Rubrik Frankreich-Vereinigtes Königreich werden folgende Rubriken eingefügt:

„31. *Griechenland-Irland*

Gegenstandslos.

32. *Griechenland-Italien*

Gegenstandslos.

33. *Griechenland-Luxemburg*

Gegenstandslos.

34. *Griechenland-Niederlande*

Keine.

35. *Griechenland-Vereinigtes Königreich*

Gegenstandslos.“

— Nach der neuen Rubrik 4. Belgien-Griechenland sind alle derzeitigen Rubriken entsprechend umzumerieren.

Anhang 7 wird wie folgt ergänzt:

— Nach dem Buchstaben „D. Frankreich“ wird folgender Buchstabe eingefügt:

„E. GRIECHENLAND

ΤΡΑΠΕΖΑ ΤΗΣ ΕΛΛΑΔΟΣ (Bank von Griechenland)	ΑΘΗΝΑ Athen“.
--	------------------

— Die Buchstaben „E. Irland“, „F. Italien“, „G. Luxemburg“, „H. Niederlande“ und „I. Vereinigtes Königreich“ werden „F. Irland“, „G. Italien“, „H. Luxemburg“, „I. Niederlande“ und „J. Vereinigtes Königreich“.

Anhang 9 wird wie folgt ergänzt:

— Nach dem Buchstaben „D. Frankreich“ wird folgender Buchstabe eingefügt:

„E. GRIECHENLAND

Die Jahresdurchschnittskosten für Sachleistungen werden unter Berücksichtigung des von der ΙΑΡΥΜΑ ΚΟΙΝΩΝΙΚΩΝ ΑΣΦΑΛΙΣΕΩΝ (ΙΚΑ) (Institut für Sozialversicherung) verwalteten allgemeinen Systems der sozialen Sicherheit berechnet.“

— Die Buchstaben „E. Irland“, „F. Italien“, „G. Luxemburg“, „H. Niederlande“ und „I. Vereinigtes Königreich“ werden „F. Irland“, „G. Italien“, „H. Luxemburg“, „I. Niederlande“ und „J. Vereinigtes Königreich“.

Anhang 10 wird wie folgt ergänzt:

— Nach dem Buchstaben „D. Frankreich“ wird folgender Buchstabe eingefügt:

„E. GRIECHENLAND

1. Bei Anwendung des Artikels 14 Absatz 3 der Verordnung und des Artikels 11 Absatz 1 der Durchführungsverordnung

a) im allgemeinen:

ΙΑΡΥΜΑ ΚΟΙΝΩΝΙΚΩΝ ΑΣΦΑΛΙΣΕΩΝ (ΙΚΑ) (Institut für Sozialversicherung)	ΑΘΗΝΑ Athen
--	----------------

b) für Seeleute:

ΝΑΥΤΙΚΟΝ ΑΠΟΜΑΧΙΚΟΝ ΤΑΜΕΙΟΝ (ΝΑΤ) (Pensionskasse für Seeleute)	ΠΕΙΡΑΙΑΣ Piräus
--	--------------------

2. Bei Anwendung des Artikels 13 Absätze 2 und 3 und des Artikels 14 Absätze 1 und 2 der Durchführungsverordnung:

ΙΑΡΥΜΑ ΚΟΙΝΩΝΙΚΩΝ ΑΣΦΑΛΙΣΕΩΝ (ΙΚΑ) (Institut für Sozialversicherung)	ΑΘΗΝΑ Athen
--	----------------

3. Bei Anwendung des Artikels 80 Absatz 2 und des Artikels 85 Absatz 2 der Durchführungsverordnung:

ΟΡΓΑΝΙΣΜΟΣ ΑΠΑΣΧΟΛΗΣΕΩΣ ΕΡΓΑΤΙΚΟΥ ΔΥΝΑΜΙΚΟΥ (ΟΑΕΔ) (Amt für Beschäftigung der Arbeitskräfte)	ΑΘΗΝΑ Athen
--	----------------

4. Bei Anwendung des Artikels 81 der Durchführungsverordnung:

ΙΑΡΥΜΑ ΚΟΙΝΩΝΙΚΩΝ ΑΣΦΑΛΙΣΕΩΝ (ΙΚΑ) (Institut für Sozialversicherung)	ΑΘΗΝΑ Athen
--	----------------

5. Bei Anwendung des Artikels 102 Absatz 2 und des Artikels 110 der Durchführungsverordnung
- | | | |
|---|---|--------------------|
| a) Familienbeihilfen, Arbeitslosigkeit: | ΟΡΓΑΝΙΣΜΟΣ ΑΠΑΣΧΟΛΗΣΕΩΣ ΕΡΓΑΤΙΚΟΥ ΔΥΝΑΜΙΚΟΥ (ΟΑΕΔ)
(Amt für Beschäftigung der Arbeitskräfte) | ΑΘΗΝΑ
Athen |
| b) für Seeleute: | ΝΑΥΤΙΚΟΝ ΑΠΟΜΑΧΙΚΟΝ ΤΑΜΕΙΟΝ (ΝΑΤ)
(Pensionskasse der Seeleute) | ΠΕΙΡΑΙΑΣ
Piräus |
| c) sonstige Leistungen: | ΙΔΡΥΜΑ ΚΟΙΝΩΝΙΚΩΝ ΑΣΦΑΛΙΣΕΩΝ (ΙΚΑ)
(Institut für Sozialversicherung) | ΑΘΗΝΑ
Athen |
6. Bei Anwendung des Artikels 82 Absatz 2 der Durchführungsverordnung:
- | | | |
|--|---|----------------|
| | ΟΡΓΑΝΙΣΜΟΣ ΑΠΑΣΧΟΛΗΣΕΩΣ ΕΡΓΑΤΙΚΟΥ ΔΥΝΑΜΙΚΟΥ (ΟΑΕΔ)
(Amt für Beschäftigung der Arbeitskräfte) | ΑΘΗΝΑ
Athen |
|--|---|----------------|
7. Bei Anwendung des Artikels 113 Absatz 2 der Durchführungsverordnung
- | | | |
|-------------------------|---|--------------------|
| a) für Seeleute: | ΝΑΥΤΙΚΟΝ ΑΠΟΜΑΧΙΚΟΝ ΤΑΜΕΙΟΝ (ΝΑΤ)
(Pensionskasse für Seeleute) | ΠΕΙΡΑΙΑΣ
Piräus |
| b) sonstige Leistungen: | ΙΔΡΥΜΑ ΚΟΙΝΩΝΙΚΩΝ ΑΣΦΑΛΙΣΕΩΝ (ΙΚΑ)
(Institut für Sozialversicherung) | ΑΘΗΝΑ
Athen“. |

— Die Buchstaben „E. Irland“, „F. Italien“, „G. Luxemburg“, „H. Niederlande“ und „I. Vereinigtes Königreich“ werden „F. Irland“, „G. Italien“, „H. Luxemburg“, „I. Niederlande“ und „J. Vereinigtes Königreich“.

3. Verordnung (EWG) Nr. 337/75 des Rates vom 10. Februar 1975 (ABl. Nr. L 39 vom 13. 2. 1975, S. 1).
In Artikel 4 Absatz 1 wird die Zahl „30“ durch die Zahl „33“ ersetzt.
Unter den Buchstaben a), b) und c) desselben Absatzes wird das Wort „neun“ durch das Wort „zehn“ ersetzt.
4. Richtlinie 68/360/EWG des Rates vom 15. Oktober 1968 (ABl. Nr. L 257 vom 19. 10. 1968, S. 13),
in der Fassung der Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).
Die Anmerkung in der Anlage erhält folgende Fassung:
„(1) Je nach Ausstellungsland: belgischen, dänischen, deutschen, französischen, griechischen, irischen, italienischen, luxemburgischen, niederländischen, des Vereinigten Königreichs.“
5. Beschluß des Rates vom 25. August 1960 (ABl. Nr. 56 vom 31. 8. 1960, S. 1201/60),
geändert durch:
- Beschluß 68/188/EWG vom 9. April 1968 (ABl. Nr. L 91 vom 12. 4. 1968, S. 25),
— Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).
In Artikel 2 wird das Wort „vierundfünfzig“ durch das Wort „sechzig“ ersetzt.
In Artikel 4 wird das Wort „neun“ durch das Wort „zehn“ ersetzt.
6. Beschluß 63/688/EWG des Rates vom 18. Dezember 1963 (ABl. Nr. 190 vom 30. 12. 1963, S. 3090/63),
geändert durch:
— Beschluß 68/189/EWG vom 9. April 1968 (ABl. Nr. L 91 vom 12. 4. 1968, S. 26),
— Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).
In Artikel 1 wird die Zahl „54“ durch die Zahl „60“ ersetzt.
7. Beschluß 74/325/EWG des Rates vom 27. Juni 1974 (ABl. Nr. L 185 vom 9. 7. 1974, S. 15).
In Artikel 4 Absatz 1 wird die Zahl „54“ durch die Zahl „60“ ersetzt.

8. Beschluß der im besonderen Ministerrat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 9. Juli 1957 (ABl. Nr. 28 vom 31. 8. 1957, S. 487/57),

geändert durch:

- Beschluß der im besonderen Ministerrat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 11. März 1965 (ABl. Nr. 46 vom 22. 3. 1965, S. 698/65),
- Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).

In Artikel 3 Absatz 1 wird die Zahl „36“ durch die Zahl „40“ ersetzt.

In Artikel 13 Absatz 3 wird das Wort „sechs“ durch das Wort „sieben“ ersetzt.

In Artikel 18 Absatz 1 wird das Wort „vierundzwanzig“ durch das Wort „siebenundzwanzig“ ersetzt.

In Artikel 18 Absatz 2 wird das Wort „neunzehn“ durch das Wort „einundzwanzig“ ersetzt.

9. Richtlinie 77/576/EWG des Rates vom 25. Juli 1977 (ABl. Nr. L 229 vom 7. 9. 1977, S. 12).

In Artikel 6 Absatz 2 wird das Wort „einundvierzig“ durch das Wort „fünfundvierzig“ ersetzt.

X. ANGLEICHUNG DER RECHTSVORSCHRIFTEN

a) Technische Handelshemmnisse (Industrierzeugnisse)

1. In den angegebenen Artikeln der nachstehenden Rechtsakte wird die Zahl „41“ oder das Wort „einundvierzig“ durch das Wort „fünfundvierzig“ ersetzt.

a) Richtlinie 70/156/EWG des Rates vom 6. Februar 1970 (ABl. Nr. L 42 vom 23. 2. 1970, S. 1):

Artikel 13 Absatz 2.

b) Richtlinie 74/150/EWG des Rates vom 14. März 1974 (ABl. Nr. L 84 vom 28. 3. 1974, S. 10):

Artikel 13 Absatz 2.

c) Richtlinie 71/316/EWG des Rates vom 26. Juli 1971 (ABl. Nr. L 202 vom 6. 9. 1971, S. 1):

Artikel 19 Absatz 2.

d) Richtlinie 67/548/EWG des Rates vom 27. Juni 1967 (ABl. Nr. L 196 vom 16. 8. 1967, S. 1),

insbesondere geändert durch:

Richtlinie 73/146/EWG vom 21. Mai 1973 (ABl. Nr. L 167 vom 25. 6. 1973, S. 1):

Artikel 8c Absatz 2.

e) Richtlinie 76/116/EWG des Rates vom 18. Dezember 1975 (ABl. Nr. L 24 vom 30. 1. 1976, S. 21):

Artikel 11 Absatz 2.

f) Richtlinie 72/276/EWG des Rates vom 17. Juli 1972 (ABl. Nr. L 173 vom 31. 7. 1972, S. 1):

Artikel 6 Absatz 2.

g) Richtlinie 76/117/EWG des Rates vom 18. Dezember 1975 (ABl. Nr. L 24 vom 30. 1. 1976, S. 45):

Artikel 7 Absatz 2.

h) Richtlinie 76/889/EWG des Rates vom 4. November 1976 (ABl. Nr. L 336 vom 4. 12. 1976, S. 1):

Artikel 8 Absatz 2.

i) Richtlinie 73/361/EWG des Rates vom 19. November 1973 (ABl. Nr. L 335 vom 5. 12. 1973, S. 51):

Artikel 5 Absatz 2.

j) Richtlinie 75/324/EWG des Rates vom 20. Mai 1975 (ABl. Nr. L 147 vom 9. 6. 1975, S. 40):

Artikel 7 Absatz 2.

k) Richtlinie 76/767/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 (ABl. Nr. L 262 vom 27. 9. 1976, S. 153):

Artikel 20 Absatz 2.

l) Richtlinie 76/768/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 (ABl. Nr. L 262 vom 27. 9. 1976, S. 169):

Artikel 10 Absatz 2.

m) Richtlinie 79/113/EWG des Rates vom 19. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 33 vom 8. 2. 1979, S. 15):

Artikel 5 Absatz 2.

2. Richtlinie 70/156/EWG des Rates vom 6. Februar 1970 (ABl. Nr. L 42 vom 23. 2. 1970, S. 1), in der Fassung der Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).

Artikel 2 Buchstabe a) wird durch folgenden Gedankenstrich ergänzt:

„— *ἔγκριση τύπου*, im griechischen Recht“.

3. Richtlinie 70/388/EWG des Rates vom 27. Juli 1970 (ABl. Nr. L 176 vom 10. 8. 1970, S. 12), in der Fassung der Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).

- In Anhang I Nummer 1.4.1 wird innerhalb der runden Klammern folgende Angabe hinzugefügt:
„E für Griechenland“.
4. Richtlinie 71/127/EWG des Rates vom 1. März 1971 (ABl. Nr. L 68 vom 22. 3. 1971, S. 1),
in der Fassung der Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).
In Anhang I Nummer 2.6.1 wird innerhalb der runden Klammern folgende Angabe hinzugefügt:
„E für Griechenland“.
5. Richtlinie 76/114/EWG des Rates vom 18. Dezember 1975 (ABl. Nr. L 24 vom 30. 1. 1976, S. 1).
In Anhang I wird innerhalb der runden Klammern folgende Angabe hinzugefügt:
„E für Griechenland“.
6. Richtlinie 76/757/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 (ABl. Nr. L 262 vom 27. 9. 1976, S. 32).
In Anhang III Nummer 4.2 wird nach Angabe „IRL für Irland“ die Angabe „E für Griechenland“ hinzugefügt.
7. Richtlinie 76/758/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 (ABl. Nr. L 262 vom 27. 9. 1976, S. 54).
In Anhang III Nummer 4.2 wird nach der Angabe „IRL für Irland“ die Angabe „E für Griechenland“ hinzugefügt.
8. Richtlinie 76/759/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 (ABl. Nr. L 262 vom 27. 9. 1976, S. 71).
In Anhang III Nummer 4.2 wird nach der Angabe „IRL für Irland“ die Angabe „E für Griechenland“ hinzugefügt.
9. Richtlinie 76/760/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 (ABl. Nr. L 262 vom 27. 9. 1976, S. 85).
In Anhang I Nummer 4.2 wird nach der Angabe „IRL für Irland“ die Angabe „E für Griechenland“ hinzugefügt.
10. Richtlinie 76/761/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 (ABl. Nr. L 262 vom 27. 9. 1976, S. 96).
In Anhang VI Nummer 4.2 wird nach der Angabe „IRL für Irland“ die Angabe „E für Griechenland“ hinzugefügt.
11. Richtlinie 76/762/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 (ABl. Nr. L 262 vom 27. 9. 1976, S. 122).
In Anhang II Nummer 4.2 wird nach der Angabe „IRL für Irland“ die Angabe „E für Griechenland“ hinzugefügt.
12. Richtlinie 74/150/EWG des Rates vom 4. März 1974 (ABl. Nr. L 84 vom 28. 3. 1974, S. 10).
Artikel 2 Buchstabe a) wird durch folgenden Gedankenstrich ergänzt:
„— έγκριση τύπου, im griechischen Recht“.
13. Richtlinie 71/316/EWG des Rates vom 26. Juli 1971 (ABl. Nr. L 202 vom 6. 9. 1971, S. 1),
in der Fassung der Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).
In Anhang I Nummer 3.1 erster Gedankenstrich und in Anhang II Nummer 3.1.1.1 Buchstabe a) erster Gedankenstrich wird jeweils innerhalb der runden Klammern die Angabe „E für Griechenland“ hinzugefügt.
14. Richtlinie 71/348/EWG des Rates vom 12. Oktober 1971 (ABl. Nr. L 239 vom 25. 10. 1971, S. 9),
in der Fassung der Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).
Im Anhang werden in Kapitel IV Nummer 4.8.1 nach der Angabe „1 Pfennig“ die Worte „10 λεπτά“ hinzugefügt.
15. Richtlinie 71/347/EWG des Rates vom 12. Oktober 1971 (ABl. Nr. L 239 vom 25. 10. 1971, S. 1),
in der Fassung der Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).
In Artikel 1 Buchstabe a) werden innerhalb der runden Klammern folgende Worte hinzugefügt:
„βάρος εκατολίτρου ΕΟΚ“.
16. Richtlinie 69/493/EWG des Rates vom 15. Dezember 1969 (ABl. Nr. L 326 vom 29. 12. 1969, S. 36),
in der Fassung der Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).
In Anhang I wird in Spalte B folgendes hinzugefügt:
— zu Nummer 1 die Worte:
„κρύσταλλα ύψηλης περιεκτικότητας σέ μόλυβδο 30%“,
— zu Nummer 2 die Worte:
„μολυβδοϋχα κρύσταλλα 25%“,
— zu Nummer 3 die Worte:
„ύαλοκρύσταλλα“,
— zu Nummer 4 die Worte:
„ύαλοκρύσταλλα“.
17. Richtlinie 71/307/EWG des Rates vom 26. Juli 1971 (ABl. Nr. L 185 vom 16. 8. 1971, S. 16),
in der Fassung der Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).

Artikel 5 Absatz 1 wird durch folgenden Gedankenstrich ergänzt:

„— παρθένο μάλλι“.

18. Richtlinie 76/767/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 (ABl. Nr. L 262 vom 27. 9. 1976, S. 153).

In Anhang I Nummer 3.1 erster Gedankenstrich und in Anhang II Nummer 3.1.1.1.1 erster Gedankenstrich wird innerhalb der runden Klammern die Angabe „E für Griechenland“ hinzugefügt.

19. Richtlinie 77/541/EWG des Rates vom 28. Juni 1977 (ABl. Nr. L 220 vom 29. 8. 1977, S. 95).

In Anhang III Nummer 1.1.1 wird nach der Angabe „IRL für Irland“ die Angabe „E für Griechenland“ hinzugefügt.

20. Richtlinie 77/538/EWG des Rates vom 28. Juni 1977 (ABl. Nr. L 220 vom 29. 8. 1977, S. 60).

In Anhang II Nummer 4.2 wird nach der Angabe „IRL für Irland“ die Angabe „E für Griechenland“ hinzugefügt.

21. Richtlinie 77/540/EWG des Rates vom 28. Juni 1977 (ABl. Nr. L 220 vom 29. 8. 1977, S. 83).

In Anhang IV Nummer 4.2 wird nach der Angabe „IRL für Irland“ die Angabe „E für Griechenland“ hinzugefügt.

22. Richtlinie 77/539/EWG des Rates vom 28. Juni 1977 (ABl. Nr. L 220 vom 29. 8. 1977, S. 72).

In Anhang II Nummer 4.2 wird nach der Angabe „IRL für Irland“ die Angabe „E für Griechenland“ hinzugefügt.

23. Richtlinie 78/932/EWG des Rates vom 16. Oktober 1978 (ABl. Nr. L 325 vom 20. 11. 1978, S. 1).

In Anhang VI Nummer 1.1.1 wird nach der Angabe „IRL für Irland“ die Angabe „E für Griechenland“ hinzugefügt.

24. Richtlinie 77/536/EWG des Rates vom 28. Juni 1977 (ABl. Nr. L 220 vom 29. 8. 1977, S. 1).

In Anhang VI wird nach der Angabe „IRL für Irland“ die Angabe „E für Griechenland“ hinzugefügt.

25. Richtlinie 78/764/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 (ABl. Nr. L 255 vom 18. 9. 1978, S. 1).

In Anhang II Nummer 3.5.2.1 wird nach der Angabe „IRL für Irland“ die Angabe „E für Griechenland“ hinzugefügt.

26. Richtlinie 78/1015/EWG des Rates vom 23. November 1978 (ABl. Nr. L 349 vom 13. 12. 1978, S. 21).

In Artikel 2 wird folgender letzter Gedankenstrich hinzugefügt:

„— έγκριση τύπου, im griechischen Recht“.

b) Lebensmittel

1. In den folgenden Rechtsakten und in den angegebenen Artikeln wird die Zahl „41“ oder das Wort „einundvierzig“ durch das Wort „fünfundvierzig“ ersetzt.

- a) Richtlinie des Rates vom 23. Oktober 1962 (ABl. Nr. 115 vom 11. 11. 1962, S. 2645/62),

insbesondere geändert durch die Richtlinie 70/358/EWG vom 13. Juli 1970 (ABl. Nr. L 157 vom 18. 7. 1970, S. 36):

Artikel 11a Absatz 2.

- b) Richtlinie 64/54/EWG des Rates vom 5. November 1963 (ABl. Nr. 9 vom 27. 1. 1964, S. 161/64),

insbesondere geändert durch die Richtlinie Nr. 70/359/EWG vom 13. Juli 1970 (ABl. Nr. L 157 vom 18. 7. 1970, S. 38):

Artikel 8a Absatz 2.

- c) Richtlinie 70/357/EWG des Rates vom 13. Juli 1970 (ABl. Nr. L 157 vom 18. 7. 1970, S. 31):

Artikel 6 Absatz 2.

- d) Richtlinie 74/329/EWG des Rates vom 18. Juni 1974 (ABl. Nr. L 189 vom 12. 7. 1974, S. 1):

Artikel 10 Absatz 2.

- e) Richtlinie 73/437/EWG des Rates vom 11. Dezember 1973 (ABl. Nr. L 356 vom 27. 12. 1973, S. 71):

Artikel 12 Absatz 2.

- f) Richtlinie 74/409/EWG des Rates vom 22. Juli 1974 (ABl. Nr. L 221 vom 12. 8. 1974, S. 10):

Artikel 10 Absatz 2.

- g) Richtlinie 73/241/EWG des Rates vom 24. Juli 1973 (ABl. Nr. L 228 vom 16. 8. 1973, S. 23):

Artikel 12 Absatz 2.

- h) Richtlinie 76/118/EWG des Rates vom 18. Dezember 1975 (ABl. Nr. L 24 vom 30. 1. 1976, S. 49):

Artikel 12 Absatz 2.

- i) Richtlinie 76/621/EWG des Rates vom 20. Juli 1976 (ABl. Nr. L 202 vom 28. 7. 1976, S. 35):

Artikel 5 Absatz 2.

- j) Richtlinie 75/726/EWG des Rates vom 17. November 1975 (ABl. Nr. L 311 vom 1. 12. 1975, S. 40):

Artikel 14 Absatz 2.

- k) Richtlinie 77/94/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977, S. 55):

Artikel 9 Absatz 2.

- l) Richtlinie 79/112/EWG des Rates vom 18. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 33 vom 8. 2. 1979, S. 1):

Artikel 17 Absatz 2.

- m) Richtlinie 77/346/EWG des Rates vom 27. Juni 1977 (ABl. Nr. L 172 vom 12. 7. 1977, S. 20):

Artikel 9 Absatz 2.

2. Richtlinie 76/893/EWG des Rates vom 23. November 1976 (ABl. Nr. L 340 vom 9. 12. 1976, S. 19).

In Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a) wird folgender letzter Gedankenstrich hinzugefügt:

„— κατάλληλο για τρόφιμα“.

c) Öffentliche Aufträge

Richtlinie 77/62/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 13 vom 15. 1. 1977, S. 1).

In Anhang I wird folgendes hinzugefügt:

„Griechenland:

die übrigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts, deren öffentliche Lieferaufträge der staatlichen Kontrolle unterliegen.“

d) Arzneispezialitäten

Richtlinie 78/25/EWG des Rates vom 12. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 11 vom 14. 1. 1978, S. 18).

In Artikel 6 Absatz 2 Satz 3 wird das Wort „einundvierzig“ durch das Wort „fünfundvierzig“ ersetzt.

XI. ENERGIE

Entscheidung 72/443/EGKS der Kommission vom 22. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 297 vom 30. 12. 1972, S. 45).

In Artikel 3 Absatz 1 wird folgender Buchstabe hinzugefügt:

„i) Griechenland“.

XII. REGIONALPOLITIK

1. Verordnung (EWG) Nr. 724/75 des Rates vom 18. März 1975 (ABl. Nr. L 73 vom 21. 3. 1975, S. 1),
in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 214/79 vom 6. Februar 1979 (ABl. Nr. L 35 vom 9. 2. 1979, S. 1).

In Artikel 16 Absatz 2 wird das Wort „einundvierzig“ durch das Wort „fünfundvierzig“ ersetzt.

2. Verordnung (EWG) Nr. 2364/75 der Kommission vom 15. September 1975 (ABl. Nr. L 243 vom 17. 9. 1975, S. 9).

In Artikel 2 wird folgendes hinzugefügt:

„Griechenland:

der vom Νομοματική Επιτροπή festgelegte Bezugssatz;“.

3. Geschäftsordnung des Ausschusses für Regionalpolitik (ABl. Nr. L 320 vom 11. 12. 1975, S. 17).

In Artikel 3 Absätze 2 und 3 wird das Wort „elf“ jeweils durch das Wort „zwölf“ ersetzt.

XIII. UMWELTFRAGEN UND VERBRAUCHERSCHUTZ

1. In den folgenden Rechtsakten wird in den angegebenen Artikeln die Zahl „41“ oder das Wort „einundvierzig“ jeweils durch das Wort „fünfundvierzig“ ersetzt.

- a) Richtlinie 76/160/EWG des Rates vom 8. Dezember 1975 (ABl. Nr. L 31 vom 5. 2. 1976, S. 1):

Artikel 11 Absatz 2.

- b) Entscheidung 77/795/EWG des Rates vom 12. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 334 vom 24. 12. 1977, S. 29):

Artikel 8 Absatz 2.

- c) Richtlinie 78/319/EWG des Rates vom 20. März 1978 (ABl. Nr. L 84 vom 31. 3. 1978, S. 43):

Artikel 19 Absatz 2.

- d) Richtlinie 78/659/EWG des Rates vom 18. Juli 1978 (ABl. Nr. L 222 vom 14. 8. 1978, S. 1):
Artikel 14 Absatz 2.
— das Wort „dreißig“ durch das Wort „dreiunddreißig“ ersetzt;
— unter den Buchstaben a), b) und c) das Wort „neun“ durch das Wort „zehn“ ersetzt.
- e) Entschließung des Rates vom 15. Juli 1975 (ABl. Nr. C 168 vom 25. 7. 1975, S. 5):
Nummer 2.
- f) Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 (ABl. Nr. L 103 vom 25. 4. 1979, S. 1):
Artikel 17 Absatz 2.
2. Verordnung (EWG) Nr. 1365/75 des Rates vom 26. Mai 1975 (ABl. Nr. L 139 vom 30. 5. 1975, S. 1).
In Artikel 6 Absatz 1 wird
3. Beschluß 76/431/EWG der Kommission vom 21. April 1976 (ABl. Nr. L 115 vom 1. 5. 1976, S. 73).
In Artikel 3 Absatz 1 wird das Wort „zwanzig“ durch das Wort „zweiundzwanzig“ ersetzt.
4. Beschluß 78/618/EWG der Kommission vom 28. Juni 1978 (ABl. Nr. L 198 vom 22. 7. 1978, S. 17).
In Artikel 3 wird die Zahl „22“ durch die Zahl „24“ und die Zahl „18“ durch die Zahl „20“ ersetzt.

XIV. STATISTIK

1. Verordnung (EWG) Nr. 1445/72 des Rates vom 24. April 1972 (ABl. Nr. L 161 vom 17. 7. 1972, S. 1).
In Artikel 5 Absatz 2 wird das Wort „zwölf“ durch das Wort „fünfundvierzig“ ersetzt.
2. Verordnung (EWG) Nr. 546/77 der Kommission vom 16. März 1977 (ABl. Nr. L 70 vom 17. 3. 1977, S. 13).
In Artikel 1 werden folgende Worte hinzugefügt:
„Griechenland:
Προσωρινή εισαγωγή προς επεξεργασία“.
In Artikel 2 werden folgende Worte hinzugefügt:
„Griechenland:
Προσωρινή εισαγωγή προς επεξεργασία“.
3. Verordnung (EWG) Nr. 2843/78 der Kommission vom 1. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 339 vom 5. 12. 1978, S. 5).
Im Anhang wird
— unter den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft „009 Griechenland“ hinzugefügt;
— unter den übrigen Ländern Europas die Angabe „050 Griechenland“ gestrichen.
4. Richtlinie 64/475/EWG des Rates vom 30. Juli 1964 (ABl. Nr. 131 vom 13. 8. 1964, S. 2193/64),
in der Fassung der Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).
In Artikel 1 wird nach „... im Jahre 1974“ folgendes angefügt:
„sowie im Falle Griechenlands die erste Erhebung für das Jahr seines Beitritts in dem auf das Jahr seines Beitritts folgenden Jahr“.
5. Richtlinie 72/211/EWG des Rates vom 30. Mai 1972 (ABl. Nr. L 128 vom 3. 6. 1972, S. 28).
In Artikel 1 wird folgender Absatz angefügt:
„Im Falle Griechenlands ist der in Absatz 1 festgesetzte Termin das Ende des Jahres seines Beitritts.“
6. Richtlinie 72/221/EWG des Rates vom 6. Juni 1972 (ABl. Nr. L 133 vom 10. 6. 1972, S. 57).
In Artikel 1 wird folgender Absatz angefügt:
„Im Falle Griechenlands werden diese Daten erstmals im Jahr seines Beitritts über das Vorjahr erhoben.“
In Artikel 4 wird Absatz 1 durch folgende Bestimmung ergänzt:
„... Tatbestände ein; im Falle Griechenlands werden Daten über sämtliche im Anhang aufgeführten Tatbestände ab der Erhebung eingeholt, die in dem auf das Jahr seines Beitritts folgenden Jahr über das Jahr seines Beitritts durchgeführt wurde“.

7. Richtlinie 78/166/EWG des Rates vom 13. Februar 1978 (ABl. Nr. L 52 vom 23. 2. 1978, S. 17).

In Artikel 4 Absatz 1 wird folgender Unterabsatz hinzugefügt:

„Hinsichtlich Griechenlands sind die Daten erstmals spätestens im Laufe des vierten Vierteljah-

res nach seinem Beitritt zu erfassen und beziehen sich auf den vorhergehenden Monat oder auf das vorhergehende Vierteljahr.“

In Artikel 4 Absatz 3 wird folgender Unterabsatz hinzugefügt:

„Im Falle Griechenlands beginnt die in Unterabsatz 1 genannte Frist am Tage seines Beitritts.“

XV. EURATOM

Satzung der Euratom-Versorgungsagentur (Beschluß des Rates vom 6. November 1958) (ABl. Nr. 27 vom 6. 12. 1958, S. 534/58),

in der Fassung des Beschlusses 73/45/Euratom des Rates vom 8. März 1973 (ABl. Nr. L 83 vom 30. 3. 1973, S. 20).

Artikel V Absätze 1 und 2 der Satzung der Euratom-Versorgungsagentur erhält folgende Fassung:

„(1) Das Kapital der Agentur beträgt 3 392 000 EWA-Rechnungseinheiten.

(2) Das Kapital wird nach folgendem Schlüssel verteilt:

— Belgien:	5,66 %,
— Dänemark:	2,83 %,
— Deutschland:	19,81 %,
— Griechenland:	5,66 %,
— Frankreich:	19,81 %,
— Irland:	0,94 %,
— Italien:	19,81 %,

— Niederlande:	5,66 %,
— Vereinigtes Königreich:	19,81 %.“

Artikel X Absätze 1 und 2 der Satzung der Agentur erhält folgende Fassung:

„(1) Es wird ein aus sechsunddreißig Mitgliedern bestehender Beirat der Agentur eingesetzt.

(2) Die Sitze werden wie folgt auf Angehörige der Mitgliedstaaten verteilt:

— Belgien:	3 Mitglieder,
— Dänemark:	2 Mitglieder,
— Deutschland:	6 Mitglieder,
— Griechenland:	3 Mitglieder,
— Frankreich:	6 Mitglieder,
— Irland:	1 Mitglied,
— Italien:	6 Mitglieder,
— Niederlande:	3 Mitglieder,
— Vereinigtes Königreich:	6 Mitglieder.“

XVI. VERSCHIEDENES

1. Verordnung Nr. 1 des Rates vom 15. April 1958 (ABl. Nr. 17 vom 6. 10. 1958, S. 385/58),

in der Fassung der Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).

Artikel 1 erhält folgende Fassung:

„Die Amtssprachen und die Arbeitssprachen der Organe der Gemeinschaft sind Dänisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Griechisch, Italienisch und Niederländisch.“

In Artikel 4 wird das Wort „sechs“ durch das Wort „sieben“ ersetzt.

In Artikel 5 wird das Wort „sechs“ durch das Wort „sieben“ ersetzt.

2. Beschluß 78/671/EGKS des Rates vom 2. August 1978 (ABl. Nr. L 226 vom 17. 8. 1978, S. 20).

Im Anhang wird

— in der ersten Tabelle (Erzeugerorganisationen) in den drei Spalten „Ελλάς/Σύνδεσμος Έλλήνων Βιομηχάνων/1“ hinzugefügt und in der dritten Spalte die Gesamtzahl auf 28 erhöht;

— in der zweiten Tabelle (Arbeitnehmerorganisationen) in den drei Spalten „Έλλάς/Γενική Συνομοσπονδία Έργατών Έλλάδος/1“ hinzugefügt und in der dritten Spalte die Gesamtzahl auf 28 erhöht.

ANHANG II

Liste zu Artikel 22 der Beitrittsakte

I. LANDWIRTSCHAFT

Erster Teil

SPRACHLICHE ANPASSUNGEN

In den genannten Artikeln oder Anhängen der nachstehenden Rechtsakte werden die Angaben in den Sprachen der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung durch die jeweilige Angabe in griechischer Sprache ergänzt.

A. GEMEINSAME MARKTORGANISATIONEN

a) Obst und Gemüse

Verordnung (EWG) Nr. 2498/75 der Kommission vom 30. September 1975 (ABl. Nr. L 254 vom 1. 10. 1975):

Artikel 3 Absatz 2 Unterabsatz 3.

b) Fette

1. Verordnung (EWG) Nr. 1204/72 der Kommission vom 7. Juni 1972 (ABl. Nr. L 133 vom 10. 6. 1972),

zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2980/78 vom 18. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 355 vom 19. 12. 1978):

— Artikel 27 Absatz 2 Unterabsatz 1,

— Artikel 27 Absatz 2 Unterabsatz 2 Buchstabe b).

2. Verordnung (EWG) Nr. 2960/77 der Kommission vom 23. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 348 vom 30. 12. 1977):

Artikel 16 Absatz 2.

3. Verordnung (EWG) Nr. 3136/78 der Kommission vom 28. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1978),

zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 308/79 vom 16. Februar 1979 (ABl. Nr. L 42 vom 17. 2. 1979):

Artikel 4 Absatz 1.

c) Milch und Milcherzeugnisse

1. Verordnung (EWG) Nr. 1053/68 der Kommission vom 23. Juli 1968 (ABl. Nr. L 179 vom 25. 7. 1968):

Anhänge.

2. Verordnung (EWG) Nr. 1324/68 der Kommission vom 29. August 1968 (ABl. Nr. L 215 vom 30. 8. 1968):

Anhang II.

3. Verordnung (EWG) Nr. 685/69 der Kommission vom 14. April 1969 (ABl. Nr. L 90 vom 15. 4. 1969):

Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe b).

4. Verordnung (EWG) Nr. 1579/70 der Kommission vom 4. August 1970 (ABl. Nr. L 172 vom 5. 8. 1970):

Anhänge II und III.

5. Verordnung (EWG) Nr. 990/72 der Kommission vom 15. Mai 1972 (ABl. Nr. L 115 vom 17. 5. 1972):

Artikel 7 Absatz 2.

6. Verordnung (EWG) Nr. 1282/72 der Kommission vom 21. Juni 1972 (ABl. Nr. L 142 vom 22. 6. 1972):

Artikel 4 Absatz 2.

7. Verordnung (EWG) Nr. 1717/72 der Kommission vom 8. August 1972 (ABl. Nr. L 181 vom 17. 8. 1972):

Artikel 5 Absatz 3.

8. Verordnung (EWG) Nr. 2074/73 der Kommission vom 31. Juli 1973 (ABl. Nr. L 211 vom 1. 8. 1973):

Anhang.

9. Verordnung (EWG) Nr. 1624/76 der Kommission vom 2. Juli 1976 (ABl. Nr. L 180 vom 6. 7. 1976):

Artikel 2 Absatz 2 Unterabsatz 2.

10. Verordnung (EWG) Nr. 303/77 der Kommission vom 14. Februar 1977 (ABl. Nr. L 43 vom 15. 2. 1977):

Artikel 19 Absatz 4 Buchstaben a) und b).

11. Verordnung (EWG) Nr. 368/77 der Kommission vom 23. Februar 1977 (ABl. Nr. L 52 vom 24. 2. 1977):
Artikel 15 Absatz 1.
12. Verordnung (EWG) Nr. 443/77 der Kommission vom 2. März 1977 (ABl. Nr. L 58 vom 3. 3. 1977):
Artikel 7 Absatz 1.
13. Verordnung (EWG) Nr. 649/78 der Kommission vom 31. März 1978 (ABl. Nr. L 86 vom 1. 4. 1978):
— Artikel 5 Absatz 1 dritter Gedankenstrich,
— Artikel 9 Absätze 2 und 3.
14. Verordnung (EWG) Nr. 262/79 der Kommission vom 12. Februar 1979 (ABl. Nr. L 41 vom 16. 2. 1979):
— Artikel 6 Absatz 2,
— Artikel 20.

d) Rindfleisch

1. Verordnung (EWG) Nr. 162/74 der Kommission vom 18. Januar 1974 (ABl. Nr. L 19 vom 23. 1. 1974):
Anhang I.
2. Verordnung (EWG) Nr. 2035/74 der Kommission vom 31. Juli 1974 (ABl. Nr. L 210 vom 1. 8. 1974),
geändert durch:
— Verordnung (EWG) Nr. 1687/76 vom 30. Juni 1976 (ABl. Nr. L 190 vom 14. 7. 1976),
— Verordnung (EWG) Nr. 2333/76 vom 27. September 1976 (ABl. Nr. L 264 vom 28. 9. 1976),
— Verordnung (EWG) Nr. 337/78 vom 17. Februar 1978 (ABl. Nr. L 47 vom 18. 2. 1978):
Artikel 1 Absatz 5.
3. Verordnung (EWG) Nr. 84/79 der Kommission vom 17. Januar 1979 (ABl. Nr. L 13 vom 19. 1. 1979):
Anhang.
4. Verordnung (EWG) Nr. 2036/74 der Kommission vom 31. Juli 1974 (ABl. Nr. L 210 vom 1. 8. 1974):
Anhang.

e) Tabak

1. Verordnung (EWG) Nr. 1726/70 der Kommission vom 25. August 1970 (ABl. Nr. L 191 vom 27. 8. 1970),

zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1075/78 vom 23. Mai 1978 (ABl. Nr. L 136 vom 24. 5. 1978):

- Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a),
- Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b),
- Artikel 5.

2. Verordnung (EWG) Nr. 2603/71 der Kommission vom 6. Dezember 1971 (ABl. Nr. L 269 vom 8. 12. 1971),

zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 773/75 vom 24. März 1975 (ABl. Nr. L 77 vom 26. 3. 1975):

Artikel 3 Absatz 2.

f) Hopfen

1. Verordnung (EWG) Nr. 1517/77 der Kommission vom 6. Juli 1977 (ABl. Nr. L 169 vom 7. 7. 1977),

zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 891/78 vom 28. April 1978 (ABl. Nr. L 117 vom 29. 4. 1978):

Anhang.

2. Verordnung (EWG) Nr. 3076/78 der Kommission vom 21. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 367 vom 28. 12. 1978):

- Anhang I,
- Anhang II.

g) Saatgut

Verordnung (EWG) Nr. 1445/76 der Kommission vom 22. Juni 1976 (ABl. Nr. L 161 vom 23. 6. 1976),

zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1409/78 vom 26. Juni 1978 (ABl. Nr. L 170 vom 27. 6. 1978):

- Anhang I,
- Anhang II.

h) Zucker

1. Verordnung (EWG) Nr. 100/72 der Kommission vom 14. Januar 1972 (ABl. Nr. L 12 vom 15. 1. 1972),

zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2847/72 vom 29. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 299 vom 31. 12. 1972):

Artikel 25.

2. Verordnung (EWG) Nr. 2782/76 der Kommission vom 17. November 1976 (ABl. Nr. L 318 vom 18. 11. 1976):

— Artikel 6 Absatz 1,

— Artikel 7 Absatz 2.

i) Getreide

1. Verordnung (EWG) Nr. 2622/71 der Kommission vom 9. Dezember 1971 (ABl. Nr. L 271 vom 10. 12. 1971):

Artikel 1.

2. Verordnung (EWG) Nr. 2102/75 der Kommission vom 11. August 1975 (ABl. Nr. L 214 vom 12. 8. 1975):

Anhang.

3. Verordnung (EWG) Nr. 1570/78 der Kommission vom 4. Juli 1978 (ABl. Nr. L 185 vom 7. 7. 1978):

Artikel 6 Buchstabe a) zweiter Gedankenstrich.

4. Verordnung (EWG) Nr. 1809/78 der Kommission vom 28. Juli 1978 (ABl. Nr. L 205 vom 29. 7. 1978):

Anhang.

5. Richtlinie 71/347/EWG des Rates vom 12. Oktober 1971 (ABl. Nr. L 239 vom 25. 10. 1971):

Artikel 1 Buchstabe a).

j) Eier und Geflügel

Verordnung (EWG) Nr. 2782/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 (ABl. Nr. L 282 vom 1. 11. 1975):

— Artikel 5 Absatz 3,

— Artikel 6.

k) Reis

1. Verordnung (EWG) Nr. 2942/73 der Kommission vom 30. Oktober 1973 (ABl. Nr. L 302 vom 31. 10. 1973):

Artikel 2.

2. Verordnung (EWG) Nr. 1031/78 der Kommission vom 19. Mai 1978 (ABl. Nr. L 132 vom 20. 5. 1978):

— Artikel 3 Absatz 7,

— Artikel 4 Absatz 2 Buchstaben b) und c).

l) Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse

Verordnung (EWG) Nr. 2104/75 der Kommission vom 31. Juli 1975 (ABl. Nr. L 214 vom 12. 8. 1975),

zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 450/79 vom 7. März 1979 (ABl. Nr. L 57 vom 8. 3. 1979):

Artikel 13 Absatz 1.

m) Wein

1. Verordnung (EWG) Nr. 1143/74 der Kommission vom 7. Mai 1974 (ABl. Nr. L 126 vom 8. 5. 1974):

Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe b).

2. Verordnung (EWG) Nr. 1153/75 der Kommission vom 30. April 1975 (ABl. Nr. L 113 vom 1. 5. 1975):

Artikel 10 Absatz 2 Unterabsatz 2.

3. Verordnung (EWG) Nr. 2115/76 der Kommission vom 20. August 1976 (ABl. Nr. L 237 vom 28. 8. 1976):

Anhang V.

4. Verordnung (EWG) Nr. 643/77 der Kommission vom 29. März 1977 (ABl. Nr. L 81 vom 30. 3. 1977):

Artikel 2 Absätze 2 und 3.

5. (Gemäß Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2115/76 der Kommission vom 20. August 1976 über Durchführungsbestimmungen für die Einfuhr von Wein, Traubensaft und Traubenmost veröffentlichtes) Verzeichnis der von den Drittländern benannten Stellen und Laboratorien, die die Begleitdokumente für jede Einfuhr von Wein ausfüllen (ABl. Nr. C 128 vom 2. 6. 1978).

B. ALLGEMEINE RECHTSAKTE

Bescheinigungen

1. Verordnung (EWG) Nr. 193/75 der Kommission vom 17. Januar 1975 (ABl. Nr. L 25 vom 31. 1. 1975),

zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1624/78 vom 12. Juli 1978 (ABl. Nr. L 190 vom 13. 7. 1978):

— Artikel 4a Absatz 2 Buchstabe a),

— Artikel 4b Absatz 3 Buchstabe a),

— Artikel 17 Absatz 5 Unterabsatz 1.

2. Verordnung (EWG) Nr. 2041/75 der Kommission vom 25. Juli 1975 (ABl. Nr. L 213 vom 11. 8. 1975),

zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3020/75 vom 18. November 1975 (ABl. Nr. L 299 vom 19. 11. 1975):

— Artikel 9 Absatz 2 Unterabsatz 2,

- Artikel 9 Absatz 3 Unterabsatz 4,
 - Artikel 12 Absatz 1.
3. Verordnung (EWG) Nr. 2042/75 der Kommission vom 25. Juli 1975 (ABl. Nr. L 213 vom 11. 8. 1975),
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3021/78 vom 21. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 359 vom 22. 12. 1978):
- Artikel 3 Absatz 1 Unterabsatz 2,
 - Artikel 4 Absätze 1 und 2,
 - Artikel 6,
 - Artikel 7 Absatz 1, Absatz 2 Unterabsätze 1 und 2 und Absatz 3,
 - Artikel 9a Absatz 3 Unterabsätze 1 und 2.
4. Verordnung (EWG) Nr. 2044/75 der Kommission vom 25. Juli 1975 (ABl. Nr. L 213 vom 11. 8. 1975),
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1340/77 vom 22. Juni 1977 (ABl. Nr. L 154 vom 23. 6. 1977):
- Artikel 3 Absatz 2,
 - Artikel 10 Absatz 1 Unterabsatz 1,
 - Artikel 10 Absatz 3 Unterabsatz 2.
5. Verordnung (EWG) Nr. 2047/75 der Kommission vom 25. Juli 1975 (ABl. Nr. L 213 vom 11. 8. 1975),
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2916/77 vom 28. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 340 vom 29. 12. 1977):
Artikel 2 Absatz 2 Unterabsatz 2.
6. Verordnung (EWG) Nr. 2049/75 der Kommission vom 25. Juli 1975 (ABl. Nr. L 213 vom 11. 8. 1975),
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1744/76 vom 20. Juli 1976 (ABl. Nr. L 195 vom 21. 7. 1976):
- Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 1,
 - Artikel 5 Absatz 3 Unterabsatz 2.
7. Verordnung (EWG) Nr. 2104/75 der Kommission vom 31. Juli 1975 (ABl. Nr. L 214 vom 12. 8. 1975),
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 386/78 vom 24. Februar 1978 (ABl. Nr. L 54 vom 25. 2. 1978):
Artikel 13 Absatz 1 Unterabsatz 2.
8. Verordnung (EWG) Nr. 2990/76 der Kommission vom 9. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 341 vom 10. 12. 1976),

zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1367/78 vom 22. Juni 1978 (ABl. Nr. L 166 vom 23. 6. 1978):

- Artikel 2 Absätze 2 und 3,
- Artikel 3 Absatz 1 Unterabsätze 1 und 3,
- Artikel 6 Absatz 1,
- Artikel 10 Absatz 2 Unterabsatz 1.

9. Verordnung (EWG) Nr. 571/78 der Kommission vom 21. März 1978 (ABl. Nr. L 78 vom 22. 3. 1978),

zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1559/78 vom 5. Juli 1978 (ABl. Nr. L 184 vom 6. 7. 1978):

- Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe a) und Absatz 4 Buchstabe a),
- Artikel 6 Absätze 1 und 2,
- Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a),
- Artikel 8 Absatz 1 Buchstaben b) und c),
- Artikel 9 Absatz 1 Buchstaben b) und c),
- Artikel 10 Absatz 1 Buchstaben b) und c),
- Artikel 11 Absatz 10.

Intervention

1. Verordnung (EWG) Nr. 1687/76 der Kommission vom 30. Juni 1976 (ABl. Nr. L 190 vom 14. 7. 1976),
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 828/79 vom 26. April 1979 (ABl. Nr. L 105 vom 27. 4. 1979):
- Artikel 7a Absatz 2,
 - Anhang.
2. Verordnung (EWG) Nr. 1722/77 der Kommission vom 28. Juli 1977 (ABl. Nr. L 189 vom 29. 7. 1977),
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1625/78 vom 12. Juli 1978 (ABl. Nr. L 190 vom 13. 7. 1978):
- Artikel 2 Absätze 1 und 2,
 - Artikel 5 Absatz 4.

Monetäre Auswirkungen

1. Verordnung (EWG) Nr. 2300/73 der Kommission vom 23. August 1973 (ABl. Nr. L 236 vom 24. 8. 1973),
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1234/77 vom 9. Juni 1977 (ABl. Nr. L 143 vom 10. 6. 1977):
Artikel 11 Absatz 1 und Absatz 2 Buchstabe d).

2. Verordnung (EWG) Nr. 1380/75 der Kommission vom 29. Mai 1975 (ABl. Nr. L 139 vom 30. 5. 1975),
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 708/79 vom 9. April 1979 (ABl. Nr. L 89 vom 9. 4. 1979):
Artikel 11 Absatz 2 Unterabsätze 1 und 2.
3. Verordnung (EWG) Nr. 243/78 der Kommission vom 1. Februar 1978 (ABl. Nr. L 37 vom 7. 2. 1978),
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1544/78 vom 4. Juli 1978 (ABl. Nr. L 182 vom 5. 7. 1978):
Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben a) und b).
4. Verordnung (EWG) Nr. 1560/70 der Kommission vom 31. Juli 1970 (ABl. Nr. L 169 vom 1. 8. 1970),
berichtigt (ABl. Nr. L 213 vom 23. 9. 1970),
geändert durch:
— Verordnung (EWG) Nr. 458/72 vom 2. März 1972 (ABl. Nr. L 54 vom 3. 3. 1972),
— Verordnung (EWG) Nr. 2846/72 vom 29. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 299 vom 31. 12. 1972).
Der Anhang ist durch die Worte „Republik Griechenland“ sowie durch die Angabe der griechischen Stelle zu ergänzen.
5. Verordnung (EWG) Nr. 1561/70 der Kommission vom 31. Juli 1970 (ABl. Nr. L 169 vom 1. 8. 1970),
berichtigt (ABl. Nr. L 213 vom 26. 9. 1970),
geändert durch:
— Verordnung (EWG) Nr. 458/72 vom 2. März 1972 (ABl. Nr. L 54 vom 3. 3. 1972),
— Verordnung (EWG) Nr. 2846/72 vom 29. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 299 vom 31. 12. 1972).
Der Anhang ist durch die Worte „Republik Griechenland“ sowie durch die Angabe der griechischen Stelle zu ergänzen.

Zweiter Teil

SONSTIGE ANPASSUNGEN

A. GEMEINSAME MARKTORGANISATIONEN

a) Obst und Gemüse

1. Verordnung Nr. 80/63/EWG der Kommission vom 31. Juli 1963 (ABl. Nr. L 121 vom 3. 8. 1963),
in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 2846/72 vom 29. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 299 vom 31. 12. 1972).
Der Anhang ist durch die Angabe der griechischen Stelle zu ergänzen.
2. Verordnung (EWG) Nr. 496/70 der Kommission vom 17. März 1970 (ABl. Nr. L 62 vom 18. 3. 1970),
in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 2846/72 vom 29. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 299 vom 31. 12. 1972).
Anhang I ist durch die Angabe der griechischen Stelle zu ergänzen.
3. Verordnung (EWG) Nr. 1559/70 der Kommission vom 31. Juli 1970 (ABl. Nr. L 169 vom 1. 8. 1970),
berichtigt (ABl. Nr. L 213 vom 26. 9. 1970),
geändert durch:
— Verordnung (EWG) Nr. 458/72 vom 2. März 1972 (ABl. Nr. L 54 vom 3. 3. 1972),
— Verordnung (EWG) Nr. 2846/72 vom 29. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 299 vom 31. 12. 1972),
— Verordnung (EWG) Nr. 1687/76 vom 30. Juni 1976 (ABl. Nr. L 190 vom 14. 7. 1976),
— Verordnung (EWG) Nr. 2450/77 vom 8. November 1977 (ABl. Nr. L 285 vom 9. 11. 1977).
Der Anhang ist durch die Worte „Republik Griechenland“ sowie durch die Angabe der griechischen Stelle zu ergänzen.
6. Verordnung (EWG) Nr. 1562/70 der Kommission vom 31. Juli 1970 (ABl. Nr. L 213 vom 26. 9. 1970),
geändert durch:
— Verordnung (EWG) Nr. 458/72 vom 2. März 1972 (ABl. Nr. L 54 vom 3. 3. 1972),
— Verordnung (EWG) Nr. 2846/72 vom 29. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 299 vom 31. 12. 1972),
— Verordnung (EWG) Nr. 1687/76 vom 30. Juni 1976 (ABl. Nr. L 190 vom 14. 7. 1976),
— Verordnung (EWG) Nr. 2450/77 vom 8. November 1977 (ABl. Nr. L 285 vom 9. 11. 1977).
Der Anhang ist durch die Worte „Republik Griechenland“ sowie durch die Angabe der griechischen Stelle zu ergänzen.
7. Verordnung (EWG) Nr. 55/72 der Kommission vom 10. Januar 1972 (ABl. Nr. L 9 vom 12. 1. 1972),
geändert durch:
— Verordnung (EWG) Nr. 458/72 vom 2. März 1972 (ABl. Nr. L 54 vom 3. 3. 1972),
— Verordnung (EWG) Nr. 2846/72 vom 29. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 299 vom 31. 12. 1972),
— Verordnung (EWG) Nr. 1687/76 vom 30. Juni 1976 (ABl. Nr. L 190 vom 14. 7. 1976),

- Verordnung (EWG) Nr. 2705/76 vom 8. November 1976 (ABl. Nr. L 307 vom 9. 11. 1976),
- Verordnung (EWG) Nr. 2450/77 vom 8. November 1977 (ABl. Nr. L 285 vom 9. 11. 1977).

Der Anhang ist durch die Worte „Republik Griechenland“ sowie durch die Angabe der griechischen Stelle zu ergänzen.

8. Verordnung (EWG) Nr. 1035/77 des Rates vom 17. Mai 1977 (ABl. Nr. L 125 vom 19. 5. 1977),
in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 1767/78 vom 25. Juli 1978 (ABl. Nr. L 204 vom 28. 7. 1978).

Diese Verordnung ist gegebenenfalls entsprechend der von Griechenland im Zeitpunkt des Beitritts angewandten Einfuhrregelung anzupassen.

9. Verordnung (EWG) Nr. 1045/77 der Kommission vom 18. Mai 1977 (ABl. Nr. L 125 vom 19. 5. 1977),
berichtigt (ABl. Nr. L 136 vom 2. 6. 1977).

Diese Verordnung ist gegebenenfalls entsprechend der von Griechenland im Zeitpunkt des Beitritts angewandten Einfuhrregelung anzupassen.

b) Fette

1. Verordnung (EWG) Nr. 1204/72 der Kommission vom 7. Juni 1972 (ABl. Nr. L 133 vom 10. 6. 1972),
geändert durch:
- Verordnung (EWG) Nr. 196/73 vom 29. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 23 vom 29. 1. 1973),
 - Verordnung (EWG) Nr. 688/73 vom 8. März 1973 (ABl. Nr. L 66 vom 13. 3. 1973),
 - Verordnung (EWG) Nr. 1678/73 vom 7. Juni 1973 (ABl. Nr. L 172 vom 28. 6. 1973),
 - Verordnung (EWG) Nr. 1280/75 vom 21. Mai 1975 (ABl. Nr. L 131 vom 22. 5. 1975),
 - Verordnung (EWG) Nr. 2616/75 vom 15. Oktober 1975 (ABl. Nr. L 267 vom 16. 10. 1975),
 - Verordnung (EWG) Nr. 676/76 vom 26. März 1976 (ABl. Nr. L 81 vom 27. 3. 1976),
 - Verordnung (EWG) Nr. 2036/77 vom 14. September 1977 (ABl. Nr. L 236 vom 15. 9. 1977),
 - Verordnung (EWG) Nr. 156/78 vom 27. Januar 1978 (ABl. Nr. L 23 vom 28. 1. 1978),
 - Verordnung (EWG) Nr. 1270/78 vom 13. Juni 1978 (ABl. Nr. L 156 vom 14. 6. 1978),
 - Verordnung (EWG) Nr. 1856/78 vom 31. Juli 1978 (ABl. Nr. L 212 vom 2. 8. 1978),

- Verordnung (EWG) Nr. 2980/78 vom 18. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 355 vom 19. 12. 1978).

In Artikel 8 Absatz 4 ist eine Bestimmung einzufügen, um dem Zeitunterschied in Griechenland Rechnung zu tragen.

2. Verordnung (EWG) Nr. 154/75 des Rates vom 21. Januar 1975 (ABl. Nr. L 19 vom 24. 1. 1975).
In Artikel 1 Absatz 2 Buchstaben a) und b) sind für Griechenland besondere Fristen vorzusehen, und zwar entsprechend den erforderlichen Fristen für die Anlage der Ölkartei in diesem neuen Mitgliedstaat.

In Artikel 3 Absatz 1 sind für Griechenland ein Bezugszeitraum und der Hundertsatz für die Verminderung der in der Verordnung Nr. 136/66/EWG vorgesehenen Beihilfe festzulegen. Dieser Hundertsatz ist so zu wählen, daß der Betrag — in absoluten Zahlen — je Erzeugniseinheit dem in der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung erhobenen entspricht.

3. Verordnung (EWG) Nr. 3130/78 der Kommission vom 28. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1978).

Der Anhang ist durch die Liste der Interventionsstellen in Griechenland zu ergänzen.

4. Verordnung (EWG) Nr. 3136/78 der Kommission vom 28. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1978).

In Artikel 1 Absatz 1 Unterabsatz 2 ist eine Bestimmung einzufügen, um dem Zeitunterschied in Griechenland Rechnung zu tragen.

c) Rindfleisch

1. Verordnung (EWG) Nr. 275/74 der Kommission vom 31. Januar 1974 (ABl. Nr. L 28 vom 1. 2. 1974).

Artikel 7 Absatz 2 Unterabsatz 3 ist durch eine Bestimmung zu ergänzen, um der Zeitverschiebung in Griechenland Rechnung zu tragen.

2. Verordnung (EWG) Nr. 2036/74 der Kommission vom 31. Juli 1974 (ABl. Nr. L 210 vom 1. 8. 1974),
geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 2544/74 vom 4. Oktober 1974 (ABl. Nr. L 271 vom 5. 10. 1974),
- Verordnung (EWG) Nr. 2814/74 vom 8. November 1974 (ABl. Nr. L 301 vom 9. 11. 1974),
- Verordnung (EWG) Nr. 300/75 vom 5. Februar 1975 (ABl. Nr. L 34 vom 7. 2. 1975),
- Verordnung (EWG) Nr. 2710/75 vom 24. Oktober 1975 (ABl. Nr. L 274 vom 25. 10. 1975),

- Verordnung (EWG) Nr. 1898/76 vom 29. Juli 1976 (ABl. Nr. L 207 vom 31. 7. 1976),
- Verordnung (EWG) Nr. 2576/76 vom 22. Oktober 1976 (ABl. Nr. L 293 vom 23. 10. 1976),
- Verordnung (EWG) Nr. 191/77 vom 28. Januar 1977 (ABl. Nr. L 25 vom 29. 1. 1977),
- Verordnung (EWG) Nr. 2836/77 vom 19. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 327 vom 20. 12. 1977),
- Verordnung (EWG) Nr. 358/78 vom 21. Februar 1978 (ABl. Nr. L 50 vom 22. 2. 1978),
- Verordnung (EWG) Nr. 295/79 vom 14. Februar 1979 (ABl. Nr. L 41 vom 16. 2. 1979),
- Verordnung (EWG) Nr. 803/79 vom 20. April 1979 (ABl. Nr. L 102 vom 25. 4. 1979).

Der Anhang ist durch die Angaben über Griechenland zu ergänzen.

3. Verordnung (EWG) Nr. 610/77 der Kommission vom 18. März 1977 (ABl. Nr. L 77 vom 25. 3. 1977),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 502/78 vom 9. März 1978 (ABl. Nr. L 68 vom 10. 3. 1978),
- Verordnung (EWG) Nr. 1029/78 vom 19. Mai 1978 (ABl. Nr. L 132 vom 20. 5. 1978).

Die Anhänge I, II und III sind durch die Angaben über Griechenland zu ergänzen. Außerdem kann sich aus der Prüfung dieser Angaben eventuell die Notwendigkeit ergeben, für Griechenland eine ähnliche Bestimmung vorzusehen wie in Artikel 3 der Verordnung für Italien und das Vereinigte Königreich.

4. Verordnung (EWG) Nr. 1045/78 der Kommission vom 19. Mai 1978 (ABl. Nr. L 134 vom 22. 5. 1978),
in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 2747/78 vom 24. November 1978 (ABl. Nr. L 330 vom 25. 11. 1978).

Die Verordnung ist gegebenenfalls hinsichtlich des in Griechenland geltenden Ankaufspreises anzupassen.

Die Anhänge sind durch die Angaben über Griechenland zu ergänzen.

5. Verordnung (EWG) Nr. 2226/78 der Kommission vom 25. September 1978 (ABl. Nr. L 261 vom 26. 9. 1978),

in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 2747/78 vom 24. November 1978 (ABl. Nr. L 330 vom 25. 11. 1978).

Die Anhänge I und III sind durch die Angaben über Griechenland zu ergänzen.

d) Tabak

1. Verordnung (EWG) Nr. 1469/70 des Rates vom 20. Juli 1970 (ABl. Nr. L 164 vom 27. 7. 1970).

Im Anhang

— wird folgende Nummer gestrichen:

„19 a) Brasile Selvaggio } 20 % 10“,
b) übrige Sorten }

— werden folgende Nummern hinzugefügt:

„Laufende Nummer	Sorten	Hundertsatz	Menge in Tonnen
19	Basma Xanthi	(¹)	(¹)
20	Zichna		
21	a) Samsun Katerini b) Bashi Bagli		
22	Tsebelia Agrinion		
23	Mavra		
24	a) Kabakoulak b) Phi 1		
25	Myrodata Agrinion		
26	Myrodata Smyrne		
27	Zichnomyrodata		
28	Elasson		
29	Burley E		
30	Virginia		
31	a) Brasile Selvaggio b) übrige Sorten		

(¹) In der vorstehenden Tabelle sind die Mengen und Hundertsätze zu den genannten Sorten nachzutragen.“

2. Verordnung (EWG) Nr. 1727/70 der Kommission vom 25. August 1970 (ABl. Nr. L 191 vom 27. 8. 1970),

berichtigt (ABl. Nr. L 277 vom 22. 12. 1970),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 2596/70 vom 21. Dezember 1970 (ABl. Nr. L 277 vom 22. 12. 1970) (deutsche und italienische Fassung),
- Verordnung (EWG) Nr. 715/73 vom 19. Februar 1973 (ABl. Nr. L 68 vom 15. 3. 1973),
- Verordnung (EWG) Nr. 904/74 vom 17. April 1974 (ABl. Nr. L 105 vom 18. 4. 1974),
- Verordnung (EWG) Nr. 1354/75 vom 28. Mai 1975 (ABl. Nr. L 138 vom 29. 5. 1975),
- Verordnung (EWG) Nr. 408/76 vom 23. Februar 1976 (ABl. Nr. L 50 vom 26. 2. 1976).

Die Anhänge I, II und IV sind aufgrund der Aufnahme von zwölf griechischen Sorten (oder Sortengruppen) anzupassen.

3. Verordnung (EWG) Nr. 2603/71 der Kommission vom 6. Dezember 1971 (ABl. Nr. L 269 vom 8. 12. 1971),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 143/73 vom 29. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 18 vom 23. 1. 1973),
- Verordnung (EWG) Nr. 773/75 vom 24. März 1975 (ABl. Nr. L 77 vom 26. 3. 1975).

Der Anhang ist durch die Angabe der Beträge in Rechnungseinheiten pro Kilogramm Blattabak für jede der zwölf griechischen Sorten (oder Sortengruppen) zu ergänzen.

4. Verordnung (EWG) Nr. 673/75 des Rates vom 4. März 1975 (ABl. Nr. L 72 vom 20. 3. 1975).

Anhang I ist unter Berücksichtigung der Referenzqualitäten für jede der zwölf griechischen Sorten (oder Sortengruppen) anzupassen.

5. Verordnung (EWG) Nr. 674/75 der Kommission vom 4. März 1975 (ABl. Nr. L 72 vom 20. 3. 1975).

Falls der Rat für die zwölf griechischen Sorten (oder Sortengruppen) abgeleitete Interventionspreise festsetzt, ist Anhang I unter Berücksichtigung der Referenzqualitäten, der Zielpreise und der abgeleiteten Interventionspreise für diese Sorten anzupassen.

6. Verordnung (EWG) Nr. 410/76 der Kommission vom 23. Februar 1976 (ABl. Nr. L 50 vom 26. 2. 1976).

Der Anhang ist anzupassen, um der Aufnahme von zwölf griechischen Sorten (oder Sortengruppen) Rechnung zu tragen.

7. Verzeichnis der mit der Eintragung der Tabakanbauverträge beauftragten Stellen (ABl. Nr. C 63 vom 8. 3. 1979).

Das Verzeichnis ist durch Angabe der griechischen Stelle zu ergänzen.

e) Hopfen

1. Verordnung (EWG) Nr. 1696/71 des Rates vom 26. Juli 1971 (ABl. Nr. L 175 vom 4. 8. 1971),

geändert durch:

- Beschluß des Rates vom 1. Januar 1973 (ABl. Nr. L 2 vom 1. 1. 1973),
- Verordnung (EWG) Nr. 1170/77 vom 17. Mai 1977 (ABl. Nr. L 137 vom 3. 6. 1977),
- Verordnung (EWG) Nr. 235/79 vom 5. Februar 1979 (ABl. Nr. L 34 vom 9. 2. 1979).

In Artikel 17 Absatz 5 ist der Betrag der voraussichtlichen Gesamtkosten der gemeinsamen Aktion zu Lasten des EAGFL anzupassen.

2. Verordnung (EWG) Nr. 1351/72 der Kommission vom 28. Juni 1972 (ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1972),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 1375/75 vom 29. Mai 1975 (ABl. Nr. L 139 vom 30. 5. 1975),
- Verordnung (EWG) Nr. 2564/77 vom 22. November 1977 (ABl. Nr. L 299 vom 23. 11. 1977).

Artikel 2 Absatz 1 ist gegebenenfalls dahin anzupassen, daß Erzeugergemeinschaften in Griechenland weniger als sieben Erzeuger umfassen können.

3. Liste der Hopfenanbaugebiete in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. C 2 vom 4. 1. 1979).

Liste der Zertifizierungsstellen von Hopfen und ihrer Kennzahlen (ABl. Nr. C 2 vom 4. 1. 1979).

Diese Listen sind nach dem Beitritt durch die Angaben für Griechenland zu ergänzen.

f) Zucker

1. Verordnung (EWG) Nr. 100/72 der Kommission vom 14. Januar 1972 (ABl. Nr. L 12 vom 15. 1. 1972),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 2351/72 vom 8. November 1972 (ABl. Nr. L 253 vom 9. 11. 1972),
- Verordnung (EWG) Nr. 2847/72 vom 29. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 299 vom 31. 12. 1972).

In Artikel 16 ist eine Bestimmung einzufügen, um dem Zeitunterschied in Griechenland Rechnung zu tragen.

2. Verordnung (EWG) Nr. 1634/77 der Kommission vom 19. Juli 1977 (ABl. Nr. L 181 vom 21. 7. 1977),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 1182/78 vom 31. Mai 1978 (ABl. Nr. L 145 vom 1. 6. 1978),
- Verordnung (EWG) Nr. 279/79 vom 14. Februar 1979 (ABl. Nr. L 40 vom 15. 2. 1979).

In Artikel 3 Absatz 4 ist eine Bestimmung einzufügen, um dem Zeitunterschied in Griechenland Rechnung zu tragen.

3. Verordnung (EWG) Nr. 1790/77 der Kommission vom 2. August 1977 (ABl. Nr. L 197 vom 4. 8. 1977),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 1182/78 vom 31. Mai 1978 (ABl. Nr. L 145 vom 1. 6. 1978),
- Verordnung (EWG) Nr. 2093/78 vom 1. September 1978 (ABl. Nr. L 243 vom 5. 9. 1978),
- Verordnung (EWG) Nr. 279/79 vom 14. Februar 1979 (ABl. Nr. L 40 vom 15. 2. 1979).

In Artikel 3 Absatz 4 ist eine Bestimmung einzufügen, um dem Zeitunterschied in Griechenland Rechnung zu tragen.

4. Verordnung (EWG) Nr. 1709/75 der Kommission vom 3. Juli 1975 (ABl. Nr. L 173 vom 4. 7. 1975).

In Artikel 4 Absatz 4 ist eine Bestimmung einzufügen, um dem Zeitunterschied in Griechenland Rechnung zu tragen.

g) Getreide

Verordnung (EWG) Nr. 1570/77 der Kommission vom 11. Juli 1977 (ABl. Nr. L 174 vom 14. 7. 1977),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 279/78 vom 10. Februar 1978 (ABl. Nr. L 41 vom 11. 2. 1978),
- Verordnung (EWG) Nr. 1600/78 vom 7. Juli 1978 (ABl. Nr. L 186 vom 8. 7. 1978).

Artikel 4 Absatz 6 ist in einer seiner Rubriken durch die Sorte „Cocorit“ zu ergänzen. Diese Anpassung kann erst nach einer Analyse der betreffenden Sorte vorgenommen werden.

h) Schweinefleisch

1. Verordnung (EWG) Nr. 1229/72 der Kommission vom 13. Juni 1972 (ABl. Nr. L 136 vom 14. 6. 1972).

Diese Verordnung ist gegebenenfalls dadurch anzupassen, daß darin für Griechenland eine ähnliche Bestimmung vorgesehen wird, wie schon in Artikel 2 Absatz 2 und im Anhang für einen anderen Mitgliedstaat.

2. Verordnung (EWG) Nr. 2762/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 (ABl. Nr. L 282 vom 1. 11. 1975).

Der Anhang ist durch die Liste der für Griechenland repräsentativen Märkte zu ergänzen.

3. Verordnung (EWG) Nr. 1731/78 der Kommission vom 24. Juli 1978 (ABl. Nr. L 201 vom 25. 7. 1978).

Der Anhang ist durch Angabe des Wiegungskoeffizienten für Griechenland zu ergänzen.

i) Fischereierzeugnisse

1. Verordnung (EWG) Nr. 2518/70 der Kommission vom 10. Dezember 1970 (ABl. Nr. L 271 vom 15. 12. 1970),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 2463/72 vom 24. November 1972 (ABl. Nr. L 266 vom 25. 11. 1972),
- Verordnung (EWG) Nr. 784/74 vom 3. April 1974 (ABl. Nr. L 93 vom 4. 4. 1974),
- Verordnung (EWG) Nr. 1244/75 vom 15. Mai 1975 (ABl. Nr. L 125 vom 16. 5. 1975),
- Verordnung (EWG) Nr. 712/77 vom 4. April 1977 (ABl. Nr. L 87 vom 5. 4. 1977),
- Verordnung (EWG) Nr. 2959/77 vom 23. November 1977 (ABl. Nr. L 348 vom 30. 12. 1977).

Der Anhang ist durch das Verzeichnis der repräsentativen griechischen Einfuhrhäfen zu ergänzen.

2. Verordnung (EWG) Nr. 1109/71 der Kommission vom 28. Mai 1971 (ABl. Nr. L 117 vom 29. 5. 1971),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 3561/73 vom 21. Dezember 1973 (ABl. Nr. L 361 vom 29. 12. 1973),
- Verordnung (EWG) Nr. 1052/75 vom 23. April 1975 (ABl. Nr. L 104 vom 24. 4. 1975),
- Verordnung (EWG) Nr. 1196/75 vom 7. Mai 1975 (ABl. Nr. L 118 vom 8. 5. 1975),
- Verordnung (EWG) Nr. 1408/76 vom 18. Juni 1976 (ABl. Nr. L 158 vom 19. 6. 1976),
- Verordnung (EWG) Nr. 2953/77 vom 23. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 348 vom 30. 12. 1977).

Der Anhang ist durch das Verzeichnis der repräsentativen griechischen Einfuhrhäfen zu ergänzen.

j) Reis

Verordnung Nr. 470/67/EWG der Kommission vom 21. August 1967 (ABl. Nr. L 204 vom 24. 8. 1967),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 937/68 vom 10. Juli 1968 (ABl. Nr. L 162 vom 11. 7. 1968),
- Verordnung (EWG) Nr. 1473/69 vom 24. Juli 1969 (ABl. Nr. L 185 vom 29. 7. 1969),
- Verordnung (EWG) Nr. 2113/75 vom 12. August 1975 (ABl. Nr. L 215 vom 13. 8. 1975).

Anhang I (Berichtigungsbeträge) und Anhang III (Grundausbeute bei der Verarbeitung) sind durch die Angabe der griechischen Sorten entweder bei den bestehenden Qualitätsarten oder -gruppen oder als neue Arten oder Gruppen zu ergänzen.

k) Futtermittel

Verordnung (EWG) Nr. 1528/78 der Kommission vom 30. Juni 1978 (ABl. Nr. L 179 vom 1. 7. 1978).

In Artikel 9a Absatz 6 ist eine Bestimmung einzufügen, um dem Zeitunterschied in Griechenland Rechnung zu tragen.

l) Wein

1. Verordnung (EWG) Nr. 2005/70 der Kommission vom 6. Oktober 1970 (ABl. Nr. L 224 vom 10. 10. 1970),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 756/71 vom 7. April 1971 (ABl. Nr. L 83 vom 8. 4. 1971),
- Verordnung (EWG) Nr. 1985/71 vom 14. September 1971 (ABl. Nr. L 209 vom 15. 9. 1971),
- Verordnung (EWG) Nr. 2244/72 vom 23. Oktober 1972 (ABl. Nr. L 242 vom 25. 10. 1972),
- Verordnung (EWG) Nr. 925/74 vom 17. April 1974 (ABl. Nr. L 111 vom 24. 4. 1974),
- Verordnung (EWG) Nr. 2140/74 vom 13. August 1974 (ABl. Nr. L 225 vom 14. 8. 1974),
- Verordnung (EWG) Nr. 360/76 vom 19. Februar 1976 (ABl. Nr. L 44 vom 20. 2. 1976),
- Verordnung (EWG) Nr. 2400/76 vom 1. Oktober 1976 (ABl. Nr. L 270 vom 2. 10. 1976),

berichtigt durch die Verordnung (EWG) Nr. 458/77 vom 4. März 1977 (ABl. Nr. L 60 vom 5. 3. 1977),

- Verordnung (EWG) Nr. 1210/77 vom 7. Juni 1977 (ABl. Nr. L 140 vom 8. 6. 1977),
- Verordnung (EWG) Nr. 486/78 vom 8. März 1978 (ABl. Nr. L 67 vom 9. 3. 1978),
- Verordnung (EWG) Nr. 2888/78 vom 7. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 344 vom 8. 12. 1978).

Der Anhang ist durch die Rubriken betreffend die Klassifizierung der Rebsorten in Griechenland zu ergänzen.

2. Verordnung (EWG) Nr. 2314/72 der Kommission vom 30. Oktober 1972 (ABl. Nr. L 248 vom 1. 11. 1972).

Artikel 3 Absatz 2 ist hinsichtlich der Sorten für getrocknete Trauben zu ergänzen.

Für die Prüfung von Sorten für getrocknete Trauben ist ein Anhang vorzusehen.

3. Verordnung (EWG) Nr. 1393/76 der Kommission vom 17. Juni 1976 (ABl. Nr. L 157 vom 18. 6. 1976),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 688/78 vom 6. April 1978 (ABl. Nr. L 93 vom 7. 4. 1978),
- Verordnung (EWG) Nr. 1666/78 vom 14. Juli 1978 (ABl. Nr. L 192 vom 15. 7. 1978),
- Verordnung (EWG) Nr. 2819/78 vom 30. November 1978 (ABl. Nr. L 334 vom 1. 12. 1978).

Anhang III ist durch die Angabe des Wechselkurses für die griechische Drachme zu ergänzen.

4. Verordnung (EWG) Nr. 1608/76 der Kommission vom 4. Juni 1976 (ABl. Nr. L 183 vom 8. 7. 1976),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 1054/77 vom 13. Mai 1977 (ABl. Nr. L 130 vom 25. 5. 1977), berichtigt (ABl. Nr. L 157 vom 28. 6. 1977),
- Verordnung (EWG) Nr. 1802/77 vom 4. August 1977 (ABl. Nr. L 198 vom 5. 8. 1977),
- Verordnung (EWG) Nr. 793/78 vom 18. April 1978 (ABl. Nr. L 109 vom 22. 4. 1978),
- Verordnung (EWG) Nr. 1730/78 vom 24. Juli 1978 (ABl. Nr. L 201 vom 25. 7. 1978).

Anhang III ist durch die anerkannten Synonyme für die griechischen Rebsorten zu ergänzen.

5. Verordnung (EWG) Nr. 217/79 der Kommission vom 25. Januar 1979 (ABl. Nr. L 31 vom 7. 2. 1979).

Anhang I ist durch die Angaben über Griechenland zu ergänzen.

6. Verordnung (EWG) Nr. 337/79 des Rates vom 5. Februar 1979 (ABl. Nr. L 54 vom 5. 3. 1979).

In Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe c) Absatz 2 ist die Anzahl der heranzuziehenden Durchschnittspreise zu erhöhen, um der neuen Lage infolge des Beitritts der Republik Griechenland Rechnung zu tragen.

Artikel 34 ist gegebenenfalls anzupassen, um die Zonen und Einzelheiten festzulegen, nach denen eine Entsäuerung zulässig wäre.

Artikel 40 Absatz 2 erster Gedankenstrich erhält folgende Fassung:

„— Erzeuger, deren Rebflächen in den italienischen und griechischen Teilen der Weinbauzonen C liegen.“

Anhang IV ist durch die griechischen Weinbauzonen zu ergänzen.

7. Verordnung (EWG) Nr. 347/79 des Rates vom 5. Februar 1979 (ABl. Nr. L 54 vom 5. 3. 1979).

Die Verordnung ist durch eine Bestimmung zu ergänzen, in der hinsichtlich der Sorten für getrocknete Trauben angegeben wird, welches die empfohlenen oder zugelassenen oder vorübergehend zugelassenen Rebsorten sind.

8. Erste auf der Grundlage von Mitteilungen der Mitgliedstaaten aufgestellte Liste der Tafelweine, die nach Artikel 2 Absatz 3 Buchstabe i) der Verordnung (EWG) Nr. 2133/74 als „Landwein“, „vin de pays“ oder „vino tipico“ bezeichnet werden (ABl. Nr. C 68 vom 17. 3. 1978).

Die Liste ist durch die Angaben über Griechenland zu ergänzen.

9. Liste, die veröffentlicht wird in Anwendung von Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1153/75 der Kommission vom 30. April 1975 zur Ausstellung von Begleitdokumenten und zur Festlegung der Pflichten der Erzeuger und Händler außer Einzelhändlern in der Weinwirtschaft (ABl. Nr. C 140 vom 15. 6. 1978).

Die Liste ist hinsichtlich der Angaben über Griechenland zu ergänzen.

10. Verordnung (EWG) Nr. 991/79 der Kommission vom 17. Mai 1979 (ABl. Nr. L 129 vom 28. 5. 1979).

Die Anhänge sind entsprechend den Angaben über Griechenland anzupassen.

B. ALLGEMEINE RECHTSAKTE

Bescheinigungen

1. Verordnung (EWG) Nr. 193/75 der Kommission vom 17. Januar 1975 (ABl. Nr. L 25 vom 31. 1. 1975),

geändert durch:

— Verordnung (EWG) Nr. 2104/75 vom 31. Juli 1975 (ABl. Nr. L 214 vom 12. 8. 1975),

— Verordnung (EWG) Nr. 499/76 vom 5. März 1976 (ABl. Nr. L 59 vom 6. 3. 1976),

— Verordnung (EWG) Nr. 2219/76 vom 13. September 1976 (ABl. Nr. L 250 vom 14. 9. 1976),

— Verordnung (EWG) Nr. 3093/76 vom 17. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 348 vom 18. 12. 1976),

— Verordnung (EWG) Nr. 773/77 vom 15. April 1977 (ABl. Nr. L 94 vom 16. 4. 1977),

— Verordnung (EWG) Nr. 1234/77 vom 9. Juni 1977 (ABl. Nr. L 143 vom 10. 6. 1977),

— Verordnung (EWG) Nr. 1470/77 vom 30. Juni 1977 (ABl. Nr. L 162 vom 1. 7. 1977),

— Verordnung (EWG) Nr. 858/78 vom 27. April 1978 (ABl. Nr. L 116 vom 28. 4. 1978),

— Verordnung (EWG) Nr. 1624/78 vom 12. Juli 1978 (ABl. Nr. L 190 vom 13. 7. 1978).

In Artikel 6 Absatz 3 muß eine Bestimmung eingefügt werden, um dem Zeitunterschied in Griechenland Rechnung zu tragen.

Im Anhang sind die Titel der Bescheinigungen durch die griechischen Ausdrücke für „Einfuhrlizenz oder Vorausfestsetzungsbescheinigung“ bzw. für „Ausfuhrlizenz oder Vorausfestsetzungsbescheinigung“ und die Abkürzung „E.K.“ zu ergänzen.

2. In Anwendung des Artikels 16 der Verordnung (EWG) Nr. 193/75 veröffentlichte Listen (ABl. Nr. C 48 vom 25. 2. 1977),

geändert in:

— ABl. Nr. C 143 vom 17. 6. 1977,

— ABl. Nr. C 16 vom 20. 1. 1978,

— ABl. Nr. C 189 vom 2. 12. 1978.

Diese Listen sind durch die Angaben über Griechenland zu ergänzen.

3. Merkblatt über Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen sowie Voraussetzungsbescheinigungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse (ABl. Nr. C 192 vom 31. 12. 1970),

berichtigt (ABl. Nr. C 79 vom 2. 10. 1973),

geändert in:

- ABl. Nr. C 29 vom 12. 5. 1973,
- ABl. Nr. C 160 vom 30. 12. 1974,
- ABl. Nr. C 252 vom 4. 11. 1975,
- ABl. Nr. C 135 vom 16. 6. 1976,
- ABl. Nr. C 41 vom 21. 2. 1976,
- ABl. Nr. C 246 vom 19. 10. 1976,
- ABl. Nr. C 248 vom 21. 10. 1976,
- ABl. Nr. C 271 vom 17. 11. 1976,
- ABl. Nr. C 18 vom 25. 1. 1977,
- ABl. Nr. C 150 vom 25. 6. 1977,
- ABl. Nr. C 179 vom 28. 7. 1977,
- ABl. Nr. C 234 vom 30. 9. 1977,
- ABl. Nr. C 47 vom 25. 2. 1978,
- ABl. Nr. C 77 vom 31. 3. 1978,
- ABl. Nr. C 136 vom 10. 6. 1978,
- ABl. Nr. C 82 vom 28. 3. 1979.

Das Merkblatt ist durch die Angaben betreffend Griechenland zu ergänzen.

Monetäre Auswirkungen

1. Verordnung (EWG) Nr. 2300/73 der Kommission vom 23. August 1973 (ABl. Nr. L 236 vom 24. 8. 1973),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 2588/73 vom 24. September 1973 (ABl. Nr. L 268 vom 25. 9. 1973),
- Verordnung (EWG) Nr. 214/74 vom 25. Januar 1974 (ABl. Nr. L 22 vom 26. 1. 1974),
- Verordnung (EWG) Nr. 632/75 vom 12. März 1975 (ABl. Nr. L 66 vom 13. 3. 1975),
- Verordnung (EWG) Nr. 1234/77 vom 9. Juni 1977 (ABl. Nr. L 143 vom 10. 6. 1977).

Artikel 4 ist durch eine Bestimmung zu ergänzen, der zufolge die Wechselkurse, soweit es die griechische Drachme betrifft, auf dem Devisenmarkt dieses Mitgliedstaats festgestellt werden.

2. Verordnung (EWG) Nr. 878/77 des Rates vom 26. April 1977 (ABl. Nr. L 106 vom 29. 4. 1977),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 1053/77 vom 17. Mai 1977 (ABl. Nr. L 125 vom 19. 5. 1977),
 - Verordnung (EWG) Nr. 1708/77 vom 26. Juli 1977 (ABl. Nr. L 189 vom 29. 7. 1977),
 - Verordnung (EWG) Nr. 2024/77 vom 13. September 1977 (ABl. Nr. L 235 vom 14. 9. 1977),
 - Verordnung (EWG) Nr. 2840/77 vom 19. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 328 vom 21. 12. 1977),
 - Verordnung (EWG) Nr. 178/78 vom 30. Januar 1978 (ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1978),
 - Verordnung (EWG) Nr. 179/78 vom 31. Januar 1978 (ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1978),
 - Verordnung (EWG) Nr. 310/78 vom 14. Februar 1978 (ABl. Nr. L 46 vom 17. 2. 1978),
 - Verordnung (EWG) Nr. 470/78 vom 7. März 1978 (ABl. Nr. L 65 vom 8. 3. 1978),
 - Verordnung (EWG) Nr. 976/78 vom 12. Mai 1978 (ABl. Nr. L 125 vom 13. 5. 1978),
 - Verordnung (EWG) Nr. 705/79 vom 9. April 1979 (ABl. Nr. L 89 vom 9. 4. 1979),
- berichtigt (ABl. Nr. L 155 vom 13. 6. 1978).

Artikel 2 Absatz 1 und Artikel 2a sind durch die Angaben betreffend die griechische Drachme zu ergänzen.

C. EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT (EAGFL)

1. Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 1566/72 vom 20. Juli 1972 (ABl. Nr. L 167 vom 25. 7. 1972),
- Verordnung (EWG) Nr. 2788/72 vom 28. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 295 vom 30. 12. 1972),
- Beschluß des Rates vom 1. Januar 1973 (ABl. Nr. L 2 vom 1. 1. 1973),
- Verordnung (EWG) Nr. 929/79 vom 8. Mai 1979 (ABl. Nr. L 117 vom 12. 5. 1979).

In Artikel 6c ist der Betrag von 3 600 Millionen Europäische Rechnungseinheiten, der als Gesamtbetrag der finanziellen Beteiligungen zu Lasten des Fonds, Abteilung Ausrichtung, für den Zeitraum 1980—1984 vorgesehen ist, infolge des Beitritts der Republik Griechenland anzupassen.

2. Verordnung (EWG) Nr. 638/74 der Kommission vom 20. März 1974 (ABl. Nr. L 77 vom 22. 3. 1974).

Der Anhang ist anzupassen, um den griechischen Rohabaksorten Rechnung zu tragen.

D. ANGLEICHUNG DER RECHTS-
VORSCHRIFTEN

a) Veterinärrecht

1. Richtlinie 64/432/EWG des Rates vom 26. Juni 1964 (ABl. Nr. 121 vom 29. 7. 1964),
berichtigt (ABl. Nr. 176 vom 5. 11. 1964 und ABl. Nr. 32 vom 24. 2. 1966),
geändert durch:
 - Richtlinie 66/600/EWG vom 25. Oktober 1966 (ABl. Nr. 192 vom 27. 10. 1966),
 - Richtlinie 71/285/EWG vom 19. Juli 1971 (ABl. Nr. L 179 vom 9. 8. 1971), berichtigt (ABl. Nr. L 72 vom 25. 3. 1972),
 - Richtlinie 72/97/EWG vom 7. Februar 1972 (ABl. Nr. L 38 vom 12. 2. 1972),
 - Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972),
 - Richtlinie 72/445/EWG vom 28. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 298 vom 31. 12. 1972),
 - Beschluß des Rates vom 1. Januar 1973 (ABl. Nr. L 2 vom 1. 1. 1973),
 - Richtlinie 73/150/EWG vom 5. Juni 1973 (ABl. Nr. L 172 vom 28. 6. 1973),
 - Richtlinie 75/379/EWG vom 24. Juni 1975 (ABl. Nr. L 172 vom 3. 7. 1975),
 - Richtlinie 77/98/EWG vom 21. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977), berichtigt (ABl. Nr. L 64 vom 10. 3. 1977).

Anhang B Nummer 8 und Anhang C Nummer 9 sind durch die Angaben über Griechenland zu ergänzen. In Anhang F sind die Fußnote 4 des Gesundheitszeugnisses I und die Fußnote 5 des Gesundheitszeugnisses Modell II, III und IV durch die Angaben über Griechenland zu ergänzen.

2. Liste 66/340/EWG der tierärztlichen Sachverständigen, die mit der Erstattung von Gutachten beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit Rindern und Schweinen und mit frischem Fleisch beauftragt werden können (ABl. Nr. 100 vom 7. 6. 1966),
geändert durch:
 - Mitteilung 67/1111/EWG (ABl. Nr. 20 vom 2. 2. 1967),
 - Mitteilung 67/356/EWG (ABl. Nr. 105 vom 3. 6. 1967),

- ABl. Nr. C 103 vom 8. 8. 1969,
- ABl. Nr. C 68 vom 10. 6. 1970.

Diese Liste ist durch die Angaben über Griechenland zu ergänzen.

3. Entscheidung 69/100/EWG der Kommission vom 18. März 1969 (ABl. Nr. L 88 vom 11. 4. 1969),
geändert durch:
 - Entscheidung 70/72/EWG vom 9. Januar 1970 (ABl. Nr. L 19 vom 26. 1. 1970),
 - Entscheidung 71/292/EWG vom 22. Juli 1971 (ABl. Nr. L 179 vom 9. 8. 1971).

Diese Entscheidung ist durch die Angaben über Griechenland zu ergänzen.

4. Richtlinie 77/391/EWG des Rates vom 17. Mai 1977 (ABl. Nr. L 145 vom 13. 6. 1977).

Es müssen eine oder mehrere Maßnahmen vorgesehen werden, um die Beteiligung Griechenlands an der gemeinsamen Aktion für deren restliche Laufzeit zu gewährleisten.

5. Richtlinie 78/52/EWG des Rates vom 13. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 15 vom 19. 1. 1978).

Es müssen eine oder mehrere Maßnahmen vorgesehen werden, um die Beteiligung Griechenlands an der gemeinsamen Aktion für deren restliche Laufzeit zu gewährleisten.

6. Liste der von Mitgliedstaaten anerkannten Geflügelschlachtbetriebe und Geflügelfleischerlegungsbetriebe (ABl. Nr. C 216 vom 12. 9. 1978).

Die Liste ist durch die Angaben über Griechenland zu ergänzen.

b) Pflanzenschutzrecht

- Richtlinie 77/93/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977).

Der Text und die Anhänge dieser Richtlinie sind anzupassen, um den ökologischen Bedingungen und der Lage beim Pflanzenschutz, die einerseits für das griechische Hoheitsgebiet und andererseits für die Hoheitsgebiete der derzeitigen Mitgliedstaaten kennzeichnend sind, Rechnung zu tragen.

E. AGRARSTRUKTUR

1. Verordnung (EWG) Nr. 355/77 des Rates vom 15. Februar 1977 (ABl. Nr. L 51 vom 23. 2. 1977),

in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 1361/78 vom 19. Juni 1978 (ABl. Nr. L 166 vom 23. 6. 1978).

In Artikel 16 Absatz 3 ist der Kostenvoranschlag für die gemeinsame Maßnahme zu erhöhen, um den Angaben für Griechenland Rechnung zu tragen.

2. Verordnung (EWG) Nr. 1360/78 des Rates vom 19. Juni 1978 (ABl. Nr. L 166 vom 23. 6. 1978).

Titel I dieser Verordnung ist anzupassen, um für Griechenland ihren Anwendungsbereich für die Erzeugnisse festzulegen.

F. INFORMATIONSNETZ LANDWIRTSCHAFTLICHER BUCHFÜHRUNGEN

1. Verordnung Nr. 184/66/EWG der Kommission vom 21. November 1966 (ABl. Nr. 213 vom 21. 1. 1966),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 747/68 vom 20. Juni 1968 (ABl. Nr. L 140 vom 22. 6. 1968),
- Verordnung (EWG) Nr. 2780/72 vom 22. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 292 vom 29. 12. 1972),
- Verordnung (EWG) Nr. 1651/77 vom 22. Juli 1977 (ABl. Nr. L 184 vom 23. 7. 1977).

Teil II des Anhangs ist gegebenenfalls durch zusätzliche Bestimmungen für Griechenland zu ergänzen.

2. Verordnung (EWG) Nr. 2237/77 der Kommission vom 23. September 1977 (ABl. Nr. L 263 vom 17. 10. 1977).

In Anhang II Titel II Nummer G.103 Rubrik „Abschreibung auf Maschinen und Geräte“ ist die Fußnote 1 durch die Angabe über die Drachme anzupassen.

Anhang II Teil I Rubrik „Mehrwertsteuer (MwSt.)“ ist durch die Angaben über Griechenland zu ergänzen.

3. Beschluß 78/463/EWG der Kommission vom 7. April 1978 (ABl. Nr. L 148 vom 5. 6. 1978).

Die Anhänge sind durch die Angaben über Griechenland zu ergänzen.

G. AGRARSTATISTIK

Verordnung (EWG) Nr. 357/79 des Rates vom 5. Februar 1979 (ABl. Nr. L 54 vom 5. 3. 1979).

Artikel 4 Absatz 3 ist durch Angabe der geographischen Einheiten für Griechenland zu ergänzen.

II. VERKEHR

1. Verordnung (EWG) Nr. 3164/76 des Rates vom 16. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 357 vom 29. 12. 1976, S. 1),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 3024/77 vom 21. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 358 vom 31. 12. 1977, S. 4),
- Verordnung (EWG) Nr. 3062/78 vom 19. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 366 vom 28. 12. 1978, S. 5).

Der Rat ändert vor dem 30. November 1980 auf Vorschlag der Kommission Artikel 3 Absätze 1 und 2, um eine bestimmte Anzahl von Gemeinschaftsgenehmigungen für Griechenland hinzuzufügen (Absatz 2) und die Gesamtzahl der Genehmigungen entsprechend zu berichtigen (Absatz 1).

2. Richtlinie 74/561/EWG des Rates vom 12. November 1974 (ABl. Nr. L 308 vom 19. 11. 1974, S. 18).

In Artikel 5 Absätze 1 und 2 müssen die Zeitpunkte, vor denen die Güterkraftverkehrsunternehmer, die den Beruf bereits ausüben, von bestimmten Verpflichtungen befreit werden, in Griechenland hinausgeschoben werden, um die unter vergleichbaren Bedingungen erworbenen Rechte zu beachten.

3. Richtlinie 74/562/EWG des Rates vom 12. November 1974 (ABl. Nr. L 308 vom 19. 11. 1974, S. 23).

In Artikel 4 Absätze 1 und 2 müssen die Zeitpunkte, vor denen die Personenkraftverkehrsunternehmer, die den Beruf bereits ausüben, von bestimmten Verpflichtungen befreit werden, in Griechenland hinausgeschoben werden, um die unter vergleichbaren Bedingungen erworbenen Rechte zu beachten.

III. WETTBEWERB

Entscheidung Nr. 962/77/EGKS der Kommission vom 4. Mai 1977 (ABl. Nr. L 114 vom 5. 5. 1977, S. 1).

In Artikel 1 Absatz 2 Buchstaben a) und b) ist der entsprechende Betrag in Drachmen hinzuzufügen.

IV. HANDELSPOLITIK

1. Verordnung (EWG) Nr. 2051/74 des Rates vom 1. August 1974 (ABl. Nr. L 212 vom 2. 8. 1974, S. 33).

Diese Verordnung muß zur Festlegung der Regelung angepaßt werden, die auf die Einfuhr von Waren der Faröer nach Griechenland Anwendung finden.

2. Verordnung (EWG) Nr. 2532/78 des Rates vom 16. Oktober 1978 (ABl. Nr. L 306 vom 31. 10. 1978, S. 1),

in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 3064/78 vom 21. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 366 vom 28. 12. 1978, S. 78).

In den Überschriften und Fußnoten sind die entsprechenden Vermerke in griechischer Sprache hinzuzufügen.

In der Bezeichnung der Waren, die in der Anmerkung am Ende des Anhangs aufgeführt sind, sind die entsprechenden Vermerke in griechischer Sprache hinzuzufügen.

3. Verordnung (EWG) Nr. 3059/78 der Kommission vom 21. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 365 vom 27. 12. 1978, S. 1).

An den Bestimmungen dieser Verordnung und ihrer Anhänge sind die aufgrund des Beitritts der Republik Griechenland erforderlichen Anpassungen vorzunehmen.

4. Entscheidung 75/210/EWG des Rates vom 27. März 1975 (ABl. Nr. L 99 vom 21. 4. 1975, S. 7),

in der Fassung der Entscheidung 79/252/EWG vom 21. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 60 vom 12. 3. 1979, S. 1).

In Anhang III ist eine zusätzliche Spalte „E“ hinzuzufügen, in der die Kategorien genannt sind, bei denen die griechischen Einfuhren nach Artikel 2 Absatz 1 unter mengenmäßige Beschränkungen fallen.

In jeden der Anhänge IV bis XIV muß eine zusätzliche Tabelle aufgenommen werden, in der die Kontingente genannt sind, die die Republik Griechenland gegenüber jedem der betreffenden Drittländer eröffnen muß.

5. Empfehlung 77/330/EGKS der Kommission vom 15. April 1977 (ABl. Nr. L 114 vom 5. 5. 1977, S. 15).

In der „Mitteilung der Kommission“ ist auf Seite 18 eine Spalte hinzuzufügen, in der für die ein-

zelnen Erzeugnisse jeweils die Orientierungspreise in Drachmen angegeben sind.

V. SOZIALPOLITIK

1. Verordnung (EWG) Nr. 2895/77 des Rates vom 20. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 337 vom 27. 12. 1977, S. 7).

Artikel 1 ist gegebenenfalls zwecks Aufnahme der Gebiete in Griechenland, für die ein erhöhter Beteiligungssatz des Europäischen Sozialfonds gilt, anzupassen.

2. Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 (ABl. Nr. L 149 vom 5. 7. 1971, S. 2).

Anhang II der Verordnung muß insoweit geändert werden, wie es zum Zustandekommen einer Einigung zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten und der Republik Griechenland über die Beibehaltung einiger Bestimmungen zweiseitiger Vereinbarungen erforderlich ist.

3. Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 (ABl. Nr. L 74 vom 27. 3. 1972, S. 2).

Die Anhänge der Verordnung müssen insoweit geändert werden, wie es zum Zustandekommen einer Einigung zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten und der Republik Griechenland über die Beibehaltung einiger Bestimmungen zweiseitiger Vereinbarungen erforderlich ist.

VI. ANGLEICHUNG DER RECHTSVORSCHRIFTEN

1. Richtlinie 67/548/EWG des Rates vom 27. Juni 1967 (ABl. Nr. L 196 vom 16. 8. 1967, S. 1),

geändert durch:

— Richtlinie 69/81/EWG vom 13. März 1969 (ABl. Nr. L 68 vom 19. 3. 1969, S. 1),

— Richtlinie 73/146/EWG vom 21. Mai 1973 (ABl. Nr. L 167 vom 25. 6. 1973, S. 1),

— Richtlinie 75/409/EWG vom 24. Juni 1975 (ABl. Nr. L 183 vom 14. 7. 1975, S. 22),

— Richtlinie 76/907/EWG vom 14. Juli 1976 (ABl. Nr. L 360 vom 30. 12. 1976, S. 1).

2. Richtlinie 73/173/EWG des Rates vom 4. Juni 1973 (ABl. Nr. L 189 vom 11. 7. 1973, S. 7).

3. Richtlinie 76/769/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 (ABl. Nr. L 262 vom 27. 9. 1976, S. 201).

Die Anhänge dieser Richtlinien sind zu ergänzen, indem in sie die Übersetzung der Bezeichnungen der gefährlichen Stoffe und sonstiger in den derzeitigen Sprachen der Gemeinschaft darin enthaltener Ausdrücke ins Griechische aufgenommen werden.

VII. ENERGIE

1. Entscheidung 77/190/EWG der Kommission vom 26. Januar 1977 (ABl. Nr. L 61 vom 5. 3. 1977, S. 34).

Im Anhang sind die Anhänge A, B und C der Tabelle 6 jeweils durch eine zusätzliche Spalte zu ergänzen, die die entsprechenden Bezeichnungen für die Mineralölprodukte sowie die entsprechenden Spezifikationen für die Treibstoffe und für die Brennstoffe in griechischer Sprache enthält.

2. Entscheidung 73/287/EGKS der Kommission vom 25. Juli 1973 (ABl. Nr. L 259 vom 15. 9. 1973, S. 36),

geändert durch:

- Entscheidung Nr. 2963/76/EGKS vom 1. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 338 vom 7. 12. 1976, S. 19, und Nr. L 346 vom 26. 12. 1976, S. 26),
- Entscheidung Nr. 1613/77/EGKS vom 15. Juli 1977 (ABl. Nr. L 180 vom 20. 7. 1977, S. 8).

Artikel 7 betreffend den Sonderfonds für die gemeinschaftliche Finanzierung des Steinkohlenbergbaus muß gegebenenfalls angepaßt werden, um Griechenland die Möglichkeit einer Beteiligung an dem genannten Fonds zu bieten.

VIII. UMWELTFRAGEN UND VERBRAUCHERSCHUTZ

1. Entscheidung 77/795/EWG des Rates vom 12. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 334 vom 24. 12. 1977, S. 29).

In Anhang I (mit der Liste der am Informationsaustausch teilnehmenden Probenahme- oder Meßstationen der einzelnen Mitgliedstaaten) sind die in Griechenland gelegenen Stationen aufzunehmen.

2. Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 (ABl. Nr. L 103 vom 25. 4. 1979, S. 1).

Die Anhänge dieser Richtlinie sind jeweils durch eine zusätzliche Spalte zu ergänzen, welche die Angabe der betreffenden Vogelarten in griechischer Sprache enthält.

IX. STATISTIK

1. Verordnung (EWG) Nr. 1736/75 des Rates vom 24. Juni 1975 (ABl. Nr. L 183 vom 14. 7. 1975, S. 3).

In Artikel 3 ist die Angabe der Verordnungen zur Bestimmung des Zollgebiets der Gemeinschaft durch die Angabe des Rechtsaktes, durch den sich dieses Zollgebiet infolge des Beitritts Griechenlands verändert hat, zu ergänzen.

2. Verordnung (EWG) Nr. 2415/78 der Kommission vom 17. Oktober 1978 (ABl. Nr. L 292 vom 18. 10. 1978, S. 19).

In Artikel 1 ist die Angabe des entsprechenden Betrages der statistischen Schwelle von 300 Europäischen Rechnungseinheiten in Drachmen für Griechenland hinzuzufügen.

ANHANG III

Liste zu Artikel 36 Absätze 1 und 2 der Beitrittsakte

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Vom 1. Januar 1981 bis 31. Dezember 1981 vorgesehene Kontingente
31.02	Mineralische oder chemische Stickstoffdüngemittel	
31.03	Mineralische oder chemische Phosphatdüngemittel	
31.05	<p>Andere Düngemittel; Erzeugnisse des Kapitels 31 in Tabletten, Pastillen oder ähnlichen Formen oder in Packungen mit einem Gewicht von 10 kg oder weniger:</p> <p>A. Andere Düngemittel:</p> <p style="padding-left: 20px;">I. die drei düngenden Stoffe Stickstoff, Phosphor und Kalium enthaltend</p> <p style="padding-left: 20px;">II. die beiden düngenden Stoffe Stickstoff und Phosphor enthaltend</p> <p style="padding-left: 20px;">IV. andere</p>	61 700 t
ex 73.37	<p>Heizkessel (ausgenommen solche der Tarifnr. 84.01) und Heizkörper, für Zentralheizung, nicht elektrisch beheizt, Teile davon, aus Eisen oder Stahl; Heißluftzeuger und -verteiler (einschließlich solcher, die auch als Verteiler von frischer oder klimatisierter Luft dienen können), nicht elektrisch beheizt, mit motorbetriebenem Ventilator oder Gebläse, Teile davon, aus Eisen oder Stahl:</p> <p>— Heizkessel für Zentralheizung</p>	249 000 ERE
ex 84.01	<p>Erzeuger von Wasserdampf oder anderem Dampf (Dampfkessel); Kessel für überhitztes Wasser:</p> <p>— mit einer Leistung von 32 MW oder weniger</p>	507 000 ERE
84.06	<p>Kolbenverbrennungsmotoren:</p> <p>C. andere Motoren:</p> <p style="padding-left: 20px;">ex II. Verbrennungsmotoren mit Selbstzündung:</p> <p style="padding-left: 40px;">— mit einer Leistung von weniger als 37 kW</p>	1 398 000 ERE
84.10	<p>Flüssigkeitspumpen, einschließlich nichtmechanische Pumpen und Ausgabepumpen mit Flüssigkeitsmesser; Hebewerke für Flüssigkeiten (z. B. Becherwerke, Schöpfwerke, Bandedivatoren):</p> <p>ex A. Ausgabepumpen, die mit Flüssigkeitsmesser ausgestattet oder zur Aufnahme eines Flüssigkeitsmessers eingerichtet sind, ausgenommen Zapfsäulen für Treibstoffe</p> <p>B. andere Pumpen</p> <p>C. Hebewerke für Flüssigkeiten (z. B. Becherwerke, Schöpfwerke, Bandedivatoren)</p>	6 865 200 ERE

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Vom 1. Januar 1981 bis 31. Dezember 1981 vorgesehene Kontingente
84.14	Industrie- und Laboratoriumsöfen, ausgenommen elektrische Öfen der Tarifnr. 85.11: ex B. andere: — Teile aus Gußstahl für Zementöfen	50 000 ERE
ex 84.20	Waagen, auch zu Prüf- oder Kontrollzwecken, ausgenommen Waagen mit einer Empfindlichkeit von mindestens 50 mg; Gewichte für Waagen aller Art, ausgenommen: — Säuglingswaagen — Präzisionswaagen mit Grammeinteilung für Haushaltszwecke — Gewichte für Waagen aller Art	1 600 000 ERE
85.01	Elektrische Generatoren; Elektromotoren; rotierende Umformer sowie Stromrichter (z. B. Gleichrichter); Transformatoren; Drosselspulen und andere Selbstinduktionsspulen: A. Generatoren, Motoren (auch mit Getriebe, einschließlich Reibradgetriebe, Wechselgetriebe oder anderem regelbarem Getriebe), rotierende Umformer: ex II. andere: — Motoren mit einer Leistung von mindestens 370 Watt und nicht mehr als 15 000 Watt ex C. Teile: — von Motoren mit einer Leistung von mindestens 370 Watt und nicht mehr als 15 000 Watt	222 000 ERE
85.15	Sende- und Empfangsgeräte für den Funksprech- oder Funktelegraphieverkehr; Sende- und Empfangsgeräte für Rundfunk oder Fernsehen (einschließlich der mit Tonaufnahme- und Tonwiedergabegeräten kombinierten Empfänger) sowie Fernsehkameras; Geräte für Funknavigation, Funkmessung oder Funkfernsteuerung: A. Sende- und Empfangsgeräte für den Funksprech- oder Funktelegraphieverkehr, Sende- und Empfangsgeräte für Rundfunk oder Fernsehen (einschließlich der mit Tonaufnahme- und Tonwiedergabegeräten kombinierten Empfänger) sowie Fernsehkameras: ex III. Empfangsgeräte, auch mit Tonaufnahme- oder Tonwiedergabegeräten kombiniert: — Fernschempfänger	30 481 Einheiten 7 773 000 ERE ⁽¹⁾

⁽¹⁾ Zusätzliche Wertgrenze.

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Vom 1. Januar 1981 bis 31. Dezember 1981 vorgesehene Kontingente
85.15 (Fortsetzung)	C. Teile: I. Möbel und Gehäuse: ex a) aus Holz: — für Fernsehempfänger ex b) aus anderen Stoffen: — für Fernsehempfänger ex III. andere: — Chassis für Fernsehempfänger und zu- sammengesetzte oder montierte Teile da- von — Metallchassis für gedruckte Schaltungen für Fernsehempfänger	15 000 000 ERE
ex 85.23	Isolierte (auch lackisolierte oder elektrolytisch oxi- dierte) Drähte, Schnüre, Kabel (einschließlich Ko- axialkabel), Bänder, Stäbe und dergleichen, für die Elektrotechnik, auch mit Anschlußstücken: — Leitkabel für Fernsehantennen	333 000 ERE
87.02	Kraftwagen zum Befördern von Personen oder Gütern (einschließlich Sport- und Rennwagen und Oberlei- tungsomnibusse): A. zum Befördern von Personen, einschließlich Kom- binationskraftwagen: I. mit Verbrennungsmotor als Fährantrieb: ex a) Reisebusse und andere Omnibusse, mit Verbrennungsmotor mit Fremdzündung und einem Hubraum von 2800 cm ³ oder mehr oder mit Verbrennungsmotor mit Selbstzündung und einem Hubraum von 2500 cm ³ oder mehr: — vollständige Omnibusse und Reisebusse ex b) andere: — vollständig, mit mehr als 6 Sitzplätzen	516 Einheiten 10 160 000 ERE ⁽¹⁾
87.05	Karosserien für Kraftfahrzeuge der Tarifnrn. 87.01, 87.02 oder 87.03, einschließlich Führerhäuser: ex A. Karosserien und Führerhäuser aus Metall für die industrielle Montage: von Einachs-Ackerschleppern der Tarifstelle 87.01 A, von Kraftwagen zum Befördern von Personen (einschließlich Kombinationskraftwagen) mit mehr als 6 und weniger als 15 Sitzplätzen,	

⁽¹⁾ Zusätzliche Wertgrenze.

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Vom 1. Januar 1981 bis 31. Dezember 1981 vorgesehene Kontingente
87.05 (Fortsetzung)	<p>von Kraftwagen zum Befördern von Gütern, mit Verbrennungsmotor mit Fremdzündung und einem Hubraum von weniger als 2 800 cm³ oder mit Verbrennungsmotor mit Selbstzündung und einem Hubraum von weniger als 2 500 cm³,</p> <p>von Kraftwagen zu besonderen Zwecken, der Tarifnr. 87.03 (a)</p> <p>ex B. andere:</p> <p>— Karosserien und Führerhäuser aus Metall, ausgenommen solche für Kraftwagen zur Personenbeförderung, mit 6 Sitzplätzen oder weniger</p>	49 000 ERE

(a) Die Zulassung zu diesem Absatz unterliegt den von den zuständigen Behörden festzusetzenden Voraussetzungen.

ANHANG IV

Liste zu Artikel 114 der Beitrittsakte

1. Richtlinie 72/159/EWG des Rates vom 17. April 1972 (ABl. Nr. L 96 vom 23. 4. 1972),

geändert durch:

- Richtlinie 73/210/EWG vom 24. Juli 1973 (ABl. Nr. L 207 vom 28. 7. 1973),
- Richtlinie 73/358/EWG vom 19. November 1973 (ABl. Nr. L 326 vom 27. 11. 1973),
- Richtlinie 76/837/EWG vom 25. Oktober 1976 (ABl. Nr. L 302 vom 4. 11. 1976),
- Richtlinie 77/390/EWG vom 17. Mai 1977 (ABl. Nr. L 145 vom 13. 6. 1977),
- Verordnung (EWG) Nr. 1054/78 vom 19. Mai 1978 (ABl. Nr. L 134 vom 22. 5. 1978).

Die Republik Griechenland trifft die erforderlichen Maßnahmen, um dieser Richtlinie spätestens am 31. Dezember 1983 nachzukommen.

2. Richtlinie 72/160/EWG des Rates vom 17. April 1972 (ABl. Nr. L 96 vom 23. 4. 1972),

geändert durch:

- Richtlinie 73/210/EWG vom 24. Juli 1973 (ABl. Nr. L 207 vom 28. 7. 1973),
- Richtlinie 73/358/EWG vom 19. November 1973 (ABl. Nr. L 326 vom 27. 11. 1973).

Die Republik Griechenland trifft die erforderlichen Maßnahmen, um dieser Richtlinie spätestens am 31. Dezember 1983 nachzukommen.

3. Richtlinie 72/161/EWG des Rates vom 17. April 1972 (ABl. Nr. L 96 vom 23. 4. 1972),

geändert durch:

- Richtlinie 73/210/EWG vom 24. Juli 1973 (ABl. Nr. L 207 vom 28. 7. 1973),
- Richtlinie 73/358/EWG vom 19. November 1973 (ABl. Nr. L 326 vom 27. 11. 1973).

Die Republik Griechenland trifft die erforderlichen Maßnahmen, um dieser Richtlinie spätestens am 31. Dezember 1983 nachzukommen.

4. Richtlinie 75/268/EWG des Rates vom 28. April 1975 (ABl. Nr. L 128 vom 19. 5. 1975),

berichtigt (ABl. Nr. L 172 vom 3. 7. 1975 und ABl. Nr. L 181 vom 11. 7. 1975),

geändert durch:

- Richtlinie 76/400/EWG vom 6. April 1976 (ABl. Nr. L 108 vom 26. 4. 1976),
- Verordnung (EWG) Nr. 1054/78 vom 19. Mai 1978 (ABl. Nr. L 134 vom 22. 5. 1978).

Die Republik Griechenland trifft die erforderlichen Maßnahmen, um dieser Richtlinie spätestens am 31. Dezember 1983 nachzukommen.

ANHANG V

Liste zu Artikel 115 Absatz 1 der Beitrittsakte

I. Vorübergehende Abweichungen von der Verordnung (EWG) Nr. 1439/74

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Globalkontingent 1981
04.04	Käse und Quark: E. andere: I. weder gerieben noch in Pulverform, mit einem Fettgehalt von 40 Gewichtshundertteilen oder weniger und mit einem Wassergehalt in der fettfreien Käsemasse von: b) mehr als 47 bis 72 Gewichtshundertteilen: 3. Kashkaval (Kasseri) (a) ex 4. Schaf- oder Büffelkäse in Behältern, die Salzlake enthalten, oder in Beuteln aus Schaf- oder Ziegenfell (a) — Feta ex 5. andere: — Kefalotiri — Feta	265 t
07.05	Trockene ausgelöste Hülsenfrüchte, auch geschält oder zerkleinert: B. andere: ex I. Erbsen, einschließlich Kichererbsen, und Bohnen (Phaseolus-Arten): — Kichererbsen und Bohnen II. Linsen	1 840 t 2 000 t
08.05	Schalenfrüchte (ausgenommen solche der Tarifnr. 08.01), frisch oder getrocknet, auch ohne äußere Schalen oder enthäutet: ex G. andere: — Haselnüsse	8 t
31.02	Mineralische oder chemische Stickstoffdüngemittel: A. natürlicher Natronsalpeter B. Harnstoff mit einem Gehalt an Stickstoff von mehr als 45 Gewichtshundertteilen, bezogen auf das Gewicht des wasserfreien Stoffes	
31.03	Mineralische oder chemische Phosphatdüngemittel	

(a) Die Zulassung zu diesem Absatz unterliegt den von den zuständigen Behörden festzusetzenden Voraussetzungen.

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Globalkontingent 1981
31.05	<p>Andere Düngemittel; Erzeugnisse des Kapitels 31 in Tabletten, Pastillen oder ähnlichen Formen oder in Packungen mit einem Gewicht von 10 kg oder weniger:</p> <p>A. andere Düngemittel:</p> <p>I. die drei düngenden Stoffe Stickstoff, Phosphor und Kalium enthaltend</p> <p>II. die beiden düngenden Stoffe Stickstoff und Phosphor enthaltend</p> <p>IV. andere</p>	10 000 t
73.18	<p>Rohre (einschließlich Rohrluppen) aus Stahl, ausgenommen Waren der Tarifnr. 73.19:</p> <p>ex C. andere:</p> <p>— mit kreisrundem Querschnitt, ohne Gewinde, an den Enden mit einer Vorrichtung für einen raschen Anschluß versehen, (nach Anschluß an ein Bewässerungsgerät) für die Bewässerung von Feldern bestimmt</p>	200 000 ERE
ex 73.37	<p>Heizkessel (ausgenommen solche der Tarifnr. 84.01) und Heizkörper, für Zentralheizung, nicht elektrisch beheizt, Teile davon, aus Eisen oder Stahl; Heißluft-erzeuger und -verteiler (einschließlich solcher, die auch als Verteiler von frischer oder klimatisierter Luft dienen können), nicht elektrisch beheizt, mit motorbetriebenem Ventilator oder Gebläse, Teile davon, aus Eisen oder Stahl:</p> <p>— Heizkessel für Zentralheizung</p> <p>— Heizkörper für Zentralheizung</p>	170 400 ERE 183 200 ERE
ex 84.01	<p>Erzeuger von Wasserdampf oder anderem Dampf (Dampfkessel); Kessel für überhitztes Wasser:</p> <p>— mit einer Leistung von 32 MW oder weniger</p>	256 800 ERE
84.10	<p>Flüssigkeitspumpen, einschließlich nichtmechanische Pumpen und Ausgabepumpen mit Flüssigkeitsmesser; Hebewerke für Flüssigkeiten (z. B. Becherwerke, Schöpfwerke, Bandlelevatoren):</p> <p>ex A. Ausgabepumpen, die mit Flüssigkeitsmesser ausgestattet oder zur Aufnahme eines Flüssigkeitsmessers eingerichtet sind, ausgenommen Ausgabepumpen für Brennstoffe</p> <p>B. andere Pumpen</p> <p>C. Hebewerke für Flüssigkeiten (z. B. Becherwerke, Schöpfwerke, Bandlelevatoren)</p>	404 000 ERE
84.14	<p>Industrie- und Laboratoriumsöfen, ausgenommen elektrische Öfen der Tarifnr. 85.11:</p> <p>ex B. andere:</p> <p>— Teile aus Gußeisen für Zementöfen</p>	24 000 ERE

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Globalkontingent 1981
84.15	<p>Maschinen, Apparate, Geräte und Einrichtungen zur Kälteerzeugung, mit elektrischer oder anderer Ausrüstung:</p> <p>ex B. andere:</p> <p>— Schränke ohne eingebauten Kältesatz</p>	235 200 ERE
ex 84.20	<p>Waagen, auch zu Prüf- oder Kontrollzwecken, ausgenommen Waagen mit einer Empfindlichkeit von mindestens 50 mg; Gewichte für Waagen aller Art, ausgenommen:</p> <p>— Babywaagen</p> <p>— Präzisionswaagen für den Hausgebrauch mit einer Gradeinteilung in Gramm</p> <p>— Gewichte für Waagen aller Art</p>	40 400 ERE
ex 84.46	<p>Werkzeugmaschinen zum Bearbeiten von Steinen, keramischen Waren, Beton, Asbestzement oder ähnlichen mineralischen Stoffen und Maschinen zum Kaltbearbeiten von Glas, ausgenommen Maschinen der Tarifnr. 84.49:</p> <p>— Maschinen und Geräte zum Bearbeiten von Marmor, ausgenommen solche, die für den Gebrauch mit der Hand bestimmt sind und elektrisch betrieben werden</p>	62 100 ERE
ex 84.47	<p>Werkzeugmaschinen zum Bearbeiten von Holz, Kork, Bein, Hartkautschuk, Kunststoff oder ähnlichen harten Stoffen, ausgenommen Maschinen der Tarifnr. 84.49:</p> <p>— Bandsägen für Holz</p>	41 400 ERE
85.15	<p>Sende- und Empfangsgeräte für den Funksprech- oder Funktelegraphieverkehr; Send- und Empfangsgeräte für Rundfunk oder Fernsehen (einschließlich der mit Tonaufnahme- und Tonwiedergabegeräten kombinierten Empfänger) sowie Fernsehkameras; Geräte für Funknavigation, Funkmessung oder Funkfernsteuerung:</p> <p>C. Teile:</p> <p>I. Möbel und Gehäuse:</p> <p>ex a) aus Holz:</p> <p>— für Fernsehempfänger</p> <p>ex b) aus anderen Stoffen:</p> <p>— für Fernsehempfänger</p>	150 400 ERE

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Globalkontingent 1981
98.03	<p>Federhalter, Füllhalter, Kugelschreiber, Füllstifte; Bleistifthalter und dergleichen; Teile davon und Zubehör (z. B. Bleistiftschützer, Klipse), ausgenommen Waren der Tarifnr. 98.04 oder 98.05:</p> <p>ex B. andere Federhalter; Füllstifte; Bleistifthalter und dergleichen:</p> <p>— Kugelschreiber und Filzschreiber, nicht nachfüllbar</p> <p>C. Teile und Zubehör:</p> <p>ex I. aus vollem Material gedrehte Stücke aus unedlen Metallen:</p> <p>— Teile von nicht nachfüllbaren Kugelschreibern und Filzschreibern, ausgenommen Kugelspitzen</p> <p>ex II. andere:</p> <p>— Teile von nicht nachfüllbaren Kugelschreibern und Filzschreibern, ausgenommen Kugelspitzen aus Kunststoff-faser und Filz</p>	105 600 ERE

II. Zeitweilige Ausnahmen von den Verordnungen (EWG) Nr. 109/70 und Nr. 2532/78

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Globalkontingent 1981 ⁽¹⁾
04.04	<p>Käse und Quark:</p> <p>E. andere:</p> <p>I. weder gerieben noch in Pulverform, mit einem Fettgehalt von 40 Gewichtshundertteilen oder weniger und mit einem Wassergehalt in der fettfreien Käsemasse von:</p> <p>b) mehr als 47 bis 72 Gewichtshundertteilen:</p> <p>3. Kashkaval (Kasseri) (a)</p> <p>ex 4. Schaf- oder Büffelkäse in Behältern, die Salzlake enthalten, oder in Beuteln aus Schaf- oder Ziegenfell (a):</p> <p>— Feta</p> <p>ex 5. andere:</p> <p>— Kefalotiri</p> <p>— Feta</p>	950 t

⁽¹⁾ Diese Kontingente werden den Ländern gemäß den vor dem Beitritt geltenden Gemeinschaftsverfahren einzeln zugeteilt.

(a) Die Zulassung zu diesem Absatz unterliegt den von den zuständigen Behörden festzusetzenden Voraussetzungen.

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Globalkontingent 1981 ⁽¹⁾
07.05	Trockene ausgelöste Hülsenfrüchte, auch geschält oder zerkleinert: B. andere: ex I. Erbsen, einschließlich Kichererbsen, und Bohnen (Phaseolus-Arten): — Kichererbsen und Bohnen II. Linsen	460 t 100 t
08.05	Schalenfrüchte (ausgenommen solche der Tarifnr. 08.01), frisch oder getrocknet, auch ohne äußere Schalen oder enthäutet: ex G. andere: — Haselnüsse	2 t
31.02	Mineralische oder chemische Stickstoffdüngemittel: A. natürlicher Natronsalpeter	40 000 t ⁽²⁾
31.03	Mineralische oder chemische Phosphatdüngemittel	
44.01	Brennholz in Form von Rundlingen, Scheiten, Zweigen oder Reisigbündeln; Holzabfälle, einschließlich Sägespäne	228 000 ERE
58.01	Geknüpftete Teppiche, auch konfektioniert	235 800 ERE
69.05	Dachziegel, Bauzierarte (z. B. Gesimse, Friese) und andere Baukeramik (z. B. Schornsteinaufsätze, Schornsteinrohre)	83 800 ERE
ex 73.37	Heizkessel (ausgenommen solche der Tarifnr. 84.01) und Heizkörper, für Zentralheizung, nicht elektrisch beheizt, Teile davon, aus Eisen oder Stahl; Heißluftzeuger und -verteiler (einschließlich solcher, die auch als Verteiler von frischer oder klimatisierter Luft dienen können), nicht elektrisch beheizt, mit motorbetriebenem Ventilator oder Gebläse, Teile davon, aus Eisen oder Stahl: — Heizkessel für Zentralheizung — Heizkörper für Zentralheizung	42 600 ERE 45 800 ERE
ex 84.01	Erzeuger von Wasserdampf oder anderem Dampf (Dampfkessel); Kessel für überhitztes Wasser: — mit einer Leistung von 32 MW oder weniger	64 200 ERE

⁽¹⁾ Diese Kontingente werden den Ländern gemäß den vor dem Beitritt geltenden Gemeinschaftsverfahren einzeln zugeteilt.

⁽²⁾ Zu dem Kontingent gehören die Erzeugnisse der Tarifstellen 31.02 B und C, 31.05 A I, II und IV. Griechenland ist nicht verpflichtet, die Tarifstellen 31.02 B und C, 31.05 A I, II und IV am Ende der Übergangszeit zu liberalisieren, außer, wenn inzwischen eine Änderung im „Gemeinschaftsbestand“ eintritt. Allerdings ist das Gesamtkontingent während der Übergangszeit jährlich zu erhöhen.

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Globalkontingent 1981 ⁽¹⁾
84.10	<p>Flüssigkeitspumpen, einschließlich nichtmechanische Pumpen und Ausgabepumpen mit Flüssigkeitsmesser; Hebewerke für Flüssigkeiten (z. B. Becherwerke, Schöpfwerke, Bandedevatoren):</p> <p>ex A. Ausgabepumpen, die mit Flüssigkeitsmesser ausgestattet oder zur Aufnahme eines Flüssigkeitsmessers eingerichtet sind, ausgenommen Ausgabepumpen für Brennstoffe</p> <p>B. andere Pumpen</p> <p>C. Hebewerke für Flüssigkeiten (z. B. Becherwerke, Schöpfwerke, Bandedevatoren)</p>	101 000 ERE
84.14	<p>Industrie- und Laboratoriumsöfen, ausgenommen elektrische Öfen der Tarifnr. 85.11:</p> <p>ex B. andere:</p> <p>— Teile aus Gußeisen für Zementöfen</p>	6 000 ERE
84.15	<p>Maschinen, Apparate, Geräte und Einrichtungen zur Kälteerzeugung, mit elektrischer oder anderer Ausrüstung:</p> <p>ex B. andere:</p> <p>— Schränke ohne eingebauten Kältesatz</p>	58 800 ERE
ex 84.20	<p>Waagen, auch zu Prüf- oder Kontrollzwecken, ausgenommen Waagen mit einer Empfindlichkeit von mindestens 50 mg; Gewichte für Waagen aller Art, ausgenommen:</p> <p>— Babywaagen</p> <p>— Präzisionswaagen für den Hausgebrauch mit einer Gradeinteilung in Gramm</p> <p>— Gewichte für Waagen aller Art</p>	10 100 ERE
ex 84.46	<p>Werkzeugmaschinen zum Bearbeiten von Steinen, keramischen Waren, Beton, Asbestzement oder ähnlichen mineralischen Stoffen und Maschinen zum Kaltbearbeiten von Glas, ausgenommen Maschinen der Tarifnr. 84.49:</p> <p>— Maschinen und Geräte zum Bearbeiten von Marmor, ausgenommen solche, die für den Gebrauch mit der Hand bestimmt sind und elektrisch betrieben werden</p>	15 500 ERE
ex 84.47	<p>Werkzeugmaschinen zum Bearbeiten von Holz, Kork, Bein, Hartkautschuk, Kunststoff oder ähnlichen harten Stoffen, ausgenommen Maschinen der Tarifnr. 84.49:</p> <p>— Bandsägen für Holz</p>	10 300 ERE

⁽¹⁾ Diese Kontingente werden den Ländern gemäß den vor dem Beitritt geltenden Gemeinschaftsverfahren einzeln zugeteilt.

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Globalkontingent 1981 ⁽¹⁾
85.15	<p>Sende- und Empfangsgeräte für den Funksprech- oder Funktelegraphieverkehr; Send- und Empfangsgeräte für Rundfunk oder Fernsehen (einschließlich der mit Tonaufnahme- und Tonwiedergabegeräten kombinierten Empfänger) sowie Fernsehkameras; Geräte für Funknavigation, Funkmessung oder Funkfernsteuerung:</p> <p>C. Teile:</p> <p>I. Möbel und Gehäuse:</p> <p>ex a) aus Holz:</p> <p>— für Fernsehempfänger</p> <p>ex b) aus anderen Stoffen:</p> <p>— für Fernsehempfänger</p>	37 600 ERE
98.03	<p>Federhalter, Füllhalter, Kugelschreiber, Füllstifte; Bleistifthalter und dergleichen; Teile davon und Zubehör (z. B. Bleistiftschützer, Klipse), ausgenommen Waren der Tarifnr. 98.04 oder 98.05:</p> <p>ex B. andere Federhalter; Füllstifte; Bleistifthalter und dergleichen:</p> <p>— Kugelschreiber und Filzschreiber, nicht nachfüllbar</p> <p>C. Teile und Zubehör:</p> <p>ex I. aus vollem Material gedrehte Stücke aus unedlen Metallen:</p> <p>— Teile von nicht nachfüllbaren Kugelschreibern und Filzschreibern, ausgenommen Kugelspitzen</p> <p>ex II. andere:</p> <p>— Teile von nicht nachfüllbaren Kugelschreibern und Filzschreibern, ausgenommen Kugelspitzen aus Kunststofffaser und Filz</p>	26 400 ERE

⁽¹⁾ Diese Kontingente werden den Ländern gemäß den vor dem Beitritt geltenden Gemeinschaftsverfahren einzeln zugeteilt.

ANHANG VI

Liste zu Artikel 115 Absatz 3 der Beitrittsakte

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Globalkontingent für unter die Verordnung (EWG) Nr. 1439/74 fallende Länder 1981	Globalkontingent für in den Verordnungen (EWG) Nrn. 109/70 und 2532/78 genannte Staatshandelsländer ⁽¹⁾ 1981
73.18	Rohre (einschließlich Rohrluppen) aus Stahl, ausgenommen Waren der Tarifrnr. 73.19: ex C. andere: — mit kreisrundem Querschnitt, ohne Gewinde, an den Enden mit einer Vorrichtung für einen raschen Anschluß versehen, (nach Anschluß an ein Bewässerungsgerät) für die Bewässerung von Feldern bestimmt	—	50 000 ERE
84.06	Kolbenverbrennungsmotoren: C. andere Motoren: ex II. Verbrennungsmotoren mit Selbstzündung: — mit einer Leistung von weniger als 37 kW	121 600 ERE	30 400 ERE
85.01	Elektrische Generatoren; Elektromotoren; rotierende Umformer sowie Stromrichter (z. B. Gleichrichter); Transformatoren; Drosselspulen und andere Selbstinduktionsspulen: A. Generatoren, Motoren (auch mit Getriebe, einschließlich Reibradgetriebe, Wechselgetriebe oder anderem regelbarem Getriebe), rotierende Umformer: ex II. andere: — Motoren mit einer Leistung von mindestens 370 Watt und nicht mehr als 15 000 Watt ex C. Teile: — von Motoren mit einer Leistung von mindestens 370 Watt und nicht mehr als 15 000 Watt	137 600 ERE	34 400 ERE
85.01	Elektrische Generatoren; Elektromotoren; rotierende Umformer sowie Stromrichter (z. B. Gleichrichter); Transformatoren; Drosselspulen und andere Selbstinduktionsspulen: B. Stromrichter (z. B. Gleichrichter); Transformatoren; Drosselspulen und andere Selbstinduktionsspulen ex C. Teile: — von Stromrichtern (z. B. Gleichrichtern); Transformatoren; Drosselspulen und anderen Selbstinduktionsspulen	192 000 ERE	48 000 ERE

⁽¹⁾ Diese Kontingente werden den Ländern gemäß den vor dem Beitritt geltenden Gemeinschaftsverfahren einzeln zugeteilt.

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Globalkontingent für unter die Verordnung (EWG) Nr. 1439/74 fallende Länder 1981	Globalkontingent für in den Verordnungen (EWG) Nrn. 109/70 und 2532/78 genannte Staatshandelsländer ⁽¹⁾ 1981
85.01	<p>Elektrische Generatoren; Elektromotoren; rotierende Umformer sowie Stromrichter (z. B. Gleichrichter); Transformatoren; Drosselspulen und andere Selbstinduktionspulen:</p> <p>A. Generatoren, Motoren (auch mit Getriebe, einschließlich Reibradgetriebe, Wechselgetriebe oder anderem regelbarem Getriebe), rotierende Umformer:</p> <p>ex II. andere:</p> <p>— Motoren mit einer Leistung von mindestens 370 Watt und nicht mehr als 370 000 Watt</p> <p>ex C. Teile:</p> <p>— von Motoren mit einer Leistung von mindestens 370 Watt und nicht mehr als 370 000 Watt</p>	72 000 ERE	18 000 ERE
85.15	<p>Sende- und Empfangsgeräte für den Funksprech- oder Funktelegraphieverkehr; Send- und Empfangsgeräte für Rundfunk oder Fernsehen (einschließlich der mit Tonaufnahme- und Tonwiedergabegeräten kombinierten Empfänger) sowie Fernsehkameras; Geräte für Funknavigation, Funkmessung oder Funkfernsteuerung:</p> <p>A. Send- und Empfangsgeräte für den Funksprech- oder Funktelegraphieverkehr; Send- und Empfangsgeräte für Rundfunk oder Fernsehen (einschließlich der mit Tonaufnahme- und Tonwiedergabegeräten kombinierten Empfänger) sowie Fernsehkameras:</p> <p>ex III. Empfangsgeräte, auch mit Tonaufnahme- oder Tonwiedergabegeräten kombiniert:</p> <p>— Fernsehempfänger</p> <p>C. Teile:</p> <p>ex III. andere:</p> <p>— Chassis für Fernsehempfänger und zusammengesetzte oder montierte Teile davon</p> <p>— Metallchassis für gedruckte Schaltungen für Fernsehempfänger</p>	6 000 Stück 1 530 000 ERE (a)	1 500 Stück 382 500 ERE (a)
ex 85.23	<p>Isolierte (auch lackisolierte oder elektrolytisch oxidierte) Drähte, Schnüre, Kabel (einschließlich Koaxialkabel), Bänder, Stäbe und dergleichen, für die Elektrotechnik, auch mit Anschlußstücken:</p> <p>— Leitkabel für Fernsehantennen</p>	53 360 ERE	13 340 ERE

⁽¹⁾ Diese Kontingente werden den Ländern gemäß den vor dem Beitritt geltenden Gemeinschaftsverfahren einzeln zugeteilt.

(a) Zusätzliche Wertgrenze.

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Globalkontingent für unter die Verordnung (EWG) Nr. 1439/74 fallende Länder 1981	Globalkontingent für in den Verordnungen (EWG) Nrn. 109/70 und 2532/78 genannte Staatshandelsländer ⁽¹⁾ 1981
87.02	<p>Kraftwagen zum Befördern von Personen oder Gütern (einschließlich Sport- und Rennwagen und Oberleitungsomnibusse):</p> <p>A. zum Befördern von Personen, einschließlich Kombinationskraftwagen:</p> <p>I. mit Verbrennungsmotor als Fahrtrieb:</p> <p>ex a) Reisebusse und andere Omnibusse, mit Verbrennungsmotor mit Fremdzündung und einem Hubraum von 2 800 cm³ oder mehr oder mit Verbrennungsmotor mit Selbstzündung und einem Hubraum von 2 500 cm³ oder mehr:</p> <p>— vollständige Omnibusse und Reisebusse</p> <p>ex b) andere:</p> <p>— vollständig, mit mehr als 6 Sitzplätzen</p>	<p>80 Stück 1 600 000 ERE (a)</p>	<p>20 Stück 400 000 ERE (a)</p>
87.05	<p>Karosserien für Kraftfahrzeuge der Tarifnr. 87.01, 87.02 oder 87.03, einschließlich Führerhäuser:</p> <p>ex A. Karosserien und Führerhäuser aus Metall für die industrielle Montage:</p> <p>von Einachs-Ackerschleppern der Tarifstelle 87.01 A,</p> <p>von Kraftwagen zum Befördern von Personen (einschließlich Kombinationskraftwagen), mit mehr als 6 Sitzplätzen und weniger als 15 Sitzplätzen,</p> <p>von Kraftwagen zum Befördern von Gütern, mit Verbrennungsmotor mit Fremdzündung und einem Hubraum von weniger als 2 800 cm³ oder mit Verbrennungsmotor mit Selbstzündung und einem Hubraum von weniger als 2 500 cm³,</p> <p>von Kraftwagen zu besonderen Zwecken, der Tarifnr. 87.03 (b)</p> <p>ex B. andere:</p> <p>— Karosserien und Führerhäuser aus Metall, ausgenommen solche für Kraftwagen zur Personenbeförderung mit 6 Sitzplätzen oder weniger</p>	<p>6 720 ERE</p>	<p>1 680 ERE</p>

(¹) Diese Kontingente werden den Ländern gemäß den vor dem Beitritt geltenden Gemeinschaftsverfahren einzeln zugeteilt.

(a) Zusätzliche Wertgrenze.

(b) Die Zulassung zu diesem Absatz unterliegt den von den zuständigen Behörden festzusetzenden Voraussetzungen.

ANHANG VII

Liste zu Artikel 117 Absatz 1 der Beitrittsakte

I. Liste der EWG-Waren

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung
Kapitel 13	
ex 13.02	Weihrauch
ex 13.03	Pektate
Kapitel 14	
ex 14.05	Valonea, Galläpfel
Kapitel 15	
ex 15.05	Wollfettstearin
ex 15.06	Andere tierische Fette und Öle (z. B. Knochenfett, Abfallfett), ausgenommen Klauenöl
15.08	Tierische und pflanzliche Öle, gekocht, oxidiert, dehydratisiert, geschwefelt, geblasen, durch Hitze im Vakuum oder in inertem Gas polymerisiert oder anders modifiziert
15.10	Technische Fettsäuren; saure Öle aus der Raffination; technische Fettalkohole
15.11	Glyzerin, einschließlich Glyzerinwasser und -unterlaugen
ex 15.15	Bienenwachs und anderes Insektenwachs, auch gefärbt
15.16	Pflanzenwachs, auch gefärbt
ex 15.17	Degras
Kapitel 17	
ex 17.02	Laktose und Laktosesirup, mit einem Reinheitsgrad von 99 Gewichtshundertteilen oder mehr, bezogen auf den Trockenstoff; Glukose und Glukosesirup, mit einem Reinheitsgrad von 99 Gewichtshundertteilen oder mehr, bezogen auf den Trockenstoff
17.04	Zuckerwaren ohne Kakaogehalt
Kapitel 18	Kakao und Zubereitungen aus Kakao, ausgenommen Tarifnrn. 18.01 und 18.02
Kapitel 19	
ex 19.02	Malzextrakt
19.03	Teigwaren
19.05	Lebensmittel, durch Aufblähen oder Rösten von Getreide hergestellt (Puffreis, Corn Flakes und dergleichen)
ex 19.07	Brot, Schiffszwieback und andere gewöhnliche Backwaren, ohne Zusatz von Zucker, Honig, Eiern, Fett, Käse oder Früchten
19.08	Feine Backwaren, auch mit beliebigem Gehalt an Kakao

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung
Kapitel 21	Verschiedene Lebensmittelzubereitungen, ausgenommen Tarifnrn. 21.05 und 21.07
Kapitel 22	
22.01	Wasser, Mineralwasser, Eis und Schnee
22.02	Limonaden (einschließlich der aus Mineralwasser hergestellten) und andere nichtalkoholische Getränke, ausgenommen Frucht- und Gemüsesäfte der Tarifnr. 20.07
22.03	Bier
22.06	Wermutwein und andere Weine aus frischen Weintrauben, mit Pflanzen oder anderen Stoffen aromatisiert
ex 22.08	Äthylalkohol und Sprit mit einem Gehalt an Äthylalkohol von 80° oder mehr, unvergällt; Äthylalkohol und Sprit mit beliebigem Gehalt an Äthylalkohol, vergällt, ausgenommen Äthylalkohol und Sprit, hergestellt aus den in Anhang II des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft aufgeführten landwirtschaftlichen Erzeugnissen
ex 22.09	Sprit mit einem Gehalt an Äthylalkohol von weniger als 80°, unvergällt, ausgenommen Äthylalkohol, hergestellt aus den in Anhang II des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft aufgeführten landwirtschaftlichen Erzeugnissen; Branntwein, Likör und andere alkoholische Getränke; zusammengesetzte alkoholische Zubereitungen zur Herstellung von Getränken
Kapitel 24	
24.02	Tabak, verarbeitet; Tabakauszüge und Tabaksoßen
Kapitel 25	
25.20	Gipsstein; Anhydrit; Gips, auch gefärbt oder mit geringen Zusätzen von Anregern oder Abbindeverzögerern, ausgenommen zu zahnärztlichen Zwecken besonders zubereiteter Gips
25.22	Luftkalk, auch gelöscht; Wasserkalk, ausgenommen reines Kalziumoxid und Kalziumhydroxid
25.23	Zement (einschließlich Zementklinker), auch gefärbt
ex 25.30	Natürliche rohe Borsäure mit einem Gehalt von nicht mehr als 85 Gewichtshundertteilen H ₃ BO ₃ in der Trockensubstanz
ex 25.32	Farberden, auch gebrannt oder untereinander gemischt; Santorinerde, Puzzolanerde, Trass und dergleichen, wie sie zur Herstellung von Zement verwendet werden, auch gemahlen oder sonst zerkleinert
Kapitel 27	
27.05a	Stadtgas, Ferngas, Wassergas, Generatorgas und ähnliche Gase
27.06	Teer aus Steinkohle, Braunkohle oder Torf und andere Mineralteere, einschließlich der destillierten und präparierten Teere
27.08	Pech und Pechkoks aus Steinkohlenteer oder anderen Mineralteeren
ex 27.10	Mineral-Schmiermittel
ex 27.11	Erdgas und andere gasförmige Kohlenwasserstoffe, ausgenommen nicht zur Verwendung als Kraft- oder Heizstoff bestimmtes Propan mit einem Reinheitsgrad von 99 Gewichtshundertteilen oder mehr

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung
27.12	Vaselin
27.13	Paraffin, Erdölwachs, Wachs aus bituminösen Mineralien, Ozokerit, Montanwachs, Torfwachs, paraffinische Rückstände (Gatsch, slack wax), auch gefärbt
27.14	Bitumen, Petrolkoks und andere Rückstände aus Erdöl oder Öl aus bituminösen Mineralien
27.15	Naturasphalt; bituminöse Schiefer und Sande; Asphaltgestein
27.16	Bituminöse Gemische auf der Grundlage von Naturasphalt, Bitumen, Mineralteer oder Mineralteerpech (z. B. Asphaltmastix, Verschnittbitumen)
Kapitel 28	
ex 28.01	Chlor
ex 28.04	Wasserstoff, Sauerstoff (einschließlich Ozon) und Stickstoff
ex 28.06	Salzsäure (Chlorwasserstoffsäure)
28.08	Schwefelsäure; Oleum
28.09	Salpetersäure; Nitriersäuren
28.10	Phosphorsäureanhydrid und Phosphorsäuren (Meta-, Ortho- und Pyrophosphorsäure)
28.12	Borsäure und Borsäureanhydrid
28.13	Andere anorganische Säuren und Sauerstoffverbindungen der Nichtmetalle
28.15	Sulfide der Nichtmetalle, einschließlich Phosphortrisulfid
28.16	Ammoniak, verflüssigt oder gelöst (Salmiakgeist)
28.17	Natriumhydroxid (Ätznatron); Kaliumhydroxid (Ätzkali); Natrium- und Kaliumperoxid
ex 28.19	Zinkoxid
ex 28.20	Künstlicher Korund
28.22	Manganoxide
ex 28.23	Eisenoxide, einschließlich Farberden auf der Grundlage von natürlichem Eisenoxid mit einem Gehalt an gebundenem Eisen, berechnet als Fe ₂ O ₃ , von 70 Gewichtshundertteilen oder mehr
ex 28.27	Bleimennige und Lithargyrum
28.29	Fluoride; Fluorosilikate; Fluorborate und andere Fluorosalze
ex 28.30	Magnesiumchlorid, Kalziumchlorid
ex 28.31	Hypochlorite; handelsübliches Kalziumhypochlorit; Chlorite
28.35	Sulfide, einschließlich Polysulfide
28.36	Dithionite (Hydrosulfite), auch durch organische Stoffe stabilisiert; Sulfoxylate
28.37	Sulfite und Thiosulfate
ex 28.38	Natriumsulfat, Bariumsulfat, Eisensulfat, Zinksulfat, Magnesiumsulfat, Aluminiumsulfat; Alaune
ex 28.40	Phosphite, Hypophosphite und Phosphate, ausgenommen Bleipyrophosphat

Nummer des Brüsseler Zolltarifschemas	Warenbezeichnung
ex 28.42	Karbonate, einschließlich des handelsüblichen Ammoniumkarbonats, ausgenommen Bleihydroxykarbonat
ex 28.44	Quecksilberfulminat
ex 28.45	Natrium- und Kaliumsilikate, einschließlich der handelsüblichen Natrium- und Kaliumsilikate
ex 28.46	Borax, raffiniert
ex 28.48	Arsenite und Arsenate
28.54	Wasserstoffperoxid, auch fest
ex 28.56	Siliziumkarbid, Borkarbid, Kalziumkarbid
ex 28.58	Destilliertes Wasser, Leitfähigkeitswasser oder Wasser von gleicher Reinheit
Kapitel 29	
ex 29.01	Kohlenwasserstoffe zur Verwendung als Kraft- oder Heizstoffe; Naphthalin, Anthrazen
ex 29.04	Amylalkohole
29.06	Phenole und Phenolalkohole
ex 29.08	Amyläthyläther, Äthyläther, Anethol
ex 29.14	Palmitinsäure, Stearinsäure, Ölsäure, ihre wasserlöslichen Salze; Anhydride
ex 29.16	Weinsäure, Zitronensäure, Gallussäure; Kalziumtartrat
ex 29.21	Glyzerintrinitrat (Nitroglyzerin)
ex 29.42	Nikotinsulfat
29.43	Chemisch reine Zucker, ausgenommen Saccharose, Glukose und Laktose; Äther und Ester von Zuckern und ihre Salze, ausgenommen Erzeugnisse der Tarifnrn. 29.39, 29.41 und 29.42
Kapitel 30	
ex 30.02	Sera von immunisierten Tieren oder Menschen
ex 30.03	Arzneiwaren, auch für die Veterinärmedizin, ausgenommen nachstehende Waren: <ul style="list-style-type: none"> <li data-bbox="519 1646 1293 1680">— Asthma-Zigaretten <li data-bbox="519 1691 1293 1741">— Chinin, Cinchonin, Chinidin und ihre Salze, auch in Form von Spezialitäten <li data-bbox="519 1753 1293 1803">— Morphium, Kokain und andere Rauschgifte, auch in Form von Spezialitäten <li data-bbox="519 1814 1293 1848">— Antibiotika und Zubereitungen auf der Grundlage von Antibiotika <li data-bbox="519 1859 1293 1893">— Vitamine und Zubereitungen auf der Grundlage von Vitaminen <li data-bbox="519 1905 1293 1955">— Sulfamide, Hormone und Zubereitungen auf der Grundlage von Hormonen
30.04	Watte, Gaze, Binden und dergleichen (z. B. Verbandzeug, Pflaster zum Heilgebrauch, Senfpflaster), mit medikamentösen Stoffen getränkt oder überzogen oder für den Einzelverkauf zu medizinischen oder chirurgischen Zwecken aufgemacht, ausgenommen die in der Vorschrift 3 zu Kapitel 30 genannten Erzeugnisse

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung
Kapitel 31	
ex 31.03	<p>Mineralische oder chemische Phosphatdüngemittel, ausgenommen:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Thomasphosphatschlacken — Kalziumphosphate, durch Glühen aufgeschlossen (Thermophosphate und geschmolzene Phosphate), und durch Glühen behandelte natürliche Kalziumaluminiumphosphate — Dikalziumphosphat mit einem Gehalt an Fluor von mindestens 0,2 Gewichtshundertteilen
31.05	Andere Düngemittel; Erzeugnisse des Kapitels 31 in Tabletten, Pastillen oder ähnlichen Formen oder in Packungen mit einem Gewicht von 10 kg oder weniger
Kapitel 32	
ex 32.01	Pflanzliche Gerbstoffauszüge; Tannine (Gerbsäuren), einschließlich des mit Wasser ausgezogenen Galläpfeltannins
ex 32.04	Pflanzliche Farbstoffe (einschließlich Auszüge aus Farbhölzern und anderen färbenden pflanzlichen Stoffen, ausgenommen Indigo, Henna und Chlorophyll) und tierische Farbstoffe, ausgenommen Karmin und Kermes
ex 32.05	Synthetische organische Farbstoffe, ausgenommen natürlicher Indigo; synthetische organische Erzeugnisse, die als Luminophore verwendet werden; auf die Faser aufziehende optische Aufheller
32.06	Farblacke
ex 32.07	<p>Andere Farbmittel, ausgenommen</p> <ul style="list-style-type: none"> a) anorganische oder mineralische Pigmente auf der Grundlage von Cadmiumsalzen, auch andere Farbmittel enthaltend, und b) Farben auf der Grundlage von Chromaten und Preußisch Blau; anorganische Erzeugnisse, die als Luminophore verwendet werden
32.08	Zubereitete Pigmente, zubereitete Trübungsmittel und zubereitete Farben, Schmelzglasuren und andere verglasbare Massen, flüssige Glanzmittel und ähnliche Zubereitungen für die keramische, Emaillier- oder Glasindustrie; Engoben; Glasfritte und anderes Glas in Form von Pulver, Granalien, Schuppen oder Flocken
32.09	Lacke; Wasserfarben und zubereitete Wasserpigmentfarben nach Art der für die Lederendbearbeitung gebrauchten; andere Anstrichfarben; mit Leinöl, Testbenzin (white spirit), Terpentinöl, einem Lack oder anderen zum Herstellen von Anstrichfarben dienenden Mitteln angeriebene Pigmente; Prägefolien; Färbemittel in Formen oder Packungen für den Einzelverkauf; Lösungen im Sinne der Vorschrift 4 zu diesem Kapitel
32.11	Zubereitete Sikkative
32.12	Kitte (einschließlich Harzkitt und Harzzement); Spachtelmassen für Anreicherarbeiten; nichtfeuerfeste Spachtel- und Verputzmassen für Mauerwerk und dergleichen
32.13	Druckfarben, Tinte und Tusche zum Schreiben oder Zeichnen und andere Tinten und Tuschen
Kapitel 33	
ex 33.01	Ätherische Öle (auch terpenfrei gemacht), flüssig oder fest (konkret), ausgenommen Rosenöl, Rosmarinöl, Eukalyptusöl, Sandelholzöl und Zedernholzöl; Resinoide; Konzentrate ätherischer Öle in Fetten, nichtflüchtigen Ölen, Wachsen oder ähnlichen Stoffen, durch Enfleurage oder Mazeration gewonnen

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung
ex 33.06	Eaux de Cologne und andere Toilettewässer; Schönheits-, Haut-, Haar- und Nagelpflegemittel; Zahnpasten und Zahnpulver, Mundpflegemittel; Raumdeshodorierungsmittel (Raumluftverbesserer), zubereitet, auch nicht parfümiert
Kapitel 34	Seifen, organische grenzflächenaktive Stoffe, zubereitete Waschmittel und Waschhilfsmittel, zubereitete Schmiermittel, künstliche Wachse, zubereitete Wachse, Schuhcreme, Scheuerpulver und dergleichen, Kerzen und ähnliche Erzeugnisse, Modelliermassen und „Dentalwachs“
Kapitel 35	Eiweißstoffe; Klebstoffe; Enzyme
Kapitel 36	Pulver und Sprengstoffe; pyrotechnische Artikel; Zündhölzer, Zündmetalllegierungen; leicht entzündliche Stoffe
Kapitel 37	
37.04	Lichtempfindliche Papiere, Karten und Gewebe, auch belichtet, nicht entwickelt
Kapitel 38	
38.03	Aktivkohle; aktivierte natürliche mineralische Stoffe; Tierisches Schwarz, auch ausgebraucht
38.09	Holzteere; Holzteeröle (ausgenommen zusammengesetzte Lösungs- und Verdünnungsmittel der Tarifnr. 38.18); Kreosot; Holzgeist; Acetonöl; pflanzliche Pecher aller Art; Brauerpech und ähnliche Zubereitungen auf der Grundlage von Kolophonium oder pflanzlichen Pechen; Kernbinde-mittel auf der Grundlage von natürlichen harzigen Stoffen
ex 38.11	Desinfektionsmittel, Insekticide, Mittel gegen Nagetiere, Schädlingsvertilgungsmittel und ähnliche Erzeugnisse, als Waren mit Trägerstoffen (z. B. Schwefelbänder, Schwefelfäden, Schwefelkerzen, Fliegenfänger, mit Hexachlorcyclohexan überzogene Stäbchen und ähnliche Waren); Zubereitungen aus einem Wirkstoff (DDT usw.) in Mischungen mit anderen Stoffen, in Spray-Dosen, gebrauchsfertig
38.18	Zusammengesetzte Lösungs- und Verdünnungsmittel für Lacke und ähnliche Erzeugnisse
ex 38.19	Sogenannte hydraulische Flüssigkeiten (insbesondere für hydraulische Bremsen), auch mit einem Gehalt an Erdöl oder Öl aus bituminösen Mineralien von weniger als 70 Gewichtshundertteilen
Kapitel 39	
ex 39.02	Polyvinylchlorid
ex 39.01	Polystyrol in sämtlichen Formen; andere Kunststoffe (einschließlich Kunstharze), Zelluloseäther und -ester, Kunstharze, ausgenommen
ex 39.02	
ex 39.03	
ex 39.04	
ex 39.05	
ex 39.06	
a) solche in Form von Körnern, Flocken, Krümeln, Pulver, Abfällen oder Bruch, die als Rohstoff für die Herstellung der in diesem Kapitel genannten Waren verwendet werden, und	
b) Ionenaustauscher	

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung
ex 39.07	Waren aus Stoffen der Tarifnrn. 39.01 bis 39.06, ausgenommen Klappfächer und starre Fächer, Fächergestelle und Fächergriffe, Teile von Fächergestellen und Fächergriffen, und Spulen und ähnliche Unterlagen für photographische und kinematographische Filme oder für Bänder, Filme und dergleichen der Tarifnr. 92.12
Kapitel 40	Kautschuk (Naturkautschuk, synthetischer Kautschuk und Faktis) und Kautschukwaren, ausgenommen Tarifnrn. 40.01, 40.02, 40.03 und 40.04, Latex (ex 40.06), Lösungen und Dispersionen (ex 40.06), Weichkautschukwaren zum Schutze für Chirurgen und Röntgenologen und Schutzbekleidung für Taucher (ex 40.13), Hartkautschuk in Massen oder Platten und Abfälle, Staub und Bruch, aus Hartkautschuk (ex 40.15)
Kapitel 41	Häute, Felle, Leder, ausgenommen Pergament und Rohhautleder und die Tarifnrn. 41.01 und 41.09
Kapitel 42	Lederwaren; Sattlerwaren; Reiseartikel, Handtaschen und ähnliche Behältnisse; Waren aus Därmen
Kapitel 43	Pelzfelle und künstliches Pelzwerk; Waren daraus
Kapitel 44	Holz, Holzkohle und Holzwaren, ausgenommen Tarifnr. 44.07; Waren aus Faserplatten (ex 44.21, ex 44.23, ex 44.27, ex 44.28) und Spulen und ähnliche Unterlagen für photographische und kinematographische Filme, oder für Bänder, Filme und dergleichen der Tarifnr. 92.12 (ex 44.26) und Pflasterklötze (ex 44.28)
Kapitel 45	
45.03	Waren aus Naturkork
45.04	Preßkork (mit oder ohne Bindemittel hergestellt) und Waren aus Preßkork
Kapitel 46	Flechtwaren und Korbmacherwaren, ausgenommen Geflechte und ähnliche Waren aus Flechtstoffen zu allen Verwendungszwecken, auch miteinander zu Bändern verbunden (ex 46.02)
Kapitel 48	
ex 48.01	<p>Papier und Pappe, einschließlich Zellstoffwatte, in Rollen oder Bogen, ausgenommen folgende Waren:</p> <ul style="list-style-type: none"> — gewöhnliches Papier, zur Verwendung als Zeitungsdruckpapier, bestehend aus chemisch oder mechanisch aufbereitetem Halbstoff, mit einem Quadratmetergewicht von nicht mehr als 60 Gramm — Papier für periodische Druckschriften — Zigarettenpapier — Seidenpapier — Filterpapier — Zellstoffwatte — Büttenspapier und Büttenspappe (handgeschöpft)
48.03	Pergamentpapier, Pergamentpappe und Nachahmungen davon, einschließlich sogenanntes Pergaminpapier, in Rollen oder Bogen
48.04	Papier und Pappe, zusammengeklebt, auf der Oberfläche weder getränkt noch überzogen, auch mit Innenverstärkung, in Rollen oder Bogen
ex 48.05	Papier und Pappe, gewellt (auch mit aufgeklebter Decke), durch Pressen oder Prägen gemustert, in Rollen oder Bogen

Nummer des Brüsseler Zolltarif- schemas	Warenbezeichnung
ex 48.07	Papier und Pappe, gestrichen, überzogen, getränkt oder auf der Oberfläche gefärbt (marmoriert, gemustert oder dergleichen) oder bedruckt (andere als solche des Kapitels 49), in Rollen oder Bogen, ausgenommen kariertes Zeichenpapier, vergoldetes oder versilbertes Papier und Nachahmungen dieser Papiere, Pauspapier, Reagenzpapier und nicht lichtempfindlich gemachte Papiere für photographische Zwecke
ex 48.13	Kohlepapier
48.14	Schreibwaren: Briefblöcke, Briefumschläge, Einstückbriefe, Postkarten (ohne Bilder) und Briefkarten; Schachteln, Taschen und ähnliche Behältnisse, aus Papier oder Pappe, mit einer Zusammenstellung solcher Schreibwaren
ex 48.15	Andere Papiere und Pappen, zu einem bestimmten Zweck zugeschnitten, ausgenommen Zigarettenpapier, Streifen für Fernschreibgeräte, gelochte Streifen für Monotypemaschinen und Rechenmaschinen, Filterpapier und Filterpappe (einschließlich Papier und Pappe für Zigarettenfilter), gummierte Streifen
48.16	Schachteln, Säcke und andere Verpackungsmittel, aus Papier oder Pappe; Pappwaren der in Büros, Läden und dergleichen verwendeten Art
48.18	Register, Hefte, Quittungsbücher und dergleichen, Merkbücher, Notizblöcke, Notiz- und Tagebücher, auch mit Kalendarium (z. B. Terminkalender), Schreibunterlagen, Ordner, Einbände (für Lose-Blatt-Systeme oder andere) und andere Waren des Papierhandels, aus Papier oder Pappe; Alben für Muster oder für Sammlungen sowie Buchhüllen, aus Papier oder Pappe
48.19	Etiketten aller Art aus Papier oder Pappe, mit oder ohne Aufdruck oder Bilder, auch gummiert
ex 48.21	Lampenschirme; Tischtücher, Deckchen und Mundtücher, Taschentücher und Handtücher; Schüsseln, Teller, Becher, Untersetzer für Schüsseln, Flaschen, Gläser,
Kapitel 49	
ex 49.01	Bücher, Broschüren und ähnliche Drucke, auch in losen Bogen oder Blättern, in griechischer Sprache
ex 49.03	Bilder-alben, Bilderbücher und Zeichen- oder Malbücher, broschiert, kartoniert oder gebunden, für Kinder, ganz oder teilweise in griechischer Sprache gedruckt
ex 49.07	Marken, nicht für den öffentlichen Dienst
49.09	Postkarten, Glückwunschkarten, Weihnachtskarten und dergleichen, mit Bildern, in beliebigem Druck hergestellt, auch mit Verzierungen aller Art
ex 49.10	Kalender aller Art, aus Papier oder Pappe, einschließlich Blöcke von Abreißkalendern, ausgenommen Kalender zu Werbezwecken, in anderen Sprachen als Griechisch
ex 49.11	Bilder, Bilddrucke, Photographien und andere Drucke, in beliebigen Verfahren hergestellt, ausgenommen die nachstehenden Waren: — Theaterdekorationen und Dekorationen für Photostudios — Drucke und Veröffentlichungen zu Werbezwecken (einschließlich solche für Reisewerbung), in anderen Sprachen als Griechisch gedruckt
Kapitel 50	Seide, Schappeseide und Bourretteseide
Kapitel 51	Synthetische und künstliche Spinnfäden
Kapitel 52	Metallgarne

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung
Kapitel 53	Wolle, feine und grobe Tierhaare, Roßhaar, ausgenommen rohe, gebleichte, nicht gefärbte Waren der Tarifnrn. 53.01, 53.02, 53.03 und 53.04
Kapitel 54	Flachs und Ramie, ausgenommen Tarifnr. 54.01
Kapitel 55	Baumwolle
Kapitel 56	Synthetische und künstliche Spinnfasern
Kapitel 57	Andere pflanzliche Spinnstoffe, ausgenommen Tarifnr. 57.01; Papiergarne und Gewebe aus Papiergarnen
Kapitel 58	Teppiche und Tapisseries; Samt, Plüsch, Schlingengewebe und Chenille-gewebe; Bänder; Posamentierwaren; Tülle und geknüpfte Netzstoffe; Spitzen, Stickereien
Kapitel 59	Watte und Filze; Tauwerk und andere Seilerwaren; Spezialgewebe, ge-tränkte oder bestrichene Gewebe; Gegenstände des technischen Bedarfs, aus Spinnstoffen
Kapitel 60	Gewirke
Kapitel 61	Bekleidung und Bekleidungszubehör, aus Geweben
Kapitel 62	Andere konfektionierte Waren aus Geweben, ausgenommen Klappfächer und starre Fächer
Kapitel 63	Altwaren, Lumpen
Kapitel 64	Schuhe, Gamaschen und ähnliche Waren; Teile davon
Kapitel 65	Kopfbedeckungen und Teile davon
Kapitel 66	
66.01	Regenschirme und Sonnenschirme, einschließlich Stockschirme, Schirmzelte und dergleichen
Kapitel 67	
ex 67.01	Staubwedel
67.02	Künstliche Blumen, Blätter und Früchte sowie Teile davon; Waren aus künstlichen Blumen, Blättern oder Früchten
Kapitel 68	
68.04	Wetz- oder Poliersteine zum Handgebrauch, Mühlsteine und dergleichen, zum Mahlen, Zerfasern, Schleifen, Polieren, Richten, Schneiden oder Trennen, aus Natursteinen, auch agglomeriert, aus agglomerierten natür-lichen oder künstlichen Schleifstoffen oder keramisch hergestellt (ein-schließlich Segmente und andere Teile dieser Waren, aus den gleichen Stoffen), auch mit Teilen (z. B. Achsen, Kernen, Stiften, Hülsen) aus anderen Stoffen, jedoch nicht mit Gestellen
68.06	Natürliche oder künstliche Schleifstoffe, in Pulver- oder Körnerform, auf Gewebe, Papier, Pappe oder andere Stoffe aufgebracht, auch zuge-schnitten, genäht oder anders zusammengefügt

Nummer des Brüsseler Zolltarifschemas	Warenbezeichnung
68.09	Platten, Dielen, Fliesen, Blöcke und dergleichen, aus Pflanzenfasern, Holzfasern, Stroh, Holzspänen oder Holzabfällen, mit Zement, Gips oder anderen mineralischen Bindemitteln hergestellt
68.10	Waren aus Gips oder aus Gemischen auf der Grundlage von Gips
68.11	Waren aus Zement oder Beton, Betonwerksteine und dergleichen (einschließlich Waren aus Hüttenzement oder Terrazzo), Waren aus Kalksandmischung, auch bewehrt
68.12	Waren aus Asbestzement, Zellulosezement oder dergleichen
68.14	Reibungsbeläge (z. B. Segmente, Scheiben, Ringe, Streifen, Tafeln, Platten, Rollen) für Bremsen, Kupplungen usw., auf der Grundlage von Asbest, anderen mineralischen Stoffen oder Zellstoff, auch in Verbindung mit Spinnstoffen oder anderen Stoffen
Kapitel 69	Keramische Waren, ausgenommen die Tarifnrn. 69.01, 69.02, 69.03, 69.04 und 69.05, Geräte und Waren für Laboratorien und zu technischen Zwecken, Behältnisse für den Transport von Säuren und anderen chemischen Erzeugnissen, Waren für die Landwirtschaft der Tarifnr. 69.09 und Waren aus Porzellan der Tarifnrn. 69.10, 69.13 und 69.14
Kapitel 70	
70.04	Gegossenes oder gewalztes Flachglas (auch bei der Herstellung bereits überfangen oder mit Drahteinlagen oder dergleichen verstärkt), nicht bearbeitet, in quadratischen oder rechteckigen Platten oder Scheiben
70.05	Gezogenes oder geblasenes Flachglas, sogenanntes „Tafelglas“ (auch bei der Herstellung bereits überfangen), nicht bearbeitet, in quadratischen oder rechteckigen Platten oder Scheiben
ex 70.06	Gegossenes oder gewalztes Flachglas und „Tafelglas“ (auch bei der Herstellung bereits überfangen oder mit Drahteinlagen oder dergleichen verstärkt), auf einer oder beiden Seiten geschliffen oder poliert, in quadratischen oder rechteckigen Platten oder Scheiben, ausgenommen nicht überfangenes Spiegelglas
ex 70.07	Gegossenes oder gewalztes Flachglas und „Tafelglas“ (auch bei der Herstellung bereits überfangen oder mit Drahteinlagen oder dergleichen verstärkt), anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten oder gebogen oder anders bearbeitet (z. B. mit abgeschrägten Rändern, graviert), auch auf einer oder beiden Seiten geschliffen oder poliert; Kunstverglasungen
70.08	Vorgespanntes Einschichten-Sicherheitsglas und Mehrschichten-Sicherheitsglas (Verbundglas), auch fassoniert
70.09	Spiegel aus Glas, auch gerahmt, einschließlich Rückspiegel
70.10	Flaschen, Glasballons, Korbflaschen, Flakons, Industriekonservengläser, Töpfe, Tablettengläser und ähnliche Behältnisse zu Transport- oder Verpackungszwecken, aus Glas; Stopfen, Deckel und andere Verschlüsse, aus Glas
ex 70.13	Glaswaren zur Verwendung bei Tisch, in der Küche, bei der Toilette, im Büro, zum Ausschmücken von Wohnungen und zu ähnlichen Zwecken, ausgenommen Waren der Tarifnr. 70.19, ausgenommen feuerfeste Glaswaren zur Verwendung bei Tisch und in der Küche mit niedrigem Ausdehnungskoeffizienten der Art Pyrex, Durex usw.
70.14	Glaswaren für Beleuchtung, für Signalvorrichtungen oder zu optischen Zwecken, nicht aus optischem Glas, nicht optisch bearbeitet
ex 70.15	Gläser für einfache Brillen und ähnliche Gläser, gewölbt, gebogen und dergleichen
ex 70.16	Sogenanntes vielzelliges Glas oder Schaumglas in Form von Blöcken, Tafeln, Platten und Isolierschalen

Nummer des Brüssler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung
ex 70.17	Glaswaren für Laboratorien, hygienische und medizinische Bedarfsartikel aus Glas, auch mit Skalen oder Eichzeichen, ausgenommen Glaswaren für chemische Laboratorien; Glasampullen
ex 70.21	Andere Glaswaren, ausgenommen Glaswaren für die Industrie
Kapitel 71	
ex 71.12	Schmuckwaren aus Silber (einschließlich solcher aus vergoldetem Silber) oder aus mit Edelmetallen plattierten unedlen Metallen
71.13	Gold- und Silberschmiedewaren und Teile davon, aus Edelmetallen oder Edelmetallplattierungen
ex 71.14	Andere Waren aus Edelmetallen oder Edelmetallplattierungen, ausgenommen Waren für Werkstätten und Laboratorien
71.16	Phantasieschmuck
Kapitel 73	Eisen und Stahl, ausgenommen: a) Waren der Tarifnrn. 73.01, 73.02, 73.03, 73.05, 73.06, 73.07, 73.08, 73.09, 73.10, 73.11, 73.12, 73.13, 73.15 und 73.16, die unter die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallen b) Waren der Tarifnrn. 73.02, 73.05, 73.07 und 73.16, die nicht unter die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallen c) die Tarifnrn. 73.04, 73.17, 73.19, 73.30, 73.33 und 73.34 und Federn und Federblätter, aus Eisen oder Stahl, für Eisenbahnwagen, der Tarifnr. 73.35
Kapitel 74	Kupfer, ausgenommen Kupferlegierungen mit einem Gehalt an Nickel von mehr als 10 Gewichtshundertteilen und die Tarifnrn. 74.01, 74.02, 74.06 und 74.11
Kapitel 76	Aluminium, ausgenommen die Tarifnrn. 76.01 und 76.05 und Spulen und ähnliche Unterlagen für photographische und kinematographische Filme oder für Bänder, Filme und dergleichen der Tarifnr. 92.12 (ex 76.16)
Kapitel 78	Blei
Kapitel 79	Zink, ausgenommen die Tarifnrn. 79.01, 79.02 und Zink 79.03
Kapitel 82	
ex 82.01	Spaten, Schaufeln, Hacken aller Art, Gabeln, Rechen und Schaber; Äxte, Häfen und ähnliche Werkzeuge zum Hauen oder Spalten; Heu- und Strohmesser, Heckenscheren, Keile und anderes Handwerkzeug für die Landwirtschaft, den Gartenbau und die Forstwirtschaft
82.02	Handsägen aller Art, Sägeblätter aller Art (einschließlich Frähsägeblätter und nicht gezahnte Sägeblätter)
ex 82.04	Feldschmieden; Schleifapparate zum Hand- oder Fußbetrieb; Haushaltsartikel
82.09	Messer, andere als Messer der Tarifnr. 82.06, mit schneidender oder gezahnter Klinge (einschließlich Klappmesser für den Gartenbau), und Klingen dafür

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung
ex 82.11	Klingen für sogenannte Sicherheitsrasierapparate und Klingenrohlinge
ex 82.13	Andere Messerschmiedewaren (einschließlich Baumscheren, Scherapparate, Hackmesser für Metzger und zum Küchengebrauch sowie Papiermesser), ausgenommen Handscherapparate und Teile davon
82.14	Löffel, Schöpfkellen, Gabeln, Tortenschaufeln, Fischmesser, Buttermesser, Zuckerzangen und ähnliche Tischgeräte
82.15	Griffe aus unedlen Metallen für Waren der Tarifnrn. 82.09, 82.13 und 82.14
Kapitel 83	Verschiedene Waren aus unedlen Metallen, ausgenommen Tarifnr. 83.08, Statuetten und andere Ziergegenstände zur Innenausstattung (ex 83.06) und Perlen und Flitter (ex 83.09)
Kapitel 84	
ex 84.06	Verbrennungsmotoren für Benzin mit einem Hubraum von 220 ccm oder mehr; Glühkopfmotoren; Dieselmotoren mit einer Leistung von 37 kW oder weniger; Motoren für Krafträder
ex 84.10	Flüssigkeitspumpen, einschließlich nichtmechanische Pumpen und Ausgabepumpen mit Flüssigkeitsmesser
ex 84.11	Luftpumpen, einschließlich Vakuumpumpen; Ventilatoren und dergleichen, mit eingebautem Motor, mit einem Gewicht von weniger als 150 kg und Ventilatoren ohne Motor mit einem Gewicht von 100 kg oder weniger
ex 84.12	Klimageräte für den Haushalt, bestehend aus einem motorbetriebenen Ventilator und Vorrichtungen zum Ändern der Lufttemperatur und Luftfeuchtigkeit, die ein Ganzes bilden
ex 84.14	Backöfen und Teile davon
ex 84.15	Kühlschränke und andere Kühlmöbel, mit Kältesatz ausgestattet
ex 84.17	Warmwasserbereiter und Badeöfen, nicht elektrisch
84.20	Waagen, auch zu Prüf- und Kontrollzwecken, ausgenommen Waagen mit einer Empfindlichkeit von mindestens 50 mg; Gewichte für Waagen aller Art
ex 84.21	Mechanische Apparate zum Verteilen, Verspritzen oder Zerstäuben von Flüssigkeiten oder Pulvern, für den Haushalt; ähnliche handbetriebene Apparate für landwirtschaftliche Zwecke; ähnliche Apparate für landwirtschaftliche Zwecke, auf Karren montiert, mit einem Gewicht von 60 kg oder weniger
ex 84.24	Pflüge zum Ziehen, mit einem Gewicht von 700 kg oder weniger; Pflüge zum Anbau an Zugmaschinen, mit zwei oder drei Pflugscharen oder Scheiben; Eggen zum Ziehen, mit festem Rahmen und festen Zähnen; Scheibeneggen zum Ziehen, mit einem Gewicht von 700 kg oder weniger
ex 84.25	Dreschmaschinen; Mais-Rebler und Mais-Dreschmaschinen; Erntemaschinen, für Tierzug; Stroh- und Futterpressen; Maschinen zum Sichten von Samen oder Getreide

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung
84.27	Pressen, Mühlen, Quetschen und andere Maschinen, Apparate und Geräte zum Bereiten von Wein, Most, Fruchtsaft oder dergleichen
ex 84.28	Körner-Schrotmühlen; Mühlen von der in der Landwirtschaft verwendeten Art
84.29	Maschinen, Apparate und Geräte für die Müllerei oder zum Behandeln von Getreide oder Hülsenfrüchten, ausgenommen Maschinen, Apparate und Geräte der in der Landwirtschaft verwendeten Art
ex 84.34	Lettern und andere bewegliche Drucktypen
ex 84.38	Webschützen; Webkämme
ex 84.40	Waschmaschinen, auch elektrisch, für den Haushalt
ex 84.47	Werkzeugmaschinen zum Sägen oder Hobeln von Holz, Kork, Bein, Hartkautschuk, Kunststoff oder ähnlichen harten Stoffen, ausgenommen Maschinen der Tarifnr. 84.49
ex 84.56	Maschinen und Apparate zum Pressen oder Formen von keramischen Massen, Zement, Gips oder anderen mineralischen Stoffen
ex 84.59	Ölpresen und Ölmühlen; Maschinen für die Stearin- und Seifenherstellung
84.61	Armaturen und ähnliche Apparate (einschließlich Druckminderventile und thermostatisch gesteuerte Ventile) für Rohr- oder Schlauchleitungen, Dampfkessel, Tanks, Wannen oder ähnliche Behälter
Kapitel 85	
ex 85.01	Elektrische Generatoren mit einer Leistung von 20 kVA oder weniger; Elektromotoren mit einer Leistung von 74 kW oder weniger; rotierende Umformer mit einer Leistung von 37 kW oder weniger; Transformatoren und Stromrichter, ausgenommen für Empfangsgeräte für Rundfunk, Funk-sprech- und Funktelegraphieverkehr sowie Fernsehen
85.03	Primärelemente und Primärbatterien
85.04	Elektrische Akkumulatoren
ex 85.06	Zimmerventilatoren
85.10	Tragbare elektrische Leuchten zum Betrieb mit eigener Stromquelle (z. B. mit Primärbatterien, Akkumulatoren oder Dynamo), ausgenommen Geräte der Tarifnr. 85.09
85.12	Elektrische Warmwasserbereiter, Badeöfen und Tauchsieder; elektrische Geräte zum Raumbeheizen und zu ähnlichen Zwecken; Elektrowärme-geräte zur Haarpflege (z. B. Haartrockner, Dauerwellenapparate, Brennscheren und Brennscherenwärmer); elektrische Bügeleisen; Elektrowärme-geräte für den Haushalt; elektrische Heizwiderstände, ausgenommen solche der Tarifnr. 85.24
ex 85.17	Elektrische Signalgeräte zum Geben von hörbaren Signalen
ex 85.19	Elektrische Geräte zum Schließen, Öffnen, Schützen oder Verbinden von elektrischen Stromkreisen (z. B. Schalter, Relais, Sicherungen, Überspannungsableiter, Wanderwellenausgleicher, Steckvorrichtungen, Lampenfassungen und Verbindungskästen)
ex 85.20	Elektrische Glühlampen und Entladungslampen für elektrische Beleuchtung
85.23	Isolierte (auch lackisolierte oder elektrolytisch oxidierte) Drähte, Schnüre, Kabel (einschließlich Koaxialkabel), Bänder, Stäbe und dergleichen, für die Elektrotechnik, auch mit Anschlußstücken

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung
85.25	Isolatoren aus Stoffen aller Art
85.26	Isolierteile, ganz aus Isolierstoffen oder nur mit in die Masse eingepreßten, einfachen Metallteilen zum Befestigen (z. B. mit eingepreßten Hülsen mit Innengewinde), für elektrische Maschinen, Apparate, Geräte oder Installationen, ausgenommen Isolatoren der Tarifnr. 85.25
85.27	Isolierrohre und Verbindungsstücke dazu, aus unedlen Metallen, mit Innenisolierung
Kapitel 87	
ex 87.02	Kraftomnibusse zum Befördern von Personen und Kraftwagen zum Befördern von Gütern (ausgenommen Kraftwagenfahrgestelle im Sinne der Vorschrift 2 zu Kapitel 87)
87.05	Karosserien für Kraftfahrzeuge der Tarifnr. 87.01, 87.02 oder 87.03, einschließlich Führerhäuser
ex 87.06	Kraftwagenfahrgestelle ohne Motor und Teile davon
ex 87.11	Fahrzeuge für Körperbehinderte, ohne Vorrichtung zur mechanischen Fortbewegung
ex 87.12	Teile und Zubehör für Fahrzeuge für Körperbehinderte, ohne Vorrichtung zur mechanischen Fortbewegung
87.13	Kinderwagen und Teile davon
Kapitel 89	
ex 89.01	Kähne, Schaluppen; Tankschiffe, zum Schleppen eingerichtet; Segelschiffe
Kapitel 90	
ex 90.01	Brillengläser
90.03	Fassungen für Brillen, Klemmer, Stielbrillen oder für ähnliche Waren; Teile davon
90.04	Brillen (Korrektionsbrillen, Schutzbrillen und andere Brillen), Klemmer, Stielbrillen und ähnliche Waren
ex 90.26	Zähler für handbetriebene Zapfsäulen und Wasserzähler (Volumenzähler, Geschwindigkeitszähler)
Kapitel 92	
92.12	Tonträger und andere Aufzeichnungsträger (z. B. Platten, Zylinder, Wachsförmigen, Bänder, Filme, Drähte), für Geräte der Tarifnr. 92.11 oder für ähnliche Aufnahmeverfahren, zur Aufnahme vorgerichtet oder mit Aufzeichnung; Matrizen und galvanoplastische Formen zum Herstellen von Schallplatten
Kapitel 93	
ex 93.04	Jagdgewehre
ex 93.07	Pfropfen für Gewehre; Jagdpatronen, Patronen für Revolver, Pistolen, Stockflinten, Patronen mit Kugeln oder Schrot für Sportwaffen mit einem Kaliber bis zu 9 mm; Hülsen für Jagdgewehre, aus Metall oder Papp; Kugeln für Jagdmunition, Jagdschrot und Rehposten
Kapitel 94	
	Möbel; medizinisch-chirurgische Möbel; Bettausstattungen und ähnliche Waren, ausgenommen Tarifnr. 94.02

Nummer des Brüsseler Zolltarifschemas	Warenbezeichnung
Kapitel 96	Besen, Bürsten, Pinsel, Puderquasten und Siebwaren, ausgenommen Pinselköpfe der Tarifnr. 96.01 und die Waren der Tarifnrn. 96.05 und 96.06
Kapitel 97	
97.01	Spielfahrzeuge für Kinder, wie Fahrräder, Roller, Autos mit Tretwerk, Puppenwagen und dergleichen
97.02	Puppen
97.03	Anderes Spielzeug; Modelle zum Spielen
ex 97.05	Luftschlangen und Konfetti
Kapitel 98	Verschiedene Waren, ausgenommen Füllhalter der Tarifnr. 98.03 und die Tarifnrn. 98.04, 98.10, 98.11, 98.14 und 98.15

II. Liste der EGKS-Waren

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
73.01	Roh Eisen (einschließlich Spiegeleisen) in Barren, Masseln, Flossen oder dergleichen, auch in formlosen Stücken
73.02	Ferrolegerungen: A. Ferromangan: I. mit einem Gehalt an Kohlenstoff von mehr als 2 Gewichtshundertteilen (hochgekohlttes Ferromangan)
73.03	Bearbeitungsabfälle und Schrott, aus Eisen oder Stahl
73.05	Eisenpulver und Stahlpulver; Eisenschwamm und Stahlschwamm: B. Eisenschwamm und Stahlschwamm
73.06	Rohluppen, Roschienen, Rohblöcke (Ingots), auch formlose Stücke, aus Eisen oder Stahl
73.07	Vorblöcke (Blooms), Knüppel, Brammen und Platinen, aus Stahl; Stahl, nur vorgeschmiedet oder gehämmert (Schmiedehalbzeug): A. Vorblöcke (Blooms) und Knüppel: I. gewalzt B. Brammen und Platinen: I. gewalzt
73.08	Warmbreitband aus Stahl, in Rollen
73.09	Breitflachstahl
73.10	Stabstahl, warm gewalzt, warm stranggepreßt oder geschmiedet (einschließlich Walzdraht); Stabstahl, kalt hergestellt oder kalt fertiggestellt, Hohlbohrerstäbe aus Stahl für den Bergbau: A. nur warm gewalzt oder nur warm stranggepreßt D. plattiert oder mit Oberflächenbearbeitung (z. B. poliert, überzogen): I. nur plattiert: a) warm gewalzt oder warm stranggepreßt

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
73.11	<p>Profile aus Stahl, warm gewalzt, warm stranggepreßt, geschmiedet, kalt hergestellt oder kalt fertiggestellt; Spundwandstahl, auch gelocht oder aus zusammengesetzten Elementen hergestellt:</p> <p>A. Profile:</p> <p>I. nur warm gewalzt oder nur warm stranggepreßt</p> <p>IV. plattiert oder mit Oberflächenbearbeitung (z. B. poliert, überzogen):</p> <p>a) nur plattiert:</p> <p>1. warm gewalzt oder warm stranggepreßt</p> <p>B. Spundwandstahl</p>
73.12	<p>Bandstahl, warm oder kalt gewalzt:</p> <p>A. nur warm gewalzt</p> <p>B. nur kalt gewalzt:</p> <p>I. in Rollen, zum Herstellen von Weißband</p> <p>C. plattiert, überzogen oder mit anderer Oberflächenbearbeitung:</p> <p>III. verzinkt:</p> <p>a) Weißband</p> <p>V. anderer (z. B. verkupfert, künstlich oxidiert, lackiert, vernickelt, verniert, plattiert, parkerisiert, bedruckt):</p> <p>a) nur plattiert:</p> <p>1. warm gewalzt</p>
73.13	<p>Bleche aus Stahl, warm oder kalt gewalzt:</p> <p>A. Elektrobleche</p> <p>B. andere Bleche:</p> <p>I. nur warm gewalzt</p> <p>II. nur kalt gewalzt, mit einer Dicke:</p> <p>b) von mehr als 1 mm, jedoch weniger als 3 mm</p> <p>c) von 1 mm oder weniger</p> <p>III. nur glänzend gemacht, poliert oder hochglanzpoliert</p> <p>IV. plattiert, überzogen oder mit anderer Oberflächenbearbeitung:</p> <p>b) verzinkt:</p> <p>1. Weißblech</p> <p>2. andere</p> <p>c) verzinkt oder verbleit</p> <p>d) andere (z. B. verkupfert, künstlich oxidiert, lackiert, vernickelt, verniert, plattiert, parkerisiert, bedruckt)</p> <p>V. anders bearbeitet:</p> <p>a) nur anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten:</p> <p>2. andere</p>
73.15	<p>Legierter Stahl und Qualitätskohlenstoffstahl, in den in den Tarifnrn. 73.06 bis 73.14 aufgeführten Formen:</p> <p>A. Qualitätskohlenstoffstahl:</p> <p>I. Rohblöcke (Ingots), Vorblöcke (Blooms), Knüppel, Brammen, Platinen:</p> <p>b) andere</p> <p>III. Warmbreitband in Rollen</p> <p>IV. Breitflachstahl</p> <p>V. Stabstahl (einschließlich Walzdraht und Hohlbohrerstäbe für den Bergbau) und Profile:</p> <p>b) nur warm gewalzt oder nur warm stranggepreßt</p>

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
73.15 (Fortsetzung)	<p>d) plattiert oder mit Oberflächenbearbeitung (z. B. poliert, überzogen):</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. nur plattiert: <ol style="list-style-type: none"> aa) warm gewalzt oder warm stranggepreßt <p>VI. Bandstahl:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) nur warm gewalzt c) plattiert, überzogen oder mit anderer Oberflächenbearbeitung: <ol style="list-style-type: none"> 1. nur plattiert: <ol style="list-style-type: none"> aa) warm gewalzt <p>VII. Bleche:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) nur warm gewalzt b) nur kalt gewalzt, mit einer Dicke: <ol style="list-style-type: none"> 2. von weniger als 3 mm c) plattiert, überzogen, poliert oder mit anderer Oberflächenbearbeitung d) anders bearbeitet: <ol style="list-style-type: none"> 1. nur anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten <p>B. Legierter Stahl:</p> <ol style="list-style-type: none"> I. Rohblöcke (Ingots), Vorblöcke (Blooms), Knüppel, Brammen, Platinen: <ol style="list-style-type: none"> b) andere III. Warmbreitband in Rollen IV. Breitflachstahl V. Stabstahl (einschließlich Walzdraht oder Hohlbohrerstäbe für den Bergbau) und Profile: <ol style="list-style-type: none"> b) nur warm gewalzt oder nur warm stranggepreßt d) plattiert oder mit Oberflächenbearbeitung (z. B. poliert, überzogen): <ol style="list-style-type: none"> 1. nur plattiert: <ol style="list-style-type: none"> aa) warm gewalzt oder warm stranggepreßt VI. Bandstahl: <ol style="list-style-type: none"> a) nur warm gewalzt c) plattiert, überzogen oder mit anderer Oberflächenbearbeitung: <ol style="list-style-type: none"> 1. nur plattiert: <ol style="list-style-type: none"> aa) warm gewalzt VII. Bleche: <ol style="list-style-type: none"> a) Elektrobleche b) andere Bleche: <ol style="list-style-type: none"> 1. nur warm gewalzt 2. nur kalt gewalzt, mit einer Dicke: <ol style="list-style-type: none"> bb) von weniger als 3 mm 3. plattiert, überzogen, poliert oder mit anderer Oberflächenbearbeitung 4. anders bearbeitet: <ol style="list-style-type: none"> aa) nur anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
73.16	<p>Oberbaumaterial für Bahnen, aus Eisen oder Stahl: Schienen, Leitschienen, Weichenzungen, Herzstücke, Kreuzungen, Weichen, Zungenverbindungsstangen, Zahnstangen, Bahnschwellen, Laschen, Schienenstühle und Winkel, Unterlagsplatten, Klemmplatten, Spurplatten und Spurstangen und anderes speziell für das Verlegen, Zusammenfügen oder Befestigen von Schienen hergestelltes Material:</p> <ul style="list-style-type: none">A. Schienen:<ul style="list-style-type: none">II. andereB. LeitschienenC. BahnschwellenD. Laschen und Unterlagsplatten:<ul style="list-style-type: none">I. gewalzt

ANHANG VIII

Liste zu Artikel 128 der Beitrittsakte

I. VERKEHR

1. Verordnung (EWG) Nr. 1017/68 des Rates vom 19. Juli 1968 (ABl. Nr. L 175 vom 23. 7. 1968, S. 1),
in der Fassung der Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).

In bezug auf Griechenland gilt das in Artikel 2 dieser Verordnung ausgesprochene Verbot ab 1. Juli 1981 für die im Zeitpunkt des Beitritts bestehenden Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen, die aufgrund des Beitritts unter den Anwendungsbereich des Verbots fallen.

2. Verordnung (EWG) Nr. 543/69 des Rates vom 25. März 1969 (ABl. Nr. L 77 vom 29. 3. 1969, S. 49),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 514/72 vom 28. Februar 1972 (ABl. Nr. L 67 vom 20. 3. 1972, S. 1),
- Verordnung (EWG) Nr. 515/72 vom 28. Februar 1972 (ABl. Nr. L 67 vom 20. 3. 1972, S. 11),
- Verordnung (EWG) Nr. 2827/77 vom 12. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 334 vom 24. 12. 1977, S. 1),
- Verordnung (EWG) Nr. 2829/77 vom 12. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 334 vom 24. 12. 1977, S. 11).

Die Anwendung dieser Verordnung auf den innerstaatlichen Straßenverkehr in Griechenland wird bis zum 1. Januar 1984 verschoben.

3. Verordnung (EWG) Nr. 1191/69 des Rates vom 26. Juni 1969 (ABl. Nr. L 156 vom 28. 6. 1969, S. 1),
in der Fassung der Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14).

Der in Artikel 6 Absatz 3 Unterabsatz 2 und in Artikel 9 Absatz 2 Unterabsatz 1 vorgesehene Anspruch auf Ausgleich wird in Griechenland ab 1. Juli 1982 wirksam.

4. Richtlinie 76/914/EWG des Rates vom 16. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 357 vom 29. 12. 1976, S. 36).

Die Republik Griechenland kann den Beginn der Durchführung dieser Richtlinie für den innerstaatlichen Straßenverkehr in Griechenland bis zum 1. Januar 1984 aufschieben.

5. Richtlinie 77/143/EWG des Rates vom 29. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 47 vom 18. 2. 1977, S. 47).

Die Republik Griechenland kann den Beginn der Durchführung dieser Richtlinie für den grenzüberschreitenden Verkehr zwischen Griechenland und den derzeitigen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft bis zum 1. Januar 1983 und für den innerstaatlichen Verkehr in Griechenland bis zum 1. Januar 1985 aufschieben.

Sobald die Richtlinie im innergemeinschaftlichen Verkehr durchgeführt wird, liefert die Republik Griechenland alle Garantien dafür, daß die in dieser Richtlinie genannten und in Griechenland zugelassenen Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger, die einen solchen Verkehr durchführen, tatsächlich der technischen Untersuchung unterzogen worden sind.

II. STEUERRECHT

1. Zweite Richtlinie 68/228/EWG des Rates vom 11. April 1967 (ABl. Nr. 71 vom 14. 4. 1967, S. 1303/67).

a) Die Republik Griechenland kann unter den Voraussetzungen dieser Richtlinie den vierten Gedankenstrich des Artikels 17 längstens drei Jahre anwenden.

b) Die Republik Griechenland kann den letzten Gedankenstrich des Artikels 17 bis zur Beseitigung der Besteuerung der Einfuhr und der steuerlichen Entlastung der Ausfuhr im Handelsverkehr zwischen den Mitgliedstaaten anwenden.

Diese Erleichterung gilt jedoch nur bis zur Einführung verringerter Sätze.

2. Sechste Richtlinie 77/388/EWG des Rates vom 17. Mai 1977 (ABl. Nr. L 145 vom 13. 6. 1977, S. 1).

a) Bei der Anwendung des Artikels 24 Absätze 2 bis 6 kann die Republik Griechenland Steuerpflichtigen, deren Umsatz den Gegenwert von 10 000 Europäischen Rechnungseinheiten in Landeswährung zu dem am Tag des Beitritts der Republik Griechenland geltenden Umrechnungskurs nicht übersteigt, Steuerbefreiung gewähren.

b) Bei der Anwendung des Artikels 28 Absatz 3 Buchstabe b) kann die Republik Griechenland unter den Voraussetzungen des Artikels 28 Absatz 4 die folgenden in Anhang F aufgeführten Umsätze befreien:

- „2. Dienstleistungen der Autoren, Künstler und Interpreten von Kunstwerken sowie Dienstleistungen von Rechtsanwälten und Angehörigen anderer freien Berufe, mit Ausnahme der ärztlichen oder arztähnlichen Heilberufe, soweit es sich nicht um Leistungen im Sinne des Anhangs B der zweiten Richtlinie des Rates vom 11. April 1967 handelt;
 - 9. Behandlung von Tieren durch Tierärzte;
 - 12. Lieferung von Wasser durch Einrichtungen des öffentlichen Rechts;
 - 16. Lieferungen der in Artikel 4 Absatz 3 bezeichneten Gebäude und Grundstücke;
 - 18. Lieferungen, Umbauten, Reparaturen, Instandhaltung, Vercharterung und Vermietung von in der gewerblichen Binnenschifffahrt eingesetzten Schiffen sowie der darin eingebauten Gegenstände oder der Gegenstände für ihren Betrieb;
 - 23. Lieferungen, Umbauten, Instandsetzung, Wartung, Vercharterung und Vermietung von Luftfahrzeugen sowie der darin eingebauten Gegenstände oder der Gegenstände für ihren Betrieb, die von staatlichen Einrichtungen verwendet werden;
 - 25. Lieferungen, Umbauten, Instandsetzung, Wartung, Vercharterung und Vermietung von Kriegsschiffen.“
3. Richtlinie 69/169/EWG des Rates vom 28. Mai 1969 (ABl. Nr. L 133 vom 4. 6. 1969, S. 6),

geändert durch:

- Richtlinie 72/230/EWG vom 12. Juni 1972 (ABl. Nr. L 139 vom 17. 6. 1972, S. 28),
- Richtlinie 78/1032/EWG vom 19. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 366 vom 28. 12. 1978, S. 28),
- Richtlinie 78/1033/EWG vom 19. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 366 vom 28. 12. 1978, S. 31).

Abweichend von Artikel 6 Absatz 2 der Richtlinie 69/169/EWG in der Fassung des Artikels 3 Buchstabe a) der Richtlinie 78/1032/EWG braucht die Republik Griechenland bis zum Inkrafttreten des gemeinsamen Mehrwertsteuersystems, auf jeden Fall aber bis zum 31. Dezember 1983, nicht die Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um

in bezug auf Verkäufe auf der Einzelhandelsstufe in den Fällen und unter den Voraussetzungen, die in den Absätzen 3 und 4 des Artikels 6 näher bezeichnet sind, die Entlastung von der Umsatzsteuer für Warenlieferungen zu erlauben, die im persönlichen Gepäck von Reisenden mitgeführt werden, die aus Griechenland ausreisen.

III. WIRTSCHAFTSPOLITIK

1. Verordnung (EWG) Nr. 397/75 des Rates vom 17. Februar 1975 (ABl. Nr. L 46 vom 20. 2. 1975, S. 1).

Die Republik Griechenland beteiligt sich nicht an der Garantie der von der Gemeinschaft vor dem Beitritt ausgegebenen Anleihen, für welche die bei der Ausgabe festgelegten Garantiesätze der derzeitigen Mitgliedstaaten unverändert bleiben.

2. Verordnung (EWG) Nr. 398/75 des Rates vom 17. Februar 1975 (ABl. Nr. L 46 vom 20. 2. 1975, S. 3).

Die Republik Griechenland ist nicht verpflichtet, die Devisen bereitzustellen, die erforderlich sind, um die Bedienung der von der Gemeinschaft vor dem Beitritt ausgegebenen Anleihen zu garantieren.

3. Beschluß 75/250/EWG des Rates vom 21. April 1975 (ABl. Nr. L 104 vom 24. 4. 1975, S. 35).

Entscheidung Nr. 3289/75/EGKS der Kommission vom 18. Dezember 1975 (ABl. Nr. L 327 vom 19. 12. 1975, S. 4).

Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3180/78 des Rates vom 18. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 379 vom 30. 12. 1978, S. 1).

Die tatsächliche Einbeziehung der Drachme in den Währungskorb erfolgt vor dem 31. Dezember 1985, falls der Korb vor diesem Zeitpunkt nach den Verfahren und Bedingungen der Entschließung des Europäischen Rates vom 5. Dezember 1978 über das europäische Währungssystem überprüft wird.

In jedem Fall wird die Drachme spätestens am 31. Dezember 1985 in den Währungskorb einbezogen.

IV. ENERGIE

Richtlinie 68/414/EWG des Rates vom 20. Dezember 1968 (ABl. Nr. L 308 vom 23. 12. 1968, S. 14),

in der Fassung der Richtlinie 72/425/EWG vom 19. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 291 vom 28. 12. 1972, S. 154).

Die Republik Griechenland setzt die Maßnahmen, die erforderlich sind, um diesen Richtlinien nachzukommen, schrittweise, spätestens jedoch am 1. Januar 1984, in Kraft. Die am 1. Januar 1981 in bezug auf die Vorräte im Sinne des Artikels 1 noch bestehende Differenz wird zu diesem Zweck ab 1. Januar 1982 jährlich um mindestens ein Drittel verringert.

ANHANG IX

Liste zu Artikel 142 Absatz 1 der Beitrittsakte

1. In Artikel 83 des EWG-Vertrags vorgesehener Verkehrsausschuß,
dessen Satzung durch Beschluß des Rates vom 15. September 1958 festgelegt worden ist (ABl. Nr. 25 vom 27. 11. 1958, S. 509/58),
in der Fassung des Beschlusses 64/390/EWG vom 22. Juni 1964 (ABl. Nr. 102 vom 29. 6. 1964, S. 1602/64),
geändert durch:
— Verordnung Nr. 38/64/EWG vom 25. März 1964 (ABl. Nr. 62 vom 17. 4. 1964, S. 965/64),
— Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 vom 15. Oktober 1968 (ABl. Nr. L 257 vom 19. 10. 1968, S. 2).
2. Beirat der Versorgungsagentur,
eingesetzt durch die Satzung der Agentur vom 6. November 1958 (ABl. Nr. 27 vom 6. 12. 1958, S. 534/58),
in der Fassung des Beschlusses 73/45/Euratom vom 8. März 1973 (ABl. Nr. L 83 vom 30. 3. 1973, S. 20).
3. Beratender Ausschuß für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer,
eingesetzt durch die Verordnung Nr. 15 vom 16. August 1961 (ABl. Nr. 57 vom 26. 8. 1961, S. 1073/61),
eingesetzt durch den Beschluß 63/266/EWG des Rates vom 2. April 1963 (ABl. Nr. 63 vom 20. 4. 1963, S. 1338/63).
4. Beratender Ausschuß für die Berufsausbildung,
eingesetzt durch die Satzung der Agentur vom 6. November 1958 (ABl. Nr. 27 vom 6. 12. 1958, S. 534/58),
in der Fassung des Beschlusses 73/45/Euratom vom 8. März 1973 (ABl. Nr. L 83 vom 30. 3. 1973, S. 20).
5. Beratender Ausschuß für die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer,
eingesetzt durch die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 (ABl. Nr. L 149 vom 5. 7. 1971, S. 2),
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2595/77 vom 21. November 1977 (ABl. Nr. L 302 vom 26. 11. 1977, S. 1).

ANHANG X

Liste zu Artikel 142 Absatz 2 der Beitrittsakte

- a) 1. In Artikel 18 des EAG-Vertrags vorgesehener Schiedsausschuß,
eingesetzt durch die Verordnung 7/63/Euratom des Rates vom 3. Dezember 1963 (ABl. Nr. 180 vom 10. 12. 1963, S. 2849/63).
2. Paritätischer Beratender Ausschuß für Sozialfragen im Straßenverkehr,
eingesetzt durch den Beschluß 65/362/EWG der Kommission vom 5. Juli 1965 (ABl. Nr. 130 vom 16. 7. 1965, S. 2184/65).
3. Paritätischer Beratender Ausschuß für die sozialen Probleme im Eisenbahnverkehr,
eingesetzt durch den Beschluß 72/172/EWG der Kommission vom 24. April 1972 (ABl. Nr. L 104 vom 3. 5. 1972, S. 9).
4. Paritätischer Ausschuß für die sozialen Probleme in der Seefischerei,
eingesetzt durch den Beschluß 74/441/EWG der Kommission vom 25. Juli 1974 (ABl. Nr. L 243 vom 5. 9. 1974, S. 19).
5. Ständiger Ausschuß für Beschäftigungsfragen,
eingesetzt durch den Beschluß 70/532/EWG des Rates vom 14. Dezember 1970 (ABl. Nr. L 273 vom 17. 2. 1970, S. 25), in der Fassung des Beschlusses 75/62/EWG vom 20. Januar 1975 (ABl. Nr. L 21 vom 28. 1. 1975, S. 17).
6. Beratender Ausschuß für Zollfragen,
eingesetzt durch den Beschluß 73/351/EWG der Kommission vom 7. November 1973 (ABl. Nr. L 321 vom 22. 11. 1973, S. 37), in der Fassung des Beschlusses 76/921/EWG vom 21. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 362 vom 30. 12. 1976, S. 55).
7. Beratender Verbraucherausschuß,
eingesetzt durch den Beschluß 73/306/EWG der Kommission vom 25. September 1973 (ABl. Nr. L 283 vom 10. 10. 1973, S. 18).
8. Sachverständigenausschuß der Europäischen Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen,
eingesetzt durch die Verordnung (EWG) Nr. 1365/75 des Rates vom 26. Mai 1975 (ABl. Nr. L 139 vom 30. 5. 1975, S. 1).
9. Wissenschaftlicher Ausschuß für Kosmetologie,
eingesetzt durch den Beschluß 78/45/EWG der Kommission vom 19. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 13 vom 17. 1. 1978, S. 24).
- b) Die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik eingesetzten Beratenden Ausschüsse, für die von der Republik Griechenland und der Kommission vor dem Beitritt im gegenseitigen Einvernehmen über die Zweckmäßigkeit einer vollständigen Neubesetzung zum Zeitpunkt des Beitritts entschieden wird.

ANHANG XI

Liste zu Artikel 144 der Beitrittsakte

I. ZOLLRECHT

1. Verordnung (EWG) Nr. 1150/70 der Kommission vom 18. Juni 1970 (ABl. Nr. L 134 vom 19. 6. 1970, S. 33),
in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 1490/75 vom 11. Juni 1975 (ABl. Nr. L 151 vom 12. 6. 1975, S. 7):
1. Januar 1986.
2. Verordnung (EWG) Nr. 1570/70 der Kommission vom 3. August 1970 (ABl. Nr. L 171 vom 4. 8. 1970, S. 10),
geändert durch:
— Verordnung (EWG) Nr. 2465/70 vom 4. Dezember 1970 (ABl. Nr. L 264 vom 5. 12. 1970, S. 25),
— Verordnung (EWG) Nr. 1659/71 vom 28. Juli 1971 (ABl. Nr. L 172 vom 31. 7. 1971, S. 13),
— Beitrittsakte von 1972 (ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14),
— Verordnung (EWG) Nr. 1937/74 vom 24. Juli 1974 (ABl. Nr. L 203 vom 25. 7. 1974, S. 25),
— Verordnung (EWG) Nr. 223/78 vom 2. Februar 1978 (ABl. Nr. L 32 vom 3. 2. 1978, S. 7):
1. Januar 1986.
3. Verordnung (EWG) Nr. 1641/75 der Kommission vom 27. Juni 1975 (ABl. Nr. L 165 vom 28. 6. 1975, S. 45),
in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 224/78 vom 2. Februar 1978 (ABl. Nr. L 32 vom 3. 2. 1978, S. 10):
1. Januar 1986.
4. Verordnung (EWG) Nr. 1025/77 der Kommission vom 17. Mai 1977 (ABl. Nr. L 124 vom 18. 5. 1977, S. 5):
1. Januar 1986.
5. Verordnung (EWG) Nr. 1033/77 der Kommission vom 17. Mai 1977 (ABl. Nr. L 127 vom 23. 5. 1977, S. 1):
1. Januar 1986.

II. VERKEHR

Verordnung (EWG) Nr. 543/69 des Rates vom 25. März 1969 (ABl. Nr. L 77 vom 29. 3. 1969, S. 49),

geändert durch:

- Verordnung (EWG) Nr. 514/72 vom 28. Februar 1972 (ABl. Nr. L 67 vom 20. 3. 1972, S. 1),
— Verordnung (EWG) Nr. 515/72 vom 28. Februar 1972 (ABl. Nr. L 67 vom 20. 3. 1972, S. 11),
— Verordnung (EWG) Nr. 2827/77 vom 12. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 334 vom 24. 12. 1977, S. 1),
— Verordnung (EWG) Nr. 2829/77 vom 12. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 334 vom 24. 12. 1977, S. 11):
1. Januar 1982.

III. UMWELTFRAGEN UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Entscheidung 77/795/EWG des Rates vom 12. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 334 vom 24. 12. 1977, S. 29):

1. Januar 1982.

*ANHANG XII***Liste zu Artikel 145 der Beitrittsakte****I. VERKEHR**

1. Erste Richtlinie 67/227/EWG des Rates vom 11. April 1967 (ABl. Nr. 71 vom 14. 4. 1967, S. 1301/67):
1. Januar 1984.
2. Richtlinie 74/562/EWG des Rates vom 12. November 1974 (ABl. Nr. L 308 vom 19. 11. 1974, S. 23):
1. Januar 1984.
3. Richtlinie 77/796/EWG des Rates vom 12. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 334 vom 24. 12. 1977, S. 37):
1. Januar 1984.

II. STEUERRECHT

1. Erste Richtlinie 67/227/EWG des Rates vom 11. April 1967 (ABl. Nr. 71 vom 14. 4. 1967, S. 1301/67):
1. Januar 1984.
2. Zweite Richtlinie 67/228/EWG des Rates vom 11. April 1967 (ABl. Nr. 71 vom 14. 4. 1967, S. 1303/67):
1. Januar 1984.
3. Sechste Richtlinie 77/388/EWG des Rates vom 17. Mai 1977 (ABl. Nr. L 145 vom 13. 6. 1977, S. 1):
1. Januar 1984.

III. SOZIALPOLITIK

1. Richtlinie 75/129/EWG des Rates vom 17. Februar 1975 (ABl. Nr. L 48 vom 22. 2. 1975, S. 29):
1. Januar 1983.
2. Richtlinie 77/187/EWG des Rates vom 14. Februar 1977 (ABl. Nr. L 61 vom 5. 3. 1977, S. 26):
1. Januar 1983.

IV. ANGLEICHUNG DER RECHTSVORSCHRIFTEN

- Richtlinie 77/62/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 13 vom 15. 1. 1977, S. 1):
1. Januar 1983.

V. EURATOM

Richtlinie 76/579/Euratom des Rates vom 1. Juni 1976 (ABl. Nr. L 187 vom 12. 7. 1976, S. 1):

1. Januar 1982.

VI. ENERGIE

Richtlinie 78/170/EWG des Rates vom 13. Februar 1978 (ABl. Nr. L 52 vom 23. 2. 1978, S. 32):

1. Januar 1982.

PROTOKOLLE

Protokoll Nr. 1

über die Satzung der Europäischen Investitionsbank

ERSTER TEIL

ANPASSUNGEN DER SATZUNG DER EURO- PÄISCHEN INVESTITIONSBANK

Artikel 1

Artikel 3 des Protokolls über die Satzung der Bank erhält folgende Fassung:

„Artikel 3

Nach Artikel 129 des Vertrages sind Mitglieder der Bank:

- das Königreich Belgien,
- das Königreich Dänemark,
- die Bundesrepublik Deutschland,
- die Republik Griechenland,
- die Französische Republik,
- Irland,
- die Italienische Republik,
- das Großherzogtum Luxemburg,
- das Königreich der Niederlande,
- das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland.“

Artikel 2

Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 1 des Protokolls über die Satzung der Bank erhält folgende Fassung:

„(1) Die Bank wird mit einem Kapital von sieben Milliarden zweihundert Millionen Rechnungseinheiten ausgestattet, das von den Mitgliedstaaten in folgender Höhe gezeichnet wird:

Deutschland:	1 575	Millionen,
Frankreich:	1 575	Millionen,
Vereinigtes Königreich:	1 575	Millionen,
Italien:	1 260	Millionen,
Belgien:	414,75	Millionen,

Niederlande:	414,75	Millionen,
Dänemark:	210	Millionen,
Griechenland:	112,50	Millionen,
Irland:	52,50	Millionen,
Luxemburg:	10,50	Millionen.“

Artikel 3

Artikel 7 des Protokolls über die Satzung der Bank erhält folgende Fassung:

„Artikel 7

(1) Sinkt der Wert der Währung eines Mitgliedstaats gegenüber der in Artikel 4 bestimmten Rechnungseinheit, so gleicht dieser Staat den Betrag des von ihm in seiner Währung eingezahlten Kapitalanteils im Verhältnis zu der eingetretenen Änderung des Wertes durch eine zusätzliche Zahlung an die Bank aus.

(2) Steigt der Wert der Währung eines Mitgliedstaats gegenüber der in Artikel 4 bestimmten Rechnungseinheit, so gleicht die Bank den Betrag des von diesem Staat in seiner Währung eingezahlten Kapitalanteils im Verhältnis zu der eingetretenen Änderung des Wertes durch eine Rückzahlung an diesen Staat aus.

(3) Im Sinne dieses Artikels entspricht der Wert der Währung eines Mitgliedstaats gegenüber der in Artikel 4 bestimmten Rechnungseinheit dem auf der Grundlage der Marktkurse ermittelten Umrechnungskurs zwischen dieser Rechnungseinheit und dieser Währung.

(4) Der Rat der Gouverneure kann auf Vorschlag des Verwaltungsrats einstimmig die Methode der Umrechnung von in Rechnungseinheiten ausgedrückten Beträgen in Landeswährungen und umgekehrt ändern.

Er kann ferner auf Vorschlag des Verwaltungsrats einstimmig die Modalitäten für den in den

Absätzen 1 und 2 bezeichneten Kapitalausgleich festlegen; die Ausgleichszahlungen müssen mindestens einmal jährlich geleistet werden.“

Artikel 4

Artikel 11 Absatz 2 Unterabsätze 1, 2 und 3 des Protokolls über die Satzung der Bank erhält folgende Fassung:

„(2) Der Verwaltungsrat besteht aus 19 ordentlichen und 11 stellvertretenden Mitgliedern.

Die ordentlichen Mitglieder werden für fünf Jahre vom Rat der Gouverneure wie folgt bestellt:

- 3 ordentliche Mitglieder, die von der Bundesrepublik Deutschland benannt werden;
- 3 ordentliche Mitglieder, die von der Französischen Republik benannt werden;
- 3 ordentliche Mitglieder, die von der Italienischen Republik benannt werden;
- 3 ordentliche Mitglieder, die vom Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland benannt werden;
- 1 ordentliches Mitglied, das vom Königreich Belgien benannt wird;
- 1 ordentliches Mitglied, das vom Königreich Dänemark benannt wird;
- 1 ordentliches Mitglied, das von der Republik Griechenland benannt wird;
- 1 ordentliches Mitglied, das von Irland benannt wird;
- 1 ordentliches Mitglied, das vom Großherzogtum Luxemburg benannt wird;
- 1 ordentliches Mitglied, das vom Königreich der Niederlande benannt wird;
- 1 ordentliches Mitglied, das von der Kommission benannt wird.

Die stellvertretenden Mitglieder werden für fünf Jahre vom Rat der Gouverneure wie folgt bestellt:

- 2 stellvertretende Mitglieder, die von der Bundesrepublik Deutschland benannt werden;

- 2 stellvertretende Mitglieder, die von der Französischen Republik benannt werden;
- 2 stellvertretende Mitglieder, die von der Italienischen Republik benannt werden;
- 2 stellvertretende Mitglieder, die vom Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland benannt werden;
- 1 stellvertretendes Mitglied, das vom Königreich Dänemark, von der Republik Griechenland und von Irland im gegenseitigen Einvernehmen benannt wird;
- 1 stellvertretendes Mitglied, das von den Beneluxländern im gegenseitigen Einvernehmen benannt wird;
- 1 stellvertretendes Mitglied, das von der Kommission benannt wird.“

Artikel 5

Artikel 12 Absatz 2 Satz 2 des Protokolls über die Satzung der Bank erhält folgende Fassung:

„Für die qualifizierte Mehrheit sind dreizehn Stimmen erforderlich.“

Artikel 6

Artikel 13 Absatz 1 Unterabsatz 1 des Protokolls über die Satzung der Bank erhält folgende Fassung:

„(1) Das Direktorium besteht aus einem Präsidenten und fünf Vizepräsidenten, die vom Rat der Gouverneure auf Vorschlag des Verwaltungsrats für sechs Jahre bestellt werden. Ihre Wiederbestellung ist zulässig.“

ZWEITER TEIL

SONSTIGE BESTIMMUNGEN

Artikel 7

- (1) Die Republik Griechenland zahlt den Betrag von 8 840 000 Rechnungseinheiten entsprechend ihrem Anteil an dem von den Mitgliedstaaten am 31. Dezember 1979 eingezahlten Teil des gezeichneten Kapitals in fünf gleichen Halbjahresraten, die jeweils am

30. April und 31. Oktober fällig werden. Die erste Rate wird an demjenigen der beiden Daten fällig, das dem Zeitpunkt des Beitritts unmittelbar folgt, sofern zwischen diesem Zeitpunkt und dem Fälligkeitstermin mindestens zwei Monate liegen.

(2) Vom Tag des Beitritts an wird sich die Republik Griechenland an der am 19. Juni 1978 beschlossenen Kapitalerhöhung beteiligen, indem sie die Einzahlungen auf diese Erhöhung proportional zu ihrem Anteil am gezeichneten Kapital gemäß dem vom Rat der Gouverneure festgelegten Zeitplan leistet. Wenn die Mitgliedstaaten vor dem Beitritt der Republik Griechenland bereits eine oder mehrere Einzahlungen auf die Kapitalerhöhung geleistet haben, so wird der Betrag, der dem von der Republik Griechenland gezeichneten Kapitalanteil dieser Einzahlungen entspricht, in fünf gleichen Raten den von der Republik Griechenland nach Maßgabe des Absatzes 1 zu leistenden Einzahlungen hinzugerechnet.

Artikel 8

Die Republik Griechenland zahlt zu der satzungsmäßigen Rücklage, zu der zusätzlichen Rücklage und zu den den Rücklagen gleichzusetzenden Rückstellungen sowie zu dem den Rücklagen und Rückstellungen noch zuzuweisenden Betrag (Saldo der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember des dem Beitritt vorausgehenden Jahres), wie sie in Rechnungseinheiten in der genehmigten Bilanz der Bank ausgewiesen werden, zu den in Artikel 7 Absatz 1 vorgesehenen Daten einen 1,56 v. H. dieser Posten entsprechenden Betrag ein.

Artikel 9

Die in den Artikeln 7 und 8 vorgesehenen Einzahlungen werden von der Republik Griechenland in eigener frei konvertierbarer Landeswährung geleistet. Für die Berechnung der einzuzahlenden Beträge wird der am letzten Arbeitstag des den betreffenden Einzahlungsterminen vorausgehenden Monats geltende Umrechnungskurs zwischen der Rechnungseinheit und der Drachme zugrunde gelegt.

Artikel 10

(1) Unmittelbar nach dem Beitritt ergänzt der Rat der Gouverneure die Zusammensetzung des Verwaltungsrats durch die Bestellung eines von der Republik Griechenland benannten ordentlichen Mitglieds sowie eines im gegenseitigen Einvernehmen vom Königreich Dänemark, von der Republik Griechenland und von Irland benannten stellvertretenden Mitglieds.

(2) Die Amtszeit des so bestellten ordentlichen Mitglieds und stellvertretenden Mitglieds läuft mit dem Ende der Jahressitzung des Rates der Gouverneure ab, auf welcher der Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1982 geprüft wird.

Artikel 11

Der Rat der Gouverneure bestellt auf Vorschlag des Verwaltungsrats den in Artikel 6 vorgesehenen fünften Vizepräsidenten spätestens in der Jahressitzung, auf welcher der Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1981 geprüft wird.

Protokoll Nr. 2

über die Bestimmung des Ausgangszollsatzes für Zündhölzer der Nummer 36.06 des Gemeinsamen Zolltarifs

Die Republik Griechenland nimmt die in Artikel 25 vorgesehenen aufeinanderfolgenden Herabsetzungen für Zündhölzer der Nummer 36.06 des Gemeinsamen Zolltarifs auf der Grundlage eines Ausgangszollsatzes von 9,6 v. H. vor.

Für die gleichen Waren beträgt der Ausgangszollsatz für die gemäß Artikel 31 vorzunehmenden Annäherungen an den Gemeinsamen Zolltarif 17,2 v. H.

Protokoll Nr. 3

über die Gewährung der Zollbefreiung durch die Republik Griechenland bei der Einfuhr bestimmter Waren

Die Bestimmungen über die Annäherung der Zollsätze des griechischen Zolltarifs an die Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs hindern die Republik Griechenland nicht daran, die vor dem 1. Januar 1979 in Durchführung

- des Gesetzes Nr. 4171/61 über allgemeine Maßnahmen zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes,
- der Verordnung Nr. 2687/53 über Investierung und Schutz ausländischen Kapitals,
- des Gesetzes Nr. 289/76 über Anreize zur Förderung der Entwicklung der Grenzgebiete und über alle damit verbundenen Fragen

gewährten Zollbefreiungen bis zum Ablauf der Vereinbarungen beizubehalten, welche die griechische Regierung mit den Nutznießern dieser Maßnahmen schließt.

Protokoll Nr. 4

über Baumwolle

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN —

in der Erkenntnis, daß die Baumwollerzeugung für die griechische Wirtschaft von großer Bedeutung ist,

in der Erkenntnis, daß es sich dabei um eine spezifisch landwirtschaftliche Erzeugung handelt,

in der Erkenntnis, daß wegen der Bedeutung der Baumwolle als Grundstoff die Regelung des Handels mit dritten Ländern nicht beeinträchtigt werden darf,

davon ausgehend, daß zur Vermeidung jeder Diskriminierung zwischen Erzeugern der Gemeinschaft die Regelung aufgrund dieses Protokolls im gesamten Gebiet der Gemeinschaft Anwendung finden muß —

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

(1) Dieses Protokoll betrifft Baumwolle, weder gekrempelt noch gekämmt, der Nummer 55.01 des Gemeinsamen Zolltarifs.

(2) In der Gemeinschaft wird eine Regelung eingeführt, die insbesondere folgende Ziele hat:

- Förderung der Baumwollerzeugung in den Gebieten der Gemeinschaft, in denen diese Erzeugung für die Landwirtschaft von Bedeutung ist,
- Ermöglichung eines angemessenen Einkommens für die betreffenden Erzeuger,
- Marktstabilisierung durch Verbesserung der Angebots- und Vermarktungsstruktur.

(3) Die unter Absatz 2 bezeichnete Regelung umfaßt die Gewährung einer Erzeugerbeihilfe.

Zur Erleichterung der Verwaltung und der Kontrolle wird die Erzeugerbeihilfe über die Entkörnungsunternehmen gewährt. Hierbei ist dafür Sorge zu tragen, daß in den folgenden Verarbeitungsstufen keine innergemeinschaftlichen Wettbewerbsverzerrungen auftreten.

Die Höhe dieser Beihilfe wird in regelmäßigen Abständen festgesetzt auf der Grundlage des Unterschieds zwischen

- einem Zielpreis, der für nicht entkörnte Baumwolle nach den Merkmalen des Absatzes 2 festgesetzt wird, und
- dem Weltmarktpreis, der anhand des auf dem Weltmarkt festgestellten Angebots und Kurses ermittelt wird.

Die Erzeugerbeihilfe wird nur für die jährlich für die Gemeinschaft festgesetzte Baumwollmenge gewährt.

Diese Menge liegt in einer Marge zwischen

- der Menge der Gemeinschaftserzeugung in den Jahren 1978 bis 1980 oder der Erzeugung in einem dieser Jahre und
- der gemäß dem ersten Gedankenstrich festgesetzten Menge zuzüglich 25 v. H.

Übersteigt die tatsächliche Erzeugung eines Vermarktungsjahres die für das betreffende Wirtschaftsjahr festgesetzte Menge, so wird auf den Beihilfebetrug ein Koeffizient angewandt, der sich aus der Teilung der festgelegten Menge durch die tatsächlich erzeugte Menge ergibt.

(4) Damit die Baumwollherzeuger das Angebot konzentrieren und die Erzeugung den Marktanforderungen anpassen können, wird eine Regelung zur Förderung der Bildung von Erzeugergemeinschaften und deren Zusammenschlüssen geschaffen.

Diese Regelung sieht die Gewährung von Beihilfen vor, um die Bildung von Erzeugergemeinschaften anzuregen und deren Tätigkeit zu erleichtern.

Diese Regelung kommt nur solchen Gemeinschaften zugute, die

- auf Veranlassung der Erzeuger selbst gebildet wurden,
- hinreichende Sicherheit für Dauer und Wirksamkeit ihrer Tätigkeit bieten und
- von dem betreffenden Mitgliedstaat anerkannt werden.

(5) Die Regelung des Handels der Gemeinschaft mit dritten Ländern darf nicht beeinträchtigt werden. Insbesondere darf keine die Einfuhr beschränkende Maßnahme vorgesehen werden.

(6) Die Mitgliedstaaten und die Kommission übermitteln einander die erforderlichen Angaben zur Anwendung der in diesem Protokoll vorgesehenen Regelung.

(7) Die Ausgaben für die Maßnahmen, die aufgrund dieses Protokolls vorgesehen oder zu beschließen sind, werden von der Gemeinschaft nach Maßgabe des EWG-Vertrags finanziert.

(8) Der Rat legt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments alljährlich vor dem 1. August

für das im folgenden Jahr beginnende Vermarktungsjahr den in Absatz 3 genannten Zielpreis fest.

(9) Der Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission die erforderlichen Maßnahmen für die Durchführung der in diesem Protokoll vorgesehenen Bestimmungen, insbesondere

- a) Verfahrens- und zweckdienliche Verwaltungsvorschriften für seine Anwendung;
- b) allgemeine Vorschriften für die in Absatz 3 genannte Regelung der Erzeugerbeihilfe und die Merkmale für die Ermittlung des in demselben Absatz genannten Weltmarktpreises;
- c) allgemeine Vorschriften für die Regelung zur Förderung der Bildung von Erzeugergemeinschaften und deren Zusammenschlüssen;
- d) allgemeine Vorschriften für die Finanzierung nach Absatz 7.

Nach dem gleichen Verfahren legt der Rat folgendes fest:

- a) alljährlich rechtzeitig vor Beginn jedes Wirtschaftsjahres die in Absatz 3 genannte Menge;
- b) die Höhe der in Absatz 4 genannten Beihilfen;
- c) die Bedingungen, unter denen die Übergangsmaßnahmen getroffen werden können, die erforderlich sind, um den Übergang von der bisherigen Regelung zu der sich aus der Anwendung dieses Protokolls ergebenden Regelung zu erleichtern, insbesondere wenn sich beim Inkrafttreten der neuen Regelung zum vorgesehenen Zeitpunkt erhebliche Schwierigkeiten ergeben.

(10) Die Kommission ermittelt den Weltmarktpreis und die Höhe der Beihilfe nach Absatz 3.

(11) Spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten der aufgrund dieses Protokolls eingeführten Regelung prüft der Rat anhand eines Berichtes der Kommission das Funktionieren dieser Regelung. Sofern es nach den Ergebnissen der Prüfung erforderlich erscheint, beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments etwa erforderliche Anpassungen der Regelung.

(12) Die aufgrund dieses Protokolls getroffenen Maßnahmen treten spätestens am 1. August 1981 in Kraft und finden erstmals auf 1981 geerntete Erzeugnisse Anwendung.

Bis zum Zeitpunkt dieses Inkrafttretens kann die Republik Griechenland ausnahmsweise die dort vor dem Beitritt geltende Beihilferegulation beibehalten.

Protokoll Nr. 5

über die Beteiligung der Republik Griechenland am Vermögen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Die Republik Griechenland leistet zum Vermögen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl einen Beitrag von 3 000 000 Europäischen Rechnungseinheiten.

Die Zahlung dieses Beitrags erfolgt in drei gleichen zinslosen jährlichen Raten vom 1. Januar 1981 an.

Diese Raten werden von der Republik Griechenland in frei konvertierbarer Landeswährung gezahlt.

Protokoll Nr. 6

über den Austausch von Kenntnissen auf dem Gebiet der Kernenergie mit der Republik Griechenland

Artikel 1

(1) Unmittelbar nach dem Beitritt werden die Kenntnisse, die den Mitgliedstaaten, Personen und Unternehmen nach Artikel 13 des EAG-Vertrags mitgeteilt worden sind, der Republik Griechenland zur Verfügung gestellt, die sie in ihrem Hoheitsgebiet in Übereinstimmung mit dem genannten Artikel nur beschränkt verbreitet.

(2) Unmittelbar nach dem Beitritt stellt die Republik Griechenland der Europäischen Atomgemeinschaft in Griechenland auf dem Kernenergiegebiet gewonnene, nur zu beschränkter Verbreitung bestimmte Kenntnisse zur Verfügung, soweit es sich nicht um rein kommerzielle Anwendungen handelt. Die Kommission teilt diese Kenntnisse den Unternehmen der Gemeinschaft in Übereinstimmung mit dem genannten Artikel mit.

(3) Diese Informationen betreffen hauptsächlich

- die Untersuchungen über die Anwendung von Radioisotopen auf folgenden Gebieten: Medizin, Landwirtschaft, Entomologie, Umweltschutz;
- die Anwendung von Kerntechniken in der Archäometrie;

- die Entwicklung von Geräten der medizinischen Elektronik;
- die Entwicklung von Methoden zur Prospektion radioaktiver Erze.

Artikel 2

(1) Auf den Gebieten, auf denen die Republik Griechenland der Gemeinschaft Kenntnisse zur Verfügung stellt, gewähren die zuständigen Stellen den Mitgliedstaaten, Personen und Unternehmen der Gemeinschaft auf Antrag Lizenzen zu kommerziellen Bedingungen, soweit diese Stellen ausschließliche Rechte an in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft angemeldeten Patenten besitzen und soweit sie gegenüber Dritten in keiner Weise verpflichtet sind, eine ausschließliche oder teilweise ausschließliche Lizenz an den Rechteinhaber dieser Patente zu gewähren oder anzubieten.

(2) Ist eine ausschließliche oder teilweise ausschließliche Lizenz gewährt worden, so fördert und erleichtert die Republik Griechenland die Gewährung von Unterlizenzen an die Mitgliedstaaten, Personen und Unternehmen der Gemeinschaft zu kommerziellen Bedingungen durch die Inhaber solcher Lizenzen.

Die Gewährung solcher ausschließlichen oder teilweise ausschließlichen Lizenzen erfolgt auf normaler kommerzieller Basis.

Protokoll Nr. 7**über die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung Griechenlands**

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN —

von dem Wunsch geleitet, einige besondere Probleme betreffend Griechenland zu regeln,

EINIG ÜBER DIE FOLGENDEN BESTIMMUNGEN —

weisen darauf hin, daß die stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen der Völker der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und die harmonische Entwicklung ihrer Volkswirtschaften durch eine Verringerung des Abstands zwischen den einzelnen Gebieten und des Rückstands weniger begünstigter Gebiete zu den grundlegenden Zielen der Gemeinschaft gehören;

nehmen zur Kenntnis, daß die griechische Regierung die Verwirklichung einer Politik der Industrialisierung und der wirtschaftlichen Entwicklung mit dem Ziel

verfolgt, den Lebensstandard in Griechenland demjenigen in den übrigen europäischen Nationen auszugleichen, die Unterbeschäftigung zu beseitigen und dabei schrittweise regionale Entwicklungsunterschiede auszugleichen;

erkennen an, daß die Erreichung der Ziele dieser Politik in ihrem gemeinsamen Interesse liegt;

kommen überein, zu diesem Zweck den Organen der Gemeinschaft die Anwendung aller im EWG-Vertrag vorgesehenen Mittel und Verfahren zu empfehlen, insbesondere eine angemessene Verwendung der zur Verwirklichung der oben genannten Ziele der Gemeinschaft zur Verfügung stehenden Gemeinschaftsmittel;

erkennen insbesondere an, daß im Fall der Anwendung der Artikel 92 und 93 des EWG-Vertrags die Ziele der wirtschaftlichen Ausweitung und der Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung zu berücksichtigen sind.

SCHLUSSAKTE

Die Bevollmächtigten

SEINER MAJESTÄT DES KÖNIGS DER BELGIER,
IHRER MAJESTÄT DER KÖNIGIN VON DÄNEMARK,
DES PRÄSIDENTEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,
DES PRÄSIDENTEN DER REPUBLIK GRIECHENLAND,
DES PRÄSIDENTEN DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK,
DES PRÄSIDENTEN IRLANDS,
DES PRÄSIDENTEN DER ITALIENISCHEN REPUBLIK,
SEINER KÖNIGLICHEN HOHEIT DES GROSSHERZOGS VON LUXEMBURG,
IHRER MAJESTÄT DER KÖNIGIN DER NIEDERLANDE,
IHRER MAJESTÄT DER KÖNIGIN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS
GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND

und

DER RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN,

vertreten durch seinen Präsidenten,

die am achtundzwanzigsten Mai neunzehnhundertneunundsiebzig in Athen anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages über den Beitritt der Republik Griechenland zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft zusammengetreten sind,

haben festgestellt, daß die folgenden Texte im Rahmen der Konferenz der Europäischen Gemeinschaften und der Republik Griechenland abgefaßt und festgelegt worden sind:

- I. Vertrag über den Beitritt der Republik Griechenland zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft;
- II. Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Griechenland und die Anpassungen der Verträge;
- III. die nachstehend aufgeführten und der Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Griechenland und die Anpassungen der Verträge beigefügten Texte:
 - A. Anhang I: Liste zu Artikel 21 der Beitrittsakte,
 - Anhang II: Liste zu Artikel 22 der Beitrittsakte,
 - Anhang III: Liste zu Artikel 36 Absätze 1 und 2 der Beitrittsakte,
 - Anhang IV: Liste zu Artikel 114 der Beitrittsakte,
 - Anhang V: Liste zu Artikel 115 Absatz 1 der Beitrittsakte,
 - Anhang VI: Liste zu Artikel 115 Absatz 3 der Beitrittsakte,
 - Anhang VII: Liste zu Artikel 117 Absatz 1 der Beitrittsakte,

- Anhang VIII: Liste zu Artikel 128 der Beitrittsakte,
Anhang IX: Liste zu Artikel 142 Absatz 1 der Beitrittsakte,
Anhang X: Liste zu Artikel 142 Absatz 2 der Beitrittsakte,
Anhang XI: Liste zu Artikel 144 der Beitrittsakte,
Anhang XII: Liste zu Artikel 145 der Beitrittsakte;
- B. Protokoll Nr. 1 über die Satzung der Europäischen Investitionsbank,
Protokoll Nr. 2 über die Bestimmung des Ausgangszollsatzes für Zündhölzer der Nummer 36.06 des Gemeinsamen Zolltarifs,
Protokoll Nr. 3 über die Gewährung der Zollbefreiung durch die Republik Griechenland bei der Einfuhr bestimmter Waren,
Protokoll Nr. 4 über Baumwolle,
Protokoll Nr. 5 über die Beteiligung der Republik Griechenland am Vermögen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl,
Protokoll Nr. 6 über den Austausch von Kenntnissen auf dem Gebiet der Kernenergie mit der Republik Griechenland,
Protokoll Nr. 7 über die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung Griechenlands;
- C. Wortlaute des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft sowie der Verträge, durch die sie geändert oder ergänzt worden sind, einschließlich des Vertrages über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft, in griechischer Sprache.

Die Bevollmächtigten haben den Beschluß des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 24. Mai 1979 über den Beitritt der Republik Griechenland zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zur Kenntnis genommen.

Die Bevollmächtigten und der Rat haben ferner die nachstehend aufgeführten und dieser Schlußakte beigefügten Erklärungen angenommen:

1. gemeinsame Erklärung betreffend die Freizügigkeit der Arbeitnehmer,
2. gemeinsame Erklärung über besondere Übergangsmaßnahmen, die in den Beziehungen Griechenlands zu Spanien und Portugal nach deren Beitritt erforderlich werden könnten,
3. gemeinsame Erklärung über die nach Artikel 118 zu schließenden Protokolle mit bestimmten dritten Ländern,
4. gemeinsame Erklärung betreffend den Berg Athos,
5. gemeinsame Erklärung betreffend das Verfahren für die gemeinsame Prüfung der innerstaatlichen Beihilfen, welche die Republik Griechenland im Agrarbereich während der Zeit vor dem Beitritt gewährte,
6. gemeinsame Erklärung betreffend das Verfahren für die gemeinsame Prüfung der jährlichen Preisänderungen bei Agrarerzeugnissen in Griechenland während der Zeit vor dem Beitritt,

7. gemeinsame Erklärung über Zucker, Milcherzeugnisse, Olivenöl und Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse,
8. gemeinsame Erklärung betreffend die erste Richtlinie des Rates vom 12. Dezember 1977 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute.

Die Bevollmächtigten und der Rat haben gleichfalls die folgenden dieser Akte beigefügten Erklärungen zur Kenntnis genommen:

1. Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Geltung des Beschlusses über den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und des Vertrages über den Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft für Berlin,
2. Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Bestimmung des Begriffes „Staatsangehörige“.

Die Bevollmächtigten und der Rat haben ebenfalls die dieser Schlußakte beigefügte Vereinbarung über das Verfahren zur Annahme bestimmter Beschlüsse und sonstige Maßnahmen in der Zeit vor dem Beitritt zur Kenntnis genommen; diese Vereinbarung ist auf der Konferenz der Europäischen Gemeinschaften und der Republik Griechenland getroffen worden.

Schließlich sind die nachstehend aufgeführten Erklärungen abgegeben und dieser Schlußakte beigefügt worden:

1. Erklärung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über den Zugang griechischer Arbeitnehmer zu Tätigkeiten im Lohn- oder Gehaltsverhältnis in den derzeitigen Mitgliedstaaten,
2. Erklärung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft betreffend den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung,
3. Erklärung der Republik Griechenland über Währungsfragen.

Til bekræftelse heraf har undertegnede befuldmægtigede underskrevet denne slutakt.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter diese Schlußakte gesetzt.

In witness whereof the undersigned Plenipotentiaries have signed this Final Act.

Εἰς πίστωση τῶν ἀνωτέρω, οἱ ὑπογεγραμμένοι πληρεξούσιοι υπέγραψαν τὴν παροῦσα συνθήκη.

En foi de quoi, les plénipotentiaires soussignés ont apposé leurs signatures au bas du présent acte final.

Dá fhianú sin, chuir na Lánchumhachtaigh thíos-sínte a lámh leis an Ionstraim Chríochnaitheach seo.

In fede di che, i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce al presente atto finale.

Ten blijke waarvan de ondergetekende gevolmachtigden hun handtekening onder deze Slotakte hebben gesteld.

Udfærdiget i Athen, den otteogtyvende maj nitten hundrede og nioghalvfjerds.

Geschehen zu Athen am achtundzwanzigsten Mai neunzehnhundertneunundsiebzig.

Done at Athens on the twenty-eight day of May in the year one thousand nine hundred and seventy-nine.

Ἐγινε στὴν Ἀθήνα, οἱ εἴκοσι ὀκτῶ Μαΐου χίλια ἑννιακόσια ἑβδομήντα ἑννέα.

Fait à Athènes, le vingt-huit mai mil neuf cent soixante-dix-neuf.

Arna dhéanamh san Aithin, an t-ochú lá is fiche de Bhealtaine, míle naoi gcéad seachtó a naoi.

Fatto ad Atene, addì ventotto maggio millenovecentosettantanove.

Gedaan te Athene, de achtentwintigste mei negentienhonderd negenzeventig.

Kilfrid Kartus

Hansson

J. van der Meulen.

Nils Peter Kjell
Petersen

Mom. Mi. Krom
Helmut Signer

John Keenan
 MR
 George Keenan, MR

John Francis (Mr)

~~John Francis~~

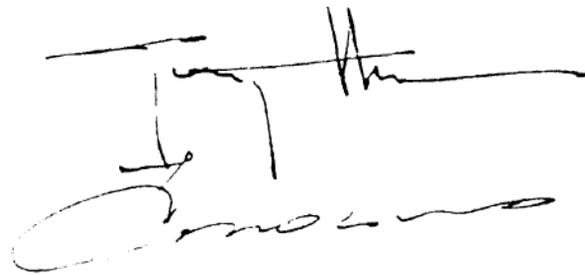
John de Santos MR

Sean O'Loughlin

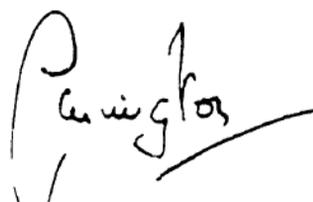
Michael O'Connell

Brandon Dillon.


 M. J. P. P. P.
 Jacques P. P.



P. A. van der Klaauw
Van der Klaauw -


 Donald Maitland.
Donald Maitland

Gemeinsame Erklärung betreffend die Freizügigkeit der Arbeitnehmer

Die Erweiterung der Gemeinschaft könnte bei Anwendung der Bestimmungen über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer in einem oder mehreren Mitgliedstaaten zu sozialen Schwierigkeiten führen.

Die Mitgliedstaaten erklären, daß sie sich vorbehalten, bei Auftreten derartiger Schwierigkeiten die Organe der Gemeinschaft zu ersuchen, dieses Problem in Übereinstimmung mit den Verträgen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften und den in Anwendung dieser Verträge erlassenen Vorschriften zu lösen.

Gemeinsame Erklärung über besondere Übergangsmaßnahmen, die in den Beziehungen Griechenlands zu Spanien und Portugal nach deren Beitritt erforderlich werden könnten

Der Beitritt Spaniens und Portugals zu den Gemeinschaften vor Ablauf der in Artikel 9 der Akte vorgesehenen Übergangsmaßnahmen könnte besondere Übergangsmaßnahmen in den Beziehungen zwischen diesen Ländern und Griechenland erforderlich machen.

Diese Übergangsmaßnahmen wären in den Urkunden über den Beitritt Spaniens und Portugals festzulegen.

Gemeinsame Erklärung über die nach Artikel 118 zu schließenden Protokolle mit bestimmten dritten Ländern

Bei der Aushandlung der Protokolle mit den in Artikel 118 bezeichneten dritten Ländern, die an den betreffenden Abkommen beteiligt sind, wird die Kommission von den Bestimmungen ausgehen, die diesbezüglich auf der Konferenz zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Republik Griechenland vereinbart wurden.

Gemeinsame Erklärung betreffend den Berg Athos

Die Gemeinschaft erkennt an, daß die durch Artikel 105 der griechischen Verfassung verbürgte Sonderregelung für den Berg Athos ausschließlich geistlich und religiös begründet ist; sie wird deshalb dafür Sorge tragen, daß diese Sonderregelung bei der Anwendung und späteren Ausarbeitung der Bestimmungen des Gemeinschaftsrechts berücksichtigt wird, insbesondere hinsichtlich der Zoll- und Steuerbefreiungen und des Niederlassungsrechts.

Gemeinsame Erklärung betreffend das Verfahren für die gemeinsame Prüfung der innerstaatlichen Beihilfen, welche die Republik Griechenland im Agrarbereich während der Zeit vor dem Beitritt gewährte

1. Das Verzeichnis der in Artikel 69 Absatz 2 der Beitrittsakte genannten Beihilfen und deren Höhe wurden auf der Konferenz festgelegt. Diese Beträge können nach Durchführung des unter Nummer 2 vorgesehenen Verfahrens gegebenenfalls aktualisiert werden.
2. Die von den griechischen Behörden etwa in Aussicht genommenen Änderungen bezüglich der Bedingungen der Gewährung und der Aktualisierung der einzelnen in Griechenland während der Zeit vor dem Beitritt gewährten innerstaatlichen Beihilfen werden gemeinsam von den griechischen Behörden und von den Gemeinschaftsstellen geprüft.

Hierfür analysieren die Republik Griechenland und die Kommission in regelmäßigen Zeitabständen die in Aussicht genommenen Änderungen der Struktur und der Höhe der in Griechenland gewährten Beihilfen. Die Kommission legt dem Rat einen Bericht über die Ergebnisse der Analyse vor.

3. Wenn die Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung es nach Prüfung des oben genannten Berichtes wünscht, teilt ihr die Republik Griechenland die Entscheidungen mit, die sie bezüglich innerstaatlicher Beihilfen im Agrarbereich zu treffen beabsichtigt, für die Durchführung des an anderer Stelle festgelegten Verfahrens betreffend die Annahme bestimmter Beschlüsse und andere Maßnahmen in der Zeit vor dem Beitritt.

Gemeinsame Erklärung betreffend das Verfahren für die gemeinsame Prüfung der jährlichen Preisänderungen bei Agrarerzeugnissen in Griechenland während der Zeit vor dem Beitritt

1. Zur Durchführung der Bestimmungen der Beitrittsakte über die gegebenenfalls den gemeinsamen Preisen anzunähernden griechischen Preise wird vereinbart, daß die Preise, die während des Bezugszeitraums berücksichtigt werden, dessen Dauer für jedes Erzeugnis während der Interimszeit zu bestimmen ist, die Preise sind, die in den Konferenzakten festgestellt und niedergelegt sind und die aktualisiert werden entsprechend den Preisänderungen, die seitdem eingetreten sind oder bis zum Beitritt eintreten werden.
2. Die Preisveränderungen, die von den griechischen Behörden beschlossen werden oder die sich aus in Griechenland getroffenen Preisfeststellungen ergeben, werden von den griechischen Behörden und den Gemeinschaftsstellen gemeinsam geprüft.

Zu diesem Zweck analysieren die Republik Griechenland und die Kommission in regelmäßigen Zeitabständen gemeinsam die Angaben über die Preisveränderungen, die für den griechischen Markt zu beschließen sind oder auf ihm festgestellt worden sind. Die Kommission legt dem Rat einen Bericht über die Ergebnisse dieser Analyse vor.

3. Wenn die Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung es nach Prüfung des oben genannten Berichtes wünscht, teilt ihr die Republik Griechenland die Entscheidungen mit, die sie bezüglich der Änderungen von Agrarpreisen zu treffen beabsichtigt, für die Durchführung des an anderer Stelle festgelegten Verfahrens betreffend die Annahme bestimmter Beschlüsse und andere Maßnahmen in der Zeit vor dem Beitritt.

Gemeinsame Erklärung über Zucker, Milcherzeugnisse, Olivenöl und Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse

1. Soweit ein Quotensystem bei der Erzeugung wie das gegenwärtig im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisation für Zucker vorgesehene oder ein ähnliches System im Zeitpunkt des Beitritts der Republik Griechenland Anwendung findet, wird diese nach denselben Kriterien wie die anderen Mitgliedstaaten behandelt.

Hierzu wird die Höchstquote für die Zuckererzeugung in Griechenland in einer Höhe festgesetzt, die der Höhe der in Griechenland während eines noch nicht lange zurückliegenden Bezugszeitraums erzeugten Zuckermenge nahekommt; der Bezugszeitraum ist während der Interimszeit festzulegen und darf nicht über das Zuckerwirtschaftsjahr 1978/79 hinausgehen. Innerhalb dieser Höchstquote wird zwischen der Quote A und der Quote B nach den in der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung für die Bestimmung der Höchstquote geltenden Regeln unterschieden.

2. Soweit die Regelung einer Mitverantwortungsabgabe bei Milch oder Milcherzeugnissen oder eine ähnliche Regelung im Zeitpunkt des Beitritts Anwendung findet, werden die geltenden Gemeinschaftsbestimmungen, die eine Befreiung von dieser Abgabe unter bestimmten Bedingungen vorsehen, auf die Republik Griechenland ebenso angewandt wie für die anderen Mitgliedstaaten.
3. Die Erzeugerbeihilfe für Olivenöl wird in Griechenland für die im Zeitpunkt des Beitritts mit Olivenbäumen bepflanzten Flächen gewährt. Die Republik Griechenland trifft die erforderlichen Maßnahmen, um jede Vergrößerung dieser Flächen in der Zeit bis zum Beitritt zu verhindern, damit die Anzahl der betreffenden Olivenbäume nicht höher ist als Ende 1978.
4. Bei der Anwendung des Artikels 103 der Beitrittsakte ist die im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrages geltende Gemeinschaftsregelung für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse zugrunde zu legen. Sollte die geltende Gemeinschaftsregelung im Anschluß an die Überprüfung, die der Rat vor dem 1. Oktober 1982 in bezug auf das Funktionieren des gemeinschaftlichen Systems der Erzeugerbeihilfe für bestimmte Erzeugnisse des betreffenden Sektors vornehmen wird, geändert werden, so wird Artikel 103 dementsprechend angepaßt.

Gemeinsame Erklärung betreffend die erste Richtlinie des Rates vom 12. Dezember 1977 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute

Anlässlich der Änderung des Artikels 2 Absatz 2 dieser Richtlinie wird festgestellt, daß der Rat beschließen wird, die „Ταχυδρομικό Ταμειντήριο“ (Postsparkasse) von der Aufzählung der unter diese Bestimmung fallenden Institute auszuschließen,

- falls die Satzung der Postsparkasse geändert wird
- oder falls der Anteil dieses Instituts am griechischen Markt hinsichtlich der gesamten Einlagen, hinsichtlich der Kredite oder hinsichtlich der Aktiva gegenüber dem Stand vom 30. November 1978 um mehr als 1,5 v. H. zunimmt.

Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Geltung des Beschlusses über den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und des Vertrages über den Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft für Berlin

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland behält sich vor, bei Wirksamwerden des Beitritts der Republik Griechenland zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und bei der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde zum Vertrag über den Beitritt der Republik Griechenland zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft zu erklären, daß der Beschluß des Rates vom 24. Mai 1979 über den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der genannte Beitrittsvertrag für das Land Berlin gelten.

Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Bestimmung des Begriffes „Staatsangehörige“

Soweit in der Beitrittsakte und ihren Anhängen von Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten die Rede ist, bedeutet dies für die Bundesrepublik Deutschland „Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland“.

Erklärung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über den Zugang griechischer Arbeitnehmer zu Tätigkeiten im Lohn- oder Gehaltsverhältnis in den derzeitigen Mitgliedstaaten

Nehmen die derzeitigen Mitgliedstaaten, um ihren Bedarf an Arbeitskräften zu decken, Arbeitskräfte aus dritten Ländern, die nicht zu ihrem regulären Arbeitsmarkt gehören, in Anspruch, so räumen sie im Rahmen der Übergangsbestimmungen über die Ausübung des Rechts auf Freizügigkeit griechischen Staatsangehörigen den gleichen Vorrang ein wie Angehörigen der anderen Mitgliedstaaten.

Erklärung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft betreffend den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung

Sollte der Rat im Rahmen der Überprüfung nach Artikel 22 der Verordnung (EWG) Nr. 724/75, in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 214/79, nicht rechtzeitig zu einem Beschluß über die Änderungen gelangen, mit denen die Bedingungen für die Beteiligung der Republik Griechenland an den Mitteln des Fonds vom 1. Januar 1981 an festgelegt werden, so wird Artikel 2 Absatz 3 Buchstabe a) vom Beitritt an nach dem für die Annahme der genannten Verordnung geltenden Verfahren geändert, um die Anwendung dieser Bestimmung zugunsten der Republik Griechenland sicherzustellen.

Erklärung der Republik Griechenland über Währungsfragen

Damit auf den Devisenmärkten die Entwicklung des tatsächlichen Kurses der griechischen Drachme im Verhältnis insbesondere zu den Währungen der derzeitigen Mitgliedstaaten verfolgt werden kann, wird die Republik Griechenland vor ihrem Beitritt zur Gemeinschaft

- einen Devisenmarkt in Athen einrichten;
- die erforderlichen Maßnahmen treffen, damit auf wenigstens einem der Devisenmärkte der Gemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung eine amtliche Notierung der Drachme, wo eine derartige Notierung besteht, oder eine Notierung ähnlicher Art erfolgt.

Informations- und Konsultationsverfahren für die Annahme bestimmter Beschlüsse

I

- (1) Damit eine angemessene Unterrichtung der Republik Griechenland gewährleistet ist, werden alle Vorschläge oder Mitteilungen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, die zu Beschlüssen des Rates der Gemeinschaften führen können, nach ihrer Übermittlung an den Rat der Republik Griechenland zur Kenntnis gebracht.
- (2) Die Konsultationen finden auf begründeten Antrag der Republik Griechenland statt, die darin ihre Interessen als künftiges Mitglied der Gemeinschaft ausdrücklich darlegt und ihre Bemerkungen vorbringt.
- (3) Verwaltungsbeschlüsse sind im allgemeinen nicht Gegenstand von Konsultationen.
- (4) Die Konsultationen finden in einem Interimsausschuß statt, der sich aus Vertretern der Gemeinschaften und der Republik Griechenland zusammensetzt.
- (5) Mitglieder des Interimsausschusses sind auf seiten der Gemeinschaften die Mitglieder des Ausschusses der Ständigen Vertreter oder die hierfür von ihnen benannten Personen. Die Kommission wird gebeten, zu diesen Arbeiten Vertreter zu entsenden.
- (6) Der Interimsausschuß wird von einem Sekretariat, und zwar dem Konferenzsekretariat, unterstützt, das zu diesem Zweck bestehenbleibt.
- (7) Die Konsultationen finden in der Regel statt, sobald bei den Vorarbeiten auf seiten der Gemeinschaften gemeinsame Leitlinien im Hinblick auf die Annahme von Ratsbeschlüssen ausgearbeitet worden sind, welche die Aufnahme solcher Konsultationen als sinnvoll erscheinen lassen.
- (8) Bestehen nach den Konsultationen noch ernste Schwierigkeiten, so kann die Frage auf Antrag der Republik Griechenland auf Ministerebene erörtert werden.
- (9) Das in den Absätzen 1 bis 8 vorgesehene Verfahren gilt auch für alle künftigen Beschlüsse der Republik Griechenland, welche sich auf die Verpflichtungen auswirken könnten, die sich aus ihrer Eigenschaft als künftiges Mitglied der Gemeinschaft ergeben.

II

Die Republik Griechenland trifft die erforderlichen Maßnahmen, damit ihr Beitritt zu den Abkommen und Übereinkommen im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 und des Artikels 4 Absatz 2 der Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge nach Möglichkeit gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Beitrittsvertrags unter den in der Akte vorgesehenen Bedingungen erfolgt.

Soweit Abkommen und Übereinkommen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 zwischen den Mitgliedstaaten erst im Entwurf bestehen, noch nicht unterzeichnet sind und wahrscheinlich auch vor dem Beitritt nicht mehr unterzeichnet werden können, wird die Republik Griechenland eingeladen, nach der Unterzeichnung des Beitrittsvertrags in geeigneten Verfahren positiv an der Ausarbeitung dieser Entwürfe mitzuwirken, um den Abschluß der betreffenden Abkommen und Übereinkommen zu fördern.

III

Zu den Verhandlungen über Übergangs- und Anpassungsprotokolle mit den als Vertragsparteien beteiligten Ländern nach Artikel 118 der Akte über die Beitrittsbedingungen werden die Vertreter der Republik Griechenland als Beobachter an der Seite der Vertreter der derzeitigen Mitgliedstaaten hinzugezogen.

Bestimmte, von der Gemeinschaft geschlossene nicht-präferenzielle Abkommen, deren Geltungsdauer über den 1. Januar 1981 hinausgeht, können angepaßt oder geändert werden, um der Erweiterung der Gemeinschaft Rechnung zu tragen. Diese Anpassungen oder Änderungen werden von der Gemeinschaft ausgehandelt; die Vertreter der Republik Griechenland werden nach dem im vorstehenden Absatz vorgesehenen Verfahren hinzugezogen.

IV

Die in Artikel 49 Absatz 2 der Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge vorgesehenen Konsultationen zwischen der Republik Griechenland und der Kommission finden schon vor dem Beitritt statt.

V

Die Republik Griechenland verpflichtet sich, die in Artikel 2 des Protokolls Nr. 6 über den Austausch von Kenntnissen mit der Republik Griechenland auf

dem Gebiet der Kernenergie vorgesehene Gewährung von Lizenzen vor dem Beitritt nicht bewußt zu beschleunigen, um die Tragweite der in diesem Protokoll enthaltenen Verpflichtungen nicht zu mindern.

VI

Die Organe der Gemeinschaften legen rechtzeitig die in Artikel 147 der Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Griechenland und die Anpassungen der Verträge vorgesehenen Texte fest.
